

Universität Freiburg

Institut für Forstökonomie

Arbeitsbericht 46-2007

**Die Privatisierungsdebatte
um den Landeswald
Schleswig-Holstein 2006**

Eine Diskursanalyse

Ragna John

Institut für Forstökonomie
Tennenbacherstr. 4
D-79085 Freiburg im Breisgau
Tel.: 0761/203-3689 Fax: 0761/203-3690
E-mail: forecon@uni-freiburg.de

Inhaltsverzeichnis

INHALTSVERZEICHNIS	1
TABELLENVERZEICHNIS	5
ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....	5
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	5
1 EINFÜHRUNG.....	7
1.1 PROBLEMSTELLUNG UND ZIELSETZUNG DER ARBEIT.....	7
1.2 AUSGANGSSITUATION	8
1.2.1 FORSTREFORMEN IN DEUTSCHLAND.....	8
1.2.2 DER PRIVATISIERUNGSBEGRIFF UND DARSTELLUNG DER FALLRELEVANTEN RECHTSFORMEN	9
1.3 DER FALL SCHLESWIG-HOLSTEIN.....	11
1.3.1 POLITISCHER KONTEXT UND HINTERGRUNDINFORMATIONEN.....	11
1.3.1.1 Die Landesregierung und der Landtag	11
1.3.1.2 Die Verwaltungsmodernisierung.....	12
1.3.1.3 Der Landeswald und die Forstverwaltung in Schleswig-Holstein	12
1.3.1.4 Bisherige Forstformen in Schleswig-Holstein.....	14
1.3.2 BETEILIGTE AKTEURE	16
1.3.3 ARTEN DER KOMMUNIKATION (DISKURSKONTEXTE).....	17
1.3.3.1 Politische Kommunikation	17
1.3.3.2 Öffentliche Kommunikation.....	18
2 THEORETISCHE GRUNDLAGEN.....	21
2.1 META-THEORETISCHE EINORDNUNG DER DISKURSANALYSE.....	21
2.2 DER DISKURSBEGRIFF	21
2.3 DISKURSTHEORETISCHE ANSÄTZE.....	22
2.4 DIE ARGUMENTATIVE DISKURSANALYSE NACH HAJER.....	23

3	METHODIK	27
3.1	QUALITATIVE SOZIALFORSCHUNG.....	27
3.2	METHODEN DER ARGUMENTATIVEN DISKURSANALYSE.....	27
3.2.1	DOKUMENTENANALYSE	29
3.2.1.1	Datenauswahl.....	29
3.2.1.2	Festlegung des Untersuchungszeitraums.....	30
3.2.1.3	Analyse ausgewählter Plenardebatten (Politische Kommunikation)	30
3.2.1.4	Analyse der medialen Berichterstattung (Öffentliche Kommunikation).....	31
3.2.1.5	Auswertung.....	33
3.2.2	EXPERTENBEFRAGUNG	34
3.2.2.1	Auswahl der Experten	34
3.2.2.2	Befragungsmethode	35
3.2.2.3	Auswertung der Interviews.....	36
4	DISKURSANALYSE	37
4.1	ZEITLICHER ABLAUF DES PRIVATISIERUNGSDISKURSES	37
4.2	POSITIONIERUNG DER AKTEURE	42
4.2.1	AUSGANGSPUNKTE DER DISKUSSION	43
4.2.1.1	Haushaltsdefizit	43
4.2.1.2	Kosten durch Gemeinwohlleistungen.....	45
4.2.1.3	Legitimation des Staatswaldes.....	48
4.2.2	HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN.....	51
4.2.2.1	Verkauf des Landeswaldes	51
4.2.2.2	Reorganisation der Landesforstverwaltung	53
4.2.2.3	Einsparpotenziale.....	56
4.2.3	FOLGEN EINER PRIVATISIERUNG.....	58
4.2.3.1	Gemeinwohlleistungen	58
4.2.3.2	Mitarbeiter der Landesforstverwaltung	59
4.2.3.3	Potenzielle Käufer	62
4.2.4	DER PRIVATISIERUNGSDISKURS AUS SICHT DER AKTEURE.....	64
4.2.4.1	Öffentlichkeit.....	64
4.2.4.2	Gegenseitige Positionierung	67
4.2.4.3	Das Thema Wald im Diskurs.....	72
4.2.5	AKTEURSKOALITIONEN	73
4.2.5.1	Verkaufsdiskussion.....	73

4.2.5.2	Diskussion über die Wahl der Rechtsform	74
4.3	ANALYSE DER DISKURSIVEN MECHANISMEN.....	76
4.3.1	STORY LINES UND DISKURSKOALITIONEN.....	76
4.3.1.1	Die Story-Line: „Der Landeswald erfüllt wichtige gesellschaftliche Funktionen“	77
4.3.1.2	Die Story-Line: „Verantwortung des Staates“ (A und B)	78
4.3.1.3	Die Story-Line: „Landeswald ist Wirtschaftsbetrieb“ (A)	78
4.3.1.4	Die Story-Line: „Landeswald ist Bürgerwald“ (B)	78
4.3.1.5	Die Story-Line: „Wald ist ein schützenswertes Gut“ (B).....	78
4.3.1.6	Die Story-Line: „Landesforstverwaltung ist defizitär“ (A).....	79
4.3.1.7	Die Story-Line: „Landesforstverwaltung wird schwarze Zahlen schreiben“ (B, später auch A).....	79
4.3.1.8	Die Story-Line: „Privatisierung als Chance“ (A)	80
4.3.1.9	Die Story-Line: „Einzug des Kapitalismus“ (B)	80
4.3.1.10	Die Story-Line: „Entscheidung für die Zukunft des Landeswaldes erfordert fachliche Kompetenz“ (A).....	81
4.3.1.11	Die Story-Line: „Die Zukunft des Landeswaldes ist ein öffentliches Thema“ (B)	81
4.3.2	DIE VERWENDUNG DER STORY-LINES UND DER PRIVATISIERUNGSDISKURS	81
4.3.3	WEITERE DISKURSIVE MECHANISMEN.....	85
4.3.3.1	Routinen der Ablehnung (Disjunction marker).....	85
4.3.3.2	Bedürfnis nach Sinneserfahrungen.....	85
4.3.3.3	Black boxing.....	86
4.3.3.4	Diskursive Schaffung von Makro-Akteuren.....	87
4.3.3.5	Rhetorische Aspekte	89
4.4	STRATEGIEN DER AKTEURE	91
4.5	GEMEINWOHLDISKURS UND LIBERALISIERUNGSDISKURS	97
4.5.1	DER GEMEINWOHLDISKURS	97
4.5.2	DER LIBERALISIERUNGSDISKURS	100
4.6	GESAMTKONTEXT DES PRIVATISIERUNGSDISKURSES	101
4.7	KRITISCHE REFLEKTION DER DISKURSANALYSE	102
5	DISKUSSION DER METHODEN	105
5.1	DOKUMENTENSAMMLUNG	105
5.2	EXPERTENINTERVIEWS.....	105
5.3	AUSWERTUNGSVERFAHREN.....	107

6	AUSBLICK	109
7	ZUSAMMENFASSUNG.....	111
8	SUMMARY	115
9	DOKUMENTENSAMMLUNG	119
10	LITERATURVERZEICHNIS	135
11	ANHANG	139
11.1	MITGLIEDSVERBÄNDE DES BÜNDNIS WALD	139
11.2	INTERVIEWLEITFADEN.....	140
11.3	DARSTELLUNG AUSGEWÄHLTER PLENARDEBATTEN (POLITISCHE KOMMUNIKATION).....	142
11.3.1	„ERHALT DES LANDESWALDES“ (PLENARPROTOKOLL 16/ 26 VOM 23.03.2006)	142
11.3.2	„VERKAUF DES LANDESWALDES“ (PLENARPROTOKOLL 16/ 38 VOM 14.09.2006)	147
11.4	ANALYSE DER MEDIALEN BERICHTERSTATTUNG (ÖFFENTLICHE KOMMUNIKATION).....	154
11.4.1	ANALYSE REGIONALER TAGESZEITUNGEN	154
11.4.2	ANALYSE ÜBERREGIONALER MEDIEN	160
11.4.3	BERICHTERSTATTUNG DER FORSTLICHEN FACHPRESSE	162
	DANKSAGUNG.....	167

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Überblick der fallrelevanten Rechtsformen	10
Tabelle 2: LwaldG Schleswig-Holstein zu den Zielsetzungen im Staatswald	13
Tabelle 3: Einordnung beteiligter Interessenverbände	16
Tabelle 4: Vorgehensweise bei der Diskursanalyse (HAJER 2004, S.283/284)	29
Tabelle 5: Übersicht über Schlüsselereignisse im Privatisierungsdiskurs	38
Tabelle 6: Gegenüberstellung der Diskurskoalitionen und Zuordnung der jeweiligen Story-Lines	82
Tabelle 7: Beispiele von Waldbildern in den Plenardebatten des Landtages Schleswig-Holstein	89
Tabelle 8: Häufig genannte Begriffe der Pro-Privatisierungs-Koalition	90
Tabelle 9: Häufig genannte Begriffe der Contra-Privatisierungs-Koalition	90

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Verteilung der Waldflächen des Landeswaldes	13
Abbildung 2: Berichterstattung der regionalen Tageszeitungen Januar 2006 – Januar 2007	32
Abbildung 3: Positionierung der Akteure zur Privatisierung des Landeswaldes (Anfang 2006)	73
Abbildung 4: Positionierung der Akteure zur Privatisierung des Landeswaldes (Mitte 2006)	74
Abbildung 5: Positionierung der Akteure zur Rechtsform des Landeswaldes (Anfang 2006)	75
Abbildung 6: Positionierung der Akteure zur Rechtsform des Landeswaldes (Mitte 2006)	76

Abkürzungsverzeichnis

AFZ/ Der Wald	Allgemeine Forstzeitschrift/ Der Wald
AG	Aktiengesellschaft
BDF	Bund Deutscher Forstleute
BUND	Bund für Umwelt- und Naturschutz e.V.
GmbH	Gesellschaft mit begrenzter Haftung
IG BAU	Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt
LwaldG	Landeswaldgesetz
MLUR	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
NABU	Naturschutzbund e.V.
SDW	Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e.V.
SSW	Südschleswigscher Wählerverband

1 Einführung

1.1 Problemstellung und Zielsetzung der Arbeit

Vor dem Hintergrund der steigenden Verschuldung des Staates wurden im Laufe des letzten Jahrzehnts verstärkt Bemühungen angestellt, die öffentlichen Verwaltungen zu reformieren und Kosten einzusparen. In diesem Zusammenhang wurde auch zunehmend die Rolle des Staates bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben hinterfragt.

In den Forstverwaltungen der Bundesländer wurden vor diesem Hintergrund umfassende Reformen durchgeführt. Während sich die Reformen Mitte und Ende der 90iger Jahre des letzten Jahrhunderts auf die Straffung der Forstverwaltungen und den Abbau von Personal beschränkten, wird seit einigen Jahren vermehrt auch die Überführung der Landesforstbetriebe in andere Rechtsformen diskutiert und realisiert.

Die Landesforstverwaltung Schleswig-Holstein hat seit 1996 eine Reihe von Verwaltungsreformen durchgeführt. Im Jahr 2006 ging die Landesregierung mit der Prüfung eines Verkaufs des Landeswaldes als Ganzes einen in Deutschland bis dato unbeschrrittenen Weg. Im Rahmen eines Markterkundungsverfahrens prüfte sie die Möglichkeit, den Landeswald an einen privaten Eigentümer zu verkaufen und sah dabei auch die Übernahme eines Teils des Forstpersonals vor. Parallel dazu wurde auch die Überführung in eine andere Rechtsform geprüft. Die Privatisierungspläne der Landesregierung stießen in der Öffentlichkeit auf großen Widerstand und auch die Politik und viele Interessensverbände übten Kritik an dem Vorhaben.

Im Rahmen dieser Arbeit soll sowohl der medien-öffentliche als auch der politische Diskurs über die Privatisierung des Landeswaldes Schleswig-Holstein nachgezeichnet und analysiert werden. Ziel ist es dabei, die gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge des Privatisierungsdiskurses herauszuarbeiten und dessen Einfluss auf Entscheidungsprozesse zu untersuchen. Es werden in diesem Zusammenhang folgende Forschungsfragen untersucht:

- Wie ist der Diskurs aufgebaut?
- Welche Akteure sind daran beteiligt? Welche Interessen verfolgen sie?
- Welche Argumente/ Argumentationen sind ausschlaggebend?
- Unter welchen Rahmenbedingungen wird der Diskurs geführt?
- Mit welchen Strategien versuchen die Akteure ihre Meinung durchzusetzen?
- Welches sind die Besonderheiten des Diskurses und wie ist der Privatisierungsdiskurs im größeren Kontext zu sehen?

Die vorliegende Diskursanalyse über die Privatisierung des Landeswaldes soll sowohl einen Beitrag zur allgemeinen Debatte über die Reorganisation von staatlichen Landesforstverwaltungen darstellen, als auch ein besseres Verständnis für den Ablauf eines solchen umweltpolitischen Diskurses ermöglichen.

Die bisherigen Untersuchungen zu diesem Thema setzten Schwerpunkte auf die Darstellung der Argumentationen der einzelnen Akteure und konkrete Handlungsoptionen. Im Rahmen dieser Arbeit soll im Gegensatz dazu der Gesamtkontext analysiert werden, in dem diese Diskurse produziert wurden und allgemeine Muster und Handlungsstrategien analysiert, sowie Vernetzungen mit anderen Diskursen aufgezeigt werden. Für die Umsetzung dieser Forschungsziele wurde der Ansatz der argumentativen Diskursanalyse nach HAJER gewählt, der eine Kombination verschiedener theoretischer Methoden erfordert. In diesem Zusammenhang wurden sowohl qualitative Interviews, als auch eine Dokumentenanalyse durchgeführt. Die Auswertung der Daten erfolgte anhand der Qualitativen Inhaltsanalyse nach MEUSER/ NAGEL (2005).

1.2 Ausgangssituation

1.2.1 Forstreformen in Deutschland

Als wichtigster Auslöser für die Reform staatlicher Verwaltungen kann die angespannte finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte gelten, vor deren Hintergrund zunehmend Kritik an der öffentlichen Verwaltung geäußert und das Prinzip der öffentlichen Leistungserbringung diskutiert wurde (WEBER 2000, S.4; MESKAUSKAS 2004, S.1).

Im Zusammenhang mit diesen Reformen der öffentlichen Verwaltungen durchliefen auch Landesforstverwaltungen fast aller Bundesländer in den 90iger Jahren des letzten Jahrhunderts einen Reformprozess. Zentrales Thema der deutschen Verwaltungsreformdebatte ist die Frage nach der Rolle des Staates. In diesem Zusammenhang wird diskutiert, in welchen Bereichen des öffentlichen Lebens der Staat zukünftig als Leistungserbringer auftreten sollte und in welchen Bereichen er in der Funktion eines Gewährleisters diese Aufgaben nicht selbst vornehmen, sondern sie nur sicherstellen und kontrollieren sollte (MESKAUSKAS 2004, S.2).

Seit Beginn des zweiten Jahrtausends ist im Reformprozess jedoch eine Neuerung gegenüber früheren Reformbemühungen festzustellen. Während zuvor innerhalb des vorhandenen organisatorischen Rahmens die Verwaltung weiter und weiter „verschlankt“ wurde, traten in den letzten Jahren Ansätze in den Vordergrund, diese Rahmen durch einen Wechsel der Rechtsform nun selbst zu ändern (NÜBLEIN 2005, S.680). Es sollen somit wirtschaftliche Spielräume und Freiheiten geschaffen werden, die es den Betrieben erleichtern, effektiver zu wirtschaften und flexibler auf die Umwelt zu reagieren.

In diesem Zusammenhang wurden in den letzten Jahren Rechtsformänderungen in vielen Bundesländern diskutiert und durchgeführt. Während 1999 noch alle Forstverwaltungen der Länder als Regiebetriebe geführt wurden, wechselten in den Folgejahren die Landesforstverwaltungen des Saarlandes, Hessens und Sachsen-Anhalts zum Landesbetrieb, ebenso in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz und in Sachsen. Niedersachsen, Bayern und Mecklenburg-Vorpommern gründeten hingegen eine Anstalt öffentlichen Rechts. Lediglich Baden-Württemberg, Thüringen und Brandenburg werden weiterhin als Regiebetrieb geführt (NÜBLEIN 2005, S.680).

Gegenstand intensiver Diskussion war während dieses Reformprozesses immer wieder die Frage, ob der Landeswald primär nach erwerbswirtschaftlichen Zielen geführt werden solle oder ob die Gemeinwohlorientierung bei der Bewirtschaftung in übergeordnetem Maße berücksichtigt werden sollte (VOLZ 2000, S.7).¹

Die steigenden gesellschaftlichen Anforderungen an die Wälder² und die besondere Gemeinwohlverpflichtung der Staatswälder führten im Zusammenhang mit einer Intensivierung der wirtschaftlichen Nutzung immer wieder zu Interessenskonflikten.³

Die finanzielle Lage erschwerte sich zudem durch die seit Jahrzehnten andauernde Ertragskrise der Forstwirtschaft.

1.2.2 Der Privatisierungsbegriff und Darstellung der fallrelevanten Rechtsformen

Privatisierung i.e.S. bezeichnet den Übergang von staatlichem Eigentum in Privateigentum durch Verkauf. Im weiteren Sinn wird unter Privatisierung aber auch die Übertragung von bisher durch den öffentlichen Sektor erstellten Leistungen auf private Anbieter verstanden.⁴ Auch die Wahl einer anderen Rechtsform kann als eine Form der Privatisierung verstanden werden (HAMER 1981, S.41).⁵

Bei einer Privatisierung ist zwischen einer *formellen Privatisierung*, bei der nur die Rechtsform verändert wird, und einer *materiellen Privatisierung* zu unterscheiden, die auch eine Veränderung der Besitz- und Eigentumsverhältnisse zugunsten privater Eigentümer beinhaltet (OESTEN/ ROEDER 2002, S.247).

Im Rahmen der Debatte über die Zukunft des Landeswaldes Schleswig-Holstein wird über sowohl über eine formelle Privatisierung diskutiert (z.B. die Überführung in eine GmbH), als auch über eine materielle Privatisierung (Verkauf des Landeswaldes an einen privaten Eigentümer). Der im Rahmen dieser Arbeit verwendete Privatisierungsbegriff bezieht sich, soweit nicht weiter kenntlich gemacht, auf die materielle Privatisierung. Dabei werden sowohl der Verkauf des Landeswaldes, als auch die Umwandlung in eine GmbH mit privater Beteiligung miteinbezogen.

Bei den Rechtsformen kann je nach ihrer rechtlichen Grundlage zusätzlich zwischen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Organisationsformen unterschieden werden.

Für die Reorganisation staatlicher Forstbetriebe wird ein breites Spektrum an Rechtsformen diskutiert. Im Folgenden werden die fallrelevanten Rechtsformen überblicksartig dargestellt.⁶

¹ Ausführlicher hierzu MEMMLER/ RUPPERT 2006.

² Näheres zur Einstellung der Bevölkerung zum Wald und zur Forstwirtschaft siehe PAULI 2000.

³ Siehe hierzu OESTEN/ ROEDER 2002, S.139 und WEBER 2001b, S.581.

⁴ <http://lexikon.meyers.de/meyers/Privatisierung>.

⁵ Eine ausführliche Übersicht zu Rechtsformen im forstlichen Bereich geben RUPPERT 2002 und BORCHERS 1996.

⁶ WEBER 2001a, S.42-45 und RUPPERT 2006, S.135.

Rechtsform	öffentlich-rechtliche/ privatrechtliche Form	Kurzbeschreibung
Regiebetrieb	öffentlich-rechtlich	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wirtschaftlich und rechtlich unselbstständig ▪ Keine Rechtsform im engeren Sinne, eher eine Behörde, die sich öffentlich betätigt⁷ ▪ Keine eigenen Organe ▪ Synergieeffekte durch Verbundbetrieb ▪ Hohe Fixkosten, geringe Flexibilität ▪ Hoher Verwaltungsaufwand
Landesbetrieb	öffentlich-rechtlich	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechtlich unselbstständig ▪ Gesonderte Betriebsleitung und eigener Wirtschaftsplan (Nettobetrieb) ▪ Schwerpunkt auf betrieblichen Tätigkeiten ▪ Größere wirtschaftliche Selbstständigkeit unter Beibehaltung der Grundstruktur der Verwaltung ▪ Geringere Einflussmöglichkeiten des Trägers ▪ Stärker erwerbswirtschaftlich ausgerichtet als Regiebetrieb
Sondervermögen	öffentlich-rechtlich	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechtlich unselbstständig ▪ Sonderform des Landesbetriebes ▪ Aus dem Trägerhaushalt abgesonderter Geld- und Sachwert ▪ Verlustabdeckung durch den Träger
Stiftung des öffentlichen Rechts	öffentlich-rechtlich	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mit eigener Rechtsfähigkeit, eigene Verfassung ▪ Ausschließlich Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben ▪ Einmalig definierter Stiftungszweck ▪ Fixiertes Vermögen ▪ Langfristig der Einflussmöglichkeit der Politik entzogen ▪ Stabiler Rahmen für langfristig ausgerichtete Bewirtschaftung ▪ Muss Vermögen erhalten
Anstalt des öffentlichen Rechts	öffentlich-rechtlich	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mit eigener Rechtsfähigkeit ▪ Weitgehend wirtschaftlich selbstständig ▪ Gründung der AöR mit hohem Aufwand verbunden, weil Gesetzesänderung notwendig ▪ Nicht marktfähige Leistungen können vertraglich gesichert werden, müssen aber durch Träger gedeckt werden ▪ Einflussnahme des Trägers nur eingeschränkt möglich
GmbH	privatrechtlich	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mit eigener Rechtsfähigkeit ▪ Kapitalgesellschaft ▪ Größere Flexibilität in der Personalwirtschaft, in wirtschaftlichen und haushaltsrechtlichen Fragen und in Bezug auf die interne Aufbau- und Ablauforganisation ▪ Erwerbswirtschaftliche Ausrichtung ▪ Einfachere Einrichtung und Auflösung ▪ Wenig politische Einflussmöglichkeiten
GmbH mit privater Beteiligung	privatrechtlich	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wie GmbH, aber Anteilsverkäufe möglich

Tabelle 1: Überblick der fallrelevanten Rechtsformen

⁷ Adamaschek/ Adams 1989, S.1391.

1.3 Der Fall Schleswig-Holstein

1.3.1 Politischer Kontext und Hintergrundinformationen

1.3.1.1 Die Landesregierung und der Landtag

Schleswig-Holstein wird seit der Wahl am 20.02.2005 von einer großen Koalition aus CDU und SPD regiert.

Die Landesregierung (Kabinett) setzt sich aus dem Ministerpräsidenten und sieben Ministerinnen und Ministern zusammen. In der derzeitigen Regierungskonstellation werden die Ministerien für Bildung und Frauen, für Justiz, für Familien und Soziales und das Innenministerium von Vertretern der SPD geführt, während die Ministerien für Landwirtschaft, für Wissenschaft und Wirtschaft und das Finanzministerium von Mitgliedern der CDU geleitet werden.⁸ Auch der Ministerpräsident ist Mitglied der CDU.

Die Landesregierung ist im Bereich der vollziehenden Gewalt oberstes Leitungs-, Entscheidungs- und Vollzugsorgan. Alle wichtigen politischen, administrativen und personellen Entscheidungen bedürfen der Zustimmung des Regierungskabinetts,⁹ wobei diese Entscheidungen von den Kabinettsmitgliedern einstimmig beschlossen werden müssen.

Der Landtag (Parlament) ist das vom Volk gewählte oberste Organ der politischen Willensbildung. Er wählt den Ministerpräsidenten und übt die gesetzgebende Gewalt aus, d.h. er stimmt über Landesgesetze und den Landeshaushalt ab. Außerdem kontrolliert er die vollziehende Gewalt d.h. die Landesregierung.¹⁰ Eine der zentralen Aufgaben des Landesparlaments ist zudem die Behandlung öffentlicher Angelegenheiten. Das bedeutet, dass im Landtag neben Gesetzesentwürfen auch eine Vielzahl unterschiedlicher Themen diskutiert wird, die u.a. auch auf Anträge oder Anfragen einzelner Abgeordneter oder ganzer Fraktionen zurückgehen. Auch wenn diese Diskussionen oft keine direkten Auswirkungen auf Gesetze und Verordnungen haben, so nehmen sie doch Einfluss auf die politische Meinungs- und Willensbildung.¹¹

Der schleswig-holsteinische Landtag setzt sich in der derzeitigen Wahlperiode aus fünf Fraktionen zusammen. Neben den Regierungsparteien CDU und SPD, die insgesamt mit 59 Sitzen vertreten sind, belegen die Oppositionsparteien, das Bündnis 90/ die Grünen, die FDP und der SSW (Südschleswigscher Wählerverband), 10 Sitze im Landtag.¹² Das Parlament wird von den Bürgern für einen Zeitraum von fünf Jahren gewählt.¹³

⁸ Die genauen Bezeichnungen der einzelnen Ministerien sind hier aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht übernommen worden.

⁹ Landesregierung Schleswig-Holstein: Landespolitik – die Verfassungsorgane.

¹⁰ Artikel 10, Abs. 1 der schleswig-holsteinischen Landesverfassung.

¹¹ Landtag Schleswig-Holstein: Aufgaben des Parlaments.

¹² Landtag Schleswig-Holstein: Die Fraktionen im Parlament.

¹³ Die Rahmenbedingungen parlamentarischer Debatten werden unter 1.3.3 erläutert.

1.3.1.2 Die Verwaltungsmodernisierung

Vor dem Hintergrund der Verschuldung des Landeshaushaltes Schleswig-Holsteins von 21,3 Mrd. Euro und einer jährlichen Neuverschuldung von 1,3 Mrd. Euro¹⁴ hat die derzeitige Landesregierung in ihrer Politik einen Schwerpunkt auf die Konsolidierung der Landesfinanzen gelegt.¹⁵ Oberstes Ziel ist dabei, durch Bürokratieabbau und Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen Möglichkeiten zu Kosteneinsparungen aufzudecken und die jährliche Neuverschuldung zu reduzieren bzw. langfristig auszugleichen.

Im Rahmen dieses Haushaltskonsolidierungskurses wurde von der Landesregierung die Projektgruppe „Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung“ - geleitet von Staatssekretär KLAUS SCHLIE - ins Leben gerufen, um die Aufgaben der öffentlichen Verwaltungen zu untersuchen und Vorschläge zu Aufgabenverzicht, -verlagerungen und Prozessoptimierungen zu erarbeiten. Der Abschlussbericht dieser Projektgruppe, der sogenannte „Schlie-Bericht“, der Anfang Januar 2006 vorgestellt wurde, machte sowohl Vorschläge zum Wegfall von Aufgaben, zur Aufgabenprivatisierung und Verlagerung auf Dritte, als auch zur Übertragung der Aufgaben auf die kommunale Ebene. Unter anderem ist in diesem Bericht auch die Privatisierung des Landeswaldes Schleswig-Holsteins vorgesehen.

1.3.1.3 Der Landeswald und die Forstverwaltung in Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein ist mit einem Waldanteil von 9,9% das waldärmste Flächenland Deutschlands.¹⁶ Von den 155.000 ha Waldfläche entfallen 80.000 ha auf den Privatwald (51%), 23.000 ha auf den Körperschaftswald (15%) und 52.000 ha auf den Staatswald (34%).

Die Wälder Schleswig-Holsteins weisen mit 53% der Gesamtwaldfläche einen hohen Laubbaumanteil auf, zudem sind 60% der Bestände jünger als 60 Jahre.¹⁷ Der Landeswald ist damit zu großen Teilen ein Aufbaubetrieb.¹⁸

Eine weitere Besonderheit des Landeswaldes stellt seine starke Parzellierung dar. Die 52.000 ha Staatswald sind auf ca. 340 Einzelflächen verteilt, die den 43 Förstereien der Landesforstverwaltung zugeordnet sind.

¹⁴ Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein.

¹⁵ Regierungsprogramm der CDU 2004 (im Zusammenhang mit den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein).

¹⁶ Der durchschnittliche Waldanteil in Deutschland liegt bei ca. 30%.

¹⁷ Forstbericht der Landesregierung Schleswig-Holstein 2004, S.6.

¹⁸ Im Landeswald gab es Ende der vierziger Jahre des letzten Jahrhunderts, bedingt durch Reparationshiebe nach dem zweiten Weltkrieg und die verstärkte Brennholznutzung der Bevölkerung, großflächige Kahlhiebe. In den Nachkriegsjahren wurden diese Flächen aufgeforstet.

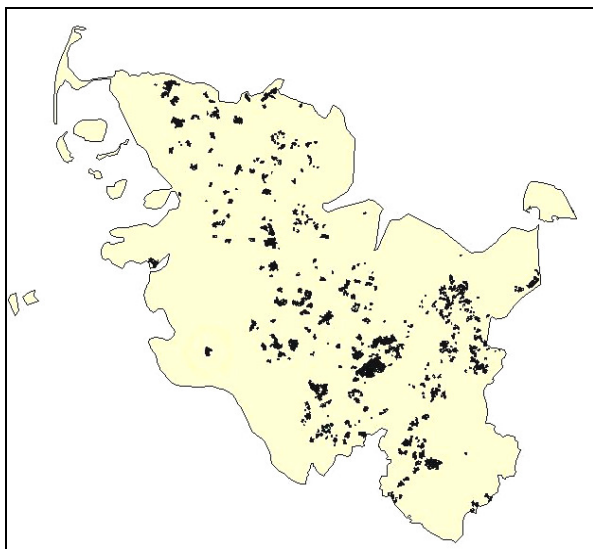


Abbildung 1: Verteilung der Waldflächen des Landeswaldes¹⁹

Das im Dezember 2004 novellierte Landeswaldgesetz Schleswig-Holsteins sieht als Zielsetzung für den Staats- und Körperschaftswald eine besondere Allgemeinwohlausrichtung vor.²⁰

§ 6 LWaldG Schleswig-Holstein Zielsetzungen für den Staats- und Körperschaftswald
(1) Der Staats- und Körperschaftswald dient in besonderem Maße dem Allgemeinwohl. Er ist unter besonderer Berücksichtigung der Schutz- und Erholungsfunktion zu bewirtschaften, zu entwickeln und zu vermehren.

Tabelle 2: LWaldG Schleswig-Holstein zu den Zielsetzungen im Staatswald

Um dieser besonderen Gemeinwohlverpflichtung des Landeswaldes²¹ gerecht zu werden, wurden insgesamt 41% der Landesforsten besondere Schutzfunktionen zugewiesen. Dazu gehören die Ausweisung von Naturschutzgebieten (6%), Naturwaldflächen (7%), die Erfassung als § 15a- Biotop (3%) und der Schutz durch Ausweisung von Natura 2000 Gebieten (37%). Ein Viertel der Waldfläche der Landesforsten hat eine besondere Erholungsfunktion. Außerdem gibt es im Landeswald 57 Waldkindergärten, 2 Jugendwaldheime und ein Waldpädagogisches Zentrum.²² Zudem ist der Landeswald sowohl nach FSC, als auch nach PEFC zertifiziert.

Die Landesforstverwaltung ist Teil der Umweltverwaltung Schleswig-Holsteins,²³ nimmt sowohl wirtschaftliche (fiskalische) als auch Dienstleistungs- und Hoheitsaufgaben wahr und ist zweistufig organisiert. Während die Landesforstverwaltung im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MLUR) als oberste Forstbehörde für alle

¹⁹ Landesforstverwaltung in Zahlen und Fakten 2006, S.2.

²⁰ Landeswaldgesetz Schleswig-Holstein 2005.

²¹ Zu der besonderen Gemeinwohlverpflichtung öffentlicher Wälder vgl. MEMMLER/ RUPPERT 2006.

²² Forstbericht der Landesregierung Schleswig-Holstein 2004 S. 26, 54.

²³ Die Abteilungen „Forst und Jagd“ und „Naturschutz“ wurden 1998 zusammengelegt und dem MLUR zugeordnet.

Wälder Schleswig-Holsteins zuständig ist und den Wirtschaftsbetrieb Landesforst leitet, sind die sechs Forstämter als untere Forstbehörden auf der Ortsebene für alle den Wald betreffenden rechtlichen Fragen, sowie für die Bewirtschaftung des landeseigenen Waldes zuständig. Die Forstämter übernehmen darüber hinaus eine Vielzahl anderer Aufgaben, wie z.B. Waldführungen, Waldpädagogik und Instandhaltung von Erholungseinrichtungen.²⁴

Bei der Landesforstverwaltung Schleswig-Holstein handelt es sich nicht um eine Einheitsforstverwaltung nach dem Muster Baden-Württemberg oder Sachsen, sondern um eine zweigliedrige Forstorganisation: In dieser erfolgen die Aufgaben der Beratung und Betreuung des Privat- und Körperschaftswaldes nicht wie in der Einheitsforstverwaltung durch die Landesforstverwaltung, sondern werden durch die Forstabteilung der Landwirtschaftskammer durchgeführt.

Eine Besonderheit stellt das Waldpädagogische Zentrum dar, welches eine selbständige organisatorische Einheit bildet. Der 1999 gegründete „ErlebnisWald Trappenkamp“ wird als Landesbetrieb geführt, während der Landeswald ein Sondervermögen nach § 26 Abs.2 LHO darstellt. In der Landesforstverwaltung waren 2006 312 Personen tätig, hiervon 20 Mitarbeiter vorwiegend im hoheitlichen Bereich.²⁵ Der jährliche Zuschussbedarf lag 2005 nach Angaben des MLUR bei 10,1 Mio. Euro, die sich aus dem Defizit ausgleich des Forstbetriebes (4,3 Mio. Euro), der Finanzierung der Gemeinwohlleistungen (4,7 Mio. Euro) und der Finanzierung der hoheitlichen Aufgaben (1,1 Mio. Euro) zusammensetzen.²⁶

1.3.1.4 Bisherige Forstreformen in Schleswig-Holstein

Die Landesforstverwaltung befindet sich seit 1996 in einem kontinuierlichen Reformierungsprozess. Ziel ist dabei die Straffung der Organisation, die Steigerung der Effizienz und eine Verringerung des jährlichen Zuschussbedarfes.

Mit der organisatorischen Straffung war in der Vergangenheit auch ein erheblicher Abbau des Personals verbunden: so wurden zwischen 1996 und 2002 56 Stellen eingespart, was einem Personalabbau von 15% entspricht.²⁷

Im Jahr 2001 wurde eine Organisations- und Rechtsformprüfung durchgeführt, anhand welcher die Vor- und Nachteile möglicher Rechtsformen für den Landeswald analysiert werden konnten. Dabei wurden der Regiebetrieb, der Landesbetrieb, die Stiftung öffentlichen Rechts, die Anstalt öffentlichen Rechts und die GmbH auf ihre Eignung geprüft. Das Sondervermögen und die Aktiengesellschaft wurden hingegen von vornherein ausgeschlossen, weil sie als nicht kompatibel mit den Zielen der Landesforstverwaltung eingestuft wurden.²⁸

Das entsprechende Gutachten ergab jedoch, dass die Ziele der Landesforstverwaltung unter den gegebenen Rahmenbedingungen am besten mit einem optimierten Regiebetrieb zu erreichen wären. Bezugnehmend auf dieses Ergebnis beschloss die Landesregierung

²⁴ Landesregierung Schleswig-Holstein: Landesforstverwaltung (siehe www.landesregierung.schleswig-holstein.de)

²⁵ Landesforstverwaltung Schleswig-Holstein Zahlen und Fakten 2006, S.2.

²⁶ Zwischenbericht der Landesregierung zur Reform der Landesforstverwaltung 2006, S.1.

²⁷ Forstbericht der Landesregierung Schleswig-Holstein 2004, S.38-39.

²⁸ Organisations- und Rechtsprüfung in der Forstwirtschaft, Bericht der Landesregierung 2001, S.23-26.

daraufhin, den Landesforst weiterhin als Regiebetrieb zu führen, jedoch eine weitere Reduzierung der Zahl der Förstereien und des Personal vorzunehmen.

Während die Ausgaben kontinuierlich reduziert wurden, stiegen die Personalkosten in den letzten Jahren immer weiter an. Im Zusammenhang mit den stagnierenden Holzpreisen konnte somit trotz Einsparungen das Defizit des Landeswaldes nicht abgebaut, aber zumindest zwischen 10 und 11 Mio. Euro gehalten werden.²⁹

Im Jahr 2004 wurde unter rot-grüner Landesregierung die Gründung einer Stiftung Landeswald diskutiert. Das Bündnis 90/ die Grünen setzte sich stark für eine Überführung der Landesforstverwaltung in eine Stiftung öffentlichen Rechts ein, konnte jedoch diese Forderungen gegenüber dem damaligen Koalitionspartner SPD nicht durchsetzen. Es wurde daraufhin ein Sondervermögen Landeswald gegründet, welches eine mögliche spätere Umwandlung in eine Stiftung Landeswald erleichtern sollte.

Aufgrund eines weiteren erheblichen Anstiegs der Haushaltsverschuldung wurde Ende 2005 von der neuen Landesregierung eine umfassende Verwaltungsmodernisierungsreform eingeleitet und in diesem Zusammenhang auch die Reorganisation der Landesforstverwaltung neu diskutiert.

Dieses Mal sollten parallel zu der Möglichkeit, den Landeswald in eine Anstalt öffentlichen Rechts, in einen Landesbetrieb oder in eine GmbH zu überführen, auch die Voraussetzungen für eine materielle Privatisierung geprüft werden:³⁰

“Das Kabinett stimmt der Privatisierung des nichthoheitlichen Bereichs der Forstverwaltung unter den Maßgaben zu, dass eine Markterkundung durch unabhängige Dritte durchgeführt wird, die Privatisierung die größtmögliche Übernahme des Personals einschließt und eine Gesamtprivatisierung erfolgt. Ausgeschlossen wird eine Teilprivatisierung von forstwirtschaftlich besonders interessanten Flächen. Das MLUR wird ermächtigt, zeitlich parallel als Alternative zu einer Veräußerung die Neuorganisation der Forstverwaltung in einer anderen Rechtsform vorzubereiten. Dabei sind neben der Möglichkeit einer Anstalt des öffentlichen Rechts auch andere Rechtsformen, wie etwa die einer GmbH, zu prüfen.“

(Kabinettsbeschluss der Landesregierung Schleswig-Holstein, 24.01.2006)³¹

Die Ankündigung einer möglichen Privatisierung³² löste eine weitgreifende Debatte zur Zukunft des Landeswaldes in Schleswig-Holstein aus insbesondere auch weil im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien eine Privatisierung nicht ausdrücklich vorgesehen war. Im Vertrag wurde zwar eine betriebswirtschaftliche Optimierung der Landesforstverwaltung vereinbart, an der bisherigen Grundstruktur der Organisation sollte jedoch weiterhin festgehalten werden, solange sich keine wirtschaftlichere Organisationsform finden ließe. Der

²⁹ Forstbericht der Landesregierung Schleswig-Holstein 2004, S.75.

³⁰ Dieser Beschluss basierte auf den Vorschlägen des Abschlussberichtes der Projektgruppe Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung (Schlie-Bericht).

³¹ Zitiert im Zwischenbericht der Landesregierung zur Reform der Landesforstverwaltung 2006, S.2.

³² Mit Privatisierung wird in diesem Zusammenhang der Verkauf des Landeswaldes angesprochen, im Laufe der Debatte wird der Privatisierungsbegriff jedoch häufig auch für eine Umwandlung in eine privatrechtliche Rechtsform (z.B. GmbH) angewendet.

Verkauf von Splitterwaldbesitz, kleinen unwirtschaftlichen und entbehrlichen Waldgrundstücken wurde hingegen bereits im Koalitionsvertrag festgelegt.³³

In der vorliegenden Arbeit wird diese Anfang 2006 initiierte Debatte über die Privatisierung des Landeswaldes untersucht.

1.3.2 Beteiligte Akteure

Die am Diskurs über die Privatisierung des Landeswaldes Schleswig-Holsteins beteiligten Akteure lassen sich in verschiedene Gruppen unterteilen. Die Debatte innerhalb der Landtagsfraktionen und der **Landesregierung** ist der politischen Kommunikation zuzuordnen. In der öffentlichen Kommunikation werden die Interessen über Verbände, Wirtschaftsunternehmen und die Medien vertreten.³⁴

Das Landesparlament setzt sich aus den Regierungsparteien **SPD** und **CDU** zusammen, die seit 2005 eine große Koalition bilden. Zu der Opposition gehören die **FDP**, das **Bündnis 90/die Grünen** und der **SSW** (Südschleswigscher Wählerverband).

An der Debatte über die Zukunft des Landeswaldes sind außerdem der **Ministerpräsident** als Regierungschef, das **Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume** und das **Finanzministerium** des Landes Schleswig-Holstein beteiligt. In der öffentlichen Diskussion positionieren sich verschiedene **Interessensverbände** aus den Bereichen Umwelt- und Naturschutz, Erholung und Tourismus, aber auch Berufsverbände und **Bürgerinitiativen**.

In der folgenden Tabelle werden die wichtigsten Interessenverbände kurz dargestellt:

Verband	Kurzcharakteristik
IG BAU (Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt)	Arbeitnehmervertretung der Forstangestellten
BDF (Bund Deutscher Forstleute)	forstpolitische und berufsständische Vertretung der Forstleute und Angestellten in allen Waldbesitzarten
NABU (Naturschutzbund Deutschland e.V.)	Umweltverband mit Schwerpunkt Naturschutz
BUND (Bund für Umwelt- und Naturschutz e.V.)	Größter deutscher Umweltverband
SDW (Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e.V.)	Gemeinschaft zum Schutz des Waldes, der Umwelt und der Landschaft
Schleswig-Holsteinischer Waldbesitzerverband e.V.	Interessenvertretung für private Waldbesitzer
Bündnis Wald	Zusammenschluss von über 30 Verbänden gegen die Privatisierung des Landeswaldes Schleswig-Holstein

Tabelle 3: Einordnung beteiligter Interessenverbände

Als wichtige Akteure des Privatisierungsdiskurses sind außerdem das **Holzspielzeugunternehmen Gollnest & Kiesel**, die von der Privatisierung des Landeswaldes betroffenen

³³ Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD.

³⁴ Ausführlicher dazu unter 1.3.3.

Mitarbeiter der Landesforstverwaltung, sowie die **Bevölkerung Schleswig-Holsteins** zu nennen.

Die letzten zwei Akteurgruppen treten jedoch nicht unmittelbar als Interessenvertreter auf, sondern vertreten ihre Interessen indirekt über die Zusammenarbeit mit Verbänden und Bürgerinitiativen, der Politik und den Medien. Die **Journalisten** haben durch die Auswahl der veröffentlichten Themen und über eine Positionierung in Zeitungsartikeln die Möglichkeit, das öffentliche Meinungsbild zu prägen. Die Bevölkerung als meist passiver Akteur kann ihren Einfluss durch Unterschriften, Leserbriefe und Druck auf lokale Politiker geltend machen. Die Interessen der Mitarbeiter der Landesforstverwaltung werden sowohl durch Berufsverbände und Genossenschaften, als auch durch Personalräte (innerhalb der Verwaltung) vertreten.

Das **Bündnis Wald** ist ein Zusammenschluss von über 30 Verbänden, der sich vor dem Hintergrund der Privatisierungsforderungen für den Landeswald gebildet hat. Die Vertretung der Interessen des Bündnis Wald in der Öffentlichkeit erfolgt durch den NABU und obwohl sich die Mitgliedsverbände auf gemeinsame Ziele geeinigt haben, bleiben sie als Verbände weiterhin unabhängig und können besondere Interessen auch individuell verfolgen.³⁵

1.3.3 Arten der Kommunikation (Diskurskontexte)

1.3.3.1 Politische Kommunikation

Die politische Kommunikation zum Thema Verkauf des Landeswaldes oder die Umwandlung in eine andere Rechtsform spiegelt sich in den Landtagsdebatten zu diesem Thema wider. Die öffentlich zugänglichen Plenarprotokolle ermöglichen eine Analyse der durch die Parteien vertretenen Positionen und ihrer Interaktionen. In den Protokollen werden zudem die Reaktionen des Plenums (Beifall, Zwischenrufe, Gelächter und Unruhe) auf bestimmte Aussagen festgehalten. Die allgemeine Stimmung zu bestimmten Themen kann so wenigstens teilweise wiedergegeben werden.

Durch den allgemein öffentlichen Zugang zu den Sitzungsprotokollen werden Aussagen, die in der Debatte gemacht werden, in die öffentliche Kommunikation übernommen und von den Medien zitiert. Parlamentsdebatten haben also nicht nur Relevanz auf der Ebene politischer Entscheidungsfindung, sondern ihnen kommt auch eine nicht zu vernachlässigende Rolle als Brückenschlag zur öffentlichen Debatte zu.

Im Rahmen einer Diskursanalyse sind Parlamentsdebatten insofern interessant, weil sie ein Forum bilden, in dem in einem festgelegten Rahmen alle politischen Meinungsträger zu Wort kommen und in einem direkten Austausch miteinander stehen.

Gerade für Parlamentsdebatten bestehen klar definierte Spielregeln, die bei der Analyse zu berücksichtigen sind. Es handelt sich also um eine Art „ritualisierten Raum“ (BARLÖSIUS/ BRUSE 2005, S.4).

Sowohl die Auswahl der Themen als auch die Redner und die Redezeit werden von vornherein festgelegt. Die Reihenfolge der Redebeiträge folgt einem festgelegten Schema; Zwischenfragen werden nur im Einverständnis mit dem Redner akzeptiert. Die Inhalte der

³⁵ Detaillierte Auflistung der Mitgliedsverbände s. Anhang 11.1.

Redebeiträge werden vorher fraktionsintern abgestimmt, es werden also vielmehr Sichtweisen und Argumente der jeweiligen Fraktion vorgetragen, als die der einzelnen Redner. Der innerhalb der Parteien bestehende sogenannte Fraktionszwang bewirkt, dass die Fraktionen bei Abstimmungen meist als geschlossene Blöcke abstimmen (BARLÖSIUS/ BRUSE 2005, S.4).

Generell besteht in einer Parlamentsdebatte kein struktureller Zwang zur Einigung. Sie wird von den Fraktionen auch dazu genutzt, den eigenen Standpunkt zu präsentieren und sich gegenüber dem politischen Gegner zu positionieren. Auch Zwischenfragen werden oft mit der Intention gestellt, die Redner zu verunsichern - und nicht, weil sie diskutiert werden sollen (BARLÖSIUS/ BRUSE 2005, S.4).

Durch die Mehrheit der Regierungskoalition werden Anträge der Opposition i.d.R. abgelehnt. Diese kann dennoch durch Anträge, Anfragen oder Fragen in den aktuellen Stunden Themen auf die Tagesordnung bringen und somit Einfluss auf die Regierung ausüben. Oft profiliert sich die Opposition auch durch das Besetzen einzelner Themenfelder (RUDZIO 2003, S.276).

Viele Themen werden nach einer ersten Sitzung an den jeweiligen Ausschuss überwiesen, wo sie intern bearbeitet werden, bevor sie in einer zweiten oder dritten Landtagssitzung endgültig abgestimmt werden.

Im Landesparlament Schleswig - Holstein besteht durch die Große Koalition eine besonders starke Dominanz der Regierungsparteien. Die Opposition, hier bestehend aus Bündnis 90/ die Grünen, FDP und SSW, hat dagegen kaum Einfluss auf Entscheidungen. Deshalb wird gerade die Öffentlichkeit der Parlamentssitzung auch dazu genutzt, um bei den Bürgern zu „punkten“.

1.3.3.2 Öffentliche Kommunikation

Unter Öffentlichkeit versteht man ein allgemein zugängliches Kommunikationsforum, in dem Öffentlichkeitsakteure Meinungen zu bestimmten Themen verbreiten können, die von einem breiten Publikum wahrgenommen und vertreten werden. Die Sprecher sind insbesondere Interessenvertreter von Regierung, Parteien, Verbänden und andere Organisationen, aber auch Medienvertreter und Einzelpersonen.³⁶ Die Zielgruppe, die im allgemeinen Sprachgebrauch oft als „die Öffentlichkeit“ bezeichnet wird, sind Bürger und Institutionen, die die öffentliche Kommunikation als Forum des Meinungs austausches und als Informationsmedium nutzen.

Öffentlichkeit im Sinne eines „Forums der öffentlichen Meinungsbildung“ ist in der heutigen Gesellschaft gleichzustellen mit Medienöffentlichkeit. Die Reichweite und Wirksamkeit einzelner Themen und Äußerungen hängt davon ab, inwieweit sie von den Massenmedien aufgenommen werden (REHAAG/ WASKOW 2005, S.17).

Unter Massenmedien sind jene Medien zu verstehen, die sich mit Hilfe von technischen Verbreitungsmitteln (Printmedien, Rundfunk und Fernsehen, Internet) an ein unbegrenztes, anonymes Publikum richten.

Die Besonderheit der Massenmedien ist, dass diese „Masse“ nicht direkt untereinander kommunizieren oder gegenseitige Handlungen hervorrufen kann, wie es zum Beispiel bei einer öffentlichen Diskussion der Fall wäre.

³⁶Definition in Anlehnung an NEIDHARDT 1994, S.7.

Der Zugang zur Öffentlichkeit durch die Massenmedien hängt zudem von einer Vielzahl von Faktoren ab, die miteinander konkurrieren. Kriterien für die Auswahl eines Themas sind vor allem die Aktualität, die Konfliktrichtigkeit, die persönliche Identifikation mit dem Thema aber auch die Betroffenheit, die beim Empfänger ausgelöst wird.

Um die eigene Meinung durchzusetzen, werden gezielt solche Darstellungsstrategien eingesetzt, bei denen anhand konkreter Beispiele, durch Moralisierung oder Darstellung von Skandalen die Anteilnahme und Zustimmung des Publikums gewonnen werden soll (REHAAG/ WASKOW 2005, S.17). Auch im Fall der Privatisierungsdebatte über den Landeswald Schleswig-Holstein findet die öffentliche Kommunikation in erster Linie über die Massenmedien statt (Tageszeitungen, Zeitschriften, Rundfunk, etc.).

Die öffentliche Kommunikation ist maßgeblich für die Entstehung der öffentlichen Meinung, d.h. die Übernahme einer Meinung zu bestimmten Themen durch einen Großteil der Bevölkerung, verantwortlich (LIPPMANN 1990, S.28).

2 Theoretische Grundlagen

Die Diskursanalyse bildet den theoretischen Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit.³⁷ Im Folgenden wird der diskurstheoretische Ansatz genauer beleuchtet und in einen größeren, meta-theoretischen Kontext gebracht. Anschließend werden der Diskursbegriff und die wichtigsten diskurstheoretischen Ansätze vorgestellt. Die *Argumentative Diskursanalyse* nach HAJER wird schließlich genauer dargestellt, da sie den theoretischen Bezugsrahmen der vorliegenden Arbeit darstellt.

2.1 Meta-theoretische Einordnung der Diskursanalyse

Vielen diskurstheoretischen Ansätzen liegt eine konstruktivistische Grundperspektive zugrunde, in der angenommen wird, dass „alles was wir wahrnehmen, erfahren, spüren, über sozial konstruiertes, typisiertes, in unterschiedlichen Graden als legitim anerkanntes und objektiviertes Wissen, das heißt über Bedeutungen und Bedeutungsschemata vermittelt wird.“ (KELLER 1997, S.315).

Rekonstruktive Methodologien versuchen diese Deutungen, die von Akteuren im sozialen Prozess hervorgebracht und intersubjektiv geteilt werden, zu rekonstruieren. Im konstruktivistischen Sinnverständnis wird davon ausgegangen, dass die Wirklichkeit nur mittelbar über Deutungen und Weltbilder erschlossen werden kann, d.h. dass Realität als soziales Konstrukt aufgefasst wird (BERGER/ LUCKMANN 2000).

Diese Annahme bedeutet jedoch nicht, dass von einem konstruktivistischen Standpunkt aus gelehnet wird, dass es eine Welt außerhalb der Wahrnehmung gibt. Diese sei nur nicht zugänglich, solange sie nicht über diskursive Praktiken, wie z.B. Sprache, erschlossen werden wird (ULBERT 2005, S.19).

Die Diskursanalyse schließt genau an dieses Verständnis an, indem sie darauf zielt, Prozesse der sozialen Konstruktion von „Wirklichkeit“, deren Kommunikation und Legitimation auf der Ebene von Institutionen, Organisationen bzw. sozialen Akteuren zu rekonstruieren und die gesellschaftliche Wirkung dieser Prozesse zu analysieren (KELLER 1997, S.319).

2.2 Der Diskursbegriff

Der Begriff ‚Diskurs‘ lässt eine Vielzahl von Interpretationen zu. Im angelsächsischen und französischen Sprachgebrauch wird mit „discourse“ und „discours“ ein Gespräch oder eine Rede bezeichnet. Im geisteswissenschaftlichen Kontext, insbesondere basierend auf den

³⁷In der einschlägigen Literatur wird keine konkrete Abgrenzung zwischen „Diskurstheorie“ und „Diskursanalyse“ vorgenommen. Man spricht daher auch von einem Forschungsprogramm (vgl. 3.2).

Lehren des Philosophen MICHEL FOUCAULT, werden Diskurse als „spezifische, gesellschaftlich ausdifferenzierte Formen der Wissensproduktion“ gesehen (KELLER, 1997, S. 310).

Der Begriff Diskurs ist mittlerweile fest im allgemeinen Sprachgebrauch verankert, wo er oft mit „Diskussion“ oder „Debatte“ gleichgestellt wird. Im Rahmen dieser Arbeit wird, in Anlehnung an HAJER, der Diskurs als ein „Ensemble von Ideen, Konzepten und Kategorien“ gesehen, „durch das ein Phänomen mit Bedeutung versehen wird und welches durch ein bestimmtes, identifizierbares Set von Praktiken produziert und reproduziert wird.“ (HAJER, 2004, S.271).

Diskurse sind Denksysteme, durch die bestimmte Vorstellungen im gesellschaftlichen Konsens festgeschrieben sind und die in weiten Bereichen unsere Wahrnehmung von Wirklichkeit bestimmen (KASCHUBA 1999, S.236). Sie transportieren demnach nicht nur die individuelle Wirklichkeit, sondern sind selbst Erzeuger gesellschaftlicher Realität.

Um die gesellschaftliche Bedeutung von Diskursen, Diskursinhalten und Diskurspraktiken verstehen zu können, muss neben ihrer inhaltlich-materiellen Rekonstruktion auch ihr gesellschaftliches und historisches Umfeld berücksichtigt werden und einzelne Sprachereignisse müssen in einem weiteren, strukturierten Bedeutungs- und Handlungshorizont gesehen werden (KELLER 1999, S.3). Voraussetzungen für das Entstehen von Diskursen sind Öffentlichkeit und Konflikthaltigkeit diskursiver Prozesse, weil sie nur dort vorangetrieben werden können, wo durch öffentliche Akteure konkurrierende Ansprüche auf Definitionsmacht erhoben werden (SCHWAB-TRAPP 2001, S.263). Bei öffentlichen und politischen Diskursen handelt es sich auch keinesfalls um einschichtige Phänomene, vielmehr um Vernetzungen verschiedener, aus unterschiedlichen Diskursen bezogener Elemente (HAJER 2004, S.279).

2.3 Diskurstheoretische Ansätze

Das Interesse für die Bedeutung von Diskursen hat in vielen Forschungsfeldern im zweiten Teil des letzten Jahrhunderts erheblich zugenommen. Nicht nur in den Sprachwissenschaften, der Philosophie, Psychologie und den Geschichtswissenschaften, sondern auch in den Politikwissenschaften und der Pädagogik haben diskursanalytische Ansätze Einzug gehalten. Dabei wurde eine Reihe von verschiedenen Theorien entwickelt, die - je nach ihrem wissenschaftlichen Bezug - unterschiedliche Schwerpunkte und Methoden der Diskursforschung aufgreifen.

Im Folgenden wird ein Überblick über die wichtigsten diskurstheoretischen Strömungen gegeben. Nach KELLER werden sechs inhaltliche Fokussierungen der Verwendung des Diskursbegriffs unterschieden:³⁸

Die im englischsprachigen Raum am häufigsten verbreitete Variante der Diskursanalyse, die *discourse analysis*, vereint eine Vielzahl von Forschungsansätzen mit dem Schwerpunkt auf linguistischen, soziologischen und psychologischen Aspekten und befasst sich zentral mit der

³⁸Die Einordnung erfolgt nach KELLER 2004a, S.20-61.

Analyse des Sprachgebrauchs. In der darauf aufbauenden *critical discourse analysis* werden die linguistischen Fragestellungen der *discourse analysis* mit ideologie-, gesellschafts- und sprachkritischen Fragestellungen verknüpft und um allgemeinere sozialwissenschaftliche Aspekte erweitert (KELLER, 2004a). Die *kulturalistische Diskursforschung* untersucht die gesellschaftliche Bedeutung symbolischer Ordnungen und Prozesse der Wirklichkeitsdefinition. Sie ist besonders für die sozialwissenschaftlich ausgerichtete Forschung interessant, weil sie das Handeln öffentlicher Akteure und soziale Bewegungen untersucht. Bei *linguistisch-historische Diskursanalysen* steht der Sprachwandel im Mittelpunkt, sie untersuchen die Geschichte der Sprache anhand von Diskursen. Viele dieser diskursanalytischen Ansätze gehen auf die *Diskurstheorien* zurück, die durch den französischen Poststrukturalismus initiiert wurden. Der Diskursbegriff wurde vor allem vom französischen Philosophen MICHEL FOUCAULT geprägt, aber auch die postmarxistische Diskurstheorie von CHANTAL MOUFFE und ERNESTO LACLAU hat, besonders im politikwissenschaftlichen Kontext, einen wichtigen Beitrag zur Diskurstheorie geleistet (KELLER, 2004a).³⁹

Die *wissenssoziologische Diskursanalyse* nach KELLER kann als Brückenschlag zwischen den kulturalistischen Ansätzen der Diskursforschung und den Diskurstheorien von MICHEL FOUCAULT gesehen werden. Sie untersucht Prozesse der sozialen Konstruktion von Deutungs- und Handlungsstrukturen und analysiert die gesellschaftlichen Wirkungen dieser Prozesse (KELLER, 2004a). Auch die *argumentative Diskursanalyse* nach HAJER verbindet den sprachwissenschaftlich geprägten Ansatz von FOUCAULT mit kulturalistischen Ansätzen, untersucht aber im Gegensatz zur wissenssoziologischen Diskursanalyse nicht die Entstehung und Veränderung gesellschaftlichen Wissens, sondern die argumentative Struktur von Diskursen.

Dieser Arbeit wurde die Diskursanalyse nach HAJER zugrunde gelegt, weil ihr Ansatz am ehesten den Fragestellungen nach der Struktur des Diskurses über die Privatisierung des Landeswaldes Schleswig-Holsteins entspricht.

2.4 Die Argumentative Diskursanalyse nach HAJER

In der *argumentativen Diskursanalyse* nach HAJER wird der Schwerpunkt auf die Untersuchung politischer Prozesse gelegt. In seinem Beispiel der ‚Saure Regen‘- Debatte in Großbritannien demonstriert HAJER die Bedeutung der Analyse argumentativer Strukturen und sozialer Praktiken von Diskursen für die Politikwissenschaften.⁴⁰

Als zentralen Bestandteil eines Diskurses sieht HAJER die Sprache, die er, basierend auf der Idee des „linguistic turns“ in der Philosophie, nicht als Spiegel der Realität sieht, sondern als Medium, das eben diese Realität beeinflusst. Demnach wird von den Akteuren durch Sprache

³⁹Einführungen in das Werk von Foucault siehe Danaher/ Schirato/ Webb 2000 oder Keller/ Hirsland/ Schneider/ Viehöver 2004, für Laclau und Mouffe siehe Howarth 2000.

⁴⁰HAJER untersuchte die Kontroversen über das Problem des sauren Regens und ihre Auswirkungen auf die Umweltpolitik in Großbritannien und den Niederlanden in den 90iger Jahren. Er stellte fest, dass das Phänomen des sauren Regens als Metapher für Umweltverschmutzungen und die Krise der Industriegesellschaft steht.

die Welt nicht nur beschrieben, sondern geschaffen. Dennoch unterscheidet sich HAJERS Diskurstheorie von anderen linguistisch orientierten insofern, als er nicht die Sprache selbst zum Gegenstand der Analyse macht, sondern sie als wichtiges Werkzeug sieht, das dem Politikwissenschaftler ermöglicht, die Strukturierung und Reproduktion von Herrschaftsbeziehungen anhand von gesellschaftlichen Diskursen zu analysieren (HAJER 2004, S.273). Ziel der Diskursanalyse ist es, die Art und Weise, in der soziale Interaktion durch den Austausch von symbolischen und sprachlichen Aussagen entsteht, zu identifizieren. Dabei geht es weniger um die Untersuchung der Argumente einzelner Akteure, als vielmehr um die Art, wie argumentiert und versucht wird, die eigene Sicht der Dinge durchzusetzen. HAJER spricht in diesem Kontext auch von der Untersuchung der ‚argumentativen Rationalität‘, die es, im Gegensatz zur Untersuchung der ‚rationellen Argumentation‘, ermöglicht gesellschaftliche Kontroversen aufzudecken (HAJER 2004, S.276).

Zentraler Bestandteil von Diskursen sind die **Story-Lines**, die verwendet werden, um mehrdeutigen sozialen Phänomenen Bedeutung zu verleihen (HAJER 2004, S.277). Story-Lines sind „knackige Statements“, die die Beschreibung komplexer Themen so zusammenfassen, dass sie als Kurzform in der Diskussion verwendet werden können. Diese Komprimierung eröffnet den Akteuren die Möglichkeit, untereinander zu kommunizieren und zu handeln, auch wenn sie einander nachweislich nicht vollständig verstehen (HAJER 2004, S.277). HAJER spricht in diesem Zusammenhang auch von dem „Wunder der Kommunikation“ (HAJER 1995, S.46), welches den Umstand beschreibt, dass Menschen mit sehr unterschiedlichen Hintergründen augenscheinlich in der Lage sind, eine gemeinsame Kommunikationsebene zu finden (HAJER 2004, S.279). Die Erschließung vielschichtiger Probleme mit Hilfe von Story-Lines ermöglicht es Entscheidungsträgern, einen Überblick über den Diskurs zu erhalten, sich einzelnen Positionen allgemein anzuschließen und Entscheidungen zu fällen, ohne in jedem Thema Experte sein zu müssen. Story-Lines werden oft mit Hilfe von Metaphern oder Bildern transportiert, die, wie die von HAJER angeführte Metapher des „sauren Regens“, das Thema als Ganzes erneut wachrufen können (HAJER 1995, S.46). Gleichzeitig werden sie von den Akteuren genutzt, um die eigene Meinung zu einem Thema durchzusetzen und politischen bzw. gesellschaftlichen Einfluss zu gewinnen: „Story Lines sind das Medium, durch welches Akteure versuchen, anderen ihre Sicht der Realität aufzuerlegen, bestimmte soziale Positionen zu vertreten und Praktiken anzuregen sowie alternative soziale Arrangements zu kritisieren“ (HAJER 2004, S.280).

Story-Lines erfüllen eine zentrale Rolle bei der Strukturierung von Wissen, der Positionierung von Akteuren und ihrer Zuordnung in Diskurskoalitionen und stellen somit die Werkzeuge bereit, mit denen Probleme konstruiert werden (HAJER 2004, S.280). HAJER spricht in diesem Zusammenhang auch von der Rahmung politischer Probleme. Der Erfolg einzelner Story-Lines und ihr Einfluss auf die jeweiligen Diskurse sind von ihrer Überzeugungskraft und Attraktivität abhängig ((HAJER 1995, S.65)).

In einer **Diskurskoalition** werden die Akteure zusammengefasst, die ein gleiches Set an Story-Lines verwenden (HAJER 2004, S.280). Hierbei werden durch die Story-Lines oft Elemente unterschiedlicher Diskurse miteinander verknüpft und somit komplexe Probleme zu einer den Akteuren verständlichen Einheit subsummiert. Wie oben bereits erwähnt führt

HAJER als Beispiel das „Saure-Regen-Problem“ an, in dem Elemente des ökologischen, moralischen, ökonomischen, technischen und politischen Diskurses in der Argumentation der beteiligten Akteure zum Ausdruck kommen (HAJER 2004, S.279).

Damit eine Diskurskoalition ein bestimmtes Politikfeld dominieren kann, muss sie in der Lage sein, zentrale Akteure zu überzeugen oder diese dazu zwingen, die „rhetorische Macht“ eines neuen Diskurses zu akzeptieren; sie muss also den diskursiven Raum beherrschen.

Durch den Diskurskoalitionsansatz kann erhellt werden, „wie unterschiedliche Akteure und organisatorische Praktiken helfen, eine bestimmte Haltung zu reproduzieren oder zu bekämpfen, ohne dabei ihre Handlungen notwendigerweise zu koordinieren, wechselseitig zu begleiten oder grundlegende Werte zu teilen“ (HAJER 2004, S.281). Außerdem ermöglicht dieser Ansatz, strategisches Handeln im Zusammenhang mit Diskursen und institutionellen Praktiken zu analysieren und somit einzelne Probleme in einen weiteren politischen oder gesellschaftlichen Kontext zu stellen.

Neben den oben genannten Story-Lines werden von HAJER noch eine Reihe **weiterer diskursiver Mechanismen** aufgezählt, die hier kurz dargestellt werden sollen.⁴¹

Als *Routinen der Ablehnung (disjunction marker)* wird die Leugnung eines Problems durch politikgestaltende Institutionen bezeichnet. Die scheinbare Lösung des Problems durch Ankündigung von Aktionsplänen oder schlichte Maßnahmen, die eine kurzfristige Besserung versprechen, eine sogenannte *Symbolische Politik*, soll die Verantwortung der Regierung betonen und sie als ‚Wächter‘ der Umwelt darstellen. Im Überzeugungsprozess sind außerdem persönliche Kontakte, Besuche, Exkursionen und Symposien wichtig, weil sie eine Schlüsselrolle bei der Erzeugung von Glaubwürdigkeit und Vertrauen erfüllen. Trotz ihrer weitreichenden Funktion sieht HAJER dieses *Bedürfnis nach Sinneserfahrungen* durchaus kritisch, da rationale Argumente vor den sinnlichen Eindrücken oft in den Hintergrund geraten. Durch die *diskursive Schaffung von Makro-Akteuren*, Akteuren, die ein bestimmtes Politikfeld beherrschen, kann die Entwicklung und Anwendung politik-relevanten Wissens verhindert werden und so ein Entscheidungsmonopol hergestellt werden.

Als eine der grundlegendsten diskursiven Mechanismen bezeichnet HAJER das *Black boxing*, bei dem Dinge als natürlich und offensichtlich dargestellt werden und somit nicht weiter diskutiert werden müssen. Durch diesen Prozess der Vereinfachung und des Weglassens einzelner Aspekte können konkurrierende Positionen entkräftet werden. Black boxing ist ein häufiger Nebeneffekt von Story-Lines. Bei der *Positionierung* wird davon ausgegangen, dass Akteure nicht selbst fixierte Rollen einnehmen, sondern ihnen im Rahmen des diskursiven Austauschs eine Position zugewiesen wird. Die *wechselseitige Funktionalisierung* beschreibt die Strategie einzelner Akteure, Positionierungen beizubehalten und bestimmte Story-Lines zu stabilisieren. Dadurch werden diese im Diskurs akzeptiert und reproduziert (HAJER 2004, S.291-296).

⁴¹ Einige dieser Mechanismen werden im Kap. 5.2 aufgegriffen.

3 Methodik

Die Diskursanalyse kann als Forschungsprogramm sowohl mit Hilfe von quantitativen als auch qualitativen Methoden durchgeführt werden. Aufgrund der im Rahmen dieser Arbeit bearbeiteten Forschungsfragen wurde jedoch ein rein qualitativer Zugang gewählt.

3.1 Qualitative Sozialforschung

Die Vorgehensweise bei der Analyse und Auswertung der Daten orientiert sich an der offenen Forschungslogik der qualitativen Sozialforschung. Die Qualitative Sozialforschung vereint eine Vielzahl von theoretischen Positionen und Forschungsansätzen. Sie grenzt sich von der quantitativen Sozialforschung durch ihre induktive Herangehensweise⁴² an Phänomene oder Geschehen ab. Ein Ansatzpunkt der qualitativen Sozialforschung ist die Fallstudie, in deren Rahmen ein kleiner Ausschnitt sozialer Wirklichkeit rekonstruiert wird, um im Vergleich mit anderen Fallstudien eine Typologie der verschiedenen subjektiven Theorien zu entwickeln (FLICK 2004a, S.49). Empirische Grundlage für die Rekonstruktion und die Interpretation der Fälle sind Texte, die im jeweiligen Kontext produziert wurden und somit die Sicht des untersuchten Subjekts formulieren (FLICK 2004a, S.49). Die Erhebung empirischen Materials kann sowohl über primäre Quellen (z.B. Befragung) als auch über sekundäre Quellen (Dokumentenanalyse) erfolgen.

Für die Erhebung, die Aufbereitung und die Analyse der Daten wurden in der qualitativen Sozialforschung verschiedene Methoden entwickelt.

Im folgenden Kapitel sollen die im Rahmen dieser Arbeit verwendeten qualitativen Methoden und die Vorgehensweise bei der Diskursanalyse genauer dargestellt werden.

3.2 Methoden der argumentativen Diskursanalyse

In der vorliegenden Arbeit wird der Diskurs über die Privatisierung des Landeswaldes analysiert. Da es sich bei Diskursen um vielschichtige Phänomene handelt, müssen zunächst die Diskursebenen, d.h. die einzelnen Diskursstränge wie z.B. der öffentliche und der politische Diskurs, identifiziert und eingegrenzt werden. Darüber hinaus ist es notwendig, anhand der Forschungsfragen das Spektrum und die Tiefenschärfe der Untersuchung festzulegen. Bei der Studie ist zudem darauf zu achten, dass es sich bei einer Diskursanalyse nicht um eine Methode im engeren Sinne handelt, sondern dass sie vielmehr ein Forschungsprogramm darstellt, welches einen weiten Gegenstandsbereich untersucht (KELLER 1997, S.325). Aus diesem Grund wird bei einem diskursanalytischen Ansatz kein spezifisches Set von Methoden vorgegeben, die entsprechenden Methoden müssen vom Forschenden im

⁴²Eine Vorgehensweise, bei der Schritt für Schritt neue Elemente hinzugenommen und erschlossen werden.

Laufe der Untersuchung bestimmt, kombiniert und ggf. auch den Zielen des Forschungsprogramms angepasst werden. Einen „Königsweg“ der Diskursanalyse gibt es aus oben genannten Gründen nicht (KELLER 1997, S.327).

Sowohl für die Erhebung der Daten als auch für die Auswertungsverfahren wurden für die vorliegende Arbeit unterschiedliche Methoden bestimmt. Bei einer solchen Kombination von Methoden zur empirischen Untersuchung eines Phänomens wird auch von einer Methodentriangulation gesprochen (LAMNEK 1995, S.402 u. GLÄSER/ LAUDEL 2004, S.104). Das Konzept der **Triangulation** bezieht sich jedoch nicht ausschließlich auf die Auswahl der Methoden: DENZIN (1970) beschreibt neben der *methodological triangulation* auch die *data triangulation*, die Nutzung verschiedener Datenquellen, und die *theoretical triangulation*, bei der unterschiedliche theoretische Perspektiven genutzt werden, um sich dem Phänomen anzunähern. Im Idealfall werden durch die *investigator triangulation* die Datenquellen außerdem von unterschiedlichen Forschern erhoben und ausgewertet (ULBERT 2005, S.27 nach DENZIN 1970). Im Rahmen dieser Arbeit werden verschiedene Methoden kombiniert sowie Daten aus verschiedenen Erhebungsquellen analysiert (Methoden- und Datentriangulation).

Als Erhebungsmethoden wurde die Durchführung qualitativer Interviews als reaktives Verfahren und die Dokumentenanalyse als nicht reaktives Verfahren gewählt. Es sollte somit sichergestellt werden, dass sowohl der Diskurs als solcher untersucht wurde (Dokumentenanalyse) als auch die „Produktionsstruktur“, die dem Diskurs zugrunde liegt (Befragung der am Diskurs beteiligten Akteure).⁴³ Die Auswertung der Daten erfolgte in Anlehnung an die Methoden der Qualitativen Inhaltsanalyse nach MEUSER/ NAGEL (2005, S.191-286).

Bei der praktischen Vorgehensweise hat sich die Forschende an den in Tabelle 4 dargestellten Phasen des Forschungsprozesses nach HAJER orientiert.

Phase der Diskursanalyse		Vorgehensweise nach Hajer	Arbeitsschritte in der vorliegenden Arbeit
1	Schreibtischforschung	Überblicksuntersuchung von Positionen und Dokumenten in einem gegebenen Feld; Zeitungsanalyse, Untersuchung von Nachrichtenressorts in Zeitschriften, etc.	Dokumentensammlung, Identifizierung beteiligter Akteure und relevanter Themen (vgl. 3.2.1)
2	Sondierungsinterviews	Durchführung von Vorabinterviews mit 3-4 Akteuren, die mit dem Thema der Untersuchung vertraut sind	Zwei Vorabinterviews, Hinweise auf weitere Themen und Schlüsselakteure, Interviews werden aber auch als Experteninterviews ausgewertet
3	Dokumentenanalyse	Analyse von Dokumenten zwecks Auffinden von diskursiven Mechanismen, Versuch der Definition des Diskurses	Analyse von: Plenarprotokollen, Drucksachen des Landesregierung, Positionspapieren Artikeln der Tageszeitungen, Fachartikeln und Rundfunkbeiträgen (vgl. 3.2.1.1)

⁴³Weitere Ausführungen dazu unter GERHARDS 2004, S.303.

4	Interviews mit Schlüsselakteuren	Informationsgewinn und Erörterung des Diskurses aus der Sicht des Akteurs; Hinterfragung der Gründe von Positionswechseln	7 qualitative Experteninterviews, erste Ergebnisse der Dokumentenanalyse sind in den Aufbau und Inhalt des Fragebogens eingeflossen (vgl. 3.2.2)
5	Diskurs/ Argumentationsarenen	Beschreibung des argumentativen Austauschs des Diskurses: z.B. Parlamentarische Debatten, Ausschussprotokolle, Präsentationen, Podiumsdiskussionen	Untersuchung der politischen und der öffentlichen Kommunikation anhand von Plenardebatten und einer Medienanalyse (vgl. 4.2 und 4.3)
6	Analyse der Positionierungseffekte	Ergründung der Positionierungen hinsichtlich der Wechselwirkung mit bestimmten, zu erfüllenden Rollen des Akteurs	Analyse der: Positionierung der Akteure (vgl. 4.1.2) Bildung von Koalitionen (vgl. 4.2.1)
7	Schlüsselereignisse	Identifizierung von Schlüsselereignissen, Beschreibung ihrer politischen Effekte	Darstellung der Schlüsselereignisse in zeitlicher Abfolge (vgl. 4.1.1)
8	Analyse der Praktiken in spezifischen Argumentationskontexten	Rückgriff auf vorher erhobene Daten, um den Einfluss von gesellschaftlichen Praktiken auf die Positionen der Akteure zu untersuchen	Erarbeitung der Story-Lines (vgl. 4.2.1 und 4.2.2) und weiterer diskursiver Mechanismen (vgl. 4.2.3)
9	Interpretation	Zusammenfassende Strukturierung der Ergebnisse	Beschreibung der Strategien der Akteure und des diskursiven Wandels (5.2.1) Untersuchung der Teildiskurse (5.2.2) und der Vernetzung mit anderen Diskursen (5.2.3)
10	Re-Interviews mit Schlüsselakteuren	Konfrontation der in Phase 2 interviewten Schlüsselakteure mit den Ergebnissen der Analyse; Prüfung der Richtigkeit der Schlussfolgerungen	Musste aufgrund der zeitlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen dieser Arbeit entfallen.

Tabelle 4: Vorgehensweise bei der Diskursanalyse (HAJER 2004, S.283/ 284)

3.2.1 Dokumentenanalyse

3.2.1.1 Datenauswahl

Diskursanalysen beziehen sich in der Regel nicht auf ein einzelnes Dokument, sondern auf eine Vielzahl von textförmigen Daten sowie beobachtbare soziale Praktiken. Auswahlkriterien für die Erstellung eines umfassenden Datenkorpus waren die Fragestellung und das Thema der Arbeit. Die Recherche diente zunächst dazu, das Untersuchungsfeld zu sondieren, Akteure und Positionen zu identifizieren und den Diskurs einzugrenzen. In der zweiten Phase wurden die Dokumente so eingeordnet, dass eine Vergleichbarkeit gewährleistet und so der unbeabsichtigte Vergleich von „Datenäpfeln“ mit „Datenbirnen“ vermieden wurde (KELLER 2004a, S.82). Schließlich fand als Vorbereitung auf die Auswertung eine Verdichtung des Datenmaterials statt, anhand welcher Schlüsseltexte, Schlüsselakteure und -ereignisse des Diskurses herausgearbeitet werden konnten. Bei der Auswahl wurde besonders darauf geachtet, das Akteurs- und Meinungsspektrum hinreichend abzudecken.⁴⁴

Bei der Erstellung des Datenkorpus wurden zunächst schriftliche Dokumente zum Thema Privatisierung des Landeswaldes Schleswig-Holstein zusammengetragen und ausgewertet.

⁴⁴Das Vorgehen der Datenauswahl orientiert sich an den Vorschlägen von KELLER 2004a, S.82-87 und FLICK 2004a, S.97.

Berücksichtigt wurden Plenarprotokolle von Landtagssitzungen, Drucksachen der Landesregierung und des Parlaments, Positionspapiere der jeweiligen Akteure und andere Veröffentlichungen. Dazu kamen Pressemitteilungen, Artikel aus Tageszeitungen und Zeitschriften sowie Rundfunkbeiträge und Veranstaltungsprotokolle. Die Datenerhebung fand nicht nur zu Beginn der Untersuchung statt, sondern der Datenkorpus wurde während der Analyse immer wieder den Fragestellungen angepasst.

Um den Diskurs in einen „geschichtlichen“ Kontext einbetten zu können, wurden zudem Dokumente vorheriger Debatten zum Thema Landeswald Schleswig-Holstein (seit 1996) untersucht, die jedoch in ihrer Funktion als Hintergrundinformationen in der Auswertung nicht direkt berücksichtigt wurden.

Der Großteil der Recherche fand aus Zeit- und Kostengründen, aber auch vor dem Hintergrund der hohen Verfügbarkeit aktueller Dokumente, über das Internet statt. Durch das Medium Internet konnten sowohl Dokumente der Landesregierung als auch Positionspapiere und Stellungnahmen der Akteure bezogen werden. Auch die Artikel der Zeitungen und Zeitschriften wurden über die Internetarchive der jeweiligen Verlage zusammengetragen. Die Beiträge aus der Fachpresse wurden über die Suchmaschine ELFIS und den Katalog der Fakultätsbibliothek identifiziert. Weitere Dokumente konnten von einzelnen Akteuren direkt bezogen werden.

3.2.1.2 Festlegung des Untersuchungszeitraums

Der Untersuchungszeitraum wurde, nach einer ersten Durchsicht der gesammelten Dokumente, auf Januar 2006 bis Januar 2007 festgelegt. Dabei wird die Veröffentlichung des Schlie-Berichtes im Januar 2006 als Auslöser der Debatte um den Verkauf des Landeswaldes gesehen. Die erste grundlegende Entscheidung zur Zukunft des Landeswaldes Schleswig-Holstein wurde zwar erst Mitte April 2007 gefällt, aufgrund der limitierten Zeitspanne für die Erstellung dieser Arbeit (Abgabe Mai 2007) musste der Untersuchungszeitraum jedoch auf Januar 2007 eingegrenzt werden.

3.2.1.3 Analyse ausgewählter Plenardebatten (Politische Kommunikation)

Um den politischen Diskurskontext zu beschreiben, bot es sich an, Protokolle von Sitzungen des Landestages zu untersuchen.

Die Recherche umfasste sämtliche Plenarprotokolle und Drucksachen des Schleswig-Holsteinischen Landtages während des Untersuchungszeitraumes (Januar 2006 bis Januar 2007), die die Privatisierung des Landeswaldes direkt oder indirekt zum Thema hatten.

Zum Thema Landeswald gab es insgesamt vier Sitzungen, von denen sich aber nur zwei ausschließlich mit der Privatisierung bzw. der Umstrukturierung des Landeswaldes befassten. In weiteren Debatten wurden der Verkauf des Staatsforstes Christianslust diskutiert und die Situation der schleswig-holsteinischen Forstwirtschaft bewertet. Ferner fließen Argumente zu den Themen Verwaltungsreform und Haushaltsdefizit aus anderen Sitzungen indirekt in den Privatisierungsdiskurs mit ein.

In der Analyse der politischen Kommunikation werden diese zwei Plenardebatten vom 23.03.2006 und vom 14.09.2006 und die dazu gehörenden Drucksachen untersucht. Anhand der geringen Datendichte kann hier nicht von einer repräsentativen Darstellung gesprochen

werden, vielmehr sollen die einzelnen Argumentationen, die Behandlung des Themas im politischen Forum und die Interaktion der politischen Akteure dargestellt werden.

Die Darstellungsabfolge richtet sich nach der tatsächlichen Abfolge der Redebeiträge in der Plenardiskussion. Durch die Beibehaltung dieser Struktur in der Ergebnisdarstellung soll dem Leser ein Eindruck über den Ablauf dieser Debatten und die gegenseitige Positionierung der Akteure im situativen und räumlichen Kontext vermittelt werden. Die Ergebnisse dieser Analyse werden im Anhang (vgl. 11.3) ausführlich dargestellt.

3.2.1.4 Analyse der medialen Berichterstattung (Öffentliche Kommunikation)

Da es sich bei der Debatte über die Privatisierung des Landeswaldes Schleswig-Holstein um ein zunächst regional relevantes Thema handelt, wurde in der Analyse der öffentlichen Kommunikation besonders die Berichterstattung der regionalen Tageszeitungen als empirisches Material herangezogen. Um jedoch auch die überregionalen Auswirkungen des Diskurses zu erfassen, wurden in einem zweiten Teil Artikel der überregionalen Tageszeitung „Die Welt“ und ein Beitrag zum Thema in der Zeitschrift „Stern“ ausgewertet, sowie Rundfunkbeiträge des Deutschlandradios und des Norddeutschen Rundfunks (NDR), die sich der Privatisierung des Landeswaldes widmeten.⁴⁵ Im dritten Teil der Analyse werden außerdem Beiträge in den forstlichen Fachzeitschriften „Holzzentralblatt“, „AFZ/ Der Wald“ und „Forstliche Mitteilungen“ analysiert, um die Repräsentanz des Themas in Fachkreisen widerzuspiegeln.⁴⁶

Analyse regionaler Tageszeitungen

Bei der Analyse der Tageszeitungen wurden unter den Stichwörtern „Landeswald“, „Staatsforst“, „Verkauf“, „Privatisierung“ und „Verwaltungsreform“ sämtliche Artikel, die während des Untersuchungszeitraums veröffentlicht wurden, zusammengetragen. Nach einer ersten Durchsicht wurden die Artikel in den Dokumentenkorpus aufgenommen, die sich direkt mit dem Thema Privatisierung des Landeswaldes befassten. Ein Anspruch auf Vollständigkeit kann hier jedoch nicht erhoben werden, da es sich um eine Recherche im Internetarchiv der Zeitungen handelte, in die laut Verlag nicht alle veröffentlichten Artikel aufgenommen wurden. Dennoch können die vorliegenden Artikel einen Überblick über die Art und Weise der Berichterstattung, die angesprochenen Themen, Höhepunkte der medialen Aufmerksamkeit und häufig zitierte Akteure zeigen. Sie gibt außerdem Auskunft über die Positionierung der Presse bzw. der Journalisten als Akteure des Privatisierungsdiskurses.

Die Analyse umfasst die regionalen Tageszeitungen „Kieler Nachrichten“ und „Lübecker Nachrichten“, „Hamburger Abendblatt“, die „taz Nord“ (Lokalteil der taz) sowie die Zeitungen des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags (SH:Z). Zum SH:Z gehören u.a. die Lokalausgaben „Stormarner Tageblatt“, „Ostholsteiner Anzeiger“, „Norddeutsche Rundschau“, „Husumer Nachrichten“, „Schleswiger Nachrichten“ und „Flensburger Tageblatt“, in denen neben der gemeinsamen überregionalen Berichterstattung über Neuigkeiten in der entsprechenden Region berichtet wird.

⁴⁵ Aufgrund der geringen Repräsentanz des Themas in der überregionalen Berichterstattung konnten nicht in allen untersuchten Medien Beiträge zum Thema gefunden werden.

⁴⁶ Die Artikel wurden mit Hilfe einer Internetrecherche zusammengetragen. Wichtigstes Auswahlkriterium war demnach der digitale Zugang zu den veröffentlichten Artikeln und deren Verknüpfung mit den verwendeten Suchwörtern.

Es wurden neben Beiträgen für die Region Schleswig-Holstein auch lokale Berichterstattungen, Gastkommentare und Leserbriefe berücksichtigt, wenn sie einen direkten Bezug zur allgemeinen Privatisierungsdebatte aufwiesen.

Eine Sonderstellung nimmt in der Privatisierungsdiskussion die Debatte um den Verkauf des Staatsforstes Christianslust ein. Auch darüber wurde mehrmals in den Tageszeitungen berichtet; da es sich hierbei jedoch um einen eigenen Diskurs handelt, wurden Artikel zum Thema „Verkauf von Christianslust“ nicht in die Analyse der Tageszeitungen miteinbezogen.

Wesentliche Unterschiede zwischen der Berichterstattung der verschiedenen Zeitungen konnten nicht festgestellt werden, weshalb auf den Vergleich der Blätter untereinander verzichtet wurde. Insgesamt wurden 80 Zeitungsartikel analysiert, die zwischen Januar 2006 und Januar 2007 veröffentlicht wurden.

Die ersten Veröffentlichungen zum Thema erschienen wenige Tage nach der Vorstellung des Schlie-Berichtes. Im Dezember 2006 verebte die mediale Aufmerksamkeit für den Landeswald.

Die Berichterstattung der Zeitungen zum Thema Wald korreliert eng mit öffentlichen Ereignissen und politischen Entscheidungen. Das ist in der Übersicht über die zeitliche Verteilung der Veröffentlichungen erkennbar.

Um die Karrieren der jeweiligen Themen zu veranschaulichen, wurde in der Analyse der Tageszeitungen ein chronologisches Vorgehen gewählt, das sich an den Schlüsselereignissen der Debatte orientiert.

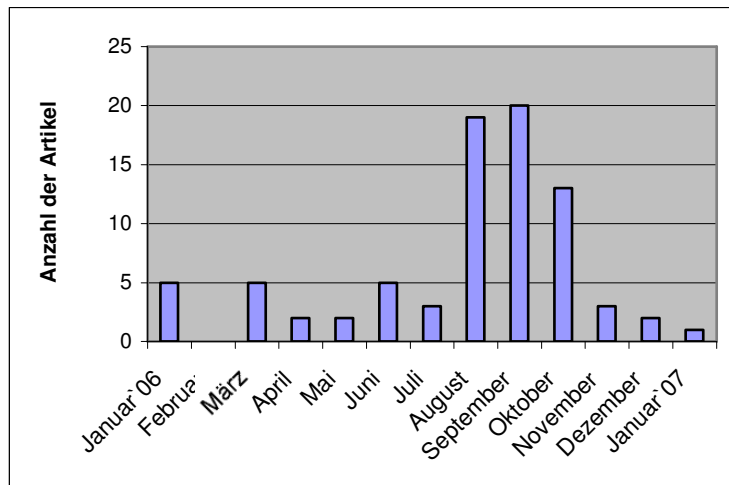


Abbildung 2: Berichterstattung der regionalen Tageszeitungen Januar 2006-Januar 2007

Analyse überregionaler Medien

Um die Auswirkungen des Diskurses über die Landesgrenzen hinaus zu analysieren, wurde auch die Berichterstattung überregionaler Medien untersucht. Der Untersuchungszeitraum wurde auch hier auf das Jahr 2006 festgelegt. In den Archiven wurde nach den Stichworten „Landeswald“, „Wald“, „Verkauf“ und „Privatisierung“ zusammen mit „Schleswig-Holstein“

gesucht.⁴⁷ Die Anzahl der Artikel war im Gegensatz zur regionalen Berichterstattung wesentlich geringer. In vielen nationalen Tages- und Wochenzeitungen und Zeitschriften konnten gar keine Artikel zum Thema gefunden werden (FAZ, SZ, Die Zeit, Spiegel, Fokus). In der überregionalen Tageszeitung „Die Welt“ wurden 4 Artikel zum Thema veröffentlicht. Die Zeitschrift „Der Stern“ berichtete Ende September in einem Artikel ausführlich über die Privatisierung des Landeswaldes. Außerdem wurde die Berichterstattung des Deutschlandradios und des Norddeutschen Rundfunks untersucht.

Berichterstattung der forstlichen Fachpresse

Über die Privatisierung des Landeswaldes Schleswig-Holstein wurde auch in fachlichen Kreisen diskutiert. Besonders im „Holzzentralblatt“ wurde regelmäßig über die Debatte berichtet. Aber auch die Forstlichen Mitteilungen und die Allgemeine Forstzeitschrift haben sich mit dem Thema befasst. Insgesamt wurden 6 Artikel des „Holzzentralblattes“, 5 Artikel der „Forstlichen Mitteilungen“ und ein Artikel der „Allgemeinen Forstzeitschrift“ (AFZ/ Der Wald) zusammengetragen und analysiert, die fachliche Öffentlichkeit zum Thema Waldprivatisierung herstellten.

Die Ergebnisse der Untersuchung der medialen Berichterstattung werden im Anhang (vgl. 11.4) dargestellt.

3.2.1.5 Auswertung

Zur Analyse von Texten werden in der Literatur verschiedene Methoden von meist standardisierten Auswertungsmethoden vorgestellt, die jedoch oft stark an Einzeltexten ausgerichtet und somit bei der Diskursanalyse nicht uneingeschränkt anwendbar sind.

Die von KELLER (2004a, S.71) vorgeschlagene Vorgehensweise zur Analyse von Diskursen stützt sich auf Elemente der sozialwissenschaftlichen Hermeneutik, betont jedoch die Notwendigkeit einer an das Forschungsziel der Diskursanalyse angepassten, flexiblen Vorgehensweise. Anders als bei den meisten Ansätzen interpretativer Sozialforschung geht die Diskursanalyse nicht von einzelnen Texten aus, die eine in sich konsistente Sinn- und Fallstruktur ergeben, sondern von einer Aggregation von Einzelergebnissen zu Aussagen über *den* Diskurs (KELLER 2004a, S.74). Es ist deshalb notwendig, die Ergebnisse der Analyse einzelner Texte aufeinander zu beziehen und in dem jeweiligen Kontext zu verorten.

In der vorliegenden Arbeit wurden zunächst die ausgewählten Dokumente unter dem Aspekt der Informationsgewinnung über wichtige Ereignisse und Akteure des Diskurses gelesen und ausgewertet. Dieser Schritt diente der Erschließung des Diskursfeldes, der Identifizierung der beteiligten Akteure und der Einordnung behandelter Themen in einen zeitlichen und situativen Kontext. Die Ergebnisse dieses Vorganges sind in die Darstellung des politischen und öffentlichen Diskurses anhand von Plenardebatten und Medienanalyse eingeflossen.⁴⁸

Im nächsten Schritt wurde die Struktur des Diskurses rekonstruiert. Dieses Verfahren erforderte die Anwendung spezifischer, „kontrollierter“ Auswertungstechniken. Die Reduktion der

⁴⁷ Die Stichworte wurden nach dem „Erfolg“ ausgewählt d.h. es wurden solche ausgewählt, zu denen Artikel gefunden wurden. Anders als bei der Analyse der Tageszeitungen wurden unter den Stichwörtern „Staatsforst“ oder „Verwaltungsreform“ keine Ergebnisse zum Thema gefunden, deshalb wurde hier mit anderen Suchwörtern gearbeitet.

⁴⁸ Siehe Anhang: Kap.11.3 und 11.4.

Daten auf eine „überschaubare“ Anzahl wurde unter dem Selektionskriterium der Abdeckung des relevanten Meinungsspektrums durchgeführt (KELLER 2004a, S.87 u. FLICK 2004a, S.97). Die relevanten Textabschnitte der einzelnen Dokumente wurden in Anlehnung an die qualitative Inhaltsanalyse nach MEUSER/ NAGEL (2005, S.191-283) markiert, paraphrasiert und mittels Zuordnung von Überschriften kodiert. Dieser erste Paraphrasierungsschritt fand auf der Ebene der einzelnen Dokumente statt. Im zweiten Schritt wurden die Überschriften textübergreifend thematisch zusammengestellt und bedeutungsgleiche Informationen zusammengefasst. Auf diese Weise konnten induktiv Kategorien gebildet werden, die nach Bedarf verändert und ergänzt wurden. Um mögliche Veränderungen der Inhalte oder Zusammenhänge frühzeitig erkennen und beheben zu können, wurden die einzelnen Kategorien während dieses Vorgangs immer wieder mit den Quellentexten abgeglichen. Auch bei der Darstellung der Ergebnisse wurde durch die Unterlegung der Aussagen mit Zitaten der Bezug zum Originaltext hergestellt. Anhand der so gebildeten Kategorien kann die *Phänomenstruktur* des Diskurses dargestellt werden (KELLER 2004a, S.99),⁴⁹ auf deren Grundlage sich anschließend die Story-Lines rekonstruieren lassen.

3.2.2 Expertenbefragung

Ergänzend zur Dokumentenanalyse wurden qualitative Experteninterviews durchgeführt, um sowohl Strategien und Beziehungen zwischen den Akteuren zu analysieren als auch Strukturen und Handlungsmuster des Diskurses zu erkennen (GLÄSER/ LAUDEL 2004, S.40).

3.2.2.1 Auswahl der Experten

Die Auswahl von Experten erfordert zunächst die Auseinandersetzung mit der Bedeutung des Expertenbegriffs und die Identifikation von Akteursgruppen, die wesentlich am Diskurs beteiligt sind.

Experten werden als Menschen gesehen, die über ein besonderes Wissen über Sachverhalte d.h. Wissen über soziale Kontexte verfügen (GLÄSER/ LAUDEL 2004, S.10). Dabei wird der Experte selbst als Teil des Handlungsfeldes gesehen, welches den Forschungsgegenstand ausmacht, und nicht als externer Gutachter, der Stellung zum Handlungsfeld nimmt. Der Status des Experten ist somit ein relationaler, da er davon abhängt, ob jemand im Zusammenhang mit einem bestimmten Forschungsinteresse als Experte angesprochen wird. Wichtige Kriterien dafür sind zum einen die Verantwortung der Person für den Entwurf, die Implementierung und die Kontrolle einer Problemlösung, zum anderen sollte sie Zugang zu Informationen über Personengruppen oder Entscheidungsprozesse haben (MEUSER/ NAGEL 2005, S.73).

Im Kontext einer Befragung werden Experten demnach nicht als individuelle Persönlichkeiten gesehen, sondern als Repräsentanten einer Institution oder einer Organisation angesprochen (MEUSER/ NAGEL 2005, S.74).

Der Auswahl der Experten im Rahmen dieser Arbeit lag die Annahme zugrunde, dass diese als Repräsentanten über besonderes Wissen über die Positionierung der von ihnen vertretenen

⁴⁹ Diskurse benennen unterschiedliche Elemente die zu einer Phänomen- oder Problemstruktur verbunden werden können. Zu den Bausteinen der Phänomenstruktur gehören z.B. die Kategorien der Problemverursachung, der drohenden Folgen, der Lösungsoptionen, der beteiligten Akteure und der Selbst- und Fremdpositionierung (KELLER 2004a, S.99).

Organisation oder Institution verfügen. Gleichzeitig konnten sie durch ihre unmittelbare Beteiligung am Diskurs eine Einschätzung über dessen Struktur und Einfluss geben und besondere Zusammenhänge beleuchten.

Mit Hilfe der Dokumentenanalyse, die bereits im Vorfeld der Befragung durchgeführt wurde, konnten die am Diskurs beteiligten Akteure identifiziert werden und in folgende Gruppen unterteilt werden:⁵⁰

- Vertreter von Umwelt- und Berufsverbänden
- Regierungsvertreter
- Vertreter der Politik
- Vertreter aus der Wirtschaft
- Mitarbeiter der Landesforstverwaltung.

Als Interviewpartner wurden sowohl Akteure ausgewählt, die öffentlich als Vertreter ihrer Organisation oder Institution in Erscheinung treten, als auch Akteure, die im Hintergrund agieren. Wichtigstes Kriterium war, dass jede Akteursgruppe durch mindestens einen Experten vertreten wurde, um das Meinungsspektrum weitestgehend abzudecken. Zudem wurden die Akteure besonders berücksichtigt, die aus verschiedenen Gründen kaum in der Öffentlichkeit in Erscheinung getreten sind, um deren Positionierung im Diskurs zu ergründen.

Sieben von zehn angefragten Experten konnten für ein Interview gewonnen werden. Das Finanzministerium verwies auf seine Verpflichtung zur diskreten Behandlung von Regierungsangelegenheiten und wollte sich deshalb nicht zum Thema äußern. Angefragte Revierförster und Forstamtsleiter wollten sich aufgrund der Anweisung der vorgesetzten Verwaltung nicht öffentlich zum Thema positionieren.

3.2.2.2 Befragungsmethode

Die Erhebung von Informationen mit Hilfe von Interviews kann in Form von standardisierten, halbstandardisierten und nichtstandardisierten Verfahren erfolgen. Bei standardisierten Interviews sind sowohl Fragewortlaut und -reihenfolge als auch Antwortmöglichkeiten vorgegeben. Bei halbstandardisierten Interviews sind die Fragen zwar vorgegeben, der Befragte kann sie jedoch frei beantworten. Nichtstandardisierte Interviews geben weder die genauen Fragen vor, noch die darauf gegebenen Antworten. Je nach Forschungsinteresse können unterschiedliche Herangehensweisen gewählt werden (GLÄSER/ LAUDEL 2004, S.39). Je nach Grad der Offenheit kann bei nichtstandardisierten Interviews zwischen leitfadengestützten Interviews, offenen Interviews und narrativen Interviews unterschieden werden.⁵¹ Bei Leitfadeninterviews werden durch den Befragenden verschiedene Themen anhand einer Frageliste (Leitfaden) abgearbeitet, wobei der Wortlaut der Fragestellung und die Reihenfolge der Fragen variiert und dem natürlichen Gesprächsverlauf angepasst werden können.

Im Rahmen dieser Arbeit wurde die Methode des leitfadengestützten Interviews gewählt, weil es bei einem Experteninterview darum geht, das für die Untersuchung relevante Wissen des Experten zu erschließen und über eine Frageliste sichergestellt werden soll, dass alle wichtigen Aspekten angesprochen werden.

⁵⁰Für weitere Informationen zu den einzelnen Akteuren siehe Kap. 1.3.2

⁵¹Eine ausführliche Übersicht über die verschiedenen Interviewformen siehe GLÄSER/ LAUDEL 2004, S.39.

Die Interviews wurden bis auf eine Ausnahme als Einzelinterviews durchgeführt. In einem Fall wurden auf Vorschlag der Befragten zwei Personen gleichzeitig befragt, die jedoch der gleichen Organisation angehörten. Die Befragungen fanden als persönliches Gespräch mehrheitlich im Umfeld der Interviewpartner statt und hatten eine durchschnittliche Dauer von einer Stunde. Alle Interviews wurden mit Tonbandgerät aufgezeichnet und anschließend transkribiert. Die Befragungen der wichtigsten Schlüsselakteure wurden im Januar und Februar 2007 durchgeführt, wobei zwei Experteninterviews gleichzeitig als Sondierungsinterviews zu werten sind, da sie zusätzliche Informationen sowohl über potenzielle Interviewpartner als auch zu stattgefundenen Veranstaltungen und Diskussionen liefern konnten und zeitlich versetzt stattfanden.

Der Leitfaden wurde im Laufe der Interviews geringfügig überarbeitet, es wurden dennoch bei allen Interviewpartnern die gleichen Themen angesprochen. Um dem bei der Rekonstruktion von sozialen Sachverhalten geforderten Prinzip der Offenheit gerecht zu werden und den Befragten die Möglichkeit zu geben, selbst neue Impulse zu setzen, wurde bei der Fragestellung darauf geachtet, die Fragen möglichst offen zu formulieren. Besonders die Einstiegsfrage und die Abschlussfrage ermöglichten es den Interviewpartner ausführlich ihre Positionen darzustellen und neue Aspekte einfließen zu lassen.⁵²

3.2.2.3 Auswertung der Interviews

Die Interviews wurden ebenfalls gemäß der in Kapitel 3.2.1.3 beschriebenen Methode der Inhaltsanalyse ausgewertet. Es konnte jedoch konnte, da es sich bei den Interviewprotokollen um digitale Daten handelte, ein computergestütztes Analyseverfahren angewendet werden. Das Software-Programm zur qualitativen Datenanalyse (MAXQDA 2007) erleichtert den Aufbau und die Verwaltung von Codes und Memos und ermöglicht überblicksartige Zusammenstellungen von Kodierungen, Begleitkommentaren und Textbelegen (KELLER 2004a, S.99).⁵³ Durch die Auswertung mit dem Software-Programm musste das Vorgehen leicht verändert werden, da eine Paraphrasierung mit diesem Programm nicht möglich war. Statt der Paraphrasierung wurden den einzelnen Aussagen Unter-codes zugeordnet, die im Laufe der Auswertung mit ähnlichen Codes zusammengefasst und in einer übergeordneten Ebene zunehmend stärker abstrahiert wurden. Vorteilhaft waren die leichte Zuordnung der einzelnen Textpassagen und der schnelle Zugriff auf verschiedene Themenbereiche. Die Zusammenfassung und Angleichung der Aussagen der unterschiedlichen Texte sowie deren Überführung in abstraktere Kategorien konnten in der Folge nur manuell durchgeführt werden. Die Ergebnisse der Dokumentenanalyse und der Analyse der Experteninterviews wurden schließlich zusammen ausgewertet und interpretiert.

⁵² Leitfaden siehe Anhang 11.2.

⁵³ Das Software-Programm MAXQDA2007 lehnt an die Vorgehensweisen der *grounded theory* an.

4 Diskursanalyse

Im folgenden Kapitel wird zunächst der zeitliche Ablauf des Diskurses anhand der für den Privatisierungsdiskurs wichtigsten Eckpunkte dargestellt. Anschließend werden die Positionen einzelner Akteursgruppen genauer beleuchtet. Die Zuteilung der Argumente in einzelne systematisch gegliederte Themenkomplexe⁵⁴ soll die Erschließung des Problems erleichtern und es dem Leser ermöglichen, kausale Zusammenhänge zu erkennen.

Im zweiten Teil werden die Story-Lines und ihre Zuordnung zu den Diskurskoalitionen dargestellt. Neben den Story-Lines konnten noch einer Reihe weiterer diskursiver Mechanismen identifiziert werden, die anhand von Beispielen aus dem Privatisierungsdiskurs illustriert werden. Anschließend werden die jeweiligen Strategien der Akteure und die wichtigsten Aspekte des Privatisierungsdiskurses genauer betrachtet, um den Diskurs schließlich in den aktuellen Gesamtkontext zu stellen und Parallelen zu anderen Diskursen aufzuzeigen.

Im Rahmen der Untersuchung wurden sowohl die politische Kommunikation anhand ausgewählter Plenardebatten beleuchtet als auch die mediale Berichterstattung analysiert, um die öffentliche Resonanz auf die Reformprozesse der Regierung und die Art und Weise der Berichterstattung sowie die Repräsentanz einzelner Themen in der öffentlichen Kommunikation herauszuarbeiten. Im Rahmen dieser Diskursanalyse sollte auf eine Analyse dieser Diskurskontexte nicht verzichtet werden; um jedoch dem Leser einen besseren Lesefluss zu ermöglichen, wird dieser Teil der Ergebnisdarstellung im Anhang dargestellt (vgl. 11.3 und 11.4).

4.1 Zeitlicher Ablauf des Privatisierungsdiskurses

In diesem Kapitel wird der chronologische Ablauf der Privatisierungsdebatte tabellarisch dargestellt. Er soll sowohl einen Überblick über die wichtigsten Stationen im Privatisierungsdiskurs 2006 schaffen als auch die zeitliche Einordnung der Debatte in den „historischen“ Kontext ermöglichen (siehe Tabelle 5). Anschließend werden die wichtigsten Schlüsselereignisse⁵⁵ und ihre Bedeutung noch einmal ausführlicher dargestellt.

Tag	Monat	Jahr	Ereignis	Kontext
		1994 bis 1998	Prüfung der Landesforstverwaltung	Kosteneinsparungen, Verwaltungsreform
	Juni	2001	Prüfauftrag für eine Organisations- und Rechtsformuntersuchung der Landesforstverwaltung	Debatte um Änderung der Rechtsform, Erstellung eines Gutachtens, Regiebetrieb wird beibehalten
	Oktober	2004	Errichtung eines Sondervermögens „Landeswald Schleswig-Holstein“	Entwurf Landeswaldgesetz

⁵⁴Die Gliederung basiert auf dem Konzept der „Phänomenstruktur“ nach KELLER 2004a, S.100.

⁵⁵Als Schlüsselereignisse wurden die Ereignisse eingestuft, die wesentlicher Bestandteil der Debatte waren und diese unmittelbar beeinflusst haben.

Tag	Monat	Jahr	Ereignis	Kontext
24	Januar	2006	Veröffentlichung des Schlie-Papiers: Vorschlag, den Landeswald als Ganzes an einen privaten Investor zu verkaufen, mit Übernahme des Personals	Ergebnisbericht der Projektgruppe „Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung“ des Finanzministeriums
06	Februar	2006	Finanzminister kündigt harten Sparkurs für alle Ausgabenbereiche an	Haushaltsabschluss 2005 (150 Mio. weniger Schulden als erwartet)
	März	2006	Spielzeughersteller Gollnest & Kiesel stellt die Spendenaktion wegen der Verkaufsankündigung des Landeswaldes ein	Das Unternehmen hatte für jedes neugeborene Kind in Schleswig-Holstein einen Baum für den Landeswald pflanzen lassen
23	März	2006	Landtagsdebatte zum Erhalt des Landeswaldes	Antrag der FDP
26	April	2006	Gründung des Bündnis Wald	Privatisierung des Landeswaldes verhindern
	Mai/ Juni	2006	Kreistagsresolutionen gegen den Verkauf	Die Kreistage Lauenburg und Ostholstein fordern die Landesregierung auf, von den Verkaufsabsichten abzulassen
20	Juni	2006	Podiumsdiskussion von „Bündnis Wald“ Thema: „Unser Wald – mehr als eine Holzfabrik“	Öffentliche Diskussion mit Anwesenheit verschiedener Landtagsabgeordneter
23	Juni	2006	Protestkundgebung gegen Verkauf des Landeswaldes	Initiiert durch den Umweltbeirat Bad Schwartau
18	August	2006	Beginn des Interessenbekundungsverfahrens	Öffentliche Ausschreibung des Landeswaldes Schleswig-Holsteins
	September	2006	Memorandum des BDF	Positionspapier
10	September	2006	Gründung einer Volksinitiative durch Bündnis 90/ Die Grünen	Unterschriftensammlungen
14	September	2006	Landtagsdebatte zum Verkauf des Landeswaldes (Antrag wird abgelehnt)	Antrag auf Rücknahme des Interessenbekundungsverfahrens der FDP, des Bündnis 90/ die Grünen und dem SSW 24.08.2006
16/ 17	September	2006	Holzaktionstag im Erlebniswald Trappenkamp	Protestkundgebungen und Unterschriftensammlungen gegen den Verkauf
22	September	2006	Ende des Interessenbekundungsverfahrens	10 Interessenbekundungen, aber keine konkreten Angebote
28	September	2006	Kreistagsresolution gegen den Verkauf	Kreistag Eutin spricht sich einheitlich gegen einen Verkauf aus
10	Oktober	2006	Landeswald wird nicht verkauft	Ankündigung des Landwirtschaftsministers
14	November	2006	Entscheidung des Kabinetts, Verzicht auf den Verkauf des Landeswaldes	Prüfung alternativer Rechtsformen: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Landesbetrieb ▪ Anstalt öffentlichen Rechts ▪ GmbH im alleinigen oder mehrheitlichen Besitz des Landes
29	November	2006	Entscheidung des Kabinetts die Waldfläche Christianslust zu verkaufen	Der Verkauf des 400 ha großen Staatsforstes Christianslust wurde schon in der vorhergehenden Legislaturperiode diskutiert

Tabelle 5: Übersicht über Schlüsselereignisse im Privatisierungsdiskurs

Das Schlie-Papier

Als Auslöser des aktuellen Privatisierungsdiskurses kann die Veröffentlichung des Berichts zur Entbürokratisierung, das sogenannte Schlie-Papier, gelten. Dieser Ergebnisbericht wurde von der Projektgruppe „Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung“, die im Zuge der Verwaltungsstrukturreform unter Aufsicht des Finanzministeriums gegründet wurde, erarbeitet und am 5. Januar 2006 vorgestellt. Das Papier umfasste Vorschläge zur Kommunalisierung, Privatisierung und der kompletten Aufgabe einzelner Aufgabenbereiche der öffentlichen Verwaltung.

Unter anderem wurde im Schlie-Papier auch der Vorschlag gemacht, den Landeswald als Ganzes an einen privaten Investor zu verkaufen.

Spielzeughersteller stellt Spendenaktion ein

Der Spielzeughersteller Gollnest & Kiesel hatte 2005 mit einer Spendenaktion für den Landeswald begonnen. Das Unternehmen wollte mit einem Aufforstungsprojekt nach dem Motto „Für jedes neugeborene Kind in Schleswig-Holstein wird ein Baum gepflanzt“ einen Beitrag zur Erhöhung des Waldanteils leisten. Nach Bekanntwerden der Verkaufsabsichten der Landesregierung stellte das Unternehmen sein Engagement mit der Begründung ein, dass die aufgeforsteten Wälder ein Geschenk an die Bürger Schleswig-Holsteins seien und sich deshalb nicht zum Verkauf eignen. Diese Stellungnahme erfuhr große Aufmerksamkeit in den Medien und lenkte das öffentliche Interesse erstmals auf die Privatisierungspläne des Landes. Das Argument des gesellschaftlichen Engagements eines privaten Unternehmens für den Landeswald wurde von politischen Entscheidungsträgern mehrmals aufgenommen und als Grund gegen einen Verkauf angeführt.

Plenardebatte zum Erhalt des Landeswaldes

Auf Antrag der FDP-Fraktion zum Erhalt des Landeswaldes wurde das Thema am 23.03.2006 im Schleswig-Holsteinischen Landtag diskutiert. Kernpunkte der Debatte waren die Gemeinwohlleistungen des Waldes und das finanzielle Defizit der Landesforstverwaltung. Die weitere Bearbeitung des Themas Verkauf des Landeswaldes wurde an den Umweltausschuss überwiesen (vgl.11.3.1).

Gründung des Bündnis Wald

Das Bündnis Wald ist eine Vereinigung verschiedener Verbände, die sich gegen die Privatisierung des Landeswaldes zusammengeschlossen haben. Das Bündnis Wald wurde Anfang April 2006 als Reaktion auf die Privatisierungspläne der Landesregierung gegründet und hat zum Ziel, den Verkauf des Landeswaldes bzw. die Umwandlung in eine private Rechtsform zu verhindern. Die Initiatoren des Bündnis Wald waren der Bund Deutscher Forstleute (BDF), die Gewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und der Naturschutzbund (NABU) Schleswig-Holstein. Weitere Mitglieder sind verschiedene regionale und überregionale Umwelt- und Naturschutzverbände, Tourismusverbände, Bürgerinitiativen und Vereine. Die Anzahl der Mitgliedsverbände betrug am Ende des Jahres 2006 31 Verbände und zahlreiche Einzelpersonen.

Öffentliche Mobilisierung

Die öffentliche Debatte über die Privatisierung wurde durch die lokalen Zeitungen, das Fernsehen und Radio, besonders aber auch durch verschiedene Veröffentlichungen und Aktionen der Interessenverbände vorangetrieben.

Am 20.06.2006 organisierte das Bündnis Wald eine Podiumsdiskussion zum Thema „Unser Wald – mehr als eine Holzfabrik“, bei der, unter Anwesenheit verschiedener Landtagsabgeordneter, die Privatisierung diskutiert und Argumente ausgetauscht wurden.

Der Umweltbeirat Bad Schwartau veranstaltete am 23.06.2006 eine Protestkundgebung gegen den Verkauf des Landeswaldes und die Kreistage Lauenburg und Ostholstein forderten im Mai und Juni die Landesregierung geschlossen auf, von den Verkaufsabsichten abzulassen. Im September sprach sich außerdem der Kreistag Eutin gegen einen Verkauf aus.

Auch in der Berichterstattung der regionalen Tageszeitungen wurde ausführlich über diese Ereignisse berichtet (vgl.11.4.1)

Beginn des Interessenbekundungsverfahrens

Am 18.08.2006 wurde der Landeswald im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens öffentlich ausgeschrieben. In einem Interessenbekundungsverfahren wird privaten Anbietern die Möglichkeit gegeben, darzulegen, ob und inwieweit sie staatliche oder öffentliche Aufgaben ebenso gut oder besser erbringen können. Dieses Markterkundungsverfahren ist sowohl für den Auftraggeber als auch für die Interessenten rechtlich unverbindlich. In der Ausschreibung wurden zwei Varianten der Privatisierung vorgeschlagen: Vollprivatisierung des Landeswaldes oder Vollprivatisierung einer Betriebs-GmbH mit Verbleib des Eigentums beim Land. Parallel dazu wurden von der Regierung im Rahmen einer Projektgruppe des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume auch Alternativen wie z.B. die Anstalt öffentlichen Rechts, die GmbH mit oder ohne private Beteiligung und der Landesbetrieb geprüft. Auf ein ausführliches Gutachten als Entscheidungsgrundlage wurde aus Zeit- und Kostengründen verzichtet und das Gutachten zur Organisations- und Rechtsformprüfung von 2001 den Überlegungen zu Grunde gelegt.

Öffentliche Reaktion auf das Interessenbekundungsverfahren

Während des Interessenbekundungsverfahrens (18.08.2006-22.09.2006) fand die öffentliche Bewegung gegen einen Verkauf des Landeswaldes ihren Höhepunkt. Auf dem von der Landesforstverwaltung initiierten Holzakionstag im Erlebniswald Trappenkamp am 16/17.09.2006, einer öffentlichen Veranstaltung rund um das Thema Holz, wurde mit Kundgebungen und Plakaten auf die Verkaufsabsichten der Landesregierung hingewiesen. Das Bündnis Wald sammelte weiterhin Unterschriften und stellte sich zu Gesprächen mit den Bürgern zur Verfügung. In den lokalen Tageszeitungen wurde fast täglich über den Verkauf berichtet.

Volksinitiative gegen Waldverkauf

Das Bündnis 90/ die Grünen startete am 10.09.2006 eine landesweite Volksinitiative gegen den Verkauf des Landeswaldes mit zahlreichen Unterschriftenaktionen. Über diese Initiative wurde in den Medien sehr intensiv berichtet.

Memorandum BDF

Im September 2006 veröffentlichte der Bund Deutscher Forstleute (BDF) ein Memorandum zur Zukunft des öffentlichen Waldes in Schleswig-Holstein, welches besonders bei politischen Entscheidungsträgern aber auch bei anderen Akteuren Beachtung fand. Der BDF wollte mit dieser Schrift nicht nur die eigene Position darstellen, sondern auch fachlich fundierte Argumente liefern und somit eine „sachgerechte“ Entscheidungsfindung unterstützen.

Plenardebatte zum Verkauf des Landeswaldes

Auf Antrag der FDP, des Bündnis 90/ die Grünen und des SSW auf Einstellung des Interessenbekundungsverfahrens, fand am 14.09.2006 eine weitere Plenardebatte zum Verkauf des Landeswaldes statt. Die zentralen Themen waren die Legitimation eines Interessenbekundungsverfahrens und alternative Rechtsformen zum Verkauf. Die Einstellung des Interessenbekundungsverfahrens wurde von der Regierungskoalition abgelehnt (vgl. 11.3.2).

Kabinettsbeschluss: Landeswald wird nicht verkauft

Am 14.11.2006 wurde von der schleswig-holsteinischen Landesregierung beschlossen, den Landeswald nicht zu verkaufen. Als Grund wurde vor allem die bessere Holzkonjunktur genannt, die es der Landesforstverwaltung ermöglichen würde, mehr Einnahmen aus dem Holzverkauf zu erzielen und das jährliche Defizit deutlich zu reduzieren. Es wurde jedoch eine weitere Prüfung der Rechtsformen „GmbH mit oder ohne privater Beteiligung“, „Anstalt öffentlichen Rechts“ und „Landesbetrieb“ angekündigt. Der Bericht der Landesregierung soll im ersten Quartal 2007 vorliegen und die Umsetzung der Vorschläge bis Anfang 2008 erfolgen.

Verkauf des Staatsforstes Christianslust

Der Staatsforst Christianslust ist eine 400 ha große zusammenhängende Waldfläche im Kreis Dithmarschen. Bereits in der letzten Legislaturperiode stand der Verkauf dieser Waldfläche zur Diskussion. Am 29.11.2005 beschloss der Schleswig-Holsteinische Landtag, dieses Waldgebiet zu verkaufen, weil es als abgelegene Fläche nur mit erheblichem Aufwand zu bewirtschaften sei und der Verkaufserlös das jährliche Haushaltsdefizit verringern sollte.

Im Zusammenhang mit der angekündigten Privatisierung des Landeswaldes wurde auch der Verkauf des Geheges Christianslust in der Öffentlichkeit diskutiert. Neben der lokalen Bürgerinitiative „Baum sucht Pate“, die sich mit Baumpatenschaften für den Erhalt des Forstes Christianslust im Landeseigentum einsetzte, sprachen sich auch die Oppositionsparteien FDP, Bündnis 90/ die Grünen und der SSW in der Landtagssitzung vom 02.06.2006 gegen den Verkauf der Waldfläche aus. Der Antrag der Opposition wurde abgelehnt und der Verkauf von Christianslust in dieser Sitzung beschlossen. Das Waldgebiet wurde im Dezember an einen einheimischen Waldbesitzer verkauft. Immer wieder wurden in der Privati-

sierungsdebatte um den Verkauf des Landeswaldes mit Bezugnahme auf den Landesforst Christianslust Bedenken geäußert, dass neben einem Gesamtverkauf auch eine schleichende Veräußerung kleinerer Waldgebiete zu erwarten sei, die den Kriterien einer Splitterwaldfläche nicht entsprechen. Trotz dieser Überschneidungen mit dem Diskurs zur Privatisierung des Landeswaldes stellt die Debatte über Christianslust einen unabhängigen Diskurs dar und wird deshalb nicht in die Auswertung der Ergebnisse mit einbezogen.

4.2 Positionierung der Akteure

In diesem Kapitel werden anhand der Ergebnisse der Dokumentenanalyse und der Experteninterviews die Positionen der Akteure herausgearbeitet. Die Ergebnisdarstellung erfolgt anhand folgender Gliederung:⁵⁶

- Ausgangspunkte der Diskussion
(Haushaltdefizit, Kosten für Gemeinwohlleistungen, Legitimation des Staatswaldes)
- Handlungsmöglichkeiten
(Verkauf des Landeswaldes, Reorganisation der Landesforstverwaltung, Einsparpotenziale)
- Folgen einer Privatisierung
(Gemeinwohlleistungen, Mitarbeiter der Landesforstverwaltung, Potenzielle Käufer)
- Der Privatisierungsdiskurs aus Sicht der Akteure
(Einschätzung der Öffentlichkeit, gegenseitige Einschätzung der Akteure, das Thema Wald im Diskurs)
- Akteurskoalitionen
(Positionierung bei der Verkaufsdebatte, angestrebte Rechtsformen)

Zunächst wird die Ausgangsproblematik beschrieben und die Einschätzung der Ursachen durch die Akteure dargestellt, um im Folgenden die von den Akteuren aufgeführten Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Die möglichen Folgen einer Privatisierung werden im dritten Punkt analysiert. Im Abschnitt der Privatisierungsdiskurs aus Sicht der Akteure wird die Einschätzung des Privatisierungsdiskurses durch die einzelnen Akteure dargestellt. Schließlich werden die Akteure anhand der von ihnen vertretenen Positionen zu Koalitionen zusammengefasst.⁵⁷

In der folgenden Darstellung der einzelnen Positionen wurden nur die zentralen Akteure des Privatisierungsdiskurses berücksichtigt. Die Mitglieder des Bündnis Wald sind zwar in der Debatte auch unabhängig voneinander aufgetreten und haben mehr oder weniger starken Einfluss auf einzelne Entscheidungsträger ausgeübt, sollen in diesem Rahmen aus Gründen der Übersichtlichkeit aber nicht einzeln dargestellt werden. Diese Vorgehensweise ist auch vor dem Hintergrund gerechtfertigt, dass innerhalb des Bündnis bereits ein gewisser Abgleich der

⁵⁶ Gliederung in Anlehnung an die unter 3.2.1.5 beschriebene Phänomenstruktur. Die jeweiligen Unterpunkte dieser Gliederung lehnen sich an die in der Inhaltsanalyse gebildeten Kategorien an.

⁵⁷ Die Aussagen der Akteure zu einem Thema wurden weitestgehend chronologisch geordnet. Eine Ausnahme bilden die Zitate, die aus Interviews stammen, da dort ein Rückblick auf verschiedene Stationen stattgefunden hat (sie sind sozusagen „anachronistisch“).

Interessen stattgefunden hat. Um zu starke Redundanzen zu vermeiden, wird zudem auf die Positionierung der Oppositionsparteien in diesem Kapitel verzichtet.⁵⁸ Die Meinungen von CDU- und SPD-Fraktion wurden jedoch vertieft dargestellt, da es sich hier um wichtige politische Entscheidungsträger handelt.⁵⁹

4.2.1 Ausgangspunkte der Diskussion

4.2.1.1 Haushaltsdefizit

Für die **Landesregierung** stellt das Haushaltsdefizit des Landes Schleswig-Holstein ein Problem dar, welches ausschließlich durch konsequentes Sparen bei allen Ausgaben des Landes und einer Reorganisation der öffentlichen Verwaltung gelöst werden kann.

Das **Finanzministerium** sieht die Gesamtlage der Landesfinanzen als „*dramatisch*“⁶⁰ an und fordert, die Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik zum zentralen Thema des staatlichen Handelns zu machen. Die Sparmaßnahmen müssten in allen Bereichen umgesetzt werden und erforderten ein hohes Maß an Akzeptanz in der Bevölkerung.

„Weitgehende Sparmaßnahmen sind unumgänglich und verlangen den Menschen und Organisationen, die im Alltag Verzicht üben müssen zugunsten einer längerfristigen Perspektive, ein Höchstmaß an Gemeinsinn ab.“

(Finanzministerium, 24.03.2006)

Es betont die Verantwortung der Gesellschaft für zukünftige Generationen und fordert die Sicherung der politischen Handlungsfähigkeit.

„Jede neue Ausgabe, die beschlossen wird, wird mit einem Schuldschein bezahlt, der auf die nachfolgenden Generationen ausgestellt ist.“

(Finanzministerium, 08.05.06)

Das **MLUR** sieht das jährliche Defizit der Landesforstverwaltung von 10 Millionen vor dem Hintergrund der hohen Verschuldung des Landes als nicht mehr tragbar an. Auch hier wird die besondere Verantwortung für zukünftige Generationen als Argument für den konsequenten Sparkurs angeführt.

„Angesichts der Haushaltslage des Landes werden wir uns einen derart großen Zuschuss künftig nicht mehr leisten können.“

(MLUR, 23.03.06)

Nach Ansicht des **Waldbesitzerverbandes** ist die hohe Verschuldung des Landeshaushaltes und nicht der Landeswald als solcher als ausschlaggebend für die Privatisierungsbestrebungen zu sehen.

„Der Landeswald alleine könnte einem ja ziemlich egal sein, das Problem ist nur, dass Schleswig-Holstein grundsätzlich sehr hoch verschuldet ist.“

(Waldbesitzerverband, Interview 19.02.2007)

⁵⁸ Vgl. hierzu 11.3.

⁵⁹ Um die Positionen der einzelnen Akteure zu veranschaulichen, wurden viele Aussagen mit Zitaten unterlegt. Diese können jedoch nicht als Beleg für die einzelnen Argumente gelten, da viele Aussagen nicht in so komprimierter Form gemacht wurden, wie sie hier zusammengefasst werden. Um einen besseren Lesefluss zu ermöglichen, wurden Zitate zudem erst am Ende des Absatzes eingefügt und beziehen sich deshalb nicht immer auf die letztgenannte Aussage.

⁶⁰ Pressemitteilung des Finanzministeriums, 06.02.2006.

Dennoch sei es wichtig, die Bewirtschaftung des Landeswaldes so zu optimieren, dass das Defizit deutlich verringert werden und somit ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet werden könne. Das Defizit des Landeswaldes sei nicht auf schlechte Rahmenbedingungen oder besondere Leistungen des Landeswaldes zurückzuführen, sondern auf eine „falsche Struktur“ der Landesforstverwaltung.

„Der Landeswald ist ein hervorragendes Vermögen, er ist ein wertvoller Besitz und es ist nicht hinnehmbar, dass hier Schulden gemacht werden (...). Das geht nicht, dann hat man eine falsche Struktur gewählt, dann hat man wahrscheinlich eine ganze Reihe von Fehlern gemacht.“

(Waldbesitzerverband, Interview 19.02.2007)

Die **CDU** zeigt vor dem Hintergrund der hohen Haushaltsverschuldung und dem Defizit der Landesforstverwaltung Verständnis für den „Sparwillen“ der Landesregierung.

„Dieser absolute Sparwille ist entstanden aufgrund der Schreckensmeldung, die nach bekannt werden der tatsächlichen Haushaltslage auf die Tagesordnung kam und Peter Harry Carstensen und auch Rainer Wiegard, die dann gesagt haben: ‚wenn wir das jetzt nicht knallhart durchziehen, dann fahren wir den Laden gegen die Wand‘.“

(CDU, Interview 26.01.2007)

Bei einem Verkauf des Landeswaldes könnten 20% der jährlichen Zinsausgaben für die Schulden eingespart werden. Dabei gehe es jedoch nicht vorrangig um die Verkaufserlöse, sondern um den Abbau der jährlichen Bezuschussung für den Landeswald.

Auch die **SPD** sieht das Problem der Haushaltsverschuldung und unterstützt zunächst die im Kabinett beschlossene Prüfung einer Privatisierung.

„Angesichts der Haushaltslage darf es der Landesregierung jedoch nicht verwehrt sein, im Landeswald, wie überall im Landesbereich nach Einsparmöglichkeiten zu suchen und ein Verfahren dazu festzulegen.“

(SPD, 23.03.2006)

Die Konsolidierung des Landeshaushaltes auf Kosten von Gemeinwohlleistungen hält sie jedoch für nicht hinnehmbar.

Das **Bündnis Wald** sieht die Notwendigkeit, das Haushaltsdefizit abzubauen und Kosten zu sparen, weist aber auch darauf hin, dass die Landesforstverwaltung bereits erfolgreich Forst-reformen umgesetzt habe.

„Wir verkennen dabei nicht die Pflicht der Landesforstverwaltung, aufgrund der angespannten Haushaltslage auch künftig Einsparpotentiale zu nutzen.“

(Bündnis Wald, 15.06.2006)

Das Bündnis warnt jedoch vor einem zu starken Fokus auf finanzielle Argumente. Der Wald würde zu stark als Kostenquelle dargestellt und die Leistungen für die Gesellschaft zu wenig beachtet.

„Vor diesem Hintergrund scheint es nicht gerechtfertigt, die Landesforst als geld-verschlingender Moloch hinzustellen, wie es manche Interessenvertreter nur allzu

gerne tun.“

(Bündnis Wald, 15.06.2006)

Das Bündnis Wald ist zudem optimistisch, dass dank der guten Holzkonjunktur das Defizit des Forstbetriebes deutlich verringert werden könne. Es weist außerdem auf die Tatsache hin, dass auch der Privatwald vom Staat bezuschusst würde.

„Die geförderten Privatbetriebe erhalten, pro Hektar Waldfläche gerechnet, nicht weniger Zuschüsse, als sie die Landesforst für ihren Wirtschaftsbetrieb zur Zeit noch benötigt.“

(Bündnis Wald, 24.01.2007)

Die Landesforstverwaltung fordert eine klare Definition des Begriffes „Defizit“, aus dem gesellschaftlich und politisch geforderte Leistungen wie hoheitliche Aufgaben und Gemeinwohlleistungen ausgegliedert werden müssen. Die Darstellung der Landesforstverwaltung als Defizitbetrieb schade dem Ansehen der Mitarbeiter und schätze nicht die erbrachten Leistungen des Landeswaldes.

„Was ist der Maßstab von Defizit? Woran erkenne ich ein Defizit? Ist das eine politische Aufgabe, die Geld kostet, oder ist das tatsächlich, dass die Leute 80% ihrer Arbeitszeit frühstücken? Es wird sich im Grunde auch davor gedrückt, die politischen Aufgaben, die ich dem Bürger anbiete, die ich für notwendig halte, also auch z.B. Klimaschutz, dazu zu stehen und auch zu sagen ‚das kostet aber auch Geld‘ und hinterher wundern sich die Bürger, dass nichts mehr geht.“

(LFV, Interview 21.02.2007)

4.2.1.2 Kosten durch Gemeinwohlleistungen

Aus Sicht der **Landesregierung** gehören die Gemeinwohlleistungen⁶¹ des Landeswaldes nicht zum zentralen Aufgabenbereich des Staates. Die Bereitstellung dieser Aufgaben könne deshalb auch Privaten übertragen werden.

„Im Kabinett wurde eingehend diskutiert, welche Kernaufgaben der Staat als elementare Daseinsvorsorge weiterhin zu erfüllen hat, welche Aufgaben dagegen entfallen und welche gegebenenfalls ausgegliedert und zur effizienteren Erledigung Dritten übertragen werden können. Das Kabinett hat beschlossen, dass es sich bei den nichthoheitlichen Aufgaben, die die Landesforstverwaltung bislang erfüllt, nicht um Kernaufgaben des Staates handelt, die mit Schulden finanziert werden können.“

(Finanzministerium, 06.03.06)

Das **Finanzministerium** kündigt außerdem an, dass im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung auch eine Reduzierung der Gemeinwohlleistungen des Landeswaldes zu erwarten sei.

„Es wird künftig weniger öffentliche Leistungen geben. Und die verbleibenden öffentlichen Leistungen werden für Herrn und Frau Bürger durchweg teurer

⁶¹Unter Gemeinwohlleistungen werden hier Leistungen für Erholungszwecke, Umweltbildung, Waldpädagogik und Naturschutzaufgaben zusammengefasst.

werden.“

(Finanzministerium, 13.09.06)

Auch für das **MLUR** stellen die Gemeinwohlaufgaben des Landeswaldes eine zu hohe finanzielle Belastung dar. Dabei will es die Gemeinwohlleistungen „auf den Prüfstand stellen“. Eine Reduzierung dieser Leistungen spricht das Ministerium jedoch nicht konkret an.

„Wir haben ein jährliches Defizit von 10 Millionen Euro, die wir aus dem Landeshaushalt für den Bereich des Landeswaldes zahlen. Es sind 46%, die aus Allgemeinwohlleistungen herrühren. Das heißt ein ganz starker Anteil in dem Defizit durch Allgemeinwohlleistungen.“

(MLUR, 23.03.06)

„Das Ziel muss eine optimale Wirtschaftsführung und eine größtmögliche Haushaltsentlastung sein. Um dieses zu erreichen, sollten auch die besonderen Gemeinwohlleistungen, die derzeit den Haushalt mit etwa vier Millionen Euro pro Jahr belasten, auf den Prüfstand und der Personalbestand auf das betrieblich notwendige Maß reduziert werden.“

(MLUR, 10.10.06)

Nach Ansicht des **Waldbesitzerverbandes** leistet der Staatswald hervorragende Arbeit im Bereich Gemeinwohl. Die Gemeinwohlleistungen müssten weiterhin vom Wald getragen werden, unabhängig davon, ob es sich um öffentlichen oder privaten Waldbesitz handele. Die hohen Kosten für Gemeinwohlleistungen im Staatswald hält der Verband jedoch nicht für gerechtfertigt, könnten Gemeinwohlleistungen doch auch ohne zusätzliches Personal durch Ausnutzung der Kapazitäten der vorhandenen Mitarbeiter durchgeführt werden. Im Großprivatwald sei dies bereits der Fall.

„Und da sieht man plötzlich, dass da mindestens genauso viel passiert, was öffentlichkeitsrelevant ist, wie im Landesforst. Ganz klar, wenn ich noch Personal habe, und in einer solchen Betriebsgröße habe ich noch Personal, auch wenn es weniger ist. Dann kann ich auch plötzlich mal eine Gruppe führen, was spricht denn dagegen.“

(Waldbesitzerverband, Interview 19.02.2007)

Der Kleinprivatwald, der nicht über eigenes Personal verfüge, sei jedoch nicht in der Lage, Gemeinwohlaufgaben ohne staatliche Unterstützung zu erfüllen.

Die in der Öffentlichkeit häufig vertretene Darstellung, der Privatwald leiste keine Gemeinwohlaufgaben, weist der Verband der privaten Waldbesitzer zurück. Er halte hingegen für alle Waldbesitzarten Entschädigungen für berechtigt, wenn einzelnen Benutzergruppen wie z.B. Reitern Leistungen bereitgestellt werden.

Die **CDU** kritisiert insbesondere den hohen Anteil wertvoller Stilllegungsflächen für den Naturschutz im Landeswald, spricht sich aber insgesamt für die Bereitstellung von Gemeinwohlleistungen aus. Bei einer Privatisierung sähe sie keine Einschränkungen der Gemeinwohlleistungen, da Leistungen und Pflichten über das Landeswaldgesetz klar festgelegt seien.

„Es ist ganz klipp und klar festgelegt übers Landeswaldgesetz, was auch private Waldbesitzer tun und machen dürfen.“

(CDU, Interview 21.02.2007)

Bei einem Verkauf an einen Großinvestor könne man zusätzliche Leistungen vertraglich sichern.

„Man kann bei einer Privatisierung durchaus, das ist eine Sache der Kaufverträge und der Erfüllung dieser Verträge, Allgemeinwohlaufgaben festlegen (...) da hat sich jeder Private dran zu halten.“

(CDU, Interview 21.02.2007)

Die **SPD** räumt den Gemeinwohlleistungen des Landeswaldes oberste Priorität ein. Eine Reduzierung dieser Leistungen zur Verringerung des Defizits schließt sie aus und weist auf die Wohlfahrtsfunktion des Staates hin.

„Wenn man möchte, dass Kinder, gerade junge Menschen, aber auch Senioren oder andere Gruppen, Wald erleben dürfen, dann kostet es Geld, und wir sind dazu bereit, das zu investieren, ob das nun den Landeshaushalt belastet oder nicht (...) das ist eben ein Stück Leistung, die der Staat für die Gesellschaft leistet.“

(SPD, Interview 21.02.2007)

Die Aufgabe des Staates sei es, die Gemeinwohlleistungen mit einer öffentlichen Zuschussung zu sichern.

„Das muss man natürlich politisch mitentscheiden, dass man dafür eine bestimmte Summe Geld bereitstellt, die man als Zuschuss zahlt, wenn der wirtschaftliche Betrieb das nicht hergibt, dass die Gemeinwohlleistungen mitfinanziert werden.“

(SPD, Interview 21.02.2007)

Sie betont das weite Spektrum der Leistungen von Erholung, Naturschutz und Umweltbildung, über Klimaschutz, Wasserschutz und Wasserrückhaltung.

Insgesamt fordert die SPD eine Diskussion über die Wertigkeit von Gemeinwohl. Die Schwierigkeit diese Leistungen monetär zu bewerten und somit im Haushaltsplan aufzulisten, müsse berücksichtigt werden und neue Wege zur finanziellen Quantifizierung von Gemeinwohlleistungen müssten gefunden werden.

„Dieses wirtschaftliche Rechnen kriegt eine andere Wertigkeit, wenn man sagen kann, da werden so und so viele Tonnen CO₂ gebunden oder da werden so und so viele Hektoliter Wasser zurückgehalten, das kann man rechnen und da arbeiten wir dran. (...) In dem Moment, wo das klar ist, dass das wirklich ein monetärer Wert ist, weil die Maßnahmen, Küstenschutz, Wasserschutz, etc., die kosten ja richtig Geld, wenn man die ins Verhältnis setzen kann, dann ist es nicht so schwer.“

(SPD, Interview 21.02.2007)

Zentrales Anliegen des **Bündnis Wald** ist es, die Bereitstellung der Gemeinwohlaufgaben bei einer Umstrukturierung der Landesforstverwaltung sicherzustellen.

„Wir haben uns sehr früh auf einen Grundsatz geeinigt; im Zentrum sind die Gemeinwohlbelange, die im Staatswald eben als dessen besondere Aufgabe so auch in besonderem Maße erhalten bleiben sollen.“

(Bündnis Wald, Interview 20.02.2007)

Der Wald und die durch den Wald bereitgestellten Gemeinwohlleistungen seien ein Faktor für hohe Lebensqualität und müssten der Bevölkerung weiterhin in vollem Umfang zur Verfügung stehen. Das Bündnis warnt darüber hinaus davor, den Wald als reines Wirtschaftsgut abzuqualifizieren.

„Erholung, Naturschutz, Umweltbildung, naturnaher Waldbau. Unser Landeswald – mehr als eine Holzfabrik!“

(Bündnis Wald, 08/2006)

Nach Auffassung des Bündnis Wald sei die Erfüllung von Gemeinwohlleistungen als gesellschaftspolitische Verantwortung zu sehen, deren Kosten vom Staat getragen werden müssten. Diese Kosten stellten jedoch kein Defizit des Landeswaldes dar, sondern müssten als Investition in die Gesellschaft gesehen werden.

„Die Kosten für die Gemeinwohlaufgaben Naturschutz, Erholung und Umweltbildung sind keinesfalls als verlorener Zuschuss, sondern als gesellschaftlich unverzichtbare und volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionen zu werten.“

(Bündnis Wald, 24.01.2007)

Das Bündnis Wald fügt hinzu, dass sich die Kosten für Gemeinwohlaufgaben auf nur vier Millionen Euro jährlich belaufen und dass es dem Land diese Investition wert sein sollte.

„Einschließlich der Kosten für Neuwaldbildung beträgt der jährliche Zuschussbedarf für die Gemeinwohlleistungen der Landesforstverwaltung, umgerechnet auf alle Schleswig-Holsteiner, gerade einmal 2 Euro pro Kopf (...) Das sollte uns der Landeswald wert sein!“

(Bündnis Wald, 24.01.2007)

Die Erbringung von Gemeinwohlleistungen bedeutet nach Ansicht der **Landesforstverwaltung** zusätzliche Arbeit d.h. auch zusätzliche Kosten. Es sei wichtig, dass in der Debatte um das Defizit des Landeswaldes diese gesellschaftlich gewollten Leistungen benannt und bewertet würden.

„Wenn ich im Wald rumlaufen will, oder mein Kind in einen Waldkindergarten schicken will, dann kostet das was.“

(LFV, Interview 21.02.2007)

4.2.1.3 Legitimation des Staatswaldes

Das **MLUR** sieht die Berechtigung von staatlichem Waldbesitz in der Bereitstellung von Gemeinwohlleistungen, die über die gesetzliche Sozialpflichtigkeit für alle Waldbesitzarten hinausgeht. Bei einer dominant wirtschaftlichen Ausrichtung verlöre der Landeswald seine Legitimation.

„Eigentlich hat der Staatswald nur dann Berechtigung Staatswald zu sein, wenn er in übergeordnetem Maße (...) die Gemeinwohlleistungen (...) für die Bürger

und Bürgerinnen, aber auch für den Naturschutz wahrnimmt.“

(MLUR, Interview 25.01.2007)

Der **Waldbesitzerverband** hebt die Vorbildfunktion des Landeswaldes hervor. Ein Landeswald, der ein Defizit erwirtschaftete, respektiere jedoch nicht die wirtschaftliche Nachhaltigkeit. Die Vorbildfunktion könne demnach nur aufrechterhalten werden, wenn der Landeswald zukünftig wirtschaftliche Aspekte stärker berücksichtigt.

„Die öffentliche Hand hatte bei der Art der forstwirtschaftlichen Bewirtschaftung einen Vorbildcharakter, bloß wenn ich den Pfad der Tugend, den Pfad der Nachhaltigkeit verletze, indem ich also mehr ausbebe, als ich einnehme, dann bin ich nicht mehr nachhaltig, dann bin ich nicht angetan, ein Vorbild zu sein.“

(Waldbesitzerverband, Interview 19.02.2007)

Als weiteres wichtiges Argument sieht er die Position des Staatswaldes als „Verbündeten“, der durch eigene praktische Erfahrung einen guten Einblick in die Eigenheiten der Bewirtschaftung habe.

„Wenn die öffentliche Hand Waldbesitzer ist, hat sie natürlich auch für die Belange des Waldbesitzes schlechthin viel mehr Verständnis.“

(Waldbesitzerverband, Interview 19.02.2007)

Aus Sicht der **CDU** ist die Legitimation in hoheitlichen, Umwelt- und Gemeinwohlaufgaben zu sehen. Eine Bewirtschaftung des Waldes dürfe deshalb nicht nur auf erwerbswirtschaftliche Aspekte reduziert werden. Zudem hätte der Staatswald wichtige Funktionen in der Vorhaltung von Flächen.

„Wichtig ist, dass der Staat solche Flächen auch vorhält aus welchen Gründen auch immer, und wenn es als Energiereserve nur zu sehen ist oder als Wirtschaftsfaktor.“

(CDU, Interview 21.02.2007)

Die **SPD** hebt die Vorbildfunktion für andere Besitzarten hervor und sieht im Landeswald die Möglichkeit, Leistungen für die Gesellschaft bereitzustellen, die einem Privatwald aus wirtschaftlichen Gründen nicht zugemutet werden könnten.

„Für uns ist politisch auch die Vorhaltung von gewissen Leistungen, die wir Privatwaldbesitzern nicht abverlangen können und nicht abverlangen wollen.“

(SPD, Interview 21.02.2007)

Im Landeswald könne so eine Gleichrangigkeit zwischen Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes gewährleistet werden.

Für das **Bündnis Wald** besteht die Legitimation des Staatswaldes darin, dass Leistungen für die Gesellschaft erbracht werden, die über die für alle Waldbesitzarten geltenden gesetzlichen Mindeststandards hinausgehen.

„Wir gehen davon aus (...), dass der Staatswald gegenüber der Gesellschaft diese Aufgaben im Bereich Erholung, Naturschutz, Umweltbildung in ganz besonderer Weise übernehmen soll, also über das Sozialpflichtigkeitsgebot hinaus, was ja für alle Waldbesitzformen gilt.“

(Bündnis Wald, Interview 20.02.2007)

Es betont in diesem Zusammenhang die besondere Ausgleichsfunktion, die dem Staatswald in den Bereichen Erholung und Naturschutz zukäme, und beruft sich auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, in dem der Vorrang der Gemeinwohlfunktionen vor der forstwirtschaftlichen Produktion im Staatswald bestätigt wurde.

„Auch das Bundesverfassungsgericht (Urteil vom 31.Mai 1990) sieht den Staatswald in der Pflicht, ökologische und umweltbezogene Belange vor wirtschaftliche Ertragsorientierung zu stellen.“

(NABU, 03/2006)

Die durch Gemeinwohlleistungen verursachten Kosten bzw. Ertragsminderungen müssten vom Staat getragen werden, privaten Waldbesitzern könnten diese zusätzlichen Kosten aufgrund wirtschaftlicher Zwänge nicht in vollem Maße zugemutet werden.

„Während mit praktiziertem Waldnaturschutz auf Gewinnmaximierung verzichtet wird, verursacht v.a. die Umsetzung von erholungsbezogenen Maßnahmen erheblichen Personalaufwand und damit Kosten.“

(NABU, 02/2006)

Die Landesforstverwaltung sieht die Legitimation des Staatswaldes zum einen in seiner Vorbildfunktion für andere Waldbesitzarten, zu anderen aber auch in der Bereitstellung von Gütern und Leistungen, die im Privatwald im entsprechenden Maße nicht erbracht werden.

„Das Landeswaldgesetz gilt ja für alle Waldbesitzer, aber der Staatswald hat immer noch zusätzliche Aufgaben zu erbringen, also eine Vorbildfunktion zu machen, wie der Wald bewirtschaftet werden kann.“

(LFV, Interview 21.02.2007)

Im Staatswald müssten zudem Gemeinwohlinteressen und Naturschutzaspekte nicht, wie im Privatwald üblich, wirtschaftlichen Argumenten untergeordnet werden.

„Wir haben einen relativ jungen Wald, aber in ein paar Jahren ist das etwas ganz Wertvolles, und da muss man auch ein Auge darauf haben, dass der Bestand erhalten bleibt, und dass wir auch alte Bäume haben, und nicht nur unter wirtschaftlichen Aspekten da rumgeholt wird.“

(LFV, Interview 21.02.2007)

Für den Erholungssuchenden gäbe es zunächst keine Unterschiede zwischen den Waldbesitzformen; lediglich nur beim Wegfall von Gemeinwohlleistungen, wie es im Privatwald aus wirtschaftlichen Gründen immer wieder vorkäme, würden Nachteile für die Bürger erkennbar.

„Sonst erkennt man als Bürger nicht, ob man durch den Wald vom Grafen (...) läuft oder durch einen staatlichen oder kommunalen Wald. Man merkt es nur dann, wenn plötzlich Wege gesperrt sind, wenn Leistungen nicht mehr möglich sind.“

(LFV, Interview 21.02.2007)

4.2.2 Handlungsmöglichkeiten

4.2.2.1 Verkauf des Landeswaldes

Die **Landesregierung** sieht den Verkauf des Landeswaldes als eine mögliche Option, den Landeshaushalt zu konsolidieren. Dabei wird betont, dass ein Verkauf unter kontrollierten Rahmenbedingungen stattfinden sollte, wo die gesellschaftlich gewünschten Leistungen nicht wegfielen, sondern lediglich auf Private übertragen würden.

„Ich spreche nicht von ‚Ausverkauf‘ und ‚rigorosem Leistungsabbau‘. Dies wäre in der Tat fatal. Nein, unser Ansatz ist es, Verwaltungsstrukturen und -prozesse so zu gestalten, dass wir auch mit weniger Geld den ständig steigenden gesellschaftlichen Anforderungen vollauf gerecht werden.“

(Ministerpräsident, 01/2006)

In der Argumentation des **MLUR** wird immer wieder der Handlungsdruck der Regierung angesprochen, vor dessen Hintergrund es notwendig sei, alle Möglichkeiten der wirtschaftlichen Optimierung der Landesforstverwaltung zu prüfen und sich keiner möglichen Option von vornherein zu verschließen.

„Denkverbote sind wirklich nun das Allerletzte, was wir uns in dieser schweren Zeit noch leisten sollten.“

(MLUR, 23.03.06)

Auch in anderen öffentlichen Sektoren werde die Frage nach der Notwendigkeit staatlicher Beteiligung diskutiert, um die Bereiche flexibler und kosteneffizienter gestalten zu können und somit Kosten zu sparen.

„Es gibt starke Bewegungen auf Bundes- und auch auf Länderebene überhaupt die Frage zu stellen ‚Wo muss Staat beteiligt sein?‘ Und das geht sogar so weit, dass die Universitätskliniken verkauft werden sollen. Die Diskussion läuft da ähnlich.“

(MLUR, Interview 25.01.2006)

Nach Beendigung des Interessenbekundungsverfahrens im September 2006 ändern die Landesregierung und das MLUR ihre Positionen. Als Erklärung für diesen Kurswechsel gibt der Landwirtschaftsminister die Einschätzung der Experten und die steigende Holzkonjunktur an, die zukünftig bessere Einnahmen für den Forstbetrieb erwarten ließe. Vor diesem Hintergrund halte er eine Reorganisation der Landesforstverwaltung für sinnvoll.

„Nach Auswertung des Interessenbekundungsverfahrens und einem Expertengespräch bin ich zu dem Ergebnis gekommen, dass es wirtschaftlicher ist, den Landeswald im Landeseigentum zu belassen, als ihn zu veräußern. Die positive Entwicklung auf dem Holzmarkt lässt erwarten, dass der zurzeit noch defizitäre Betrieb saniert werden kann und der Vermögenswert zunehmen wird.“

(MLUR, 10.10.06)

Der **Waldbesitzerverband** äußert sich verhalten zu einem Verkauf des Landeswaldes. Zu Beginn der Debatte erfolgt keine eindeutige öffentliche Positionierung der privaten Waldbesitzer für oder gegen die Privatisierung. Später spricht sich der Verband gegen den Verkauf

des Landeswaldes aus, den er als unnötigen Kraftakt ansieht und der dem Ansehen des Landeswaldes in der Öffentlichkeit schade.

„Der Verkauf ist für uns nicht das große Ziel, daran orientieren wir uns nicht, daran machen wir uns nicht fest (...) das war eine Totgeburt, das hat nur Kraft gekostet, hat dem Ansehen des Landeswaldes nicht genützt.“
(Waldbesitzerverband, Interview 19.02.2007)

Auch die **CDU**-Fraktion spricht sich weder eindeutig für noch gegen einen Verkauf des Landeswaldes aus, unterstützt aber den Regierungsbeschluss, den Verkauf zu prüfen. Sie begründet diese Position damit, alle Möglichkeiten der Kosteneinsparung sorgfältig zu prüfen und „*ergebnisoffen*“ zu diskutieren. Damit schließt sie sich der Argumentation der Landesregierung an.

„Die Meinung meiner Fraktion ist die, es sollte ergebnisoffen abgewartet werden was die Meinungsfindung hierbei ergibt.“
(CDU, Interview 21.02.2007)

Im Verlauf des Interessenbekundungsverfahrens⁶² änderte sich die Position der Partei: zunehmend sprechen sich auch innerhalb der CDU-Fraktion immer mehr Abgeordnete gegen einen Verkauf aus.

„Es gab dann, glaube ich, mittlerweile auch schon eine Mehrheit in der CDU-Fraktion, die gesagt habe, den Totalverkauf wollen wir nicht.“
(CDU, Interview 21.02.2007)

Die im Oktober 2006 getroffene Entscheidung, den Landeswald nicht zu verkaufen, begrüßte die CDU-Fraktion besonders im Hinblick auf die betroffenen Forstleute.

„Endlich besteht Klarheit für alle Beteiligten, insbesondere auch für die Mitarbeiter der Forstverwaltung.“
(CDU, Interview 10.10.2006)

Die **SPD**-Fraktion schließt den Verkauf des Landeswaldes von Anfang an aus und hält auch im Laufe der Debatte an ihrer Position fest.

„Ein massiver Verkauf von Flächen des Landeswaldes ist mit uns nicht zu machen.“
(SPD, 18.01.2006)

„Der Landeswald darf nicht an Private verscherbelt werden. Die Landesregierung sollte endlich auf dem Privatisierungsholzweg umkehren.“
(SPD, 17.08.2006)

Die Zustimmung der SPD-Kabinettsmitglieder zur Prüfung der Verkaufsoption sieht die Landtagsfraktion nicht unkritisch, verweist aber auf die besondere Verantwortung der Regierungsmitglieder.

„Das hat uns auch sehr gewurmt, zumal drei unserer vier Minister auch Fraktionsmitglieder sind. Die Argumentation der Regierungsmitglieder der SPD

⁶²Interessenbekundungsverfahren vom 18.08.2006 bis 22.09.2006.

war ganz einfach: sie sagten, sie sind als Kabinettsmitglieder verpflichtet, andere Maßstäbe anzusetzen als wir, die wir das Gemeinwohl vor Augen haben, die Zukunftsfähigkeit und die Nachhaltigkeit.“

(SPD, Interview 21.02.2007)

Das **Bündnis Wald** spricht sich eindeutig gegen einen Verkauf des Landeswaldes aus.

„Der Verkauf von Waldflächen muss kategorisch ausgeschlossen bleiben (...). Der Landeswald muss insgesamt als Sondervermögen, als ‚Tafelsilber‘ des Landeswaldes bewahrt werden.“

(Bündnis Wald, 24.01.2007)

Auch die Überführung in eine private Rechtsform (wie z.B. eine GmbH), wertet das Bündnis als indirekten Verkauf.

„Eine GmbH ist ja im Grunde genommen schon eine Art Privatisierung, weil es ein privatwirtschaftliches Unternehmensmodell ist, was also zur Rendite verpflichtet ist (...) es ist durchaus realistisch, dass so eine GmbH gleich mit Waldverkäufen, also mit Teilverkäufen begonnen hätte.“

(Bündnis Wald, Interview 20.02.2007)

Die Mitarbeiter der **Landesforstverwaltung** wehren sich vehement gegen einen Verkauf des Landeswaldes und fürchten um ihre berufliche Zukunft.

„Zum Verkauf selbst hat es einen ziemlichen Widerstand innerhalb der Forstverwaltung gegeben (...) das war eigentlich bisher undenkbar, der Verkauf des Waldes mit und ohne Personal. Das war sehr niederschmetternd für unsere Beschäftigten, dass da plötzlich so eine Beliebigkeit in diese Aufgabe reinkam“

(LFV, Interview 21.02.2007)

4.2.2.2 Reorganisation der Landesforstverwaltung

Als weitere Option neben einem möglichen Verkauf sieht die **Landesregierung** eine Umwandlung der Landesforstverwaltung in eine andere Rechtsform vor. Geprüft werden in diesem Zusammenhang der „Landesbetrieb“, die „Anstalt öffentlichen Rechts“ und eine „GmbH mit oder ohne privater Beteiligung“. Dabei spricht sich das Finanzministerium für eine privatrechtliche Rechtsform wie die GmbH aus, das Landwirtschaftministerium favorisiert die Einrichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts.

„Wenn sie [das Finanzministerium] jetzt nicht verkaufen können, dann wollen sie die GmbH mit einem dritten, und dann ist der dritte da erst mal drin und ist Minderheitseigner und dann wird er nach eins zwei Jahren Mehrheitseigner und dann geht das immer weiter.“

(MLUR, Interview 25.01.2007)

Um den Landeswald als öffentlichen Wald langfristig zu sichern, schlägt das Landwirtschaftsministerium vor, zusammen mit Niedersachsen eine gemeinsame Anstalt Landeswald zu gründen. Dieser Vorschlag wird jedoch von der Landesregierung und den Landtagsfraktionen abgelehnt.

Der **Waldbesitzerverband** hält das Kriterium der Flexibilität bei einer Reorganisation der Landesforstverwaltung für ausschlaggebend.

„Da gibt es sicherlich viele verschiedene Möglichkeiten aber sie haben alle was mit wesentlich mehr Flexibilität zu tun.“

(Waldbesitzerverband, Interview 19.02.2007)

Sowohl eine GmbH als auch eine Anstalt öffentlichen Rechts könnten eine wesentlich flexiblere Betriebsführung ermöglichen. Angesichts des öffentlichen und politischen Drucks hält er eine GmbH jedoch für politisch nicht umsetzbar. Der wirtschaftliche Erfolg des Staatswaldes sei von der Bewirtschaftung abhängig und nicht von äußeren Faktoren, auch die Trägerschaft spiele dabei keine entscheidende Rolle.

„Wenn die sich vernünftig aufstellen, dann werden sie Erfolg haben. Sie haben große Waldflächen zur Verfügung und sie wollen ja arbeiten, warum sollen sie keinen Erfolg haben? Wenn der Markt einen zusätzlich beflügelt, was er im Moment tut, dann ist der Schmierstart da, den man braucht.“

(Waldbesitzerverband, Interview 19.02.2007)

Die CDU betrachtet eine Umwandlung der Landesforstverwaltung in eine andere Rechtsform als unumgänglich, um vorhandene Strukturen aufzubrechen und den Betrieb flexibler zu gestalten.

„Vielleicht muss man mal einen Schnitt machen und sagen, wir gehen in eine andere Form, wir wollen entbürokratisieren, wir wollen das ganze Geflecht was wir jetzt haben ein bisschen verkleinern, um etwas wirtschaftlicher arbeiten zu können.“

(CDU, Interview 21.02.2007)

Im Verlauf der Debatte um die Privatisierung des Landeswaldes spricht sie sich zunehmend für eine Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts aus.

„Ich wage die Prognose, dass wir zur Anstalt öffentlichen Rechts kommen werden. Davon bin ich fest überzeugt, und ich halte sie auch für die richtige Wahl.“

(CDU, Interview 21.02.2007)

Die vom Landwirtschaftsministerium vorgeschlagene gemeinsame Einrichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts mit dem Nachbarland Niedersachsen lehnt die Fraktion jedoch ab.

„Man kann in Teilbereichen kooperieren und mit denen vernünftig zusammenarbeiten, das ist nur gut, aber wir sollten keine Fusion anstreben. (...) Niedersachsen hat ein Vielfaches an Fläche, ich glaube 360.000 ha Wald, und wir haben 55.000 ha, wir würden verschwinden. Unsere Interessen wären nicht gewahrt.“

(CDU, Interview 21.02.2007)

Die SPD-Fraktion favorisiert den Erhalt des Landeswaldes in einer öffentlich-rechtlichen Organisationsform. Damit schließt sie privatrechtliche Formen wie eine AG und GmbH aus. Auch die in der letzten Legislaturperiode angestrebte Stiftung Landeswald sei unter den derzeitigen Rahmenbedingungen nicht durchsetzbar. Bei einer öffentlichen Stiftung wäre zudem keine politische Kontrolle durch das Parlament möglich.

„Der Vorteil ist, man kann es dem begierigen Zugriff des Finanzministeriums leichter entziehen, oder es ist schwieriger es umzukehren, aber es ist keine

politische Kontrolle da im Sinne von Haushaltsbeschluss.“

(SPD, Interview 21.02.2007)

Die SPD sieht als neue Rechtsform entweder einen optimierten Landesbetrieb oder eine Anstalt öffentlichen Rechts vor. Besonders bei der Anstalt öffentlichen Rechts als eigenständige Betriebsform müssten jedoch einzelne Leistungen genau definiert und finanziell abgesichert werden.

„Es ist nachher die Frage, wie wir das vereinbaren, dass wir all die anderen Bereiche auch absichern.“

(SPD, Interview 21.02.2007)

Eine gemeinsame Anstalt Landeswald mit Niedersachsen lehnt die SPD aber genau wie die CDU ab.

„Wir haben uns dagegen ausgesprochen (...) man kann uns nicht mit Niedersachsen vergleichen, das ist eine ganz andere Dimension (...) Wir hätten im Grunde genommen nichts mehr zu melden gehabt.“

(SPD, Interview 21.02.2007)

In jedem Fall empfiehlt sie jedoch die Ablösung der Kameralistik durch eine doppelte Buchführung.

„Bei der kaufmännischen Buchführung ist mehr Transparenz drin (...) man kann leichter Beweise antreten, man kann eine bessere Wirtschaftsplanung machen (...). Das geht aber bei beiden Formen.“

(SPD, Interview 21.02.2007)

Für das **Bündnis Wald** kommen, wie auch bei der SPD, nur öffentlich-rechtliche Organisationsformen für den Landeswald in Frage.

Bei der Frage der geeigneten Rechtsform gab es im Verlauf des Privatisierungsdiskurses eine Angleichung der Interessen der Bündnismitglieder. Während der NABU zu Beginn die Umwandlung in eine Stiftung bevorzugte, sprach der BDF sich für eine Anstalt des öffentlichen Rechts aus. Ein Großteil der Mitarbeiter der Landesforstverwaltung favorisiere eine Organisationsform in der Trägerschaft des Landes.

„Es ist ja auch mal angedacht worden, eine Stiftung daraus zu machen, das hätten wir als Naturschutzverband favorisiert.“

(NABU, Interview 20.02.2007)

„Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen setzt sich der BDF (...) für die Bildung einer Anstalt öffentlichen Rechtes (...) ein.“

(BDF, 09/2006)

„Wichtig ist (...), dass das Land 100% Einfluss behält auf den Wald, was da passiert, wie da gearbeitet wird, welche Möglichkeiten es da gibt, und wie die Personalentwicklung ist.“

(LFV, Interview 21.02.2007)

Gemeinsam als Bündnis Wald favorisieren die Mitgliedsverbände nunmehr die Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts. Die Bildung einer Anstalt öffentlichen Rechts sei zwar

aufwändig, versprache jedoch eine höhere Bestandessicherheit als der Landesbetrieb oder eine GmbH.

„Das ist eigentlich die favorisierte Lösung, wegen der relativen Sicherheit, die dahinter steht, dass es nicht sofort danach wieder verändert werden kann. Dass das nicht wie jetzt, beim Verkauf, wieder auf die politische Tagessordnung gelangen kann.“

(Bündnis Wald, Interview 20.02.2007)

Aber auch bei dieser Rechtsform sei die Umsetzung der Gemeinwohlleistungen nicht per se gewährleistet. Das Bündnis hält deshalb eine genaue vertragliche und finanzielle Absicherung der Gemeinwohlziele bei der Bildung einer Anstalt Landeswald für notwendig.

„Üblicherweise ist (...) die produktionsorientierte Wirtschaftsweise Aufgabe einer Anstalt öffentlichen Rechts (...). Allerdings ließen sich (...) Gemeinwohlleistungen über Zielvorgaben festlegen.“

(Bündnis Wald, 24.01.2007)

Die Landesforstverwaltung beklagt in der Diskussion um die Reorganisation der Landesforsten die mangelnde Transparenz und das fehlende Mitbestimmungsrecht für ihre Mitarbeiter.

„Wir wissen genauso wenig wie jeder der jetzt im Forstamt ist, oder wie ein Steuerzahlender Bürger, der Zeitung liest.“

(LFV, Interview 21.02.2007)

„Die Prüfaufträge werden nicht wieder in Arbeitsgruppen abgearbeitet, sondern in unmittelbaren Gesprächen mit der Spitze des Hauses. Da ist kein transparentes Verfahren mehr da und wir wissen auch nicht was letztendlich herauskommt.“

(LFV, Interview 21.02.2007)

4.2.2.3 Einsparpotenziale

Durch den Wegfall einzelner Aufgaben und die Verlagerung auf private Dienstleistungsunternehmen verspricht sich die **Landesregierung** eine erhebliche Kostenersparnis für die Landesforstverwaltung. Dabei stehen besonders Personal- und Gemeinwohlkosten zur Debatte. Die hoheitlichen Aufgaben sollen weiterhin vom Staat durchgeführt werden.

Der **Waldbesitzerverband** sieht bei einer Optimierung der Verwaltungsstruktur und einer wirtschaftlicheren Ausrichtung des Landeswaldes ein hohes Einsparpotenzial, dabei sei besonders auf klare Konzepte und Zielvorstellungen Wert zu legen.

Auch die **CDU** empfiehlt eine wirtschaftlichere Orientierung des Landeswaldes. Dabei müssten sowohl die Ausgaben für Gemeinwohlleistungen als auch die Anforderungen an eine naturnahe Waldwirtschaft neu überdacht und reduziert werden. Sie fügt hinzu, dass auch die besseren Holzpreise und die Wertsteigerung des Waldes das Defizit verringern würden.

„Den Bereich der Umweltbildung werden wir ein bisschen anders definieren müssen, oder realistischer definieren müssen. Wir müssen an die Waldbau-richtlinie herangehen, um die Kriterien etwas zu verbessern, um noch wirtschaftlicher arbeiten zu können, und dann: Die Zeit spielt für den Wald, das ist ein Stoff

der wächst und wächst und wir werden dann Geld verdienen damit.“
(CDU, Interview 21.02.2007)

Durch eine verbesserte Organisation des Forstbetriebes könnten, nach Ansicht der **SPD**, Kosten eingespart werden. Dieses Ziel wäre sowohl mit einem optimierten Landesbetrieb als auch mit der Umwandlung in eine Anstalt des öffentlichen Rechts erreichbar. Bei den hoheitlichen Aufgaben und den Gemeinwohlleistungen sieht die SPD hingegen kein Einsparpotenzial.

„Es kann nicht unser Ziel sein, im Landeswald eine betriebswirtschaftliche schwarze Null zu erreichen und dabei die Allgemeinwohlfunktion über Bord zu werfen.“
(SPD, 18.01.2006)

Eine Aufgabenerfüllung durch Dritte in diesen Bereichen halte die SPD für ungeeignet.

„Um genau all die Funktionen, Gemeinwohlfunktionen, Naturschutz, oder auch im Bereich naturnahe Waldbewirtschaftung, zu erfüllen, brauchen wir Personal (...) wir brauchen eine vernünftige Stammbesetzung, die müssen vernünftig bezahlt werden, die müssen zu vernünftigen Tarifen arbeiten.“
(SPD, Interview 21.02.2007)

Das **Bündnis Wald** sieht Einsparpotenziale im Bereich der Organisationsstruktur und des Personals und lobt die bereits erfolgreichen Ergebnisse vergangener Forstreformen.

„Es bestehen Einsparpotentiale, welche die Forstverwaltung auch nutzt. Forstämter werden zusammengelegt, die Forstreviere vergrößert. In den vergangenen zehn Jahren sind ca. 30% der Personalstellen gestrichen worden.“
(Bündnis Wald, 24.01.2007)

Eine zu starke Reduzierung des Personals könne aber auch eine Einschränkung der Leistungen verursachen und wäre im gesamtgesellschaftlichen Rahmen nachteilig.

„Der Personalabbau findet aber seine Grenzen, wenn geforderte Leistungen nicht mehr oder nur noch ungenügend erbracht werden können. Zu beachten ist zudem, dass sich ein Stellenabbau zwar betriebswirtschaftlich als vorteilhaft erweisen könnte, volkswirtschaftlich aber eindeutig nachteilig wirkt.“
(Bündnis Wald, 24.01.2007)

Die Landesforstverwaltung vertritt die Meinung, dass nicht die Änderung der Rechtsform allein eine Optimierung der Verwaltung bewirken könne, sondern dass es primär auf die Schwerpunktsetzung und eine genaue Aufgaben- und Zielbeschreibung ankäme, um die Landesforstverwaltung wirtschaftlicher aufzustellen.

„Ich glaube, dass das nicht die Rechtsform ist, sondern die Frage der Aufgabenbeschreibung, wie setze ich Schwerpunkte, was erwarte ich.“
(LFV, Interview 21.02.2007)

4.2.3 Folgen einer Privatisierung

4.2.3.1 Gemeinwohlleistungen

Weder das **Finanzministerium** noch der **Waldbesitzerverband** oder die **CDU-Fraktion** erwarten bei einer Privatisierung⁶³ des Landeswaldes eine Einschränkung der Gemeinwohlleistungen. Die Bereitstellung dieser Leistungen sei schließlich für alle Waldbesitzarten durch das Landeswaldgesetz gesichert.

„Die Allgemeinwohlfunktionen, die der Wald erfüllt, bleiben auch bei einer Privatisierung der Landesforsten bestehen. Dies ist im Landeswaldgesetz ausdrücklich geregelt.“

(Finanzministerium, 06.03.06)

„Die Bevölkerung wird gar nichts mitkriegen, da wird sich gar nichts ändern. Vieles ist ja sowieso im Gesetz geregelt, allgemeine Betretung, mittlerweile darf man auch in Schleswig-Holstein abseits der Wege spazieren gehen, Pilze suchen dürfen sie auch überall. Was wird noch mehr erwartet?“

(Waldbesitzerverband, Interview 19.02.2007)

„Ich sehe grundsätzlich keinen Nachteil in einer privaten Bewirtschaftung.“

(CDU, Interview 21.02.2007)

Im **Landwirtschaftsministerium** wird im Gegensatz dazu vermutet, dass eine vorrangig wirtschaftliche Ausrichtung des Landeswaldes mit einem Verlust an Gemeinwohlleistungen einhergehen würde.

Die **SPD** befürchtet bei einer Privatisierung einen Schwerpunkt auf wirtschaftlichen Aspekten und eine damit verbundene Reduzierung der Gemeinwohlleistungen.

„Wie die aktuelle Diskussion zeigt, gerät die Allgemeinwohlorientierung des Waldes zusehends zugunsten betriebswirtschaftlicher Erwägungen in den Hintergrund.“

(SPD, 18.01.2006)

Auch das **Bündnis Wald** warnt vor einer Verringerung der Gemeinwohlleistungen auf das gesetzlich vorgeschriebene „*Mindestmaß*“ und befürchtet zudem die Reduzierung der gesetzlichen Anforderungen an die Waldbewirtschaftung.

„Dem neuen Eigentümer würde nur der gesetzlich geforderte Mindeststandard, wie er für alle Waldbesitzarten als Grundanforderung gilt, abverlangt werden können. Dabei dürfte aber fraglich sein, ob diese gesetzlichen Normen auf Dauer zu halten seien.“

(Bündnis Wald, 24.01.2007)

Einen wirtschaftlichen Vorteil einer Privatisierung sieht das Bündnis Wald nicht. Der Landeswald werde bereits in der nahen Zukunft hiebsreifes Wertholz ernten können und könne außerdem, dank der guten Konjunktur, beim Holzverkauf größere Gewinne erzielen.

„Mittelfristig wären Verkauf oder Verpachtung des Landeswaldes auch ökonomisch eine Fehlkalkulation. Denn in den kommenden Jahren wird überpropor-

⁶³ Privatisierung bedeutet hier Verkauf oder Überführung in eine GmbH.

tional viel Wertholz die Hiebreife erlangt haben (...). Zudem werden die Weltmarktpreise für Nutzholz steigen.“

(Bündnis Wald, 24.01.2007)

Nach Einschätzung der **Landesforstverwaltung** würde es zu einer Einschränkung der Gemeinwohlleistungen kommen.

4.2.3.2 Mitarbeiter der Landesforstverwaltung

Das **Landwirtschaftsministerium** sieht die „Abwicklung des Forstpersonals“, wie sie das **Finanzministerium** vorschlägt, als kritisch an. Bei einem solchen Vorschlag sei nicht nur die berufliche Zukunft der Mitarbeiter ungewiss, auch der Erfolg einer Versetzung der Mitarbeiter in andere Positionen sei fraglich.

„Ob man einen normalen Waldarbeiter nachher zu einem Logistikspezialfachmann machen kann oder zum Sägewerkarbeiter, wo ganz andere Qualifikationen gefordert sind, also ich glaube, dass das auch ein bisschen Sand-in-die-Augen-streuen ist.“

(MLUR, 25.01.2006)

Der **Waldbesitzerverband** hält eine Reduzierung des Personals in jedem Fall für notwendig, um die gewünschten Einsparungen umsetzen zu können und den Forstbetrieb marktfähig zu machen.

„Wir haben durch diesen riesigen Personalapparat natürlich ein sehr träges Schlachtschiff, das sich da behaupten muss, und ein nicht gerade wendiges. Wir können auf die Antwort der Zeit mit einem solchen Apparat sehr schwer reagieren und man kann leichter reagieren, wenn man weniger Kosten produziert, also wenn man weniger Personal hat. Die Kostenproblematik ist in erster Linie eine Personalproblematik.“

(Waldbesitzerverband, Interview 19.02.2007)

Ein Verkauf allein würde diese Problematik jedoch nicht lösen, da die Angestellten und Beamten weiterhin Landesbedienstete wären. Der Waldbesitzerverband fordert deshalb die Festlegung eines umfassenden Konzeptes, welches Lösungen und Perspektiven auch zugunsten der Forstbediensteten aufzeigt.

Die Belange der Mitarbeiter, so argumentiert der Verband weiter, seien zwar wichtig, sollten aber einer Neustrukturierung der Landesforstverwaltung nicht im Wege stehen.

„Dann würde es sein, dass einige auf andere Posten gesetzt werden, ob die nun erfreut sind oder nicht, ein Beamter hat den großen Nachteil, dass er einfach umgesetzt werden kann.“

(Waldbesitzerverband, Interview 19.02.2007)

Nach Ansicht der **CDU** habe die Verkaufsdiskussion möglicherweise zu mehr Einsicht in die Notwendigkeit einer Veränderung geführt, der lange Zeitraum der Unsicherheit sei jedoch für die Mitarbeiter unzumutbar.

„Die Tatsache, dass es eine intensive Diskussion um den Verkauf des Landeswaldes gegeben hat, hat auch sicherlich dazu geführt, dass der eine oder andere sein verkrustetes Denken aufgegeben hat und gesagt hat: ‚Jetzt wird es Zeit, wir

„müssen vielleicht ein bisschen wirtschaftlicher arbeiten, wir müssen die Forstämter zusammenlegen, wir müssen mit weniger Personal die gleiche Fläche oder sogar noch mehr bewirtschaften“.

(CDU, Interview 21.02.2007)

Insgesamt hätten die Forstleute bei den bisherigen Forstreformen Verständnis für Kürzungen und Personaleinsparungen gezeigt und gut mit der Landesregierung kooperiert.

Die **SPD** spricht die große Verunsicherung der betroffenen Mitarbeiter an und befürchtet Entlassungen von Waldarbeitern und Angestellten.

„Große Sorgen machen wir uns um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (...) vor allem die Waldarbeiter, die Forstleute, also die unteren Chargen (...) das werden die sein, die über die Klinge springen werden müssen.“

(SPD, Interview 21.02.2007)

Sie lobt die Arbeit der Landesforstverwaltung und verspricht, sich für die Forstleute zu engagieren. Den Mitarbeitern müsse durch eine zügige Entscheidungsfindung wieder eine berufliche Perspektive geboten werden.

„Wir stehen dafür, dass die in Schleswig-Holstein vergleichsweise kleine und leistungsfähige Landesforstverwaltung nicht ständig durch Einsparvorgaben beim Personal (...) in ihrer Arbeit eingeschränkt wird.“

(SPD, 18.01.2006)

Um die Waldfunktionen in der Praxis auch vermitteln zu können, spricht sich die SPD für den Erhalt der bisherigen Personalstrukturen und eine multifunktionale Forstwirtschaft aus.

Das **Bündnis Wald** hebt den gemeinsamen Protest der Forstleute und Waldarbeiter gegen eine Privatisierung hervor.

„Die Landesforst hat sich ganz geschlossen und vehement gegen dieses Vorhaben gestellt, und sie hat sich auch einhellig gegen eine Privatisierung auf kleinerer Ebene, also eine GmbH, ausgesprochen.“

(Bündnis Wald, Interview 20.02.2007)

Das Bündnis sieht aber auch, als Vertreter verschiedener Berufsverbände, Interessensunterschiede zwischen Forstbeamten und Waldarbeitern. Während die Revierförster für den Abbau von eigenen Waldarbeitern und die Beauftragung von Dienstleistungsunternehmen plädieren, äußert die Vertretung der Forstwirte Kritik an den Entlassungen landeseigener Forstwirte und verweist auf die nachteiligen Arbeitsbedingungen privater Dienstleistungsunternehmen. Die Reformpläne der Landesregierung müssten auch Aspekte der sozialverträglichen Arbeit berücksichtigen.

„Die Revierförster sagen: (...) ‚Die Waldarbeiterstunden sind zu teuer und es gibt zu viele Waldarbeiter dort‘. (...) Aber man muss auf der anderen Seite auch das Argument der IG BAU nehmen: ‚Die Leute, die diese [günstigeren Dienstleistungsunternehmen; R.J.] beschäftigen, sind dann mit Anfang 40 raus, weil die nur im Akkord arbeiten‘. Da gibt es schon einige Spannungen.“

(Bündnis Wald, Interview 20.02.2007)

Das Bündnis Wald spricht außerdem die Zurückhaltung der Mitarbeiter der Landesforstverwaltung der Presse gegenüber an, da sie angehalten seien, sich zum Thema Privatisierung des Landeswaldes öffentlich nicht zu positionieren.

„Ja, schriftlich gibt es [über die Verärgerung der Forstleute; R.J.] sehr wenig, weil sie sich eben so vorsichtig da äußern müssen.“

(Bündnis Wald, Interview 20.02.2007)

Insgesamt sei eine Einstellungsänderung der staatlichen Förster gegenüber Gemeinwohlbelangen zu beobachten. Wo vor wenigen Jahren nur die Holzwirtschaft als wichtig empfunden wurde, sähen viele der Forstleute sich heutzutage sowohl als Bewirtschafter der Wälder als auch als Dienstleister für Gemeinwohlaufgaben und engagierten sich in besonderem Maße für die multifunktionale Forstwirtschaft.

„Viele Förster haben sich nicht nur mit ihrer neuen Rolle als Landschaftspfleger im weitesten Sinne arrangiert, sondern erfüllen sie auch gerne und ganz bewusst und wollen nicht (...) wieder zu Holzhackern degeneriert werden.“

(Bündnis Wald, Interview 20.02.2007)

Die Landesforstverwaltung sieht in der langen Diskussion um die Privatisierung des Landeswaldes, die mit einigen Unterbrechungen seit 1996 geführt werde, eine unzumutbare Belastung ihrer Mitarbeiter.

„Das Hauptproblem ist, dass seit 1996 der Druck da ist, etwas grundlegend zu verändern, aber keiner zu einer politisch durchsetzbaren Lösung kommt (...). Das ist eine Situation, die man unseren Beschäftigten nicht zumuten darf.“

(LFV, Interview 21.02.2007)

Bei einer Privatisierung wären besonders für die Waldarbeiter betriebsbedingte Kündigungen oder die Beschäftigung als Saisonarbeiter zu befürchten.

„Die Sorge bei unseren Forstwirten ist, dass sie mit Entlassungen zu rechnen haben.“

(LFV, Interview 21.02.2007)

Besonders bei einer Reduzierung der Gemeinwohlleistungen würde für die Forstwirte ein wichtiger Arbeitsbereich wegfallen, was betriebsbedingte Kündigungen mit sich bringen könnte.

„Die Gemeinwohlaufgaben, die machen unsere Forstwirte ja mit, insbesondere in den Zeiten, wo nicht soviel Holz zu schlagen ist. Und dann gibt es Versuche, die Gemeinwohlaufgaben abzutrennen und das ist wieder schlecht für die Forstwirte, die ja nun ganzjährig auch in Vollzeit beschäftigt werden müssen (...). Wenn nur noch der wirtschaftliche Aspekt zählt, dann werden sie im Sommer in den Urlaub geschickt oder nur als Saisonarbeitskräfte beschäftigt.“

(LFV, Interview 21.02.2007)

Aber auch auf die Beamten könnten Versetzungen in andere Arbeitsbereiche und der Verlust ihrer beruflichen Perspektive zukommen.

Zu beobachten sei eine stärkere Konkurrenz zwischen Waldarbeitern und Revierleitern, betont die Landesforstverwaltung. Das läge daran, dass sich Revierleiter zunehmend für eine starke

Reduzierung der Anzahl landeseigener Forstwirte und stattdessen für eine Beauftragung von Dienstleistungsunternehmen aussprechen.

„Die Konkurrenz zwischen den Forstwirten, den Arbeitern und den Beamten ist größer geworden, und zwar indem die Beamten versuchen, für sich und ihr Klientel zu retten was zu retten ist und als Revierleiter z.B. sagen: ‚Ja, ich kann ja viel wirtschaftlicher arbeiten wenn ich keine landeseigenen Forstwirte habe, sondern wenn ich sie mir bei Bedarf hole. Eigentlich brauche ich keine Forstwirte‘.“

(LFV, Interview 21.02.2007)

4.2.3.3 Potenzielle Käufer

Ein großes Problem bei einem Verkauf, so stellt das **Landwirtschaftsministerium** fest, sei die Anonymität der Käufer. Die Kaufverhandlungen würden in der Regel durch Stellvertreter durchgeführt, weshalb es keine Möglichkeit gäbe, eine Vertrauensbasis und Akzeptanz bei der Bevölkerung und den Mitarbeitern herzustellen.

„Wenn man größere Waldflächen verkauft, bleiben die eigentlichen Käufer immer im Hintergrund (...). Deswegen treten dann Unternehmen auf, die das in ihrem Auftrag machen, die aber immer nur mit dem Finanzministerium verhandeln und auch manchmal mit uns, also sprich mit der Fachverwaltung, aber sich nicht den NGOs und den Mitarbeitern zeigen, so dass die Vertrauen kriegen in einen neuen Waldbesitzer.“

(MLUR, Interview 25.01.2006)

Bei einem Verkauf seien detaillierte Verträge wichtig, die anhand eines Kriterienkataloges eine starke Kontrolle der Bewirtschaftung sicherstellten und die Gefahr einer Übernutzung bannten. Auch sei die genaue Kenntnis der Käufer und ihrer Motive notwendig.

„Also man muss schon ziemlich gut recherchieren, um da sicher zu gehen, dass man sich da wirklich nicht eine Heuschrecke reinholt.“

(MLUR, Interview 25.01.2007)

Die Erfüllung der Gemeinwohlleistungen müssten dementsprechend vertraglich abgesichert werden.

Das MLUR betont, dass es bei den potenziellen Käufern durchaus auch solche gäbe, die sich dem Wald gegenüber verpflichtet fühlten und die öffentlichen Aufgaben übernehmen würden.

„Vielleicht würde ein Privater, der sehr verantwortungsvoll mit Wald umgeht, weil er das vielleicht auch aus Leidenschaft macht (...) sich auch zu FSC bekennen und sagen: ‚Ich mach auch was für die Mitarbeiter, ich bin ein guter Arbeitgeber‘, ja warum sollen wir den dann nicht auch wählen?“

(MLUR, Interview 25.01.2007)

Der **Waldbesitzerverband** hält die Bedenken der Öffentlichkeit gegenüber einem potenziellen Käufer des Landeswaldes für berechtigt. Bei dem Waldverkauf dürfe es nicht ausschließlich um finanzielle Aspekte gehen, das Bewirtschaftungskonzept müsse bekannt und die Vorgeschichte des Käufers untersucht sein.

„Mit den Veräußerungen ist natürlich Vorsicht geboten, man muss das Konzept genau kennen: ‚Was haben die wirklich vor?‘ und nur mit Hilfe dieses Konzeptes kann man überhaupt wirklich ernsthaft darüber diskutieren.“

(Waldbesitzerverband, Interview 19.02.2007)

Besonders bei Konzernen, die von ihren Aktionären gezwungen seien, Profit zu erbringen, bestünde die Gefahr der Übernutzung und langfristigen Schädigung des Waldes.

„Nun gibt es ein Horrorszenario, dass irgendjemand kauft, über die Maßen Holz nutzt, vielleicht denn auch rechtlich belangt werden könnte, aber es nützt einem nicht viel, weil der Wald erst mal über lange Zeit ruiniert ist. Dann hat man vielleicht einen Prozess gewonnen, aber der Landeswald ist trotzdem nicht mehr in dem Zustand, wie man ihn gerne hätte.“

(Waldbesitzerverband, Interview 19.02.2007)

Die von anderen Akteuren befürchtete Monopolstellung des neuen Waldbesitzers sieht der Waldbesitzerverband angesichts der starken Nachfrage nach Holz auf dem Markt unproblematisch.

„Es ist vollkommen egal, ob der Nachbar dasselbe produziert, ob der nun auch Fichten oder Buchen produziert, dadurch verändert er den Marktpreis nicht. Dadurch verändert er gar nichts.“

(Waldbesitzerverband, Interview 19.02.2007)

Auch nach Einschätzung der **CDU** kann die Übernahme von Großkonzernen problematisch sein, wenn bei einem Verkauf ausschließlich finanzielle Aspekte berücksichtigt würden.

„Das kann man nicht nur aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten sehen, zumal auch in einigen Bereichen, wo stark privatisiert worden ist, es Großkonzerne übernommen haben, es auch eine Menge Probleme gegeben hat.“

(CDU, Interview 21.02.2007)

Auch die **SPD** vermutet hinter einem potenziellen Käufer des Landeswaldes ein großes Unternehmen, welches den gesellschaftlichen Belangen und dem Gebot der Nachhaltigkeit wenig Beachtung schenken würde.

„Das sind Konzerne, deren erstes Interesse es ist, da Geld rauszuholen, die hoffen: da kann man irgendwie Kapital rausschlagen im wahrsten Sinne des Wortes.“

(SPD, Interview 21.01.2007)

Das **Bündnis Wald** schließt sich den Bedenken der SPD an und befürchtet nicht nur eine Missachtung der gesellschaftlichen Verpflichtungen des potenziellen Waldbesitzers, sondern auch eine Monopolstellung, die es dem Käufer ermöglichen würde, massiv Einfluss auf die Regierung und die Ausarbeitung des Landeswaldgesetzes zu nehmen.

„Wer sich für den Komplettankauf der 50.000 ha Landeswald interessiert, wäre im Kreis der international operierenden Holz- und Zellulosekonzerne sowie Investment- und Rentenfonds zu suchen, die den Wald ausschließlich renditeorientiert als Produktionsstätte ansehen und denen jedes noch so geringe

gesellschaftliche Zugeständnis mühsam abzurufen sein wird.“

(Bündnis Wald, 24.01.2007)

„Denn der Investor wäre der mit Abstand größte und einflussreichste Waldbesitzer des Landes, der unter Nutzung seiner Position auf den Gesetzgeber im Sinne einer möglichst durchrationalisierten, von Auflagen befreiten Holzproduktion einwirken und diesbezüglich auch die Interessensvertretung der Privatforstbetriebe, den Waldbesitzerverband, dominieren würde.“

(Bündnis Wald, 24.01.2007)

Bei den Mitarbeitern der **Landesforstverwaltung** hätten die Verkaufsabsichten der Landesregierung wilde Spekulationen über einen potenziellen Käufer und neuen Arbeitgeber ausgelöst.

„Da ging es um einen Scheich aus Saudi Arabien, der das kaufen wollte, oder eine riesige schwedische Holzhandelsfirma. Also viele Gerüchte, was die Beschäftigten sehr verunsichert hat.“

(LFV, Interview 21.02.2007)

4.2.4 Der Privatisierungsdiskurs aus Sicht der Akteure

4.2.4.1 Öffentlichkeit

Nach der Einschätzung des **Landwirtschaftsministeriums** wird die Öffentlichkeit nur dann aktiv, wenn ihre Rechte, auch vermeintliche Rechte, eingeschränkt würden. Einfluss auf politische Entscheidungen könne die Bevölkerung über Verbände und Kreisparlamente nehmen. Obwohl die Berichterstattung der Medien weitestgehend objektiv erfolge, würden gezielt emotionale Aufhänger genutzt, um die Öffentlichkeit auf das Thema aufmerksam zu machen.

„Wir hatten z.B. bei den Waldkindergärten so eine kleine Gebühr genommen, da war die Hölle los (...) sämtliche Zeitungen sind auf den Minister gestürzt und nur weil wir eine kleine Gebühr für die Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht in diesen Wäldern da haben wollten.“

(MLUR, Interview 25.01.2007)

Der **Waldbesitzerverband** wirft den Medien eine unsachliche Darstellung der Situation vor, die die Diskussion um den Waldverkauf unnötig aufheize.

„Die Medien freuen sich dabei, weil sie die Gewinner sind, sie partizipieren an diesem Streitgespräch, was sehr, sehr unsachlich abläuft, weil das Thema Wald grundsätzlich eine sehr emotionale Sache ist. Ändern und verbessern tut man dadurch aber nichts.“

(Waldbesitzerverband, Interview 19.02.2007)

Für die privaten Waldbesitzer ist das höchste Ziel, den Landesforst aus den Schlagzeilen zu bringen, weil sie dadurch einen Imageverlust für die eigenen Wälder befürchten.

„[Negative Schlagzeilen zum Wald sind für die Privatwaldbesitzer auch negativ, weil sie sie in ein schlechtes Licht rücken]. Dann findet eine Polarisierung statt, dass man sagt: ‚Das sind die Guten und die Schlechten‘, was natürlich Quatsch

ist, die sind eben unterschiedlich strukturiert, unterschiedlich geführt.“
(Waldbesitzerverband, Interview 19.02.2007)

Die öffentliche Meinung, so urteilt die **CDU**, sei in der Privatisierungsdiskussion unterbewertet worden. Wald sei für die Bevölkerung ein emotional belegtes Thema und die Diskussion über den Verkauf des Landeswaldes habe einen großen Protest in der Öffentlichkeit ausgelöst.

„Man hat hier die Finger in eine offene Wunde gelegt. Die Bürger haben, mit allem Respekt auch vor dem desolaten Haushaltszustand hier in Schleswig-Holstein, nicht verstanden, dass dafür der Landeswald erhalten muss.“
(CDU, Interview 21.02.2007)

Die Ängste der Menschen vor Einschränkungen der Gemeinwohlleistungen seien nicht gerechtfertigt, denn Nachteile für die Bevölkerung seien nicht zu erwarten. Auch den oft befürchteten Raubbau an den Wäldern würde es nicht geben, da eine nachhaltige Waldwirtschaft für alle Waldbesitzarten gesetzlich geregelt sei.

„Subjektiv sieht die Bevölkerung einen Nachteil im ökologischen Bereich. Das aus den Köpfen zu kriegen, ist eine schwere Aufgabe.“
(CDU, Interview 21.02.2007)

Obwohl die Kommunikation zwischen den Akteuren zur Privatisierung des Landeswaldes überwiegend sachlich und konstruktiv geführt würde, würde das Thema auch immer wieder von Einzelnen genutzt, um sich in der Öffentlichkeit zu profilieren.

„Die Masse der Beteiligten haben sachorientiert an dieser Diskussion teilgenommen. Einige Dinge aber waren nicht zielführend, wo man einfach wieder politisch ideologisiert hat.“
(CDU, Interview 21.02.2007)

Die Berichterstattung der Medien sieht die CDU als einseitig an, es habe eine eindeutige Positionierung der Presse gegen einen Verkauf gegeben, die bewirkte, dass nicht alle Meinungen in der Öffentlichkeit vertreten waren.

„Die haben sich sicherlich auch als Anwalt für die Bevölkerung gesehen und haben dann auch in entsprechende Richtung informiert und manchmal auch halt nicht informiert (...) da ist polarisiert worden.“
(CDU, Interview 21.02.2007)

Nach Ansicht der **SPD** ist die Identifikation mit dem Wald in der Bevölkerung sehr hoch, weshalb es eine große öffentliche Bewegung gegen den Waldverkauf gäbe.

„Beim Thema Wald haben sich Leute aus allen Schichten gemeldet, das ist natürlich eine Macht, wann gab es das mal, Shell damals, Boykott von Shell, da hat man das mal so erlebt, dass die Leute da so aufgestanden sind und gesagt haben: ‚Das mache ich nicht mit‘.“
(SPD, Interview 21.02.2007)

Dennoch sei die Diskussion um den Wald nur kurzfristig aktuell. Um eine langfristige Verankerung und Wertschätzung der Leistungen des Waldes zu erreichen, müssten Waldthemen in Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung und Klimaschutz gebracht und transportiert

werden. Waldthemen seien im Kontext der aktuellen Klimadiskussion leichter zu vermitteln, da die breite politische Übereinstimmung genutzt werden könnte.

„Die Diskussion um den Klimaschutz, das ist ja nichts, was morgen zuende ist. Die Walddiskussion als solche wird natürlich irgendwann nicht mehr da sein, aber wir müssen vermitteln, dass Boden und Naturschutzflächen, Grünflächen und Waldflächen einen Rieseneinfluss auf das Klima haben.“

(SPD, Interview 21.02.2007)

Das **Bündnis Wald** begrüßt das öffentliche Engagement gegen den Verkauf des Landeswaldes, warnt aber auch davor, sich ausschließlich auf den Verkauf auszurichten. Auch nach dem Rückzug der Verkaufsabsichten der Landesregierung wäre es notwendig, weiterhin öffentlichen Druck auf die Regierung auszuüben, um eine schleichende Privatisierung und eine Reduzierung der Gemeinwohlleistungen des Landeswaldes zu verhindern.

„Es ist notwendig, dass die Öffentlichkeit sich jetzt nicht zurücklehnt und sagt: ‚Der Verkauf ist jetzt nicht mehr auf der Tagesordnung, da brauchen wir uns ja keine Sorgen mehr machen‘, sondern dass man sagt ‚Wir müssen weiterhin aufpassen‘.“

(Bündnis Wald, Interview 20.02.2006)

Das Interesse der breiten Öffentlichkeit hätte sich in der Debatte um die Privatisierung des Landeswaldes ohnehin erst relativ spät entwickelt. Das Bündnis Wald begründet diese Verzögerung der öffentlichen Kenntnisnahme mit einer anfangs verhaltenen Berichterstattung der Medien, aber auch mit dem wenig transparenten Vorgehen der Landesregierung.

„In aller Stille entschied sich Ende 2005 die Landesregierung, einen kompletten Verkauf des schleswig-holsteinischen Landeswaldes an einen privaten Investor positiv prüfen zu lassen. Dieses Vorhaben blieb lange Zeit von den Medien und damit auch von der Öffentlichkeit unbeachtet – vermutlich ganz im Sinne des Kabinetts, das einen Sturm der Entrüstung befürchtete.“

(Bündnis Wald, 24.01.2007)

Die Medien hätten sich zu Beginn der Privatisierungsdiskussion auch wenig für das Thema Wald interessiert, weil sie sich der Brisanz und der öffentlichen Empörung des Themas offenbar nicht bewusst gewesen seien.

„Wie die Medienvertreter es auch eingeräumt haben, weil sie eben zu spät dazu gekommen sind (...), konnten sie nicht mehr so mit Enthüllungsjournalismus arbeiten. Wenn ein Medienvertreter als Erster aufgetan hätte ‚Der Wald soll verkauft werden‘, dann wäre es auf der ersten Seite der Kieler Nachrichten gewesen.“

(Bündnis Wald, Interview 20.02.2007)

Das Bündnis Wald nutzt gezielt die Öffentlichkeit, um seinen Argumenten Gehör zu verschaffen und Einfluss auf die Entscheidung auszuüben.

„Die Öffentlichkeitsarbeit ist für uns so das Machtmittel.“

(Bündnis Wald, Interview 20.02.2007)

Um eine breite Bevölkerungsgruppe zu erreichen und Druck auf die Politik auszuüben, betreibe es intensive Recherchen und Öffentlichkeitsarbeit. Nicht nur mit öffentlichen Veranstaltungen und Diskussionen sondern auch durch einen intensiven Austausch mit der Presse versuche es auf seine Interessen aufmerksam zu machen.

„Von allerhand Vorstellungen wussten wir sehr früh und haben das dann auch gleich in die Öffentlichkeit gebracht. Dadurch waren wir ganz gut angeschrieben bei den Presseleuten, wenn wir sie mit Infos versorgt haben, die sonst noch überhaupt gar nicht zugänglich gewesen wären.“

(Bündnis Wald, Interview 20.02.2007)

Das Bündnis Wald kritisiert jedoch die zum Teil unsachliche Argumentation einiger Verkaufsgegner. Die Menschen mit Übertreibungen zu verunsichern sei nicht zielführend und verhindere eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema.

„Wir wollen keine Übertreibungen haben wie: ‚Wenn der Wald jetzt privatisiert wird, dann müssen wir alle Betretungsgebühren bezahlen, dann stehen da Schlagbäume, die man nur mit einem Euro öffnen kann‘, so was ist Blödsinn, das würde unser Land, auch auf Druck eines großen Investors, niemals mitmachen.“

(Bündnis Wald, Interview 20.02.2007)

Die Landesforstverwaltung schätzt die Öffentlichkeit zum Thema Privatisierung des Landeswaldes als eher passiv ein. Nur wenn konkrete Maßnahmen anstünden, wie politische Entscheidungen, Kundgebungen oder Proteste, würde über den Landeswald in der Presse berichtet. Die Berichterstattung der Medien sieht sie als relativ neutral an, dennoch sei eine Positionierung der Presse gegen einen Verkauf erkennbar.

„Die Presse hat über die Beschlusslage als solche schon neutral berichtet, aber teilweise auch Sympathie dafür bekundet, dass der Wald doch eigentlich ein Stück Schleswig-Holstein ist und sich gegen ein Privatisierung ausgesprochen. Aber so ist die Presse eher sehr zögerlich.“

(LFV, Interview 21.02.2007)

Die Forstleute hätten in der Öffentlichkeit, insbesondere durch verschiedene Protestkundgebungen, auf ihre Situation aufmerksam gemacht.

„Wir hatten einen Holzaktionstag im Erlebniswald Trappenkamp, dort standen sie auch mit ihren Transparenten und haben Widerstand signalisiert.“

(LFV, Interview 21.02.2007)

4.2.4.2 Gegenseitige Positionierung

Aus Sicht des **Waldbesitzerverbandes** handelt die Landesregierung mit ihrem strengen Privatisierungsbestreben konsequent und mutig. Die Motive seien dabei nicht in Profilierungsgründen, sondern bei dem Willen der Regierung zu sehen, die Schuldenlast des Haushaltes zu beheben.

„Ich finde es sehr mutig, dass man dieses Thema angeht, weil man damit keine positiven Punkte sammelt, keine Regierung, egal welche Farbe sie hat.“

(Waldbesitzerverband, Interview 19.02.2007)

Das Bündnis Wald habe zwar einen Einfluss auf die Entscheidung gehabt, den Wald nicht zu verkaufen, sei jedoch in seiner Zusammensetzung unterschiedlichster Verbände mit verschiedenen Interessen keine langfristige Koalition.

„Die haben sich damals zusammengeschlossen, eine Resolution verabschiedet, klar, je mehr sich zusammenschließen, desto eindrucksvoller ist es natürlich. Ist angekommen. Der Verkauf ist vom Tisch, damit ist die Geschäftsgrundlage für dieses Bündnis eigentlich vom Tisch.“

(Waldbesitzerverband, Interview 19.02.2007)

Den stärksten Einfluss an der Entscheidungsfindung habe das Parlament gehabt. Durch die kategorische Ablehnung der SPD-Fraktion sei ein Verkauf politisch nicht umsetzbar gewesen, aber auch in der CDU seien zunehmend kritische Stimmen laut geworden.

„Die entscheidendste Rolle spielt der Koalitionspartner. Und selbst in der CDU war es ja durchaus nicht so, dass man sicher sein konnte, dass man eine Mehrheit gefunden hätte. Die SPD wäre mehrheitlich garantiert dagegen gewesen. Und damit wäre das Ding schon gefallen. Die hätten im Landtag nie eine Mehrheit gekriegt.“

(Waldbesitzerverband, Interview 19.02.2007)

Die CDU kritisiert die Position der SPD, deren Minister im Kabinett für die Prüfung eines Verkaufes gestimmt hätten, während die Fraktion im Parlament aber eine Privatisierung kategorisch abgelehnt hätte.

„Die SPD-Fraktion hat (...) da immer gesagt: ‚Wir als Fraktion stehen sowieso nicht zum Verkauf‘, aber die Mitglieder der SPD-Fraktion, die dem Kabinett angehören, haben den Kabinettsbeschluss mitgetragen, und von daher war die Haltung damals in der SPD-Fraktion ein bisschen scheinheilig.“

(CDU, Interview 21.02.2007)

Den Kurswechsel der Landesregierung nach Beendigung des Interessenbekundungsverfahrens hält die CDU für legitim, denn ein Verkauf wäre politisch nicht durchsetzbar gewesen.

„Es war ein Ziel das nicht erreichbar war, was man auch eingesehen hat und dann ist es auch sinnvoll, dass man dann einfach mal sagt: ‚Komm jetzt schwenke ich um‘.“

(CDU, Interview 21.02.2007)

Insgesamt fand die CDU die Diskussion um den Verkauf des Landeswaldes zu lang. Sie macht dafür auch die Interessenskonflikte innerhalb der Landesregierung verantwortlich: Das Landwirtschaftsministerium habe als Spitze der Landesforstverwaltung eine Verantwortung ihren Mitarbeitern gegenüber zu wahren, während das Finanzministerium der Haushaltsentlastung höchste Priorität einräume.

„Ich glaube, dass hier unterschiedliche Interessen vorliegen, dass das MLUR in erster Linie die Forstbetriebe im Auge hat, dass es aber auch einen Finanzminister gibt, der selbstverständlicherweise erst mal das Eurozeichen in den Augen hat und sagt: ‚Menschenskinder, wenn wir eine GmbH mit Beteiligung hinkriegen, dann kriegen wir erst mal eine vernünftige Einlage, das reduziert den

Schuldenstand unseres Landes‘."

(CDU, Interview 21.02.2007)

Die **SPD** sieht im Bündnis Wald eine Besonderheit Schleswig-Holsteins. Durch den Zusammenschluss unterschiedlichster Organisationen und das damit gebündelte Fachwissen sorgte es für eine stärkere öffentliche Wahrnehmung des Waldthemas und großen öffentlichen Druck auf die Landesregierung.

„Durch diese breite Verankerung kriegt man aus allen Ecken Informationen, auf die man sonst gar nicht gestoßen wäre.“

(SPD, Interview 21.02.2007)

„Dass Leute vom BDF jetzt mit dem BUND zusammensitzen oder mit dem NABU und sich wirklich mit Umweltverbänden zusammentun und dass Firmen dazukommen und Reitervereine. Es ist eine Verschiedenartigkeit von Vereinen und Verbänden, und die machen es natürlich viel einfacher in der Öffentlichkeit zu diskutieren.“

(SPD, Interview 21.02.2007)

Das Landwirtschaftsministerium hätte sich, so die Einschätzung der SPD, den Sparargumenten der Landesregierung unterzuordnen und den Verkaufskurs nach außen vertreten müssen.

„(...) ist ja auch die Idee des Ministerpräsidenten und des Finanzministers [den Verkauf] in die Wege zu leiten, und der Umweltminister, der fachlich dagegen ist, hat sich dem Finanzargument gefügt.“

(SPD, Interview 21.02.2007)

Bezüglich ihrer eigenen Position betont die SPD, dass die Schnittmenge bei einer großen Koalition relativ gering sei; es sei deshalb wichtig, als Regierungsfraktion, ein eigenes Profil zu bewahren.

„Ich sehe uns da ganz deutlich am Machthebel sitzen, weil wir uns sehr stark positioniert haben und bisher den Kurs so gehalten haben.“

(SPD, Interview 21.02.2007)

Dennoch zeigt sich die SPD überrascht, dass sich gerade beim Thema Wald so viele Gemeinsamkeiten zwischen der SPD und der CDU-Fraktion ergeben hätten. Auch durch den Widerstand der Opposition sähe sich die SPD-Fraktion in ihrer Position gestärkt, insgesamt messe sie den Oppositionsfractionen hingegen nur geringen Einfluss auf die Entscheidungsfindung zu.

„In diesem Fall hat das Parlament gesagt: ‚So nicht mit uns‘ und dass die CDU das ebenfalls mitgemacht hat, dass war natürlich dann richtig gut, da konnten wir dann richtig auftrumpfen.“

(SPD, Interview 21.02.2007)

Besonders aber durch die Unterstützung der Bevölkerung und die Zusammenarbeit mit dem Bündnis Wald sähe sich die SPD *„am Machthebel“* sitzen.

„Deswegen sind wir auch relativ gelassen und lehnen uns zurück und sagen: ‚Ohne uns geht es nicht‘, wir haben die Bevölkerung auf unserer Seite.“

(SPD, Interview 21.02.2007)

Auf der Befürworterseite für eine Privatisierung sieht das **Bündnis Wald** den Ministerpräsidenten und das Finanzministerium. Das Landwirtschaftsministerium vertrete zwar in der Öffentlichkeit den gleichen Kurs, sei jedoch nicht wirklich an einem Verkauf des Waldes interessiert.

„Ich glaube, dass von Boetticher den Verkauf nicht wollte, da hätte er ja selber einen Machtverlust erlitten, wenn der Wald ihm sozusagen weggenommen wäre.“

(Bündnis Wald, Interview 20.02.2007)

Auch in der CDU Koalition sei der Verkauf nicht einstimmig befürwortet worden.

„Auch aus der CDU, das weiß man natürlich, dass da nicht eine ganze gewaltige geschlossene Gruppe dahintersteht.“

(Bündnis Wald, Interview 20.02.2007)

Die nach anfänglichen Unstimmigkeiten klare Positionierung der SPD gegen eine Privatisierung führt das Bündnis Wald nicht zuletzt auf die intensive Zusammenarbeit der Fraktion mit den Bündnismitgliedern zurück.

„Inzwischen hat die SPD einen Entschluss gemacht, und da sage ich nicht ganz ohne Stolz, dass wir als Bündnis Wald da die maßgeblichen Kräfte gewesen sind, die darauf hingewirkt haben, nachdem für die SPD nur ein Landesbetrieb, Regiebetrieb und eben die AöR als zukünftige Rechtsform in Frage kommt, und nachdem die Gemeinwohlbelange auf bisherigem Niveau weiterhin zu verfolgen seien.“

(Bündnis Wald, Interview 20.02.2007)

Durch die Zusammenarbeit als Bündnis Wald sei nicht nur eine stärkere öffentlichen Präsenz ermöglicht worden, auch die interne Kommunikation zwischen den Verkaufsgegnern und die Informationsbeschaffung aus allen Bereichen sei durch den Zusammenschluss verbessert worden.

„Der Kern der Gruppe sind wir, der NABU, der BDF und die IG BAU, die Hauptakteure. Es sind auch andere Umweltverbände dabei, mehr oder weniger direkt engagiert, aber auch da sind wir ein relativ kleiner Kreis hier in Schleswig-Holstein. Man kennt sich (...) und weiß so ungefähr, was man voneinander zu halten hat (...) und dass wir nach außen Widersprüche gegeneinander vermeiden sollen, um da nicht irgendwelchen Blößen zuzugeben.“

(Bündnis Wald, Interview 20.02.2007)

„Bei uns haben ja etliche einen sehr dichten Draht zur Politik und der dortigen Meinungsbildung, aber auch zu dem, was so nach außen hin vertreten wird.“

(Bündnis Wald, Interview 20.02.2007)

Die Zusammenarbeit zwischen Forstleuten und Umweltverbänden sei jedoch nicht selbstverständlich, habe es doch in der Vergangenheit durchaus Interessenskonflikte und gegenseitige Vorurteile gegeben.

„Wir als Umweltverband waren bei manchen Staatsförstern früher mal gar nicht so gerne gesehen, unter dem Motto: ‚Ach das sind die grünen Mückerlein, die drücken uns wieder FFH- und EU-Vogelschutzgebiete auf‘. Das Verhältnis hat sich deutlich verbessert inzwischen, auch weil sie selber nicht so in die Öffentlichkeit gehen können.“

(NABU, Interview 20.02.2007)

Die Presse, die sich zunächst in der Debatte sehr zurückhielt, hätte schließlich das breite öffentliche Engagement gegen die Privatisierung erkannt und sich in der Berichterstattung auch gegen einen Verkauf positioniert.

„Die Kieler Nachrichten, die Lübecker Nachrichten, das Flensburger Tageblatt, usw., die sind relativ konservativ (...) und wollten nun auch nicht gegen den Mainstream schwimmen. Aber sowie sie merkten, dass die Regierung doch etwas vorhatte, was dem Volk anscheinend überhaupt nicht schmeckte, da haben sie sich ja doch eher auf unsere Seite geschlagen.“

(Bündnis Wald, Interview 20.02.2007)

Die Landesforstverwaltung schätzt das Finanzministerium und den Ministerpräsidenten als die Akteure ein, die die Verkaufsprüfung maßgeblich vorangetrieben haben. Das Landwirtschaftsministerium habe in dieser Debatte, trotz seiner Position als Fachministerium, wenige Einflussmöglichkeiten geltend machen können.

„[Das MLUR hat wenig Handlungsmöglichkeiten; R.J.], dadurch dass sie so fremdbestimmt sind durch das Finanzministerium.“

(LFV, Interview 21.02.2007)

Die starke persönliche Involvierung des Ministerpräsidenten sei nicht zuletzt auf den massiven Widerstand der eigenen Leute zurückzuführen, der ihm in der Öffentlichkeit einen Imageverlust eingebracht hätte. Besonders nach dem Kurswechsel der Regierung und der weiteren Prüfung möglicher Rechtsformen werde die Frage der Organisation des Landeswaldes deshalb streng vertraulich und regierungsintern verhandelt.

„Für den Ministerpräsidenten war das schon ein starke Sache, was er an Widerstand, auch innerhalb seiner eigenen Partei, von den Funktionsträgern zu hören bekommen hat. Von daher hat er das zur Chefsache gemacht, weil er das nicht noch mal erleben möchte.“

(LFV, Interview 21.02.2007)

Die Positionierung der privaten Waldbesitzer sei in dieser Debatte um die Privatisierung des Landeswaldes nicht eindeutig, im Gegensatz zur Privatisierungsdiskussion im Jahre 2001, wo sich der Waldbesitzerverband klar für den Verbleib des Waldes in staatlicher Trägerschaft ausgesprochen habe.

„Die privaten Waldbesitzer, die haben sich noch 2001 dafür ausgesprochen, den Wald weiter in Staatshand zu belassen, nur vielleicht die Bewirtschaftung anders zu organisieren. Und jetzt war das Bild etwas diffus, also die haben nicht eindeutig Stellung genommen für oder gegen einen Verkauf.“

(LFV, Interview 21.02.2007)

4.2.4.3 Das Thema Wald im Diskurs

Die Diskussion über den Verkauf wird vom **Landwirtschaftsministerium** als „*nicht rational*“ und „*nicht sachgerecht*“ bezeichnet.

„Es ist sehr schwierig, diese Diskussion rational zu führen: Das hat einmal den Grund, dass die Akteure unterschiedlich darauf reagieren, sowie die Politik gespalten ist und die Mitarbeiter in größter Sorge sind und die NGO's auch sehr großen Druck machen.“

(MLUR, Interview 25.01.2007)

Auch der **Waldbesitzerverband** schätzt die Diskussion als sehr emotional ein. Dabei würden viele unsachliche Argumente lanciert, die die Bevölkerung zwar aktivierten, jedoch wenig zur eigentlichen Debatte beitragen.

„Es wurde dann auch gesagt, wenn das so einträte: ‚Dann dürfte man da ja gar nicht mehr überall spazieren gehen und würde vielleicht auch Eintritt genommen werden‘, alles so Dinge die totaler Quatsch sind.“

(Waldbesitzerverband, Interview 19.02.2007)

„Die Menschen wissen normalerweise gar nicht in welcher Art von Waldbesitz sie sich befinden. (...) Aber sie wissen, dass sie ihren Wald lieben und sind dann eben dazu geneigt, sich sehr schnell einfangen zu lassen durch irgendwelche blödsinnigen Argumente.“

(Waldbesitzerverband, Interview 19.02.2007)

Die **CDU** hält den Verkauf des Landeswaldes aufgrund der starken Verankerung des Waldes in der Gesellschaft für schwer durchsetzbar.

„Das hat sich dann permanent hingezogen, so dass man in regelmäßigen Zeitabständen immer wieder dieses Thema auf der Tagesordnung hatte, weil das ja auch sehr emotionsgeladen gewesen ist“

(CDU, Interview 21.02.2007)

Die **SPD** schätzt das große Interesse der Öffentlichkeit und betont die große „*Volksnähe*“ des Themas Wald.

„Der Wald gehört den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, das ist eine hohe Identifikation, Stichwort Wald, das ist für jeden Menschen eigentlich so.“

(SPD, Interview, 21.02.2007)

Das **Bündnis Wald** misst dem Thema Wald, besonders im waldärmsten Bundesland, eine ideologische Auslegung zu.

„Das Thema Wald ist ja für die Deutschen so ein Herzblutthema, gerade hier in Schleswig-Holstein, wo immer die Waldarmut beklagt und die Erhöhung des Waldanteils beschworen wird.“

(Bündnis Wald, Interview 20.02.2007)

Aufgrund der starken öffentlichen Resonanz und der starken Proteste von Umweltverbänden und Betroffenen schätzt die **Landesforstverwaltung** das Thema Privatisierung des Landeswaldes als „*politisch hochsensibel*“ ein.

4.2.5 Akteurskoalitionen

In der Privatisierungsdiskussion haben sich zwei Lager gebildet: eine Koalition die sich für den Verkauf des Landeswaldes ausspricht („Pro-Privatisierungskoalition“) und eine, die sich gegen den Verkauf des Landeswaldes stellt („Contra-Privatisierungskoalition“).

Parallel zu der Debatte über den Verkauf des Landeswaldes wurde auch intensiv die Umwandlung des Landeswaldes in eine andere Rechtsform diskutiert. Die Positionierungen der einzelnen Akteure und deren Veränderung im Laufe der Diskussion werden in Abbildung 3, 4, 5 und 6 veranschaulicht.

4.2.5.1 Verkaufsdiskussion

In die **Pro-Privatisierungskoalition** lassen sich zu Beginn des Diskurses, im Januar 2006, die Landesregierung einschließlich des Ministerpräsidenten, des Finanzministeriums und des MLUR sowie die CDU-Fraktion einordnen.

Der Waldbesitzerverband wird zu diesem Zeitpunkt von einigen Experten auch dieser Koalition zugeordnet; diese Einschätzung konnte aber im Laufe der Untersuchung nicht bestätigt werden, da der Verband sich nicht öffentlich zum Thema geäußert hatte.

Die SPD nimmt bei der Zuordnung zu einer Akteurskoalition eine Sonderrolle ein, da sich zwar die Kabinettsmitglieder für die Prüfung eines Verkaufs ausgesprochen hatten, die SPD-Fraktion, insbesondere die forstpolitische Sprecherin und der umweltpolitische Sprecher, aber von Anfang an eine Privatisierung ablehnten.

Zu der **Contra-Privatisierungskoalition** zählen zunächst die Oppositionsfraktionen (Bündnis 90/ die Grünen, FDP, SSW) und die Landesforstverwaltung. Außerdem sprechen sich der NABU, der BDF, die IG BAU, der Spielzeughersteller Gollnest & Kiesel und andere Umwelt- und Freizeitverbände sowie Bürgerinitiativen und Privatpersonen gegen einen Verkauf aus. Diese Gruppe von Nichtregierungsorganisationen und Bürgern schließt sich im Laufe der Debatte zu einem „Bündnis Wald“ zusammen.

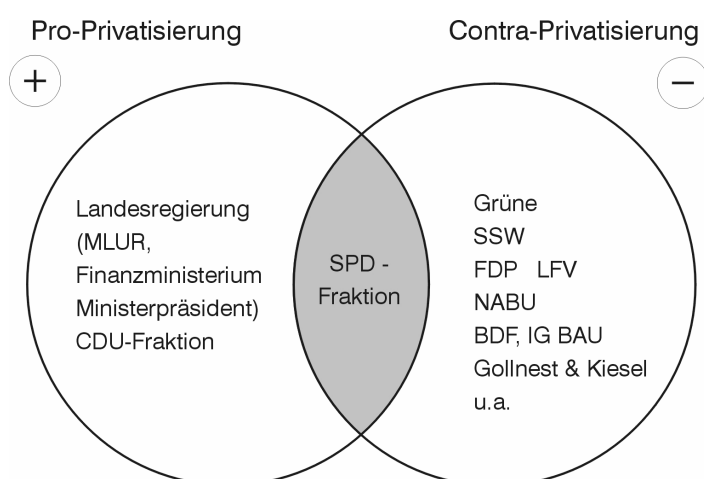


Abbildung 3: Positionierung der Akteure zur Privatisierung des Landeswaldes (Anfang 2006)

Mit Einleitung des Interessenbekundungsverfahrens im August 2006 spricht sich die SPD-Fraktion einheitlich und verbindlich gegen eine Privatisierung aus, und auch in der CDU-

Fraktion wird zunehmend Kritik an den Verkaufsplänen der Landesregierung laut. Innerhalb der Landesregierung spalten sich die Meinungen: Während der Ministerpräsident und das Finanzministerium weiterhin an dem Privatisierungskurs festhalten, setzt sich das MLUR zunehmend stärker für eine Einrichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts ein. In der Öffentlichkeit wird jedoch seitens der Landesregierung weiterhin gemeinsam für die Prüfung aller Optionen plädiert.

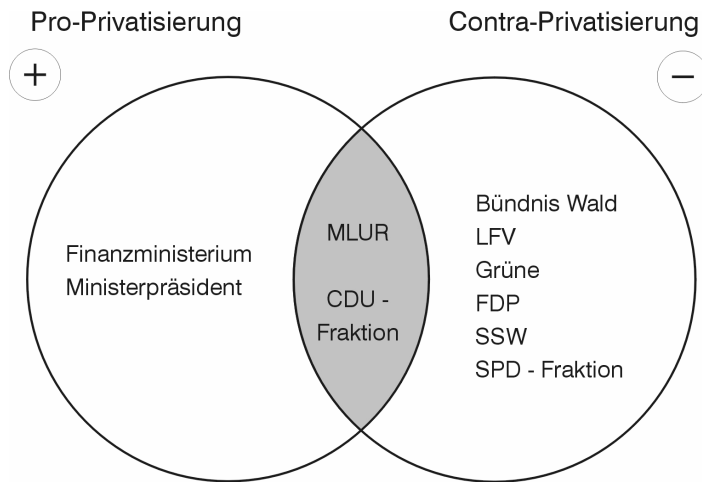


Abbildung 4: Positionierung der Akteure zur Privatisierung des Landeswaldes (Mitte 2006)

4.2.5.2 Diskussion über die Wahl der Rechtsform

Bei der Rechtsformenwahl ist die Positionierung der Akteure etwas differenzierter als bei der Frage des Verkaufes. Es wird deshalb zusätzlich eine Zuordnung der Akteure zu den von ihnen favorisierten Rechtsformen vorgenommen.

Als mögliche Rechtsformen werden in diesem Diskurs die Überführung des Landeswaldes in eine Stiftung öffentlichen Rechts, in einen optimierter Landesbetrieb, in eine GmbH mit oder ohne private Beteiligung und eine Anstalt öffentlichen Rechts diskutiert.

Für eine **Stiftung** sprechen sich anfangs die Umweltverbände, insbesondere der NABU aus. Aber auch das Bündnis 90/ die Grünen sieht die Ziele des Landeswaldes durch eine Stiftung Landeswald am besten gesichert. Die SPD distanziert sich zunehmend von einer Gründung einer Stiftung, nicht zuletzt, weil sie ihr unter den gegebenen Rahmenbedingungen politisch nicht umsetzbar erscheint.

Die Organisationsform **Landesbetrieb** wird von den Mitarbeitern der Landesforstverwaltung bevorzugt, weil sie durch die starke Anbindung an das Land eine größtmögliche Sicherung der Arbeitsplätze und der ausgehandelten Tarifverträge verspricht. Auch die IG BAU, spricht sich, als gewerkschaftliche Vertretung der Forstleute, für einen optimierten Landesbetrieb aus. Die Landesregierung und die Koalitionsparteien sehen diese Organisationsform als eine der möglichen Optionen an, die zu prüfen seien.

Die **GmbH** wird vom Finanzministerium und vom Ministerpräsidenten favorisiert, aber auch die CDU-Fraktion und der Waldbesitzerverband halten diese Rechtsform für zielführend. Die Verkaufsgegner wie z.B. das Bündnis Wald, die Landesforstverwaltung und die SPD-Fraktion

lehnen eine GmbH strikt ab, weil sie eine stark profitorientierte Bewirtschaftung und die Gefahr einer indirekten Privatisierung befürchten.⁶⁴

Für die Gründung einer **Anstalt öffentlichen Rechts** spricht sich zunächst der BDF aus.

Das Bündnis Wald, als Zusammenschluss verschiedener Verbände beschließt, sich für eine Anstalt Landeswald einzusetzen. Die Landesregierung, die Koalitionsparteien und der Waldbesitzerverband halten eine Überführung des Landeswaldes in eine Anstalt öffentlichen Rechts ebenso für möglich.

Im Laufe der Diskussion um die geeignete Rechtsform, die Mitte 2006 ihren Höhepunkt erreicht, findet eine immer stärkere Angleichung der Positionen statt. Die Verkaufgegner sehen ihre Forderungen von Gemeinwohlleistungen und Bestandessicherheit zunehmend in der Rechtsform „Anstalt öffentlichen Rechts“ realisiert. Auch die Mitarbeiter der Landesforstverwaltung könnten sich auf der Basis angemessener Tarife und Arbeitsbedingungen, die Umwandlung der Landesforstverwaltung in eine Anstalt Landeswald vorstellen. Die Abkehr von dem Modell Landesbetrieb und die Positionierung für eine Anstalt öffentlichen Rechts sind dabei nicht als eindeutige Meinungsänderungen zu werten, sondern als Kompromisslösungen, die sich den Vorstellungen der Privatisierungsbefürworter weitestgehend annähern. Auch die Meinungsänderung der Umweltverbände lässt sich zum Teil auf den Einfluss anderer Akteure im Bündnis Wald wie z.B. des BDF zurückführen. Für die konkrete Ausgestaltung der rechtlichen Grundlage der Anstalt öffentlichen Rechts sind hingegen erneute Interessenskonflikte zu erwarten.

Die Option einer Stiftung Landeswald wird zu diesem Zeitpunkt nicht mehr diskutiert.

Stiftung	AöR
SPD-Fraktion Bündnis 90/ die Grünen NABU	BDF Landesregierung CDU SPD Waldbesitzerverband
Landesbetrieb	GmbH
IG-BAU LFV Landesregierung ⁶⁵ SPD	Waldbesitzerverband CDU Landesregierung

Abbildung 5: Positionierung der Akteure zur Rechtsform des Landeswaldes (Anfang 2006)

⁶⁴ Viele Privatisierungsgegner sprechen deshalb auch bei einer Umwandlung in eine GmbH von einer Privatisierung (im Sinne von materieller Privatisierung).

⁶⁵ Da die Meinungen des Finanzministeriums, des Ministerpräsidenten und des MLU R nicht identisch sind, werden sie in Abbildung 6 separat aufgeführt.

Stiftung	AöR
	BDF CDU SPD Waldbesitzerverband NABU IG-BAU MLUR LFV
Landesbetrieb	GmbH
IG-BAU LFV	Waldbesitzerverband CDU Finanzministerium Ministerpräsident

Abbildung 6: Positionierung der Akteure zur Rechtsform des Landeswaldes (Mitte 2006)

Die Verkaufsbefürworter nehmen schließlich nicht zuletzt aufgrund des öffentlichen Drucks, von den Privatisierungsplänen Abstand. Auch eine Umwandlung in eine GmbH scheint politisch nicht mehr durchsetzbar.

Ende des Jahres 2006 spricht sich die Mehrzahl der Akteure für die Option eine Anstalt öffentlichen Rechts aus. Die Oppositionsparteien FDP, SSW und Bündnis 90/ die Grünen äußern sich kaum zu den Rechtsformen.

4.3 Analyse der diskursiven Mechanismen

Im Kapitel 4.2.5 wurde eine erste Zuordnung der Akteure in zwei Koalitionen vorgenommen. Damit lassen sich die Akteure der Diskussion über die Privatisierung des Landeswaldes zwei Lagern zuteilen. Im Rahmen einer Diskursanalyse ist es aber nicht nur interessant, wie und mit welchen Argumenten sich die Akteure öffentlich positionieren, sondern auch wie sie versuchen, ihre Sicht der Dinge durchzusetzen und welche Narrationen (Story-Lines) hierfür verwendet werden. Im folgenden Kapitel werden die von den Akteuren vertretenen Story-Lines vorgestellt und Diskurskoalitionen zugeordnet.

Neben der Analyse der Story-Lines werden in diesem Kapitel auch weitere diskursive Mechanismen und der Einsatz rhetorischer Mittel untersucht.

4.3.1 Story Lines und Diskurskoalitionen

Im Diskurs über die Privatisierung des Landeswaldes konnten zwei Diskurskoalitionen⁶⁶ identifiziert werden, die jeweils ein gleiches Set von Story-Lines verwenden. Im Folgenden

⁶⁶Die Begriffe „Akteurskoalitionen“ und „Diskurskoalitionen“ beziehen sich auf verschiedene Betrachtungsebenen. Die Akteurskoalition fasst jene Akteure zusammen, die in der Debatte eine gemeinsame Position nach außen vertreten. In der Diskurskoalition werden hingegen diejenigen Akteure zusammengefasst, die ein gemeinsames Set von Story-Lines vertreten.

werden die einzelnen Story-Lines dargestellt und der jeweiligen Diskurskoalition zugeordnet.⁶⁷

Die Story-Lines werden in den meisten Fällen über Metaphern und Bilder transportiert.⁶⁸ Um die Wirkungen der verwendeten Metaphern nachvollziehbar zu machen, wurden sie jeweils vor der Darstellung der Story-Lines kurz aufgezählt und *kursiv* abgebildet. Dem Leser wird so die Möglichkeit geboten, die „Bilder“ zuerst auf sich wirken zu lassen und die eigenen Assoziationen damit zu verknüpfen. Nach der anschließenden Lektüre der Beschreibung der einzelnen Story-Lines kann ein Abgleich mit der eigenen Vorstellung und der im Diskurs mit den Bildern vermittelten Narration erfolgen. In vielen Fällen werden sich die Vorstellungen nur gering unterscheiden, weil viele im Diskurs vermittelte Metaphern bereits durch andere öffentliche Diskurse geprägt wurden und so praktisch als „Allgemeinwissen“ interpretiert werden können.

In der folgenden Darstellung werden die Koalitionen zur besseren Übersicht mit **A** (Pro-Privatisierungskoalition) und **B** (Contra-Privatisierungskoalition) bezeichnet.

4.3.1.1 Die Story-Line: „Der Landeswald erfüllt wichtige gesellschaftliche Funktionen“

- **A:** *Kostenfaktor, ökologische Spielwiesen*
- **B:** *Zukunftsinvestition, Waldkindergärten*

Der Wald stellt einen besonderen Wert für die Gesellschaft dar, der monetär nur schwer zu bewerten ist. Die vom Wald erfüllten Gemeinwohlaufgaben sind wichtig für die Lebensqualität der Menschen und sollten auch in der Zukunft vorbildlich erfüllt werden. Die Leistungen des Waldes⁶⁹ für den Naturschutz sind unverzichtbar und sein Beitrag zum Klimaschutz, Emissionsschutz und für den Wasserhaushalt unschätzbar. Der Wald produziert zudem den Rohstoff Holz und ist damit ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Der Wald sollte in seiner Beschaffenheit erhalten und gepflegt werden, damit er auch zukünftigen Generationen zur Verfügung steht.

Sowohl die Quantität als auch die Qualität der zu erbringenden Leistungen werden jedoch von den Koalitionen unterschiedlich bewertet.

- Gemeinwohlleistungen sind Luxus (**A**):
Gemeinwohlleistungen sollten bereitgestellt werden, solange die nötigen Mittel dafür zur Verfügung stehen. Angesichts der knappen Kassen hält Koalition **A** eine Reduzierung der Kosten im Bereich Gemeinwohl für unumgänglich. Die Einsparungen können sowohl durch eine optimierte Bewirtschaftung als auch durch den Wegfall überflüssiger Leistungen (z.B. im Bereich Naturschutz) erfolgen. Es geht jedoch nicht um den Wegfall von Gemeinwohlleistungen insgesamt, sondern nur um eine Kürzung auf das notwendige Maß.
- Gemeinwohlleistungen sind Grundbedürfnis (**B**):
Die Gemeinwohlleistungen sind unabhängig von der schwierigen Haushaltssituation des Landes weiterhin auf gleichem Niveau zu erbringen. Die Bereitstellung von

⁶⁷ Die den Story-Lines zugeordneten Buchstaben A und B geben Hinweis auf die Diskurskoalitionen, die diese vertreten, die genaue Zuordnung der Story-Lines zu den Diskurskoalitionen wird in Tabelle 6 dargestellt.

⁶⁸ Zu Metaphern im Forstbereich siehe VON DETTEN 2001, S.49 und 72.

⁶⁹ Im Kontext dieses Diskurses werden von den Akteuren keine Unterschiede zwischen den Wirkungen des Waldes und den Leistungen der Forstbetriebe (vgl. OESTEN/ ROEDER, 2002 S.40) gemacht. Die hier genannten „Leistungen des Waldes“ können sowohl den Leistungen der Forstwirtschaft als auch den Wirkungen des Waldes zugeordnet werden.

Gemeinwohlleistungen verursacht Kosten, die jedoch nicht als Defizit abgewertet, sondern als Investition in die Gesellschaft und als Wertsteigerung des Waldes gesehen werden müssen.

4.3.1.2 Die Story-Line: „Verantwortung des Staates“ (A und B)

➤ *Vorbildfunktion, Fürsorgepflicht, Verbündeter*

Der Staat hat die Aufgabe, die Bereitstellung von Gemeinwohlleistungen sowohl rechtlich als auch finanziell zu sichern. Der Staatswald muss im Landeswald auch solche gesellschaftlich geforderten Leistungen erfüllen, die privaten Waldbesitzern aus wirtschaftlichen Gründen nicht zugemutet werden können. Der Staat hat zudem die Aufgabe, durch die eigene Bewirtschaftung des Landeswaldes ein Vorbild für andere Waldbesitzarten zu sein und kommunale und private Waldbesitzer in ihrer Arbeit zu beraten und zu unterstützen.

- Koalition **A** hebt besonders die Vorbildfunktion des Landeswaldes im Bereich nachhaltige Waldbewirtschaftung hervor sowie die Unterstützung privater und kommunaler Waldbesitzer.
- Koalition **B** sieht die Vorbildfunktion des Staatswaldes in der Bereitstellung von Gemeinwohlleistungen in besonderem Maße.

4.3.1.3 Die Story-Line: „Landeswald ist Wirtschaftsbetrieb“ (A)

➤ *Wirtschaftsfaktor*

Der Wald ist ein Wirtschaftsbetrieb, der bei ordnungsgemäßem Management kein Defizit erwirtschaften muss. Um den Forstbetrieb flexibler zu gestalten und somit eine kostendeckende Bewirtschaftung zu erreichen, ist eine grundlegende organisatorische Veränderung der Landesforstverwaltung notwendig. Der Vorteil eines Verkaufs des Landeswaldes an einen privaten Träger wäre eine zusätzliche Verringerung der laufenden Kosten durch die Übernahme eines Teil des Personals. Der Erlös des Verkaufs könnte die Neuverschuldung des Landes senken und somit einen wichtigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Mögliche Alternative zu einem Verkauf ist die Umwandlung in eine stärker wirtschaftlich ausgerichtete Rechtsform. Dazu ist eine erwerbsorientiertere Ausrichtung mit Hilfe einer grundlegenden organisatorischen Veränderung der Landesforstverwaltung notwendig, um den Forstbetrieb flexibler zu gestalten und kostendeckender arbeiten zu können.

4.3.1.4 Die Story-Line: „Landeswald ist Bürgerwald“ (B)

➤ *„unser“ Wald, grüne Lunge, Bürgerwald, Waldkindergärten, CO₂*

Der Landeswald ist Eigentum der Bürger Schleswig-Holsteins und darf nicht an einen privaten Investor verkauft werden. Er ist ein öffentliches Gut, das für die Menschen wichtige Gemeinwohlleistungen bereitstellt. Diese Leistungen bedeuten ein Stück Lebensqualität für die Bürger, auf das sie als Steuerzahler ein Recht haben. Es muss zudem sichergestellt werden, dass auch zukünftige Generationen von den Leistungen des Waldes profitieren können und der Wald den Menschen als Rückzugsgebiet aus den Zwängen des Alltags erhalten bleibt.

4.3.1.5 Die Story-Line: „Wald ist ein schützenswertes Gut“ (B)

➤ *Die Schönheit des Waldes, Heimat, Generationenprojekt, größte Naturschutzmaßnahme, Baumpaten, Waldarmut*

Der Wald ist ein wertvolles Natur- und Kulturerbe, das schon seit Generationen im staatlichen Besitz ist und in unserer Gesellschaft traditionell verankert ist. Es stellt für viele Menschen den Inbegriff von Natur dar und darf nicht den Mechanismen der freien Marktwirtschaft zum Opfer fallen. Wälder sind ein Geschenk der Natur und müssen als solches behandelt und geschützt werden. Ihr Verkauf wäre nicht nur unmoralisch, sondern unverantwortlich, sowohl der Natur als auch der Gesellschaft gegenüber. Die Leistungen des Waldes sollten jedem Menschen offen stehen und dürfen nicht „verkommerzialisiert“ werden. Es ist weder akzeptabel, Eintrittsgelder für das Erleben von Natur zu verlangen, noch die Zukunft des Waldes durch eine Privatisierung leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

4.3.1.6 Die Story-Line: „Landesforstverwaltung ist defizitär“ (A)

- *Leere Kassen, desolate Haushaltslage, eiserner Sparwille, Konkursverschleppung, Defizitbetrieb, heilige Kühe schlachten*

Vor dem Hintergrund des hohen Defizits des Landeshaushaltes und der anlaufenden Verwaltungsstrukturreform müssen alle unnötigen Kostenstellen des Landes geprüft und ggf. beseitigt werden. Der von der Landesregierung eingeschlagene Sparkurs ist zum Wohle aller notwendig und erlaubt keine Handlungsalternativen. Der Schuldenabbau betrifft auch soziale Bereiche und erfordert von allen Mitgliedern der Gesellschaft ein hohes Maß an Gemeinsinn, um die politische Handlungsfähigkeit auch für zukünftige Generationen sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund muss auch das jährliche Defizit der Landesforstverwaltung in Höhe von 10 Mio. Euro reduziert werden. Einsparungen bei Gemeinwohlleistungen, die Straffung der Verwaltung, die Reduzierung der Mitarbeiter sowie die Inanspruchnahme von externen Dienstleistungsunternehmen können helfen, dieses Defizit zu verringern.

4.3.1.7 Die Story-Line: „Landesforstverwaltung wird schwarze Zahlen schreiben“ (B, später auch A)

- *Tafelsilber, hervorragendes Vermögen, Konjunkturaufschwung, ins Geld wachsen, Run auf den Wald, biologisch entstehende Festmeter*

Der Landeswald ist ein wertvoller Besitz, der nicht leichtfertig verkauft werden sollte. In der Vergangenheit hat der Landeswald, besonders durch Reparationshiebe nach dem zweiten Weltkrieg, einen wichtigen Beitrag zum Wirtschaftsaufschwung geleistet und wird es in gegebener Zeit wieder tun. Das derzeitige Defizit des Forstbetriebes ist auf das geringe Bestandesalter der Staatsforsten zurückzuführen, weil in einem Aufbaubetrieb mehr in den Wald investiert werden muss, als durch Holzverkäufe erwirtschaftet werden kann.

Das auf 10 Mio. Euro bezifferte Defizit des Landeswaldes ist außerdem vor dem Hintergrund der gesellschaftlich geforderten Leistungen differenziert zu betrachten. Mehr als zwei Drittel, die diese Summe ausmachen, bestehen aus Ausgaben für hoheitliche Leistungen, Gemeinwohlleistungen und Investitionen in berufliche Ausbildung und Neuwaldbildung. Das Defizit des reinen Forstbetriebes beläuft sich auf weniger als 3 Mio. und wird in Anbetracht der besseren Holzkonjunktur und des steigenden Wertes der Bestände innerhalb kurzer Zeit ausgeglichen sein.

4.3.1.8 Die Story-Line: „Privatisierung als Chance“ (A)

- *ergebnisoffene Diskussion, Haushaltskonsolidierung, Sanierungskonzept, Flexibilität, Entbürokratisierung*

Eine Privatisierung oder Reorganisation der Landesforstverwaltung würde es ermöglichen, kosteneffizienter zu arbeiten und mehr Transparenz in die Kostenabrechnung einzelner Leistungen zu bringen. Die Ausnutzung der Selbstregulierung des Marktes würde dem Staat zudem eine größere Handlungsfähigkeit einräumen. Eine private Trägerschaft wäre dabei nicht nachteilig, weil die Einhaltung nachhaltiger Waldwirtschaft und die Bereitstellung von Gemeinwohlleistungen ausdrücklich im Landeswaldgesetz für alle Besitzformen vorge-schrieben und geregelt sind. Auch private Waldbesitzer stellen Bürgern Gemeinwoh-lleistungen zur Verfügung und bewirtschaften ihre Wälder nachhaltig und mit großem persön-lichen Engagement. Eine gewinnbringende Bewirtschaftung der Wälder schließt zudem die Erbringung von Gemeinwohlleistungen nicht aus, weil viele Leistungen im Rahmen der allgemeinen Arbeiten ohne großen zusätzlichen Aufwand erbracht werden können. Außerdem engagieren sich viele Waldbesitzer auch aus persönlicher Überzeugung für Gemeinwohlbe-lange. Der potenzielle Käufer des Landeswaldes muss sorgfältig ausgewählt werden und das Bewirtschaftungskonzept bekannt sein. Durch die genaue vertragliche Absicherung der Gemeinwohlaufgaben und Naturschutzaufgaben kann weiterhin die Gemeinwohlorientierung und die nachhaltige Bewirtschaftung des Landeswaldes sichergestellt werden.

4.3.1.9 Die Story-Line: „Einzug des Kapitalismus“ (B)

- *Heuschrecke, Investmentfonds, Großgrundbesitzer, Totalverkauf, Waldmaut, Holzfabrik, Rohstofflager, übermäßige Ökonomisierung, Rendite, Raubbau, Kahlschlag*

Mit dem Verkauf oder der Überführung in eine private Rechtsform können die Gemeinwoh-lleistungen des Landeswaldes nicht länger auf gleichem Niveau aufrechterhalten werden können. Die gewinnorientierte Ausrichtung eines privaten Investors ordnet soziale und ökologische Belange wirtschaftlichen Interessen unter. Der Wald wird ausschließlich nach ökonomischen Gesichtspunkten bewirtschaftet, was sowohl einen negativen Einfluss auf die Umwelt- und Naturschutzziele nimmt (z.B. auf die Erhöhung des Laubbaumanteils, die Neuwaldbildung, das Belassen von Totholz im Wald und die Beibehaltung von Stilllegungs-flächen) als auch auf Gemeinwohlleistungen (z.B. auf die Bereitstellung von Erholungsein-richtungen, die uneingeschränkte Begehbarkeit und das Angebot für Umweltbildung und Waldpädagogik). Der potenzielle Käufer ist in der Reihe großer holz- oder zellstoffver-arbeitender Unternehmen, Investmentfonds oder Industriekonzerne anzusiedeln und ausschließlich am maximalen Profit des Forstbetriebes interessiert. Das Interesse und Engagement für den Wald als multifunktionales System, wie es bei den meisten traditionellen Privatwaldbesitzern vorhanden ist, wird ein solcher Waldbesitzer nicht aufweisen. Der Wald wird zum Rohstofflager degradiert und skrupellos ausgebeutet. Durch den Besitz eines Drittels der Waldfläche Schleswig-Holsteins wird dem potenziellen Käufer eine Monopol-stellung zukommen, die es ihm ermöglicht, massiven Druck auf die Interessenvertretung und die Landesregierung auszuüben und die Waldgesetze zu lockern. Einem Raubbau an den Wäldern und der Natur steht dann nichts mehr im Wege.

4.3.1.10 Die Story-Line: „Entscheidung für die Zukunft des Landeswaldes erfordert fachliche Kompetenz“ (A)

- *Chefsache, Beraterteam, ideologische Kampfsprüche, Profilierung*

Die Privatisierung des Landeswaldes ist ein emotionales Thema, welches großen Spielraum für Ideologisierung und Polarisierung in der Öffentlichkeit bietet. Die Diskussion sollte deshalb vorab innerhalb der Politik und Regierung geführt werden, um tragfähige Handlungsoptionen vorzubereiten und die Diskussion voranzubringen. Dafür ist es sinnvoll, eine Gruppe von Experten mit der Bearbeitung des Themas zu beauftragen und deren Ergebnisse abzuwarten. Die vorschnelle Diskussion in der Öffentlichkeit würde rasch unsachlich und emotional werden und einer sachlichen Entscheidungsfindung im Wege stehen.

4.3.1.11 Die Story-Line: „Die Zukunft des Landeswaldes ist ein öffentliches Thema“ (B)

- *Volksnähe, Shell-Boykott, Maulkorb-Erlass*

Die Diskussion über die Zukunft des Landeswaldes muss offen und transparent geführt werden, so dass die Öffentlichkeit aktiv am Entscheidungsprozess mitwirken kann und ihre Interessen vertreten sieht. Es kann nicht geduldet werden, dass Regierung und Politik über die Köpfe der Bürger hinweg eine für die Bevölkerung weitreichende Entscheidung treffen. Es ist deshalb notwendig, das Interesse am Landeswald öffentlich zu demonstrieren und ggf. auch mit Macht durchzusetzen. In einer offenen Diskussion muss zudem jeder Beteiligte die Möglichkeit zur freien Meinungsäußerung besitzen. Der sogenannte „Maulkorberlass“ der Landesregierung, gemäß dem sich Beschäftigte der Landesforstverwaltung nicht öffentlich zum Thema Landeswald äußern dürfen, ist inakzeptabel.

4.3.2 Die Verwendung der Story-Lines und der Privatisierungsdiskurs

Mit Hilfe der verschiedenen Story-Lines versuchen die Akteure, ihre Sicht der Wirklichkeit durchzusetzen. In diesem Privatisierungsdiskurs konnten zwei verschiedene Diskurskoalitionen identifiziert werden. Dabei gibt es immer wieder geringe Abweichungen von den hier dargestellten Story-Lines und Extrempositionen, auf die im Rahmen dieser Arbeit nicht eingegangen werden soll: Das Ziel dieser Arbeit ist nicht, die einzelnen Positionen bis ins Detail zu analysieren, sondern die von den jeweiligen Akteuren vermittelte Sicht der „Wirklichkeit“ zu analysieren und ihren Einfluss auf den Gesamtdiskurs und die Entscheidungsfindung zu ermitteln.

Alle Akteure sind sich einig, dass der Landeswald wichtige Funktionen für die Gesellschaft erbringt und ein gewisser Standard an Gemeinwohlleistungen durch den Staat bereitgestellt werden muss. Das Ausmaß der geforderten Leistungen wird jedoch unterschiedlich bewertet. Während Koalition A immer wieder die Notwendigkeit betont, in allen Bereichen Kosten zu sparen und auch bei sozialen Leistungen des Staates nach Einsparpotenzialen zu suchen, sieht Koalition B keine Legitimation, am Gemeinwohl zu sparen. Diese Positionierungen basieren auf unterschiedlichen Anforderungen an einen sozialen Rechtsstaat und der jeweiligen Auffassung wie viel die Bereitstellung von Gemeinwohlaufgaben kosten muss und darf.

A Pro-Privatisierungscoalition <i>(wirtschaftlicher Fokus)</i>	B Contra-Privatisierungscoalition <i>(sozial/ ökologischer Fokus)</i>
<p>Der Landeswald hat wichtige gesellschaftliche Funktionen (4.2.1.1)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ <i>Der Landeswald erfüllt Gemeinwohlleistungen vorbildlich</i> ▪ <i>Der Landeswald soll in seiner Beschaffenheit gepflegt und erhalten werden</i> 	
<p>Gemeinwohlleistungen sind Luxus</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ <i>Kürzungen angesichts knapper Kassen notwendig</i> 	<p>Gemeinwohlleistungen sind Grundbedürfnis</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ <i>Müssen weiterhin auf gleichem Niveau erbracht werden</i> ▪ <i>Im Landeswaldgesetz gefordertes „Mindestmaß“ nicht ausreichend</i>
<p>Verantwortung des Staates zur Sicherung der Gemeinwohlleistungen (4.2.1.2)</p>	
<p>Landeswald ist Wirtschaftsbetrieb (4.2.1.3)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ <i>Wirtschaftlichere Ausrichtung</i> ▪ <i>Änderung der Organisationsform ist notwendig</i> 	<p>Landeswald ist Bürgerwald (4.2.1.4)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ <i>Landeswald ist ein Stück Lebensqualität</i> ▪ <i>Erfüllung der Gemeinwohlaufgaben ist vorrangig</i> <p>Wald ist schützenswertes Gut (4.2.1.5)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ <i>Wald ist Natur- und Kulturerbe</i> ▪ <i>Darf nicht „verkommerzialisiert“ werden</i>
<p>Landesforstverwaltung ist defizitär (4.2.1.6)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ <i>Defizit muss durch Optimierung der Verwaltung und Personalabbau verringert werden</i> ▪ <i>Kostenreduzierung betrifft alle Bereiche</i> 	<p>Landesforstverwaltung wird in der Zukunft schwarze Zahlen schreiben (4.2.1.7)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ <i>Gute Konjunktur auf dem Holzmarkt</i> ▪ <i>Wald ist wertvolle Ressource und wird in der Zukunft „Früchte tragen“</i>
<p>Privatisierung als Chance (4.2.1.8)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ <i>Änderung der Rechtsform wird flexiblere Bewirtschaftung ermöglichen</i> ▪ <i>Gemeinwohl- und Bewirtschaftungsziele sind komplementär</i> ▪ <i>Gemeinwohlleistungen können vertraglich abgesichert werden/ sind im Landeswaldgesetz für alle Waldbesitzarten vorgeschrieben</i> 	<p>Einzug des Kapitalismus (4.2.1.9)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ <i>Privatisierung bedeutet Reduzierung von Gemeinwohlleistungen</i> ▪ <i>Gemeinwohl- und Bewirtschaftungsziele lassen sich nicht miteinander vereinbaren</i>
<p>Entscheidung für die Zukunft des Landeswaldes erfordert fachliche Kompetenz (4.2.1.10)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ <i>Ergebnisse der Expertenkommission abwarten</i> ▪ <i>Öffentlichkeit erst herstellen, wenn konkrete Handlungsoptionen vorliegen</i> 	<p>Zukunft des Landeswaldes ist öffentliches Thema (4.2.1.11)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ <i>Privatisierung des Landeswaldes betrifft alle Bürger</i> ▪ <i>Öffentlichkeit muss von Anfang an informiert und in den Entscheidungsprozess aktiv miteinbezogen werden</i>

Tabelle 6: Gegenüberstellung der Diskurskoalitionen und Zuordnung der jeweiligen Story-Lines

Koalition A hält die Kosten für die Erfüllung von Gemeinwohlaufgaben für insgesamt zu hoch und vertritt die Ansicht, dass diese auch kosteneffizienter erbracht werden könnten. Außerdem würden derzeit viele Leistungen erbracht, die zwar vorbildlich seien, aber in Anbetracht der hohen Haushaltsverschuldung nicht unbedingt notwendig. Besonders im Bereich Naturschutz würden zu viele gesetzliche Auflagen, die weit über europäische Standards hinausgingen, eine ökonomisch nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder erschweren.

Das Ausmaß des derzeitigen Defizits des Landeswaldes sei deshalb nicht nur auf den Unterschuss des reinen Forstbetriebes zu beziehen, sondern auch auf zu hohe Ausgaben für Gemeinwohlleistungen. Es müssten deshalb in beiden Bereichen erhebliche Kosten eingespart werden. Diese Argumentation wird an dem Rechenbeispiel der 10 Mio. Defizit dargestellt. Während die Privatisierungsbefürworter alle Kostenbereiche der Landesforstverwaltung zusammen zur Diskussion stellten, ließ sich die Gegenseite nicht auf diese Definition des Defizits ein und betonte, dass in dieser Diskussion nur das Defizit des reinen Wirtschaftsbetriebes zur Disposition stünde.

Anders als die Verkaufsbefürworter sehen die Verkaufsgegner sowohl die Gemeinwohlleistungen als auch die hoheitlichen Leistungen und die Ausgaben für Neuwaldbildung und berufliche Ausbildung als feste, unveränderliche Größen an. Allein das Defizit des reinen Forstbetriebes könne durch geeignete Maßnahmen ausgeglichen werden.

Diese Grundpositionen vertreten die beiden Koalitionen mit einer Reihe von Story-Lines. Die Privatisierungsbefürworter führen das Argument des desolaten Haushaltszustandes an und heben die Verantwortung der gesamten Gesellschaft hervor, die mit einer gemeinsamen Anstrengung und der Unterstützung der Einsparmaßnahmen zwar auf gewisse Leistungen verzichten müsse, aber durch den gemeinsamen Kraftakt den kommenden Generationen eine unbeschwerte Zukunft ermöglichen könne. Auch die Privatisierungsgegner bedienen sich des Arguments der Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen, beziehen dieses jedoch nicht auf die Haushaltssituation und die zukünftige politische Handlungsfähigkeit, sondern auf den Erhalt von Natur und Erholungsmöglichkeiten für die Bürger Schleswig-Holsteins. Sie stellen die Gemeinwohlleistungen in das Zentrum der Argumentation und versuchen damit die Entscheidungsträger zu überzeugen.

Wir haben es hier also mit zwei unterschiedlichen Perspektiven der Problemwahrnehmung zu tun. Während die eine Koalition das Problem der Haushaltsverschuldung als dominant betrachtet, dem andere Aspekte und Bedürfnisse unterzuordnen sind, schätzt die andere Koalition das Finanzargument zwar als wichtig ein, räumt aber der Erhaltung des Landeswaldes mit all seinen gesellschaftlichen und ökologischen Funktionen Priorität ein. Dementsprechend unterscheiden sich auch die aufgezeigten Handlungsoptionen der Koalitionen. Die Privatisierungsbefürworter propagieren eine wirtschaftlichere Ausrichtung der staatlichen Forstbetriebe, um das Defizit zu verringern. Gemeinwohlleistungen sollten zwar weiterhin geleistet werden, hätten aber keine allgemeine Priorität. Die Privatisierungsbefürworter stellen eine Privatisierung des Landeswaldes als Chance dar, langfristig Kosten einzusparen und bessere Zukunftsperspektiven zu ermöglichen. Sie sehen den Landeswald vorwiegend als Wirtschaftsbetrieb an, der seine Legitimation nur dann erhält, wenn er langfristig Gewinne erwirtschaften könne. Idealerweise würde mit den Gewinnen des Fortbetriebes eine Deckung der Kosten für Gemeinwohlaufgaben erfolgen können. Zumal die Kosten für Gemeinwohlleistungen durch eine effektive Wirtschaftsweise und die Ausnutzung von Arbeits- und Ressourcenkapazitäten wesentlich reduziert werden könnten.

Die Gegner einer Privatisierung halten die vorrangige erwerbswirtschaftliche Ausrichtung des Forstbetriebes und eine gleichzeitige Erfüllung von Gemeinwohlleistungen auf gleichem Niveau für ausgeschlossen. Eine gewinnorientierte Bewirtschaftung würde immer gemäß den

Anforderungen des Marktes agieren und Gemeinwohlziele den wirtschaftlichen Zielen unterordnen. Als Lösung des Problems sieht diese Koalition zwar auch ein begrenztes Potenzial, Kosten durch eine Optimierung der Organisation der Landesforstverwaltung und durch weiteren Abbau des Personals einzusparen, insgesamt setzt sie sich aber für eine grundlegende Auseinandersetzung über das Thema Wertschätzung der Gemeinwohleleistungen des Waldes ein. Es müsse gelingen, den ideologischen Wert des Waldes sowohl in der Wahrnehmung der Bevölkerung und der Politik zu verankern, als auch Mechanismen zu finden, wie dieser Wert den Finanzargumenten der Landesregierung standhalten kann.

„Dieses wirtschaftliche Rechnen kriegt eine andere Wertigkeit wenn man sagen kann: ‚Da werden so und so viele Tonnen CO₂ gebunden oder da werden so und so viele Hektoliter Wasser zurückgehalten‘, das kann man rechnen, das ist einfach wichtig, auch wenn es nicht unsere Philosophie ist, dieses Argument mit reinzubringen, und dann kriegen plötzlich diese 500 Mio., die man gewinnen könnte, einen ganz anderen Stellenwert.“

(SPD, Interview 21.02.2007)

Die Privatisierungsgegner halten es nicht für gerechtfertigt, einen so wertvollen Besitz wie den Landeswald wegen aktueller finanzieller Engpässe der Landesregierung zu verlieren. Um diese Meinung durchzusetzen, stellen sie den Wald als öffentliches Gut dar, dessen Schutz in der Verantwortung jedes Gesellschaftsmitgliedes aber insbesondere des Staates sei. Der Wald wird als sensibel und schützenswert dargestellt, als Inbegriff der Natur und einer der wenigen Rückzugsorte für Mensch und Tier. Private Investoren wären nicht in der Lage, weil sie ja den Regeln freien Marktes gehorchen müssten, dieses Gut „zu pflegen und zu hegen“ und für kommende Generationen zu erhalten.⁷⁰ Vielmehr würde der Wald zwar vielleicht weiterhin bestehen, aber als Holzwüste, weder den Pflanzen und Tieren, noch den erholungssuchenden Menschen ein Refugium bieten. Besonders in einer Gesellschaft, die schon stark vom Kapitalismus geprägt sei und die alles verkäuflich erscheinen ließe, habe der Staat die Aufgabe, solche Vermögen der Gesellschaft zu schützen und gemeinsame Werte der Gesellschaft zu vertreten. Der Wald wird in diesem Zusammenhang zum Symbol für den Wohlfahrtsstaat, der jedem Bürger, egal welcher Herkunft und Gesinnung, zur Verfügung steht und ihm die Möglichkeit gibt, Erholung, aber auch Besinnung auf die Mechanismen der Natur zu erfahren - ohne dass dafür Eintrittsgelder oder Nutzungskosten zu zahlen sind. Ein Verkauf dieses wertvollen Gutes wäre vor diesem Hintergrund als unmoralisch und als „Ausverkauf der Natur“ zu bezeichnen.

„Und hinzu kommt, das Schleswig-Holstein das waldärmste Land ist und das gilt es eben zu schützen, deshalb haben wir gesagt: ‚Das ist für uns eine so wichtig Funktion, das können wir nicht verkaufen, weil als nächstes, unsere Theorie, sind dann Nord- und Ostsee dran‘.“

(SPD, Interview 21.02.2007)

⁷⁰Diese Argumentation gilt nur eingeschränkt für die in Schleswig-Holstein traditionell ansässigen Privatwaldbesitzer.

4.3.3 Weitere diskursive Mechanismen

Neben den Story-Lines gibt es noch eine Reihe weiterer diskursiver Mechanismen⁷¹, die durch politikgestaltende Institutionen bzw. Entscheidungsträger angewendet werden, um im Diskurs Deutungsmacht zu erreichen. Diese diskursiven Mechanismen sind den Beteiligten nicht immer bewusst, sie können aber auf der anderen Seite auch gezielt eingesetzt werden, um das eigene Meinungsbild durchzusetzen.

Im Folgenden soll auf einige dieser Mechanismen eingegangen und ihre Bedeutung im Diskurskontext beschrieben werden.

4.3.3.1 Routinen der Ablehnung (Disjunction marker)

Als „Routinen der Ablehnung“ wird die Leugnung eines Problems durch Entscheidungsträger bezeichnet. HAJER (1995, S.46) nennt dazu das Beispiel der Debatte um den „sauren Regen“, in der die Regierung das Problem der Umweltverschmutzung durch säurehaltige Niederschläge leugnete und einschlägige wissenschaftliche Studien zu den Auswirkungen des „Sauren Regens“ ignorierte.⁷²

Im Kontext des Privatisierungsdiskurses des Schleswig-Holsteinischen Landeswaldes ist ein ähnlicher Prozess zu erkennen. Die Landesregierung prüfte zwar den Verkauf des Landeswaldes und führte in diesem Zusammenhang ein Interessenbekundungsverfahren durch, in dem der Landeswald öffentlich zum Verkauf ausgeschrieben wurde, bestätigte jedoch zu keinem Zeitpunkt, den Verkauf des Landeswaldes ernsthaft zu verfolgen. Über die Motive der Landesregierung wurde in der hierdurch ausgelösten politischen und öffentlichen Debatte heftig spekuliert, denn von der Mehrzahl der Akteure wurde angenommen, dass der Verkauf längst beschlossene Sache sei und nur aus Respekt vor dem öffentlichen Widerstand gelehnet wurde.

Für die Landesregierung bot diese Strategie die Möglichkeit, sich immer wieder der Kritik der Verkaufsgegner zu entziehen und sich schließlich bei der Entscheidung gegen den Verkauf nicht übermäßig rechtfertigen zu müssen. Für einen Großteil der Öffentlichkeit verlor sie jedoch mit dieser Argumentationsweise an Glaubwürdigkeit.

4.3.3.2 Bedürfnis nach Sinneserfahrungen

Das Bedürfnis nach Sinneserfahrungen wird von HAJER als wichtiger Faktor im Rahmen des Überzeugungsprozesses beschrieben. Durch persönliche Gespräche, Exkursionen und Symposien sollen Glaubwürdigkeit und Vertrauen gewonnen werden.

Im Rahmen der vorangeschrittenen Privatisierungsdebatte in Schleswig-Holstein gab es eine Vielzahl solcher Anlässe, die den Akteuren die Möglichkeit geben sollten, sich eine Meinung über den Gegenstand der Diskussion zu bilden.

Neben zahlreichen Diskussionsrunden, zu denen regelmäßig Politiker der Wahlkreise⁷³ und andere Schlüsselakteure geladen wurden, berichteten viele Interviewpartner von persönlichen

⁷¹Neben den unter Kap. 2.4 vorgestellten diskursiven Mechanismen nach HAJER wurde auch auf rhetorische Aspekte eingegangen.

⁷²Vgl. Kap. 2.4.

⁷³Viele der Landtagsmitglieder haben eigene Wahlkreise, in denen sie sich im besonderem Maße Angelegenheiten der Öffentlichkeit widmen müssen.

Gesprächen sowohl zwischen Verbänden, als auch zwischen Verbandsvertretern und Regierungsmitgliedern. Diese informellen Gespräche spielten in der Privatisierungsdebatte eine entscheidende Rolle, nicht zuletzt weil sich in einem kleinen Bundesland wie Schleswig-Holstein viele Akteure persönlich bekannt sind.

Als weitere Beispiele, politische Entscheidungsträger für bestimmte Interessen zu sensibilisieren, sind eine Waldbegehung im Forstamt Trittau und eine Exkursion nach Schweden zu nennen:

Um den Landeswald mit allen Sinnen zu erleben und sich ein eigenes Bild über dessen Funktionen zu machen, hatte die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald den Finanzminister und Abgeordnete der SPD zu einer Waldbegehung im Forstamt Trittau eingeladen. Der Waldbesitzerverband organisierte hingegen eine Exkursion nach Schweden, wo den Entscheidungsträgern das Modell schwedischer Waldwirtschaft vorgestellt wurde. Auch zu dieser Exkursion wurden sowohl Abgeordnete der SPD als auch der CDU eingeladen.

Erwähnenswert ist die Tatsache, dass den Einladungen dieser beiden Verbände, die grundverschiedene Interessen vertreten, nur jene Politiker gefolgt sind, die sich mit den jeweiligen Interessen der Gastgeber identifizieren konnten, d.h. an der Waldbegehung im Forstamt Trittau nahmen nur Abgeordnete der SPD teil, während der Einladung des Waldbesitzerverbandes nur CDU-Abgeordnete folgten.

4.3.3.3 Black boxing

Der Mechanismus des Black boxing ist fast immer im Zusammenhang mit der Bildung von Story-Lines zu beobachten. Diese verkürzen komplexe Probleme in allgemein auf verständliche „Formeln“ und lassen somit Dinge aus, die in der Debatte nicht weiter betrachtet werden müssen (CALLON/ LATOUR 1981, S.284). Nur durch das Prinzip des black boxing ist das von HAJER beschriebene „kommunikative Wunder“ zu verstehen, aufgrund dessen es den Akteuren möglich ist, Argumente auszutauschen und Entscheidungen zu fällen, obwohl sie sich nicht gänzlich verstehen.

Auch der Diskurs über die Privatisierung des Landeswaldes Schleswig-Holstein ist geprägt von diesem Mechanismus. Als Beispiel soll hier die Kommunikation über die Rechtsformwahl angeführt werden. Obwohl in der Debatte verschiedene Rechtsformen diskutiert werden und jede Akteursgruppe sich für die eine oder andere Organisationsform einsetzt, sind nur den wenigsten die genauen Rahmenbedingungen und Einzelheiten der jeweiligen Rechtsform bekannt.

„Ich habe da keine Priorität von denen [Rechtsformen], ich kann das sehr schlecht erkennen was da vor- und nachteilig ist. Da ist ja die Landesanstalt drinnen und Anstalt des öffentlichen Rechts. Also ich vermute, dass es eine GmbH wird, und ich halte die GmbH für gefährlich, weil das für mich der Schritt zur Totalprivatisierung ist.“

(Forstamtsleiter, Interview 26.01.2007)

Die Einschätzung und Beurteilung einer entsprechenden Organisationsform wird mit Hilfe der Story-Lines quasi mitvermittelt. Es wird den Akteuren so ermöglicht, sich z.B. für oder gegen

die Gründung einer GmbH auszusprechen, ohne die Einzelheiten der Umsetzung genauer zu kennen.

„Wenn ich das ausgliedere als GmbH, da scheint mir das schon vom Anspruch her, das ist vielleicht was Philosophisches, allein durch den Namen, und ich brauche auch Gesellschafter, ne, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Druck, dieses rein wirtschaftliche in den Vordergrund zu stellen erscheint mir da viel stärker zu sein.“

(LFV, Interview 21.02.2007)

„2001 konnten wir die Diskussion so mit dem Wort ‚Privatisierung‘ umfassender führen (...) jetzt ist das sehr auf Verkauf fixiert und eben für uns die GmbH, darüber hinaus können wir nicht gehen, das kriegen wir keinem verklickert.“

(Bündnis Wald, Interview 20.02.2007)

Diese vereinfachte, oft auch mit emotionalen Faktoren verbundene Darstellung der Rechtsformen hat es ermöglicht, den Diskurs nicht nur in politischen Fachkreisen zu führen, sondern der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der Mechanismus des Black boxing spielt somit eine entscheidende Rolle im Privatisierungsdiskurs.

4.3.3.4 Diskursive Schaffung von Makro-Akteuren

Als Makro-Akteure werden Akteure bezeichnet, die ein bestimmtes Politikfeld beherrschen und somit einen erheblichen Einfluss auf die Entscheidungsfindung haben.

Zu Beginn der Debatte stellte sich die Landesregierung als klassischer Makro-Akteur dar.

Durch die eigens gegründete Projektgruppe zur Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung, die dem Finanzministerium untergeordnet war, wurde eine Gruppe von Experten ernannt, die den Auftrag erhielten, die erforderlichen Maßnahmen festzulegen. Die Auseinandersetzung über die erforderlichen Maßnahmen wurde damit vollständig aus der politischen Debatte genommen. Die einzelnen Ministerien wurden zwar im Vorfeld gebeten, Vorschläge für Einsparpotenziale in ihrem Fachbereich zu machen, die Ausarbeitung dieser Vorschläge und Umsetzung in konkrete Maßnahmenvorschläge blieb jedoch der internen Bearbeitung der Projektgruppe vorbehalten. Nur im Regierungskabinett wurden die im Abschlussbericht der Projektgruppe Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung, dem sogenannten Schlie-Bericht, vorgestellten Vorschläge inklusive der Privatisierung des Landeswaldes abgestimmt.⁷⁴

„Kabinettsbeschluss: Der Privatisierung des nichthoheitlichen Bereichs der Forstverwaltung wird unter Maßgaben, die weitere Prüfungen umfassen, zugestimmt.“

(Abschlussbericht der Projektgruppe Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung 31.01.2006, S.85)

Man kann also von der Landesregierung Schleswig-Holsteins in diesem Zusammenhang von einem „Makro-Akteur“ (CALLON/ LATOUR 1981, S.277) sprechen. Eine Miteinbeziehung der

⁷⁴Hier ist auf das Gebot der einstimmigen Abstimmung im Regierungskabinett hinzuweisen.

Landesforstverwaltung in die Entscheidungsfindung fand ebenso wenig statt, wie die Beteiligung der Politik und der Öffentlichkeit.

Auch nach Veröffentlichung des 800 Seiten langen Schlie-Berichtes drang wenig über die Privatisierungspläne der Landesregierung an die Öffentlichkeit und es dauerte mehrere Wochen, bis das Thema Landeswald auch außerhalb der Landesregierung diskutiert wurde. Dieses Phänomen ist sicherlich nicht auf das fehlende Interesse der Beteiligten zurückzuführen, sondern vielmehr auf eine entsprechende Informationspolitik der Landesregierung und das zögerliche Verhalten der Politik und der Medien, die sich der möglichen Konsequenzen dieses Beschlusses zu Beginn offenbar nicht bewusst waren.

Interessanterweise verringerte sich der Einfluss der Landesregierung mit Zunehmen der öffentlichen Debatte um den Verkauf des Landeswaldes. Besonders durch den Zusammenschluss mehrerer einflussreicher Verbände zum Bündnis Wald wurde der bestehende Makro-Akteur Landesregierung durch den Makro-Akteur Bündnis Wald abgelöst. Im Gegensatz zur fehlenden Informationspolitik der Landesregierung wurde hier eine gezielte Verbreitung von möglichst aktuellen Informationen als Strategie gewählt um Deutungsmacht zu erreichen. Durch die starke Vernetzung unterschiedlicher Vereine und die dadurch gegebenen Einflussmöglichkeiten in verschiedenen politischen Bereichen, aber auch durch die Akkumulation interner Informationen und eine intensive Öffentlichkeitsarbeit konnte das Bündnis Wald seine Meinung gezielt lancieren und mit seinem Meinungsbild das diskursive Feld weitestgehend beherrschen.

„Von allerhand Vorstellungen wussten wir sehr früh und haben das dann auch gleich in die Öffentlichkeit gebracht. Dadurch waren wir ganz gut angeschrieben bei den Medienvertretern, bei den Presseleuten vor allen Dingen, wenn wir sie mit Infos versorgt haben, die sonst noch überhaupt gar nicht zugänglich gewesen wären.“

(Bündnis Wald, Interview 20.02.2007)

Die Argumentationslinie der Landesregierung verlor im Diskurs zunehmend an Bedeutung und selbst Akteure, die sich zuvor für die Privatisierung des Landeswaldes ausgesprochen hatten, übernahmen die von den Privatisierungsgegnern geprägten Deutungsmuster. Die Koalition der Privatisierungsbefürworter schien in dem diskursiven Konflikt um die Deutungsmacht zu unterliegen.

„Der Ministerpräsident hat eine gewaltige Schlappe erlitten (...) jetzt versucht natürlich Carstensen immer noch was über die Hintertür reinzudrücken z.B. die GmbH-Geschichte, oder den Verkauf von Einzelflächen, die als Splitterwald deklariert sind. Aber seine Linie, gestützt durch den Finanzminister, die hat verloren.“

(Bündnis Wald, Interview 20.02.2007)

4.3.3.5 Rhetorische Aspekte

Waldbild oder Bilderwald?

Der untersuchte Diskurs ist geprägt von zahlreichen Metaphern,⁷⁵ die es den Beteiligten ermöglichen, Argumentationen nachzuvollziehen und zu verinnerlichen. Neben den Metaphern, die im Kap. 4.2.1 den jeweiligen Story-Lines zugeordnet wurden, wird im Folgenden auf ein weiteres Phänomen hingewiesen, dass bei der Untersuchung des Diskurses „ins Auge sticht“.

Dass es sich bei dem Thema Wald für die meisten Beteiligten um ein emotionales Thema handelt, wurde im Rahmen dieser Arbeit mehrmals angesprochen. Wie stark sich dieser persönliche Bezug und die gesellschaftliche Verankerung des Themas Wald aber auch in der Sprache niederschlägt, soll an den folgenden Beispielen von Waldbildern demonstriert werden,⁷⁶ die in den untersuchten Plenardebatten gefunden wurden

„(...) rechtfertigt (...) keinesfalls, dass sich die Landesregierung geradezu in *Holzfüller*manier über den Landeswald hermachen will (...).“ (FDP, 23.03.2006)

„Sie alle kennen das Sprichwort: ‚*Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus.*‘ Die Landesregierung hat ‚Privatisierung‘ gerufen und was schallt zurück? (...).“ (FDP, 23.03.2006)

„Es ist einfach zu sagen: ‚Wir stoßen diesen *Klotz* ab und privatisieren den Landeswald‘ (...).“ (SSW, 23.03.2006)

„*Holz ist nicht wie Getreide, das in einem Jahr geerntet wird* (...).“ (Bündnis 90/ die Grünen, 02.06.2006)

„Wir haben von Anfang an klargestellt, dass wir als SPD-Fraktion diesen Weg nicht mitgehen werden, da er (...) auf einen *Holzweg* führt.“ (SPD, 14.09.2006)

„Ich bin überzeugt, dass wir gute Chancen haben (...) einen weiteren *Raubbau am Vermögen kommender Generationen* zu verhindern.“ (Bündnis 90/ die Grünen, 14.09.2006)

„Man kommt sich ein bisschen wie *Dschungelboy* vor. Man kämpft sich durch ein Dickicht von falschen Behauptungen, Verdrehungen und Unterstellungen.“ (Landwirtschaftsminister, 14.09.2006)

„Bei all dem finde ich es unredlich, wenn so getan wird, als würde der Minister *wie ein Schreckgespenst durch den Wald geistern* und heimlich den großen Deal planen und den Wald unter der Hand verschachern.“ (Landwirtschaftsminister, 14.09.2006)

„(...) ein Konzept ist nicht erkennbar. Wie heißt es in einem Kinderlied: ‚*Ein Männlein steht im Walde ganz still und stumm*‘. Allmählich sollten sie nicht nur stehen, sondern sollten Sie sich bewegen, Herr Minister.“ (FDP, 01.12.2006)

„Die FDP hat ihr Herz für Holz und Wald nicht heute entdeckt; vielmehr kann man die Kollegin Happach-Kasan nur als die *Inkarnation eines Holzwurms* bezeichnen.“ (Bündnis 90/ die Grünen, 01.12.2006)

„Allerdings muss ich sagen, dass es aufgrund des *forstpolitischen Kahlschlages* der letzten Wochen und Monate wichtig ist, dass jetzt Ruhe einkehrt.“ (SSW, 01.12.2006)

Tabelle 7: Beispiele von Waldbildern in den Plenardebatten des Landtages Schleswig-Holstein

⁷⁵ Mehr zu Metaphern als Faktoren im Naturdiskurs siehe VON DETTEN 2001, S.72.

⁷⁶ Nicht nur in Plenardebatten war die Häufigkeit von Waldmetaphern auffällig, auch in den Zeitungen und Positionspapieren wurden eine Vielzahl dieser Bilder wiedergefunden.

Ökonomie vs. Naturidylle

Anhand der Argumentationen der verschiedenen Akteure lässt sich relativ leicht auf das Grundverständnis des Waldes zurückschließen, welches der jeweiligen Position zugrunde liegt. Während die Privatisierungsbefürworter im Wald vorrangig ein Wirtschaftsobjekt sehen, ist bei vielen Privatisierungsgegnern eine idyllische Betrachtungsweise des Waldes erkennbar.

*„Das Holz das aufsteht [im Landeswald] ist nicht weniger wert, als in anderen Waldbesitzarten auch, es ist sehr viel Nadelwald und der wächst auch gut zu. Er ist auch in einem sehr guten **Pflegezustand**, alles in Ordnung, da gibt es auch keine Versäumnisse.“*

(Waldbesitzerverband, Interview, 19.02.2007)

*„Ich möchte, dass der Wald in Schleswig-Holstein weiterhin **mit Liebe und Sorgfalt gehegt und gepflegt** wird.“*

(Bündnis 90/ die Grünen, Plenardebatte vom 01.12.2006)

Sprachgebrauch innerhalb der Diskurskoalitionen

Bei dem Vergleich der beiden Diskurskoalitionen ist neben den bereits besprochenen Metaphern und Bildern auch bei der Wortwahl innerhalb der Argumentationen ein Unterschied festzustellen. Während die Privatisierungsbefürworter auf Sachlichkeit bedacht sind und darüber das Vertrauen der Öffentlichkeit zu erlangen versuchen, unterstreichen die Privatisierungsgegner ihre Argumentation emotionalen Aspekten. In der folgenden Auswahl von Wörtern werden außerdem die verschiedenen Strategien der Akteure deutlich. Die Privatisierungsbefürworter signalisieren, dass sie bereit sind, die Entscheidungsfindung mit sachlichen Argumenten zu unterstützen und in der Lage sind stellvertretend für die Bürger zur richtigen Lösung zu kommen. Die Privatisierungsgegner weisen auf gemeinsame Ziele hin und werben um die Zusammenarbeit mit den Bürgern, um die Privatisierung zu verhindern.⁷⁷

Pro-Privatisierungs-Koalition:

die Ergebnisse abwarten, ergebnisoffen und sachorientiert diskutieren, vernünftige Lösung, konstruktiver Vorschlag, weiser Entschluss, bei der Wahrheit bleiben, Verantwortung, vernünftige forstwirtschaftliche Entwicklung, legitim, seriös, redlich, schwere Zeit, man muss

Tabelle 8: Häufig genannte Begriffe der Pro-Privatisierungs-Koalition

Contra-Privatisierungs-Koalition:

gerecht, ehrenamtliches und privates Engagement, Gefahr, unser Wald, Verkauf verhindern, gemeinsam, Ehrlichkeit, schwierigen Prozess positiv mitgestalten, vorbildlich, Verantwortung, wir, das darf man nicht

Tabelle 9: Häufig genannte Begriffe der Contra-Privatisierungs-Koalition

⁷⁷Die in den Kästen zusammengetragenen Begriffe wurden als von den jeweiligen Koalitionen häufig benutzte Begriffe identifiziert, sie wurden jedoch nicht systematisch erhoben, weshalb kein Anspruch auf Repräsentanz erhoben werden kann.

4.4 Strategien der Akteure

Die jeweiligen Akteursgruppen verwenden verschiedene Strategien, um ihr Meinungsbild durchzusetzen und Deutungsmacht im Diskurs zu erlangen. Im Folgenden sollen die jeweiligen Vorgehensweisen aufgezeigt und ihr Erfolg im diskursiven Feld beurteilt werden.

Die **Landesregierung** stellt das Defizit des Landeswaldes in unmittelbare Beziehung zu den Schulden des Landeshaushaltes.⁷⁸ Damit kann sie das Defizit des Landeswaldes, welches sie auf 10 Mio. Euro beziffert, als untragbar darstellen und die Forderung einer drastischen Reduzierung dieses Unterschusses legitimieren.

Das von der Landesregierung angeführte Sparargument wird mit der Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen begründet, welches die Handlungen der Regierung als unausweichliche Notwendigkeit darstellt und Handlungsalternativen ausschließt.

Das Argument der „Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen“ wird besonders im politischen Feld sehr häufig genutzt, um die Argumentationskette zu stützen. Es ist sicherlich auch deshalb sehr beliebt, weil die Überprüfung der Erfolge durch die zukünftigen Nutznießer, wenn überhaupt, erst in weiter Zukunft stattfinden kann.

Auch Privatisierungsgegner wie die SPD, die Oppositionsparteien und das Bündnis Wald machen sich das Verantwortungsargument zu eigen, unterstützen damit jedoch eine andere Story-Line. Während die Privatisierungsbefürworter eine Reduzierung aller Kostenstellen auf ein Minimum und auch Einschränkungen sozialer Leistungen mit diesem Argument legitimieren, nutzen die Privatisierungsgegner genau die gleiche Argumentation, um den Beibehalt eben dieser Leistungen zu rechtfertigen. Durch die Privatisierung des Landeswaldes würde eine wichtige Ressource und ein Stück Lebensqualität für die Bürger unwiderruflich verloren gehen und den kommenden Generationen vorenthalten werden.

Beide Story-Lines sind im Privatisierungsdiskurs sehr erfolgreich und werden von den jeweiligen Diskurskoalitionen übernommen und weitergetragen.

Innerhalb der politischen Diskussion war die Argumentation der Privatisierungsbefürworter, mit einem Verkauf der Verantwortung zukünftigen Generationen gegenüber gerecht zu werden, dominant. Mit zunehmendem öffentlichen Interesse an der Debatte und Protesten gegen einen Verkauf gewann jedoch das Argument der Gegner an Gewicht, da es den konkreten Bedürfnissen und Befürchtungen der Bürger eher entsprach.

Wie in Kapitel 4.2.3 ausführlich besprochen, nutzt die Landesregierung eine Reihe weiterer diskursiver Mechanismen, wobei insbesondere die Routinen der Ablehnung und die symbolische Politik als wichtige Instrumente genannt werden können.

Durch die Bearbeitung des Themas Landeswald in internen Regierungskreisen und dem Ausschluss anderer Akteure von der Entscheidungsfindung versucht die Landesregierung, ihre Sicht der Dinge durchzusetzen und die eigenen Handlungsmodelle umzusetzen. Dabei ist auch innerhalb der Landesregierung eine unausgewogene Kräfteverteilung zu beobachten. Es entsteht der Eindruck (und einzelne Aussagen der Interviewpartner bestätigen diese

⁷⁸ Am 31.12.2005 betragen die Schulden des Landes Schleswig-Holstein 21,3 Mrd. Euro, die Neuverschuldung gegenüber dem Vorjahr lag bei 1,3 Mrd. Euro. (Vgl. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein).

Annahme), dass die Privatisierung des Landeswaldes insbesondere durch das Finanzministerium und den Ministerpräsidenten vorangetrieben wurde, während das Landwirtschaftsministerium als zuständiges Fachministerium zwar Vorschläge für Handlungskonzepte erarbeitete, aber wenig Einfluss auf deren Umsetzung hatte.

Dennoch hielten sich gerade die Akteure, die die Privatisierung des Landeswaldes maßgeblich vorantrieben, in der Debatte im Hintergrund. Für die Vertretung der Argumentationslinie nach außen war das Landwirtschaftsministerium zuständig.

Eine Positionsänderung des Landwirtschaftsministeriums wird bei der Analyse der Plenardebatten vom 23.03.2006 und 14.09.2006 deutlich.⁷⁹ Obwohl die Argumente als solche weitestgehend gleich bleiben, wird die Argumentation des Landwirtschaftsministers in der Debatte vom 14.09.2006 defensiver. Er kritisiert mehrmals die Angriffe der Opposition auf seine Person und betont, dass er lediglich den Regierungsauftrag nach außen vertrete. Damit weist er die Verantwortung von sich und signalisiert, dass es auch innerhalb der Landesregierung Meinungsunterschiede gäbe.

Das Verhalten der CDU als Privatisierungsbefürworter ist ähnlich einzuschätzen. Während sie in der ersten Debatte den Privatisierungskurs der Landesregierung voll unterstützt und deren Argumentationen übernimmt, tritt in der Sitzung vom 14.09.2006 ihr eigenes Profil in den Vordergrund der Argumentation. Sie stellt den Verkauf als nur eine mehrerer Optionen dar und spricht sich für die Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts aus.

Die Strategieänderung sowohl des Landwirtschaftsministeriums als auch der CDU-Fraktion während des Privatisierungsdiskurses lässt auf eine Schwächung der Pro-Privatisierungskoalition schließen.

Das im September 2006 durchgeführte Interessenbekundungsverfahren mutet in diesem Zusammenhang wie ein letzter Machtbeweis der Landesregierung an. Die Begründung für ihre Abkehr von der Prüfung eines Verkaufs im Oktober 2006 stützt sich auf eine Story-Line, die vorher von den Privatisierungsgegnern verwendet wurde: „Die Landesforstverwaltung wird in der Zukunft schwarze Zahlen schreiben“ (siehe 4.2.1.6). Anhand der günstigen Konjunktur auf dem Holzmarkt, so argumentiert die Landesregierung nun, würde das Defizit der Landesforstverwaltung in nächster Zukunft ausgeglichen werden. Diese Positionsänderung der Landesregierung kam nicht überraschend, da sie in den vorherigen Monaten einem erheblichen öffentlichen und politischen Druck ausgesetzt war und ein Verkauf auch gegen eine sich abzeichnende parlamentarische Mehrheit nicht durchsetzbar gewesen wäre.

Was auf den ersten Blick wie eine Entscheidung aus Einsicht erscheint, muss auf den zweiten Blick kritisch hinterfragt werden. Betrachtet man die Argumentation der Landesregierung im Laufe des Diskurses, so wird deutlich, dass das Defizit des reinen Forstbetriebes i.e.S. nur *einen* unerwünschten Kostenpunkt darstellte. Die Gemeinwohl- und Personalkosten werden wohl auch mit einer guten Holzkonjunktur kaum zu decken sein. Dennoch hat die Abkehr der Landesregierung den Plänen zum Verkauf des Landeswaldes seine Wirkung in der Öffentlichkeit nicht verfehlt. Seit dem entsprechenden Kabinettsbeschluss im November 2006 ist das Thema schlagartig aus dem Fokus des öffentlichen Interesses verschwunden. Auch einige

⁷⁹Vgl. Kap. 4.1.2.

weitere Versuche der Privatisierungsgegner, die Gefahr einer schleichenden Privatisierung durch die Umwandlung in eine GmbH mit privater Beteiligung oder den stückweisen Verkauf von Flächen zu thematisieren, konnten die Debatte nicht wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Berichterstattung rücken.

Auch die im April 2007 getroffene Entscheidung der Landesregierung, eine Anstalt Landeswald zu gründen, erfuhr nur eine geringe Resonanz in der Öffentlichkeit.

Die Regierung hat, indem sie ihren Forderungen nach einer Umwandlung in eine Anstalt öffentlichen Rechts formal entgegengekommen ist, den Privatisierungsgegnern vorerst die Grundlage der Kritik entzogen.

Gerade bei der Ausgestaltung der Rechtsgrundlage einer Anstalt öffentlichen Rechts ist ein breiter Spielraum zwischen wirtschaftlicher und gemeinwohlorientierter Ausrichtung möglich. Die Entscheidung für eine Anstalt Landeswald hat demnach das Problem der Wahrung der Gemeinwohlleistung auf gleichem Niveau nicht gelöst, sondern nur auf einen anderen Diskurskontext verlagert. Ob bei der Aushandlung der Ausgestaltung der Rechtsgrundlage wieder ein vergleichbarer öffentlicher Druck hergestellt werden kann, um Einfluss auf die Entscheidungsfindung zu nehmen, bleibt fraglich. Es ist vielmehr wahrscheinlicher, dass weitere Entscheidungen zur Zukunft des Landeswaldes, wie schon zuvor, in internen Regierungskreisen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden werden.

Der **Waldbesitzerverband** tritt im Laufe der Privatisierungsdebatte nicht an die Öffentlichkeit. Die privaten Waldbesitzer sehen in der Debatte, in der auch immer wieder der private und der staatliche Waldbesitz verglichen und die vorbildliche Aufgabenerfüllung des Staatswaldes hervorgehoben wurde, einen Nachteil für das Ansehen privaten Waldbesitzes und würden eine rasche Beendigung der öffentlichen Diskussion sehr begrüßen.

Obwohl sich der Waldbesitzerverband gegen einen Verkauf ausspricht, ist er in die Koalition der Privatisierungsbefürworter einzuordnen, weil er das gleiche Set von Story-Lines verwendet wie die Landesregierung und die CDU-Fraktion.

Seinen Einfluss macht der Verband über einen direkten Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern wirksam und versucht, durch persönliche Gespräche auf seine Interessen hinzuweisen und die eigene Überzeugung durchzusetzen. Der Einfluss der privaten Waldbesitzer auf die Politik der Landesregierung ist schwer einzuschätzen, da die Kommunikation zwischen den Akteuren der Öffentlichkeit nicht zugänglich und somit nicht nachvollziehbar ist. Die Tatsache, dass die CDU-Fraktion und das Landwirtschaftsministerium die Belange der privaten Waldbesitzer in ihrer Argumentation berücksichtigen und immer wieder den Privatwald in ein positives Licht zu rücken versuchen, lässt jedoch auf ähnliche Interessen schließen.

Die **Landesforstverwaltung**, die im Laufe der bisherigen Reformen selbst aktiv an der Entscheidungsfindung mitgewirkt hatte, sei es durch intensive Zusammenarbeit in der Ausgestaltung von Reformplänen, oder durch das „Abblocken“ gewisser Maßnahmen, nimmt im Laufe dieser Debatte eine eher passive Rolle ein. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Erstens hatte die Landesforstverwaltung, die innerhalb des Landwirtschaftsministeriums angesiedelt ist, aufgrund der starken Fremdbestimmung des Ministeriums durch den Ministerpräsidenten und das Finanzministerium wenige Möglichkeiten ihre Interessen zu

kommunizieren und Druck auf die Vorgesetzten auszuüben. Bei Protesten und Kritik der Mitarbeiter verwies das Landwirtschaftsministerium regelmäßig auf die eigene begrenzte Entscheidungsmacht. Zweitens ist anzunehmen, dass sich durch den lange andauernden Reformprozess seit 1996 eine gewisse Politikverdrossenheit eingestellt hat, die die Mitarbeiter auch angesichts der „Gefahr“ eines möglichen Verkaufes wenig mobilisierte. Als dritter Punkt ist das vom Ministerium für Landwirtschaft ausgesprochene Schweigegebot zu nennen, welches in der öffentlichen Debatte auch als „Maulkorb-Erlass“ betitelt wurde: Viele Mitarbeiter fürchteten, dass sie mit Disziplinarverfahren zu rechnen hätten, wenn sie sich kritisch in der Öffentlichkeit positionierten. Die Belange der Mitarbeiter erfuhren deshalb besonders in der öffentlichen Debatte eine vergleichsweise geringe Aufmerksamkeit.

Obwohl die Mitarbeiter den Privatisierungsplänen gegenüber durchaus kritisch eingestellt waren, reduzierten sich die Proteste oft auf kritische Bemerkungen in den eigenen Reihen und auf Aussagen, die nicht für die Öffentlichkeit dokumentiert wurden.

Viele Interviewpartner sahen auch in der politischen Willkür, mit der ein Verkauf des Landeswaldes diskutiert wurde, einen Grund dafür, dass die Landesforstverwaltung weitestgehend passiv reagierte. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Mehrzahl der Forstleute von ihrer Gesinnung her als eher konservativ einzuschätzen sei und somit zur Wählerschaft der CDU gehören dürfte, ließe sich die Enttäuschung vieler Mitarbeiter nachvollziehen, gerade von einer CDU-geführten Regierung mit der Option eines Verkaufes konfrontiert zu werden.

Der hohe Druck, der auf den Mitarbeitern lastet, ist auch in einer wachsenden Konkurrenzsituation zwischen den Forstbeamten und den Angestellten und Arbeitern zu sehen. Wo vorher gemeinschaftlich nach Handlungsoptionen gesucht wurde, versuchen die einzelnen Berufsgruppen jetzt, stärker ihre jeweiligen eigenen Bedürfnisse geltend zu machen.

Die Gründung des **Bündnis Wald** stellt eine Besonderheit der vorliegenden Privatisierungsdebatte dar. Vor dem Hintergrund der scheinbar ausweglosen Situation der Mitarbeiter der Landesforstverwaltung haben sich Vertreter der forstlichen Berufsverbände und einzelne Forstleute mit Umweltverbänden zusammengeschlossen und auf gemeinsame Story-Line geeinigt, um die Privatisierung des Landeswaldes zu verhindern.

Betrachtet man das bisherige Verhältnis von Umweltverbänden und Forstleuten, so ist dieser Zusammenschluss zu einem Bündnis Wald, vor dem Hintergrund, dass es gerade zwischen diesen Akteuren in der Vergangenheit immer wieder zu Auseinandersetzungen und Interessenskonflikten gekommen ist, eher ungewöhnlich.

Diese „historischen Konflikte“⁸⁰ zwischen Forst und Naturschutz könnten auf die den beiden Akteursgruppen zugrunde liegenden Leitbilder zur forstlichen Nachhaltigkeit zurückgeführt werden. Während gemutmaßt werden kann, dass sich viele Forstleute am Leitbild der multifunktionalen Forstwirtschaft orientieren, welches die gleichwertige Berücksichtigung aller Funktionen des Waldes im Zielsystem vorsieht, d.h. die Erfüllung von Gemeinwohlaufgaben und das Gebot des wirtschaftlichen Handelns gleichermaßen berücksichtigt, liegt der Ein-

⁸⁰ Hintergrundinformationen dazu in WINKEL 2007.

stellung der Naturschutzverbände eher das Leitbild einer ökologisch verpflichteten Forstwirtschaft zugrunde, welches insbesondere die ökologische Nachhaltigkeit hervorhebt.⁸¹

Die Schwierigkeit, zwei grundverschiedene Leitbilder der nachhaltigen Forstwirtschaft in einer gemeinsamen Position zu vereinen, haben die beiden Akteursgruppen gelöst, indem sie sich auf ihre gemeinsamen Ziele besonnen und darauf geeinigt haben, ausschließlich diese nach außen zu vertreten. Als gemeinsames Ziel wurden der Erhalt und die ausreichende Gewichtung der Gemeinwohlleistungen der Wälder gegenüber wirtschaftlichen Zielen gesehen.

Auch andere Verbände aus den Bereichen Tourismus und Erholung konnten sich mit dem gemeinsamen Ziel identifizieren, die Bereitstellung von Gemeinwohlleistungen für den Landeswald sicherzustellen und in diesem Zusammenhang die Privatisierung des Landeswaldes zu verhindern.

Diese Strategie des „kleinsten gemeinsamen Nenners“ hat sich im Laufe der Privatisierungsdebatte als besonders erfolgreich herausgestellt, weil sie ein breites Bündnis unterschiedlichster Akteure ermöglichte, das durch eine intensive Zusammenarbeit sowohl Entscheidungsträger aus der Politik als auch eine breite Öffentlichkeit für seine Interessen gewinnen konnte.

Ein wichtiger Einflussfaktor für das Bündnis Wald stellte dessen intensive Öffentlichkeitsarbeit dar; dabei wurden besonders die Aspekte der Umweltbildung und der Erholung hervorgehoben, da diese in der Öffentlichkeit eine hohe Aufmerksamkeit genossen. Aspekte des Naturschutzes wurden zwar ebenfalls angesprochen, waren jedoch nicht zentraler Bestandteil der Argumentation.

Besonders durch die Mobilisierung der Öffentlichkeit hat das Bündnis Wald mit dazu beigetragen, dass der Druck auf die Politik und die Regierung wuchs und der Verkauf des Landeswaldes nicht weiter verfolgt.

Obwohl das Bündnis betont, sich nicht ausschließlich auf den Verkauf des Landeswaldes zu fixieren, scheint die Position des Bündnis Wald durch das Absinken des öffentlichen Interesses nach der Erklärung der Landesregierung gegen einen Verkauf geschwächt.

Ob nach dieser Debatte die Harmonie zwischen den verschiedenen Akteuren weiter bestehen bleibt oder ob es angesichts der abgewendeten „Gefahr“ wieder zu Reibungen zwischen Naturschutz und Forstwirtschaft kommen wird, bleibt abzuwarten. Dennoch konnte durch den Austausch und die Kooperation verschiedenen Akteursgruppen eine bessere Kommunikation und ein besseres Verständnis der jeweiligen Positionen geschaffen werden.

Die Positionierung der **SPD** bleibt einige Zeit undurchsichtig. Während sich einige Fraktionsmitglieder seit Beginn der Debatte in der Öffentlichkeit klar gegen eine Privatisierung aussprechen, stimmen im Regierungskabinett die SPD-Minister für die Prüfung eines Verkaufes. Es ist in diesem Zusammenhang anzunehmen, dass es innerhalb der Partei zu Meinungsunterschieden zum Thema Privatisierung des Landeswaldes gekommen ist und auch die Position gegenüber dem Koalitionspartner CDU erst eindeutig ausgehandelt werden

⁸¹ Vgl. hierzu und zu möglichen Leitbildern der forstlichen Nachhaltigkeit in der aktuellen forstpolitischen Debatte siehe OESTEN/ROEDER 2002, S.275-276.

musste. Auch die forstpolitische Sprecherin, die sich in der Öffentlichkeit eindeutig gegen einen Verkauf positioniert hatte, sah in der Plenardebatte vom 23.03.2006 eine Prüfung aller Handlungsoptionen, wie sie von der Landesregierung vorgeschlagen wurde, noch als legitim an, während sie später das in diesem Zusammenhang eingeleitete Interessenbekundungsverfahren als überflüssig bezeichnete. Die Aussage spiegelt hier wohl eher die von sehr nach außen wiederzugebene Fraktionsmeinung wider, als ihre persönliche Haltung: die forstpolitische Sprecherin hatte sich in der Vergangenheit deutlich gegen einen Verkauf ausgesprochen.

Es wird aber auch deutlich, dass innerhalb der SPD-Fraktion ein Positionswandel stattgefunden hat. Es ist zu vermuten, dass sich die SPD-Fraktion erst mit steigendem öffentlichen Interesse veranlasst sah, sich intensiv mit dem Thema Wald zu befassen, das inoffiziell dem Aufgabenspektrum der CDU zugerechnet werden kann.⁸²

Mit eindeutiger Stellungnahme der gesamten SPD-Fraktion gegen eine Privatisierung durch den Fraktionsvorsitzenden verändert sich die Machtverteilung zwischen Privatisierungsbefürwortern und Privatisierungsgegnern eindeutig, denn es steht fest, dass es ohne die Stimmen der SPD keine parlamentarische Mehrheit für einen Verkauf geben kann.

Das Verhalten der SPD in dieser Debatte wurde von den anderen Fraktionen im Landtag stark kritisiert und auch die beteiligten Verbände machen die SPD mitverantwortlich für die „Eskalation“ der Debatte. In der Bevölkerung jedoch wurde, bedingt durch das starke öffentliche Engagement einzelner Abgeordneter, die SPD seit Beginn der Debatte eher als Privatisierungsgegner wahrgenommen.

Die Fraktionen der **Opposition** haben besonders bei einer großen Koalition wenig Einfluss auf die Entscheidungsfindung im Parlament. Durch die von der Opposition gestellten Anträge wurde das Thema Landeswald jedoch immer wieder auf die Tagesordnung der Parlaments-sitzungen gebracht und diskutiert. Es wurde so eine Öffentlichkeit hergestellt, über die die Parteien auch die Möglichkeit hatten, sich in der Öffentlichkeit positiv darzustellen.

Über das Engagement des Bündnis 90/ die Grünen, mit Hilfe einer Volksinitiative die Privatisierung des Landeswaldes zu verhindern, wurde in den Medien intensiv berichtet – was deutliche Reaktionen in der Bevölkerung hervorrief.

Eine Strategie, die den **Privatisierungsgegnern** gemeinsam ist, ist die diskursive Schaffung eines Antagonisten, in diesem Falle des „skrupellosen Kapitalisten“ in Gestalt des potenziellen Waldkäufers, gegen den man gemeinsam Widerstand leisten muss. Diese stark vereinfachte Darstellung von „Gut“ und „Böse“ wird durch die Story-Line „Einzug des Kapitalismus“ (vgl. 4.2.1.9) getragen. Als potenzielle Opfer sind die Mitarbeiter der Landesforstverwaltung, die Bürger und der Wald selbst zu sehen, die von den „Guten“ in Gestalt der Privatisierungsgegner vor den Übergriffen der Kapitalisten und ihrem Verbündeten, der Landesregierung, „gerettet“ werden müssen.⁸³

⁸²Die Koalitionsparteien einigen sich in der Regel auf verschiedene Aufgabenschwerpunkte. In dieser Regierungskonstellation sind die Aufgabenbereiche der SPD in den Bereichen Justiz, Bildung und Soziales angesiedelt, während die CDU die Bereiche Wirtschaft, Finanzen und Landwirtschaft vertritt.

⁸³Diese Polarisierung wurde von den verschiedenen Akteuren jedoch unterschiedlich stark eingesetzt.

Die Schaffung eines gemeinsamen Feindbildes ist in vielen Diskursen zu beobachten; im Rahmen des vorliegenden Privatisierungsdiskurses hat diese Story-Line („Einzug des Kapitalismus“) besonders durch die große Emotionalität im Zusammenhang mit dem Thema Wald und die unmittelbare Betroffenheit der Bevölkerung eine zentrale Rolle eingenommen.

Neben den durch die Akteure vertretenen Story-Lines und anderen diskursiven Mechanismen spielen auch **persönliche Motive** der Entscheidungsträger eine ausschlaggebende Rolle bei der Argumentation und nicht zuletzt auch bei Entscheidungsfindung. Betrachtet man die Biographien der einzelnen Akteure, ist ein Zusammenhang zwischen ihren persönlichen Interessen und den jeweiligen Argumentationen oder Handlungen unverkennbar.

Auch bei andere Akteuren sind solche Zusammenhänge zwischen persönlichen Interessen und der jeweiligen Argumentation zu beobachten: die Lehrerin, die sich in ihrer Position als Landtagsabgeordnete verstärkt für die Umweltbildung engagiert, der Geschäftsführer eines Reisebüros, der insbesondere Leistungen für Erholung und Tourismus in den Mittelpunkt rückt, der Waldbesitzer, der die Forderung nach Aufforstungsprojekten vorantreibt oder der Biologe, der besonders für den Artenschutz im Wald argumentiert, sind dafür nur einige Beispiele.

Es ist zu betonen, dass solche Zusammenhänge ausschließlich auf Einschätzungen basieren, die im Kontext der empirischen Datenerhebung entstanden sind und durch die Darstellung im Rahmen dieser Arbeit keiner Person eine Vorteilnahme der gesellschaftlichen Position für eigene Interessen unterstellt werden soll. Vielmehr soll die persönliche Motivation der Akteure neben der diskursiven Deutung von Problemen als wichtiger Faktor für politische Entscheidungen angeführt werden.

4.5 Gemeinwohldiskurs und Liberalisierungsdiskurs

Bei der Untersuchung des Diskurses über die Privatisierung des Landeswaldes Schleswig-Holstein ist zu erkennen, dass die einzelnen Diskursstränge keinen in sich unabhängigen Diskurs darstellen, sondern vielmehr Teil eines in Deutschland und anderen Ländern geführten Gesamtdiskurses zum jeweiligen Themenbereich sind. Die wichtigsten in dieser Arbeit identifizierten Diskursstränge, der Gemeinwohldiskurs und der Liberalisierungsdiskurs, werden im diesem Kapitel unter Berücksichtigung der Positionierung beider Diskurskoalitionen ausführlicher diskutiert.

4.5.1 Der Gemeinwohldiskurs

Gemeinwohlleistungen umfassen ein breites Spektrum an Leistungen, die durch den Wald und im Rahmen von dessen Bewirtschaftung für die Gesellschaft bereitgestellt werden. Die in der Wissenschaft vorgenommenen Abgrenzungen zwischen den Leistungen der Forstbetriebe und den Wirkungen des Waldes,⁸⁴ die ohne menschliches Zutun vom Wald erbracht werden, ist im Rahmen dieses Diskurses fließend.

⁸⁴ Siehe auch OESTEN/ ROEDER 2002, S. 40.

Besonders hervorgehoben werden in dem Diskurs über die Privatisierung des Landeswaldes soziale Leistungen, insbesondere Waldpädagogik, Umweltbildung und Erholungsaufgaben. Auch Naturschutzaspekte und die Frage nach der Bereitstellung von natürlichen Ressourcen sowie die Vorhaltung von Flächen werden in der Debatte angesprochen, haben aber bei weitem nicht einen so zentralen Stellenwert wie soziale Belange. Das mag besonders an der starken Öffentlichkeitsorientierung des Gemeinwohldiskurses liegen, der einen möglichst großen Anteil der Bürger Schleswig-Holsteins miteinbeziehen soll. Während sich lediglich ein geringer Anteil der Bevölkerung aktiv für Aspekte des Naturschutzes oder die Bereitstellung natürlicher Ressourcen engagiert, fühlt sich bei den Themen Erholung und Umweltbildung ein Großteil der Menschen angesprochen. Das liegt zum einen an der unmittelbaren Betroffenheit (Wer war noch nie selbst im Wald spazieren?) zum anderen an dem gängigen gesellschaftlichen Bild des Waldes als Inbegriff schützenswerter Natur, die auch für zukünftige Generationen erhalten werden muss. Dabei ist der Topos „schützenswerte Natur“ nicht mit dem Begriff Naturschutz i.e.S. gleichzusetzen: vielmehr geht es in diesem Zusammenhang um einen ideologischen Wert des Waldes, der als Teil der Natur erhalten werden müsse.⁸⁵

Ein zentrales Symbol, das diesen Aspekt veranschaulicht, ist das der „Waldkindergärten“.

Immer wieder werden in der Privatisierungsdebatte, übrigens von allen Akteuren gleichermaßen, Waldkindergärten als besonders wichtige Leistung des Waldes dargestellt. Dabei spielen diese in der Gesamtbetrachtung der Leistungen des Waldes eine eher untergeordnete Rolle. Der Waldkindergarten als „Institution einer glücklichen Kindheit“ evoziert idealtypisch aber gut das romantische Bild einer intakten Natur vermitteln, dass oft Grundlage unserer „Liebe zum Wald“ ist. Im Artikel der Zeitschrift „Stern“ wird diese Metapher sehr anschaulich benutzt:

„Licht scheint durch die Blätter der Buchen und lässt auf dem Waldweg die Schatten tanzen. Die Kinder setzten sich auf abgesägte Fichtenstümpfe, singen ein Lied und packen ihr Frühstück aus. In einem Halbkreis sind Äste zum Schutz vor dem Wind aufgeschichtet. Die Baumkronen schwanken leicht, hier unten ist es still.“

(Stern, Heft 39/2006)

Auch die Diskussion darüber, ob für die Nutzung des Waldes Gebühren erhoben werden dürfen oder ob es sich um ein öffentliches Gut handelt, dass jedem Bürger gleichermaßen zur Verfügung gestellt werden müsse, lässt sich am Beispiel des Waldkindergartens verdeutlichen:

„Wir hatten bei den Waldkindergärten so eine kleine Gebühr genommen, da war die Hölle los. Da hat ‚die kleine Raupe‘ gleich, das war so ein Waldkindergarten, da ist sie gleich an die Presse gegangen und dann war echt der Bär los, das war grausam, sämtliche Zeitungen sind auf den Minister gestürzt und nur weil wir eine kleine Gebühr für die Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht in diesen Wäldern da haben wollten. Da ist die Öffentlichkeit da, wenn man irgendwelche

⁸⁵ Vgl. hierzu auch die Story-Line „Wald ist ein schützenswertes Gut“ (4.3.1.5).

Rechte einschränkt oder vermeintliche Rechte.“

(MLUR, Interview 25.01.2007)

In der Debatte geht es dabei nicht um die Höhe der Kosten (diese könnten noch so gering sein), sondern um die geringe gesellschaftliche Akzeptanz, Geld für das Erleben von Natur bezahlen zu müssen. Dieser Haltung liegt wiederum das oben genannte romantische Naturverständnis zugrunde, dass es nicht erlaubt, den Wald als Wirtschaftsgut zu sehen oder „seine“ Leistungen der Bevölkerung in Rechnung zu stellen.

Dem steht in diesem Gemeinwohldiskurs die Argumentation gegenüber, dass keine Leistungen, auch nicht im Wald, kostenfrei zu bekommen sind. Nicht nur die Bereitstellung von besonderen Infrastrukturen wie Bänken, Schutzhütten und Trimm-Dich-Pfaden, sondern auch das Herrichten von Waldwegen und die Durchführung der Verkehrssicherungspflicht kosten Geld und müssten, auch wenn sie von vielen Waldbesuchern nicht unmittelbar wahrgenommen würden, finanziert werden. Auch Naturschutzleistungen erforderten besondere Maßnahmen, die Kosten verursachten, und kämen keineswegs nur durch natürliche Prozesse quasi von allein zustande.

Vor dem Hintergrund des Haushaltsdefizits und des starken Handlungsdrucks der Landesregierung wird die Notwendigkeit der Bereitstellung von Gemeinwohlleistungen durch den Staat auf die Tagesordnung gebracht. Und obwohl Konsens über die Wichtigkeit dieser Leistungen besteht, werden der notwendige Umfang der Bereitstellung und sowohl die erforderlichen Kosten als auch der Wert der Gemeinwohlleistungen diskutiert.

Ein Grund für die zum Teil heftigen Auseinandersetzungen scheint das Fehlen einer gemeinsamen Definition von Gemeinwohl zu sein. Es entsteht der Eindruck, dass zwar alle Akteure eine differenzierte Position zum Thema Gemeinwohl vertreten, dass aber keine konkrete Diskussion über den Umfang und die Art der Gemeinwohlleistungen stattfindet. So ist es möglich, dass die einen in Gemeinwohlleistungen ausschließlich Leistungen für die Gesellschaft i.e.S. (Erholung und Umweltbildung) sehen, während andere auch Naturschutzleistungen und die Bereitstellung von natürlichen Ressourcen (also auch die Holzwirtschaft) zu den Gemeinwohlleistungen zählen. Auch der notwendige Umfang wird unterschiedlich definiert, wie auch an den Story-Lines „Gemeinwohlleistungen sind Luxus“ und „Gemeinwohlleistungen sind Grundbedürfnis“ (vgl. 4.3.1.1) erkennbar ist.

Die Konkurrenz dieser beiden Story-Lines ist zentral im Gemeinwohldiskurs. In der Auseinandersetzung über die Art und Menge der Gemeinwohlleistungen wird gleichzeitig auch diskutiert, wie viel diese Leistungen unter den gegebenen Rahmenbedingungen Kosten dürfen und durch wen sie durchzuführen sind. Über die Story-Line „Gemeinwohl ist Luxus“ (vgl. 4.3.1.1) wird eine Reduzierung von Ausgaben für Gemeinwohlleistungen gerechtfertigt, während die Story-Line „Gemeinwohl ist Grundbedürfnis“ (vgl. 4.3.1.1) auch höhere Ausgaben legitimiert.

Auch über den Kostenaufwand der von den Forstbetrieben bereitgestellten Leistungen besteht keine Einigkeit. Während die einen ein erhebliches Einsparpotenzial bei Ausgaben für das Gemeinwohl sehen, indem diese „in einen flexibel wirtschaftenden Betrieb optimal eingliedert werden“, setzen andere die Reduzierung von Ausgaben für Gemeinwohl mit einer Verringerung der entsprechenden Leistungen gleich. Um letzteres Argument zu stützen, wird

versucht, den Wert des Waldes und die bereitgestellten Leistungen für die Gesellschaft hervorzuheben. Diese Schätzung des ideologischen Wertes des Waldes schlägt sich auch in der Argumentation gegen den Verkauf nieder, wo angeführt wird, dass der Wald nur unter (seinem gesellschaftlichen) Wert verkauft werden könne. In diesem Zusammenhang werden im Diskurs auch eine ganze Reihe von Synonymen verwendet, die diesen Verkauf unter Wert darstellen:

„*verscherbeln*“, „*verschachern*“, „*verramschen*“, „*verhökern*“

Ein weiterer Versuch, den Wert des Gemeinwohls zu definieren und damit die Bereitstellung öffentlicher Gelder für die Erfüllung dieser Aufgaben zu rechtfertigen, ist, diese anhand von Indikatoren wie z.B. ihrem Beitrag zum Hochwasser- oder Klimaschutz zu monetarisieren und ihren Wert somit den aufgewendeten Kosten entgegenzustellen.

4.5.2 Der Liberalisierungsdiskurs

Ein zweites zentrales Thema des Gesamtdiskurses über die Privatisierung des Landeswaldes Schleswig-Holsteins ist die Diskussion über die Rolle des Staates in der modernen Gesellschaft. Auch hier ist die Verschuldung des Landeshaushaltes und das Defizit des Landeswaldes Ausgangspunkt für die Debatte.

Von den Privatisierungsbefürwortern wird gefordert, die Leistungen des Staates auf die Kernaufgaben wie z.B. hoheitliche Aufgaben der Landesforstverwaltung zu reduzieren und alle anderen Aufgaben auf freie Märkte auszulagern, da diese dadurch genauso effektiv, aber kosteneffizienter ausgeführt werden könnten. Sie versuchen mit Hilfe der Story-Line „Privatisierung als Chance“ (vgl. 4.3.1.8) zu vermitteln, dass durch eine flexiblere Gestaltung der Forstbetriebe und eine privatwirtschaftliche Ausrichtung nicht nur Kosten für den Staat eingespart werden könnten, sondern auch eine nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes sichergestellt werden könne.

Die Verwendung des Begriffes Nachhaltigkeit sollte in diesem Kontext genauer erklärt werden, da sich auch hier, ähnlich wie beim Gemeinwohlbegriff, unterschiedliche Auslegungen zwischen einem sozialen, ökologischen und ökonomischen Schwerpunkt erkennen lassen. Während die Privatisierungsgegner mit Nachhaltigkeit hauptsächlich die ökologischen und sozialen Aspekte der Nachhaltigkeit ansprechen und den ökonomischen Aspekt in den Hintergrund rücken, spielt für die Privatisierungsbefürworter insbesondere die ökonomische Nachhaltigkeit der Waldbewirtschaftung eine zentrale Rolle.

Besonders im Kontext ökonomischer Nachhaltigkeit sehen die Privatisierungsbefürworter ein großes Verbesserungspotenzial in einer wirtschaftlicheren Ausrichtung des Landeswaldes.

Die Privatisierungsgegner sehen in der Privatisierung des Landeswaldes eine Einschränkung der durch den Staat geleisteten Wohlfahrtsfunktion. Der Staat habe aber weiterhin die Verantwortung, diese Wohlfahrtsfunktion für die Bevölkerung zu sichern.

Kernpunkt dieses Diskurses ist somit die Diskussion über das Grundverständnis von öffentlichen Leistungen und die Frage, inwiefern diese zu den „Grundbedürfnissen“ gehören, die der Staat den Bürgern garantieren muss d.h. inwiefern sie den Kernaufgaben des Staates zuzurechnen sind und somit von diesem gewährleistet werden müssen.

4.6 Gesamtkontext des Privatisierungsdiskurses

Die Debatte über die Rolle des Staates und die Möglichkeit einer Deregulierung wurde im Laufe der letzten Jahre in vielen Bereichen öffentlicher Verwaltungen diskutiert. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass immer wieder Vergleiche zu anderen Liberalisierungsdiskursen vorgenommen, Argumente übernommen und Lösungsansätze verglichen werden. Hier ist z.B. die Privatisierung der Unikliniken Schleswig-Holsteins zu nennen, die einen möglichen Verlauf einer „schleichenden“ Privatisierung, wie er von den Privatisierungsgegnern häufig befürchtet wurde, aufzeigt. Auch die Debatte über die Novellierung des Landeswaldgesetzes, die in Schleswig-Holstein 2004 geführt wurde und in diesem Jahr im Zuge einer erneuten Novellierung wieder geführt werden wird, beschäftigt sich mit den Aufgaben des Staates und der notwendigen Regulierung von Aufgaben des Waldes durch das Waldgesetz. Bei einem Vergleich der Diskurse zum Landeswaldgesetz und zur Privatisierung des Landeswaldes ist eine große Übereinstimmung der Argumentationen und eine Interdependenz der Diskurse erkennbar. Nicht zuletzt weil beide sowohl die Rolle des Staates in der Waldwirtschaft als auch die Bereitstellung von Gemeinwohlleistungen eingehend diskutieren.

Ein wichtiger Hinweis auf die Übernahme von Story-Lines aus anderen Diskursen ist der Gebrauch von Metaphern, die in anderen Diskursen geprägt wurden.

So entstammt z.B. die Metapher der Heuschrecke, die im Zusammenhang mit der Story-Line „Einzug des Kapitalismus“ verwendet wurde, der Kapitalismusdebatte, die vom SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering 2004 losgetreten und seitdem in Deutschland vehement geführt wurde.⁸⁶ Die Metapher der „Heuschrecken“ wird im politischen Sprachgebrauch abwertend für Private-Equity-Gesellschaften und andere Formen der Kapitalbeteiligung mit zu kurzfristigen oder überzogenen Renditeerwartungen wie z.B. Hedge-Fonds gebraucht.⁸⁷

Im Zusammenhang mit dem Thema Wald geriet dieses Bild der Heuschrecken auch durch die Vorstellung des Insektenschwarms der den Wald im wahrsten Sinne des Wortes „auffrisst“, sehr eindrücklich.

Ein weiteres Beispiel ist der Begriff der „Waldmaut“, über den in Anlehnung an die Diskussion über die Einführung einer Autobahnmaut für LKWs die Story-Line „Einschränkung der Nutzung öffentlicher Güter“ transportiert wurde.

Aber auch der im Zusammenhang mit der Privatisierung des Landeswaldes geführte Gemeinwohldiskurs bezieht sich auf Themen anderer Diskurse. Die Story-Line „der Wald ist ein schützenswertes Gut“ (vgl. 4.2.1.5) ist z.B. auch in den Diskursen über den Schutz der Urwälder wie dem tropischen Regenwald oder den Primärwäldern in Osteuropa und Asien, wiederzufinden. Die Begriffe „Raubbau“, „Kahlschlag“ und „Monokulturen“, die auch im Zusammenhang mit dem Landeswald Schleswig-Holstein verwendet wurden, vermitteln für viele ein Grundverständnis der nicht nachhaltigen Waldbewirtschaftung, welches besonders

⁸⁶Der SPD Vorsitzende hatte 2004 in einer Rede Privat-Equity-Gesellschaften und andere an schnellen Renditen ausgerichtete Unternehmensformen als „Heuschreckenschwärme“ bezeichnet.

⁸⁷Artikel Heuschreckendebatte. In: Wikipedia, die freie Enzyklopädie.

durch Kampagnen internationaler Umweltorganisationen gegen die Abholzung wertvoller Urwälder geprägt wurde.

Mit Hilfe dieser Beispiele soll die starke Vernetzung von unterschiedlichen Diskursen aufgezeigt werden und die zentrale Rolle von Story-Lines und Metaphern in der Konstruktion und Deutung gesellschaftlicher „Wirklichkeit“ verdeutlicht werden.

Bei der Analyse der verschiedenen Deutungsmuster wird deutlich, dass die jeweiligen Akteure die „Realität“ unterschiedlich konstruieren und sie sich somit je nach Sichtweise ganz unterschiedlich darstellt.

4.7 Kritische Reflektion der Diskursanalyse

Die Kombination von Dokumentenanalyse mit der Durchführung von Experteninterviews (*data triangulation*) hat sich als sehr vorteilhaft herausgestellt, weil sowohl durch die Analyse von Texten als auch durch die Auswertung von Gesprächen mit Schlüsselakteuren grundverschiedene Aspekte in die Diskursanalyse einfließen konnten.

Das persönliche Kennenlernen der Akteure in ihrem Umfeld gab zudem weitere Aufschlüsse über ihre persönlichen Grundeinstellungen und ihre Persönlichkeiten und es ermöglichte es bestimmte Argumentationsweisen besser nachzuvollziehen.

In diesem Zusammenhang wird jedoch auch die Subjektivität der Forschenden deutlich. Sowohl ihre persönliche Vorgeschichte als auch, und das wird besonders bei dem persönlichen Kontakt mit Akteuren deutlich, gegenseitige Anti- oder Sympathien und das jeweilige Menschenbild spielen bei der Analyse von Diskursen eine große Rolle. Die Forderung der Wissenschaft nach Selbstreflexion des Forschenden ist zwar sinnvoll, gerade bei einem so emotionalem Thema wie Wald in der Praxis jedoch nur bedingt realisierbar, weil viele Deutungen und Einstellungen dem Forschenden in der Regel nicht bewusst sind und seine Wahrnehmung selbst von verschiedenen Deutungsmustern geprägt ist. Um diesen Effekt abzuschwächen, scheint deshalb eine Bearbeitung durch verschiedene Forscher unbedingt empfehlenswert.⁸⁸

Als besondere Herausforderungen bei der Diskursanalyse sind die Reduzierung des umfangreichen Materials und die umfassende schriftliche Darstellung eines sehr komplexen Sachverhalts anzuführen. Im Rahmen dieser Arbeit wurde versucht, die Vorgehensweise und die Ergebnisse so transparent darzustellen, dass die gezogenen Schlüsse für den Leser nachvollziehbar sind.⁸⁹ Dabei konnte eine gewisse Redundanz der angesprochenen Themen nicht vermieden werden. Es wurde so versucht, dem Anspruch der Diskursanalyse gerecht zu werden; soziale Kontexte und diskursive Praktiken entsprechend darzustellen.

Eine weitere Schwierigkeit stellte es dar, während der Untersuchung des Diskurses immer nur den Diskurs als solche zu betrachten und die persönlichen Hintergründe der einzelnen Akteure außen vor zu lassen. Dabei drängten sich der Forschenden immer wieder die Fragen

⁸⁸ Vgl. *investigator triangulation* nach DENZIN 1970.

⁸⁹ Bei vielen Beispielen von Diskursanalysen in der Literatur wird diese Darstellung vernachlässigt; die von den Autoren gezogenen Schlüsse klingen zwar plausibel, sind aber nicht immer nachvollziehbar.

nach dem „Wie ist es ‚wirklich‘?“ oder „Welches könnte die ‚richtige‘ Lösung zu dem Problem sein?“ auf. Die Besinnung auf den konstruktivistischen Grundgedanken der Diskursforschung und der Fokus auf sprachlichen Aspekten und Deutungsmustern und nicht auf Argumenten und Akteuren als solche bedürfen einer gewissen Übung, da sie eine andere Sicht auf die „Wirklichkeit“ erfordern.

Vor diesem Hintergrund beeinflusst auch das jeweilige normative Grundverständnis des Forschers/ der Forscherin die Betrachtungsweise. Trotz der Bemühungen um Objektivität ist es unvermeidlich, dass diese Arbeit einen Teil der persönlichen Wahrnehmung der „Wirklichkeit“ der Autorin reflektiert. Die starke Betonung des Gemeinwohlaspektes im Gegensatz zum weniger intensiv beleuchteten Liberalisierungsaspekt lässt auf eine tendenziell sozial-ökologische Ausrichtung der Forscherin schließen.

In diesem Zusammenhang ist auch der konstruktivistische Ansatz der Diskursanalyse kritisch zu hinterfragen, der annimmt, dass das individuelle Meinungsbild wesentlich von einer in gesellschaftlichen Kommunikationsprozessen konstruierten Wirklichkeit geprägt ist. Der Mensch wird in diesem Kontext zuallererst als Teil eines sozialen Systems wahrgenommen, weniger als ein aufgrund persönlicher Erfahrungen geprägtes Individuum. Dieser Ansatz konnte während der Untersuchung der Fallstudie Schleswig-Holstein nur bedingt bestätigt werden, da es neben den durch den Diskurs geprägten Argumentationsmustern und Praktiken auch immer wieder persönliche, im Diskurs nicht aufgenommene Motive gab, die vermutlich wesentlich auf die Argumentation und Handlung einzelner Akteure eingewirkt haben und einen wesentlichen Einfluss auf Entscheidungen hatten.⁹⁰

Ein überzeugter Konstruktivist würde hier sicherlich anführen, dass auch diese „persönlichen“ Motive ihren Ursprung in gesellschaftlicher Wirklichkeitsdeutung haben. Die Frage ist dann nur, ob es, wenn alle menschlichen Wahrnehmungen auf gesellschaftlicher oder sprachlicher Konstruktion der Wirklichkeit beruhen, sinnvoll ist, überhaupt einen Unterschied zwischen individueller Realität und Konstruktion vorzunehmen.

Dennoch birgt der Ansatz der Diskursanalyse großes Potenzial, die Prozesse der gesellschaftlichen Meinungsbildung zu untersuchen und gewisse Muster zu erkennen. Er scheint deswegen ein passendes Instrument für die Untersuchung der Entstehung gesellschaftlicher Meinungsbilder zu sein.

⁹⁰In Kapitel 5.2.1 wird ausführlicher auf die Rolle persönlicher Motive eingegangen.

5 Diskussion der Methoden

5.1 Dokumentensammlung

Die Auswahl der Dokumente erfolgte zunächst über das Internet, wo eine große Anzahl verschiedenster Dokumente zum Thema verfügbar waren. Nach einiger Recherchearbeit zeigte sich jedoch, dass sich nur bestimmte Akteure in diesem Medium intensiv zum Thema äußerten und weder das gesamte Meinungsspektrum, noch das Spektrum der beteiligten Akteure ausreichend erfasst werden konnte. Deswegen wurde neben der Internetrecherche gezielt auch in Verbandszeitschriften nach Beiträgen zum Thema gesucht und einzelne Akteure wurden auf zusätzliches Material angesprochen. Als Nachteil der Internetrecherche ist die Unübersichtlichkeit der Daten zu nennen. Bei den online-Archivrecherchen der Zeitungen und Zeitschriften ist zudem herauszustellen, dass kein Anspruch auf Vollständigkeit der Dokumente erhoben werden kann, weil die Redaktionen der entsprechenden Zeitungen in den Internetarchiven nicht alle Artikel veröffentlichten. Dieser Nachteil musste jedoch aufgrund der begrenzten zeitlichen und finanziellen Rahmenbedingungen dieser Arbeit in Kauf genommen werden. Die Recherche in Fachzeitschriften gestaltete sich dank der vorhandenen Möglichkeiten des Zugriffs auf Bibliotheksarchive wesentlich unkomplizierter.

Durch die Berücksichtigung von Positionspapieren und Stellungnahmen der Akteure als auch Regierungsdrucksachen und Beiträgen der regionalen und überregionalen Medien konnte ein weites Spektrum an Akteuren ermittelt und die Übernahme einzelner Themen oder Argumente durch andere Stakeholder zurückverfolgt werden. Auch die Repräsentanz des Themas Privatisierung von Landeswald in den jeweiligen Internetseiten der Akteure ließ Rückschlüsse auf die Behandlung des Themas und die Strategien der Öffentlichkeitsarbeit zu. Im Rahmen dieser Arbeit konnte auf diesen Aspekt jedoch nicht gesondert eingegangen werden, weil eine ausführliche Medienanalyse im gegebenen Zeitraum nicht realisierbar war.

5.2 Experteninterviews

Der Leitfaden für die Experteninterviews wurde während der Dokumentensammlung entwickelt und konnte deshalb auf einigen Ergebnissen der Dokumentenanalyse aufbauen.

Die Interviews dienten in diesem Zusammenhang nicht nur der Ergründung von wichtigen Zusammenhängen und Interaktionen zwischen den Akteuren, sondern ermöglichten auch das konkrete Erfragen von Informationen, die über die Dokumentenanalyse nicht eingehend ermittelt werden konnten. Besonders wichtig waren in diesem Zusammenhang Informationen über Veranstaltungen, Protestkundgebungen und Gespräche und deren Resonanz sowohl in der Öffentlichkeit als auch in politischen Kreisen.

Die im Vorfeld durchgeführten Sondierungsinterviews waren hilfreich, weil sie es ermöglichten, weitere Schlüsselakteure zu ermitteln - insbesondere solche, die nicht in der öffentlichen oder politischen Debatte vertreten waren. Auch wurden in diesen Vorabinterviews einzelne weitere Themen angesprochen, die anschließend im Leitfaden aufgegriffen wurden.

Der Interviewleitfaden wurde gemäß der Fragestellung dieser Arbeit und den Prinzipien der Diskursanalyse, möglichst offen gestaltet. Mit einer sehr freien Einstiegsfrage bekam der Befragte nicht nur die Möglichkeit, Themen anzusprechen, die ihm besonders wichtig erschienen, es stellte sich durch dieses „Reden lassen“ und einfache Zuhören des Interviewers auch ein gewisses Vertrauensverhältnis ein, welches eine angenehmere Gesprächsatmosphäre schaffte und die Interviewten veranlasste, ausführlicher und offener auf die Fragen zu antworten. Auch die Abschlussfrage sollte ermöglichen, weitere Themen anzusprechen, die im Interview nicht zur Sprache kamen. In den meisten Fällen hatten die Befragten jedoch nichts Wesentliches hinzuzufügen.

Ein interessantes Phänomen war jedoch, dass die Befragten nach Ausschalten des Aufnahmegerätes in der Regel noch einmal einzelne Punkte ansprachen, die sie als vertraulich erachteten und nicht dokumentiert haben wollten. Dabei ging es insbesondere um Fragen der Informationsbeschaffung und der Einschätzung anderer Akteure. Diese Tatsache weist nach Ansicht der Verfasserin auf die politische Brisanz des Themas hin; auch während der Interviews wurden immer wieder Informationen gegeben, die mit der Bitte um absolute Diskretion verbunden waren.

Die ausgewählten Experten waren mit zwei Ausnahmen bereit und interessiert, an einem Interview teilzunehmen. Dabei war die Aktualität des Themas sicherlich ein ausschlaggebender Faktor. Da es sich bei allen Interviewpartnern um Personen handelte, die dieses Thema als wichtig einstufen, waren sie bereit, ausführlich über den Diskurs Auskunft zu geben. Auch die Auswahl der Experten zeigte sich als gelungen, weil ein breites Spektrum unterschiedlicher Sichtweisen abgedeckt werden konnte. Es wäre jedoch wünschenswert gewesen, noch einen Vertreter der Privatisierungsbefürworter zu befragen. Leider konnte die angesprochene Vertreterin des Finanzministeriums nicht für ein Interview gewonnen werden. Auch die angefragten Revier- und Forstamtsleiter standen nicht für ein Interview zur Verfügung, weil sie Sanktionen ihrer Vorgesetzten befürchteten.

Diese Tatsache ist im Zusammenhang dieser Arbeit sehr bedauerlich, weil gerade die Forstleute in der Praxis wichtige Akteure in dieser Debatte darstellen, sich aber in der Öffentlichkeit wenig äußern konnten.

Im Nachhinein konnte zudem festgestellt werden, dass es aufschlussreich gewesen wäre, einen Vertreter der lokalen Tageszeitungen zum Thema zu befragen, um Auswahlmechanismen der Berichterstattung und weitere Hintergründe zu erfahren. Die Medienvertreter sind jedoch von der Forschenden zu spät als wichtige Akteure im Privatisierungsdiskurs erkannt worden.

5.3 Auswertungsverfahren

Die bei der Auswertung angewendete Vorgehensweise zur Analyse von Diskursen nach KELLER hat sich durch ihre induktive Herangehensweise und die Flexibilität während des Auswertungsprozesses als hilfreich erwiesen. Gerade mit Blick auf die Verschiedenartigkeit der Datenquellen war es notwendig, die gebildeten Kategorien immer wieder zu überprüfen und zu verändern. Da dieses Vorgehen jedoch wenig konkrete Anweisungen zur Feinanalyse der Texte gab, wurde zudem die Qualitative Inhaltsanalyse nach MEUSER/ NAGEL als methodische Grundlage hinzugezogen.

Die Auswertung der Interviews mit einem computergestützten Auswertungsverfahren war zwar für eine übersichtliche Darstellung und einen schnellen Zugriff auf einzelne Textpassagen hilfreich, stellte sich aber als wenig flexibel bei der Überarbeitung und Anpassung der Kategorien heraus. Außerdem erreicht das Software-Programm MAXQDA 2007 rasch seine Grenzen bei den Auswertungsschritten, die über eine Einteilung und Systematisierung einzelner Textpassagen in Kategorien/ Codes hinausgehen.

6 Ausblick

Die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit haben gezeigt, dass die Zukunft des Landeswaldes nicht nur ein politisch aktuelles Thema darstellt, sondern vielmehr die Bevölkerung auch direkt betrifft. Dieses öffentliche Interesse ist aber für die Erarbeitung konkreter Handlungsoptionen bisher nicht konstruktiv genutzt worden. Vielmehr wurden Entscheidungen weiterhin in internen Regierungskreisen gefällt und anschließend in der Öffentlichkeit verkündet. Im Fall Schleswig-Holstein besteht zudem durch das Bündnis Wald ein breites Bündnis an Experten aus verschiedenen Bereichen, die ihre Zusammenarbeit auch über unterschiedliche Ausrichtungen hinweg positiv gestaltet haben und die aktiv in die Entscheidungsfindung miteinbezogen werden könnten.

Die Debatte über die Privatisierung des Landeswaldes hat aber auch gezeigt, dass es sich um ein sehr emotional besetztes Thema handelt, welches besonders in der Öffentlichkeit oft eher plakativ diskutiert wurde. Der Diskurs ist in weiten Teilen geprägt von Unsicherheit, weil weder zu den Kosten/ Leistung – Beziehungen der Gemeinwohlaufgaben, noch zu den tatsächlichen Auswirkungen einer Privatisierung oder der Änderung der Rechtsform auf den Wald mit seinen vielfältigen Funktionen gesicherte Informationen vorliegen. Vielmehr wird es in vielen Fällen den Beteiligten überlassen, über mögliche Auswirkungen einer Privatisierung oder Rechtsformänderung zu spekulieren. Auch der im Diskurs häufig angeführte Vergleich zwischen privatem und staatlichem Waldeigentum wird nicht anhand stichhaltiger Argumente durchgeführt, sondern basiert vielmehr auf der jeweiligen Grundeinstellung der Akteure gegenüber der Rolle des Staates und den potenziellen Chancen einer freien Marktwirtschaft in unserer Gesellschaft. Es wäre in diesem Zusammenhang empfehlenswert, anhand der Beispiele solcher Bundesländer, die bereits diesen oder einen ähnlichen Schritt gegangen sind, Stärken und Schwächen der jeweiligen Systeme herauszuarbeiten und die Auswirkungen auf die Bereitstellung von Gemeinwohlleistungen des Waldes zu analysieren.

Das Beispiel Schleswig-Holstein zeigt hier, welchen Einfluss die diskursive Auseinandersetzung auf die Entstehung eines gesellschaftlichen Meinungsbildes nimmt. Es wurde aber auch deutlich, dass diese Diskurse auch mit Informationen gespeist werden müssen, die es den Beteiligten ermöglichen, neue Aspekte einzubringen und darauf aufbauend Handlungsoptionen zu entwickeln. Die Bereitstellung solcher Hintergrundinformationen ist nicht nur Aufgabe von Fachexperten aus der Praxis, sondern auch der Wissenschaft.

Nicht nur in Schleswig-Holstein bleibt die Debatte über eine Reorganisation der Landesforstverwaltung aktuell. Auch in anderen Bundesländern wird immer wieder über neue Organisations- und Rechtsformen diskutiert, wie dies z.B. die aktuelle Debatte in Baden-Württemberg zeigt.

Es ist anzunehmen, dass es sich auch in den anderen Bundesländern um ähnliche Grundsatzdebatten handelt, die die gleichen Story-Lines verwenden. In diesem Zusammenhang wäre es interessant, die jeweiligen Diskurse zu untersuchen und Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten.

7 Zusammenfassung

In der vorliegenden Arbeit wird der Diskurs über die Privatisierung des Landeswaldes Schleswig-Holstein untersucht. Ziel ist es, die gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge, den diskursiven Kontext und die Argumentationen der Akteursgruppen, herauszuarbeiten sowie deren Strategien zu beleuchten, auf die Entscheidungsprozesse Einfluss zu nehmen. Weiterhin werden die Besonderheiten des Diskurses über die Privatisierung des Landeswaldes Schleswig-Holstein analysiert und der Diskurs in einen weiteren Kontext gestellt.

Ausgangspunkt der aktuellen Debatte über den Landeswald Schleswig-Holstein war der Vorschlag der Landesregierung im Januar 2006, die Privatisierung⁹¹ des Landeswaldes zu prüfen. Die Regierung sah vor, mit einem Verkauf sowohl den jährlichen Zuschuss für den Landeswaldes in Höhe von 10 Mio. Euro zu reduzieren als auch mit dem Verkaufserlös den stark defizitären Landeshaushalt zu konsolidieren. Zudem war im Falle einer Privatisierung die Übernahme eines Großteils des Personals durch den neuen Eigentümer vorgesehen.

Diese Ankündigung der Landesregierung, den Verkauf des Landeswaldes zu prüfen, stieß sowohl in der Politik als auch in der Öffentlichkeit auf große Kritik und führte in den Folge Monaten zu intensiven Diskussionen über die Zukunft des Landeswaldes.

Zur Beschreibung der Argumentationsstrukturen der Akteure und zur Darstellung des diskursiven Kontexts wurde mit der argumentativen Diskursanalyse nach HAJER ein politikwissenschaftliches Forschungsprogramm gewählt, das, basierend auf einem konstruktivistischen Grundverständnis, einen Schwerpunkt auf die Analyse und Rekonstruktion der politischen gesellschaftlichen Meinungsbildung setzt. Besonders der Sprache als Medium der Kommunikation wird in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle zugesprochen, weil die beteiligten Akteure mittels sprachlichen Konstrukten, Metaphern und Bildern innerhalb der Diskurse agieren, reagieren und Diskurskoalitionen bilden. Ein wichtiger diskursiver Mechanismus ist hierbei der Gebrauch von Story-Lines, die komplexe Probleme in knappe Statements verkürzen und somit die Kommunikation zwischen den Akteuren erleichtern. Mit Hilfe von Bildern und Metaphern können so Positionen und Deutungen transportiert werden. Die Produktion und Reproduktion dieser Story-Lines innerhalb eines Diskurses kann zudem Aufschluss über den Erfolg eines Akteurs im diskursiven Feld geben (vgl. 2.4).

Als Erhebungsverfahren wurde eine Dokumentensammlung durchgeführt, die sowohl Informationen über die Positionierung der einzelnen Akteure als auch über den Kontext des Diskurses und weitere diskursive Praktiken geben konnte. Um jedoch zusätzliche Hintergrundinformationen und Einschätzungen der Interaktion verschiedener Akteure zu erhalten, wurden außerdem qualitative Experteninterviews durchgeführt. Anschließend wurden die Daten anhand der Vorschläge zur Vorgehensweise bei der Diskursanalyse nach KELLER und der Qualitativen Inhaltsanalyse nach MEUSER/NAGEL ausgewertet (vgl. 3.2).

⁹¹ Gemeint ist hier die materielle Privatisierung, ausführlicher siehe Kap. 1.2.2.

Besonderes Anliegen dieser Arbeit ist es einen breiten Überblick über die verschiedenen sowohl kontextuellen als auch thematischen Ebenen des Diskurses zu geben. Aus diesem Grunde wird im ersten Teil des Kapitels Diskursanalyse (vgl. 4.1) der zeitliche Ablauf, der politische und der öffentliche Kontext (vgl. 11.3 und 11.4), sowie die Positionierung der Akteure (vgl. 4.2) dargestellt, während im zweiten Teil die diskursiven Mechanismen (vgl. 4.3), die Strategien der Akteure (vgl. 4.4) und der Diskurs als solcher (vgl. 4.5) genauer beleuchtet wurden. Abschließend wird die Vorgehensweise der Diskursanalyse kritisch reflektiert (vgl. 4.6).

Die beteiligten Akteure konnten zwei unterschiedlichen Koalitionen zugeordnet werden. Die Pro-Privatisierungskoalition sprach sich für eine Privatisierung des Landeswaldes aus, während die Contra-Privatisierungskoalition sowohl einen Verkauf als auch die Überführung der Landesforstverwaltung in eine privatrechtliche Rechtsform strikt ablehnte (vgl. 4.2.5).

Um ihre jeweiligen Argumentationen zu unterstützen, wurden von den Koalitionen elf verschiedene Story-Lines verwendet, die sich auf die jeweilige Story-Line der anderen Koalition beziehen (vgl. 4.3.1 und 4.3.2). Zudem werden weitere diskursive Mechanismen erarbeitet (vgl. 4.3.3) wie z.B. das *Black boxing* (vgl. 4.3.3.3), welches Aspekte eines Themas beschreibt, die in der Verkürzung der Probleme als Story-Lines sozusagen „in der schwarzen Kiste verschwinden“ d.h. nicht weiter Gegenstand der Diskussion sind. Im Rahmen des Privatisierungsdiskurses wurde dieser Mechanismus besonders bei der Behandlung der Rechtsformen deutlich. Die Akteure positionierten sich zwar zu den jeweiligen Organisationsformen, aber nur den wenigsten waren die genauen Details der jeweiligen Rechtsform bekannt. Dem *Bedürfnis nach Sinneserfahrungen* (vgl. 4.3.3.2) wurde im Privatisierungsdiskurs dahingehend entsprochen, dass die Akteure immer wieder die Möglichkeit persönlicher Kontakte und Erfahrungen durch Gespräche, Exkursionen oder Symposien nutzten, um das Vertrauen und die damit verbundene Glaubwürdigkeit bei den Entscheidungsträgern zu gewinnen.

Vor dem Hintergrund der wichtigen Rolle der Sprache bei der Diskursanalyse wurden außerdem rhetorische Besonderheiten des Privatisierungsdiskurses dargestellt (vgl. 4.3.3.5).

Die Pro-Privatisierungskoalition sieht im Landeswald vorrangig einen Wirtschaftsbetrieb, der zwar auch Gemeinwohlaufgaben zu erfüllen hat, aber stärker nach wirtschaftlichen Zielrichtungen ausgerichtet werden müsse und hält in diesem Kontext ein Defizit langfristig nicht für akzeptabel. Die Privatisierung oder Rechtsformänderung wird als Chance bewertet, die betrieblichen Prozesse flexibler zu gestalten und das Defizit auszugleichen. In der öffentlichen Debatte über die Zukunft des Landeswaldes sehen die Privatisierungsbefürworter die Gefahr, dass das Thema zu unsachlich und emotional diskutiert werden wird und halten deshalb die Erarbeitung von Handlungsoptionen innerhalb eines engen Regierungs- und Expertenkreises für sinnvoller, um zu einer tragfähigen Lösung zu kommen.

Die Contra-Privatisierungskoalition sieht den Landeswald hingegen vorrangig als Bürgerwald und schützenswertes Gut. Die Sicherung und Finanzierung der von der Forstwirtschaft bereitgestellten Gemeinwohlleistungen werden der Verantwortung des Staates zugeordnet und eine Reduzierung dieser Leistungen auch vor dem Hintergrund der hohen Haushaltsverschuldung des Landes für nicht angemessen befunden. Die dominant erwerbswirtschaftliche

Ausrichtung der Landesforstverwaltung würde gezwungenermaßen zu einer Reduzierung der Gemeinwohlleistungen führen. Zentrale Forderung der Pro-Privatisierungskoalition ist zudem, die Öffentlichkeit in die Entscheidungsfindung einzubeziehen.

Anschließend werden die Strategien der Akteursgruppen analysiert, die genutzt werden, um die jeweilige Sicht der Dinge durchzusetzen. Dabei wird deutlich, dass die Privatisierungsbefürworter versuchen, ihre Argumentationen als besonders sachlich und distanziert darzustellen, um glaubhaft zu sein, während die Privatisierungsgegner die Emotionalität des Themas nutzen und somit versuchen, die persönliche Betroffenheit der Menschen durch eine Privatisierung des Waldes hervorzuheben (vgl. 4.4).

In dem untersuchten Privatisierungsdiskurs können zwei zentrale Diskursstränge identifiziert werden. Der erste Diskursstrang behandelt das Thema Gemeinwohlleistungen und fragt nach deren Finanzierung und Bereitstellung für die Zukunft. In diesem Zusammenhang wird auch der Versuch gemacht, den Wert für diese Leistungen darzustellen. Es werden Strategien gesucht, um Gemeinwohlleistungen auch monetär bewerten und somit auch in die finanzpolitische Debatte einbringen zu können. Im zweiten Diskursstrang, dem Liberalismuskurs, wird die Rolle des Staates in unserer Gesellschaft hinterfragt und in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der Bereitstellung öffentlicher Leistungen durch den Staat diskutiert (vgl. 4.5).

Abschließend kann festgestellt werden, dass es bei dem Privatisierungsdiskurs zahlreiche Vernetzungen zwischen Diskursen aus den verschiedensten Kontexten gibt. Neben Überschneidungen mit den aktuellen Diskursen zur Privatisierung öffentlicher Güter und zur Kapitalismusdebatte wird auch ein Bezug zum Diskurs zum Schutz der Urwälder deutlich (vgl. 4.6).

8 Summary

This publication attempts to analyse the discussion about the privatisation of the state forest in Schleswig-Holstein. The goal was to determine the political and social influences, as well as strategies and decision making processes involved in the proposal of such a transaction.

The debate began in January 2006 as the state of Schleswig-Holstein suggested the privatisation of its forest. It was seen as a necessary step to reduce the 10 million Euro budget needed for its yearly upkeep, and also a chance to curb the ever rising state deficit. In the event of such a transaction, however, it was envisioned that almost the entire forestry staff would be accepted by the new owner.

The official disclosure of the state's intention to sell the forest met with immediate criticism from politicians as well as the general public, fuelling a heated discussion in the following months over the future of the forest.

To describe the argumentation structure of the leading protagonists and to reveal the discourse context, an argumentative discourse analysis was carried out using the political science research programme after HAJER. Based on the constructivism perception, an analysis and reconstruction of the political community's opinion was made possible. Especially the language plays an essential role, since it is through the medium of language with its constructs, metaphors and illustrations, that stakeholders are allowed to act and react and build discourse coalitions. An important discourse mechanism used is that of story-lines, the shortening of complex problems into pointed precise statements, thereby facilitating easier communication between stakeholders. With the help of illustrations and metaphors, positions and interpretations can be transported. The production and reproduction of such story lines within a discourse can influence the eventual success of a stakeholder's position.

To select the data necessary for this project, a task of document collection was undertaken, which would unearth information over the positioning of the individual stakeholders as well as reveal the context of the discourse and provide further insight into discourse methods. However, to attain additional background information and assess the interaction of different stakeholders, qualitative expert interviews were also conducted. Finally the collected data were analysed following the procedures of a discourse analysis proposed by KELLER and a content analysis described by MEUSER/NAGEL (see 3.2).

Of particular importance in this work is the opportunity to provide a broad overview of the different contexts and thematic levels of the discourse. For this reason, the first section of the presented results records the chronological development (see 4.1) and the positioning of the stakeholders (see 4.2), while the second section explores in more depth the discourse mechanisms (see 4.3), the stakeholders' strategies (see 4.4) and the discursive context (see 4.5). In annex 11.3 and 11.4 are the political and media contexts are considered more closely considered.

The participating stakeholders can be organised into two different coalitions. The pro-privatisation coalition, who champion the privatisation of the forest, and the contra-privatisation coalition, who reject the sale of the forest as well as any negotiation culminating in the forest being governed by private laws (see 4.2.5). To support their respective arguments, both coalitions have created eleven different story-lines, each challenging the story-line of the opposing coalition (see 4.3.1 and 4.3.2). In addition, further discourse mechanisms were utilized (see 4.3.3), e.g. that of *Black boxing* (see 4.3.3.3), which describes a particular aspect of a theme that disappears “into the black box” during the compression of the problem into a story-line i.e. a topic that is no longer relevant to the discussion. This mechanism was conspicuous in dealing with the laws governing the privatisation discourse. The stakeholders aligned themselves with the respective organisation forms, but were not aware of the details pertaining to the law. Instead an attempt was made to appeal to the senses of the stakeholders (see 4.3.3.2) by presenting them ever so often with opportunities for personal contact, interactive conversations, excursions and symposiums, so as to appear credible and thereby win the trust of the decision makers.

Based on the important role of language in the discourse analysis, rhetoric peculiarities of the privatisation discourse were also presented (see 4.3.3.5).

The pro-privatisation coalition views the forest firstly as a business. Although providing social benefits, it should be oriented more strongly towards economic goals. A long term deficit proves unacceptable in their eyes. They see the privatisation and the alteration of the forest’s legal status as a chance to provide commercial flexibility and hence to balance the budget. Privatisation supporters sense the danger of the topic being sensationalised if opened to public debate and thus recommend the future of the forest to be determined within the parliament by a small circle of experts who would be entrusted with supplying a feasible solution.

The contra-privatisation coalition on the other hand views the forest first of all as the people’s forest and a valuable commodity worth protecting. Ensuring that the forest meets the social needs of the community is seen entirely as the responsibility of the state, and a failure to do so on the basis of lack of funds is intolerable. The streamlining of the forest into a lean profit oriented business will inevitably lead to the reduction of these vital social attributes. The contra-privatisation coalition welcomes the public to participate in the decision making process.

In the following segment analysed the strategies employed by the stakeholders in proposing their respective points of view are discussed. Once again it was obvious that the privatisation advocates attempted to argue in a rational and factual fashion with the aim of gaining credibility, while the Privatisation opponents exploited the emotionality of the theme highlighting degradation of quality of life as a result of to the privatisation of the forest (see 4.4).

On investigating the privatisation discourse, two major discourse lines were identified. The first dealt with the social function of the forest and inquired for potential sponsors for the future. In so doing an attempt was also made to establish the monetary value of such community work, thereby actively involving them in a financial politics debate. The second

discourse line addressed the liberalisation topic; questioning the role of the state in our society and the necessity for state run services (see 4.5).

In closing, it can be said that this privatisation discourse is linked with discourses from other contexts in several ways. Apart from similarities with the current debate over privatisation of public goods and capitalism, it can also be linked to the discourse about the protection of the rainforests (see 4.6).

9 Dokumentensammlung

(Die angegebenen Internetlinks wurden am 10.05.2007 auf Aktualität überprüft)

Abschlussbericht der Projektgruppe Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung im Finanzministerium (Schlie-Bericht)

01/2006, Klaus Schlie, Finanzministerium Schleswig-Holstein; http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Aktueller_20Bestand/FM/Information/abschlussbericht__verwmodernisierung.html

Antrag der Fraktion der FDP,

Drucksache 16/649, 16. Wahlperiode, 28.02.2006: „Erhalt des Landeswaldes“, Schleswig-Holsteinischer Landtag; <http://www.lvn.parlanet.de/infothek/wahl16/drucks/0600/drucksache-16-0649.pdf>

Antrag der Fraktionen FDP, Bündnis 90/die Grünen und SSW,

Drucksache 16/782, 16. Wahlperiode, 15.05.2006: „Erhalt des Staatsforstes Christianslust“, Schleswig-Holsteinischer Landtag; <http://www.lvn.parlanet.de/infothek/wahl16/drucks/0700/drucksache-16-0782.pdf>

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/die Grünen, FDP und SSW,

Drucksache 16/954, 16. Wahlperiode, 24.08.2006: „Verkauf des Landeswaldes“, Schleswig-Holsteinischer Landtag; <http://www.lvn.parlanet.de/infothek/wahl16/drucks/0900/drucksache-16-0954.pdf>

Antrag der Fraktion der FDP,

Drucksache 16/950, 16. Wahlperiode, 05.09.2006: „Forst- und Holzwirtschaft in Schleswig-Holstein“, Schleswig-Holsteinischer Landtag; <http://www.lvn.parlanet.de/infothek/wahl16/drucks/0900/drucksache-16-0950.pdf>

Arbeitsgemeinschaft Naturnahe Jagd

(18.08.2006): „Kahlschlag droht, fressen Heuschrecken den Landeswald?“, Helmut Neu <http://www.agnj-sh.de/brennpunktepresse/fressenheuschreckendenlandeswald/index.html>

Artikel Heuschreckendebatte. In: Wikipedia, die freie Enzyklopädie

Bearbeitungsstand: 5. Mai 2007, 16:00 UTC. URL: <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Heuschreckendebatte&oldid=31399533>

BDF,

09/2006: Memorandum „Zur Zukunft des öffentlichen Waldes in Schleswig-Holstein“; <http://schleswig-holstein.nabu.de/imperia/md/content/schleswigholstein/gutachtenstellungnahmen/memorandum-bdf-landeswald2006.pdf>

BDF,

08.01.2006: „Staatswaldverkauf in Schleswig-Holstein. Staatswald ist Bürgerwald“, Presseerklärung, <http://www.bdf-online.de/uploads/media/BDF-PM080106.pdf>

BDF,

15.01.2006: „Waldmaut – der Wald ist für alle Menschen da“, Presseerklärung; <http://www.bdf-online.de/uploads/media/BDF-PM150106.pdf>

Bericht der Landesregierung: 6.Forstbericht,

Berichtszeitraum 1998-2002, Drucksache 15/3210, Schleswig-Holsteinischer Landtag, 15.Wahlperiode; http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Aktueller_20Bestand/MLUR/BerichtGutachten/PDF/Forstbericht__6,property=pdf.pdf

Bericht der Landesregierung: Organisations- und Rechtsformprüfung in der Forstwirtschaft,
03.10.2001, Drucksache 15/1321, Schleswig-Holsteinischer Landtag, 15.Wahlperiode;
<http://www.lvn.parlanet.de/infothek/wahl15/drucks/1300/drucksache-15-1321.pdf>

Bericht der Landesregierung: Forst- und Holzwirtschaft in Schleswig-Holstein,
Drucksache 16/1071, 16. Wahlperiode, 15.11.2006: Schleswig-Holsteinischer Landtag;
<http://www.lvn.parlanet.de/infothek/wahl16/drucks/1000/drucksache-16-1071.pdf>

BUND,

14.09.2006: „Landtagsdebatte: Starkes Bekenntnis der SPD zum Landeswald“,
Presseinformation Nr.36, Kiel; [http://www.bund-sh.de/Envolution/modules.php?op=modload
&name=News&file=article&sid=169](http://www.bund-sh.de/Envolution/modules.php?op=modload&name=News&file=article&sid=169)

Bündnis 90/die Grünen,

01.03.2006: „Ein Schlie-Bürgerstreich – oder was der Zauberlehrling Schlie wirklich berichtet
hat“, Grüne-Fraktion Schleswig-Holstein; www.sh.gruene-fraktion.de

Bündnis 90/die Grünen,

06/2006: „Hände weg vom Landeswald“, Marlies Fritzen, Grüne Welle, das Magazin für grüne
Politik in Schleswig-Holstein, S.3; www.sh.gruene-fraktion.de

Bündnis 90/die Grünen,

09/2006: „Stoppt den Waldverkauf – der Wald gehört uns allen“, Marlies Fritzen, Detlef
Matthiessen. Handzettel zur Unterschriftensammlung; www.sh.gruene-fraktion.de

Bündnis Wald,

15.06.2006: „Zukunft des Waldes“, offener Brief an den Ministerpräsidenten; Buendnis-
Wald@NABU-SH.de

Bündnis Wald,

19.06.2006: „Erholung, Naturschutz, Umweltbildung, naturnaher Waldbau: Der Landeswald
muss unser aller Wald bleiben!“, Gemeinsame Erklärung zum Landeswald; [http://schleswig-
holstein.nabu.de/imperia/md/content/schleswigholstein/gutachtenstellungennahmen/buendnis-
wald4.pdf](http://schleswig-holstein.nabu.de/imperia/md/content/schleswigholstein/gutachtenstellungennahmen/buendnis-wald4.pdf)

Bündnis Wald,

08/2006 : „Erholung, Naturschutz, Umweltbildung, naturnaher Waldbau: Unser Landeswald
mehr als eine Holzfabrik!“; Handzettel, Buendnis-Wald@NABU-SH.de

Bündnis Wald, 13.10.2006: „Rückzug beim Verkauf des Landeswaldes - Nur eine Mogelpackung“,
Pressemitteilung; [http://schleswig-holstein.nabu.de/modules/pressteservice_schleswig_holstein/
index.php?show=100&](http://schleswig-holstein.nabu.de/modules/pressteservice_schleswig_holstein/index.php?show=100&)

Bündnis Wald, 07.12.2007: „Zukunft des schleswig-holsteinischen Landeswaldes:
Hintergrundinformationen zur Diskussion; [http://schleswig-holstein.nabu.de/imperia/md/
content/schleswigholstein/gutachtenstellungennahmen/landeswald-hintergrund.pdf](http://schleswig-holstein.nabu.de/imperia/md/content/schleswigholstein/gutachtenstellungennahmen/landeswald-hintergrund.pdf)

Bündnis Wald,

20.02.2007, Experteninterview zur Privatisierung des Landeswaldes, unveröffentlicht

CDU,

26.11.2004: „Das will die CDU“, Kapitel 1.2 Wald und Forstwirtschaft, Wahlprogramm der
CDU vor den Landtagswahlen 2005; [http://landesverband.cdu-sh.de/mediadb/231901/231902/
AgrarUmweltEnd.pdf](http://landesverband.cdu-sh.de/mediadb/231901/231902/AgrarUmweltEnd.pdf)

CDU,

21.02.2007, Experteninterview zur Privatisierung des Landeswaldes, unveröffentlicht

Forstamtsleiter,

25.01.2007, Experteninterview zur Privatisierung des Landeswaldes, unveröffentlicht

Gollnest & Kiesel KG,

(Veröffentlichung unbekannt): „Der Landeswald darf nicht verscherbelt werden“, Handzettel mit Verbraucherinformationen

Gollnest & Kiesel KG,

(Veröffentlichung unbekannt): „Wir pflanzen jedem neugeborenen Kind in Schleswig-Holstein einen Baum.“; <http://www.handelshaus-goki.de/presse/index.htm>

Gollnest & Kiesel KG,

(Veröffentlichung unbekannt): „Privatisierung von Staatswald in Schleswig-Holstein.“; <http://www.handelshaus-goki.de/presse/index.htm>

Gollnest & Kiesel KG, (Veröffentlichung unbekannt): „Landesregierung verträgt keine privaten Teilhaber – Goki warnt vor Plänen der Landesregierung“; <http://www.handelshaus-goki.de/presse/index.htm>

Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD für die 16. Legislaturperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtags von 2005-2010

In Verantwortung für Schleswig-Holstein – Arbeit, Bildung, Zukunft; http://www.spd-schleswig-holstein.de/docs/1113806776_KoalitionsvertragSPD-CDU2005-2010.pdf

Landesforstverwaltung,

Mitarbeiterzeitschrift „Kernig“, Ausgaben 01/2006, 02/2006, 03/2006, 08/2006, 09/2006

Landesforstverwaltung Schleswig-Holstein Zahlen und Fakten,

18.09.2006, Umdruck 16/1213, Schleswig-Holsteinischer Landtag, 16.Wahlperiode; <http://www.sh-landtag.de/infothek/wahl16/umdrucke/1200/umdruck-16-1213.pdf>

Landesforstverwaltung,

21.02.2007, Experteninterview zur Privatisierung des Landeswaldes, unveröffentlicht

Landesregierung Schleswig-Holstein:

Landespolitik – die Verfassungsorgane; http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Aktueller_20Bestand/StK/Information/land__und__leute/LuL__Politik.html

Landesregierung Schleswig-Holstein:

Landesforstverwaltung; http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Aktueller_20Bestand/MLUR/Information/Behoerden/MUNL__Landesforstverwaltung.html

Landesregierung Schleswig-Holstein:

Rede des Finanzministers zum Haushalt 2006; http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Archivordner/FM/Rede/2005/050901__fm__haushalt,templateId=renderPrintversion.html

Landtag Schleswig-Holstein:

Aufgaben des Parlaments; <http://www.sh-landtag.de/parlament/landtag-aufgaben.html>

Landtag Schleswig-Holstein:

Die Fraktionen im Parlament; <http://www.sh-landtag.de/parlament/parl-fraktionen.html>

MLUR,

18.09.2006, Zwischenbericht der Landesregierung für den Umwelt- und Agrarausschuss zur Reform der Landesforstverwaltung, Johann Böhling, Schleswig-Holsteinischer Landtag, Umdruck 16/1213, Kiel; <http://www.sh-landtag.de/infothek/wahl16/umdrucke/1200/umdruck-16-1213.pdf>

MLUR,

25.01.2007, Experteninterview zur Privatisierung des Landeswaldes, unveröffentlicht

NABU Schleswig-Holstein,

03/2006: „Landeswald ade?“, Positionspapier auf der Internetseite; http://schleswig-holstein.nabu.de/m05/m05_08/04712.html

NABU Schleswig-Holstein,

24.03.2006: „NABU fordert sachgerechte Auseinandersetzung mit dem Thema ‚Landeswald‘ ein“, Pressemitteilung; http://schleswig-holstein.nabu.de/modules/preseservice_schleswig_holstein/index.php?show=82&db=#

Plenarprotokoll 16/26,

16. Wahlperiode, 26. Sitzung, 23.03.2006: „Erhalt des Landeswaldes“, Schleswig-Holsteinischer Landtag; http://www.sh-landtag.de/infothek/wahl16/plenum/plenprot/2006/16-026_03-06.pdf

Plenarprotokoll 16/33,

16. Wahlperiode, 33. Sitzung, 02.06.2006: „Erhalt des Staatsforstes Christianslust“, Schleswig-Holsteinischer Landtag; http://www.sh-landtag.de/infothek/wahl16/plenum/plenprot/2006/16-033_06-06.pdf

Plenarprotokoll 16/38,

16. Wahlperiode, 38. Sitzung, 14.09.2006: „Verkauf des Landeswaldes“, Schleswig-Holsteinischer Landtag; http://www.sh-landtag.de/infothek/wahl16/plenum/plenprot/2006/16-038_09-06.pdf

Plenarprotokoll 16/45,

16. Wahlperiode, 45. Sitzung, 01.12.2006: „Forst- und Holzwirtschaft in Schleswig-Holstein“, Schleswig-Holsteinischer Landtag; http://www.sh-landtag.de/infothek/wahl16/plenum/plenprot/2006/16-045_12-06.pdf

Pressemitteilung Bündnis 90/die Grünen,

Kiel, 15.02.2006, Dr. Jörg Nickel: „Kein Verkauf des Landeswaldes“, Landesregierung Schleswig-Holstein; <http://landesregierung.schleswig-holstein.de/pressticker/2006-02/15/14-14-05-7f05/>

Pressemitteilung Bündnis 90/die Grünen,

Kiel, 08.03.2006, Claudia Jacob: „Kein Ausverkauf des Landeswaldes“, Landesregierung Schleswig-Holstein; <http://landesregierung.schleswig-holstein.de/pressticker/2006-03/08/14-14-05-7f05/>

Pressemitteilung Bündnis 90/die Grünen,

Kiel, 28.04.2006, Claudia Jacob: „Grüne unterstützen Bündnis Wald – Kleine Anfrage: Waldverkauf bringt für die Landeskasse keine Entlastung“; <http://www.ltsh.de/pressticker/2006-04/28/12-25-03-1a37/>

Pressemitteilung Bündnis 90/die Grünen,

Kiel, 10.10.2006, Dr. Jörg Nickel: „Volksinitiative gegen Waldverkauf erfolgreich – Landesregierung knickt ein“; <http://www.ltsh.de/pressticker/2006-10/10/15-56-00-23a4/>

Pressemitteilung CDU,

Kiel, 10.10.2006, Dirk Hundertmark: „Hartmut Hamerich zum Landeswald: Endlich Klarheit“; <http://www.ltsh.de/pressticker/2006-10/10/15-04-26-1f8a/>

Pressemitteilung Finanzministerium,

Kiel, 05.01.2006, Dr. Heiko Scharffenberg: „860 Vorschläge auf über 850 Seiten: Klaus Schlie ...“, Landesregierung Schleswig-Holstein; http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Archivordner/FM/Pressemitteilung/2006/060105__bericht__entbuerokratierung.html

Pressemitteilung Finanzministerium,

Kiel, 06.02.2006, Ina Diepold: „Haushaltsabschluss 2005 ...“, Landesregierung Schleswig-Holstein; http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Archivordner/FM/Pressemitteilung/2006/060206__20fm__haushaltsabschluss.html

Pressemitteilung Finanzministerium,

Kiel, 22.03.2006, Dr. Heiko Scharffenberg: „Finanzminister Rainer Wiegard im Landtag ...“, Landesregierung Schleswig-Holstein; http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Archivordner/FM/Pressemitteilung/2006/060322__20fm__sparbeschluesse.html

Pressemitteilung Finanzministerium,

Kiel, 20.04.2006, Dr. Heiko Scharffenberg: „Finanzminister Rainer Wiegard fordert ...“, Landesregierung Schleswig-Holstein; http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Archivordner/FM/Pressemitteilung/2006/060420__20fm__sparmassnahmen.html

Pressemitteilung Finanzministerium,

Kiel, 22.04.2006, Dr. Heiko Scharffenberg: „Finanzminister Rainer Wiegard: Solide ...“, Landesregierung Schleswig-Holstein; http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Archivordner/FM/Pressemitteilung/2006/060422__20fm__finanzpolitik.html

Pressemitteilung Finanzministerium,

Kiel, 08.05.2006, Ina Diepold: „Finanzminister Rainer Wiegard vor Personalräten ...“, Landesregierung Schleswig-Holstein; http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Archivordner/FM/Pressemitteilung/2006/060508__fm__gew.html

Pressemitteilung Finanzministerium,

Kiel, 28.08.2006, Dr. Heiko Scharffenberg: „Finanzminister Rainer Wiegard: Kinder und Enkel ...“, Landesregierung Schleswig-Holstein; http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Archivordner/FM/Pressemitteilung/2006/060828__fm__schuldenlast.html

Pressemitteilung Finanzministerium,

Kiel, 13.09.2006, Dr. Heiko Scharffenberg: „Finanzminister Rainer Wiegard zum ...“, Landesregierung Schleswig-Holstein; http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Archivordner/FM/Pressemitteilung/2006/060913__fm__haushalt.html

Pressemitteilung Finanzministerium,

Kiel, 20.10.2006, Dr. Henning Görtz: „Finanzminister Rainer Wiegard ist gegen neue ...“, Landesregierung Schleswig-Holstein; http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Archivordner/FM/Pressemitteilung/2006/061020__20fm__verschuldungsgrenzen.html

Pressemitteilung MLUR,

Kiel, 23.03.2006, Christian Seyfert, Christiane Conrad: „Zur Zukunft der Forsten ...“, Landesregierung Schleswig-Holstein; http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Archivordner/MLUR/Pressemitteilung/2006/MLUR__060323__Forst.html

Pressemitteilung MLUR,

Kiel, 16.08.2006, Christian Seyfert, Christiane Conrad: „Privatisierung des Landeswaldes ...“, Landesregierung Schleswig-Holstein; http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Archivordner/MLUR/Pressemitteilung/2006/MLUR__060816__Landeswaldprivatisierung.html

Pressemitteilung MLUR,

Kiel, 10.10.2006, Christian Seyfert, Christiane Conrad: „Landeswald soll wirtschaftlich saniert und nicht verkauft werden ...“, Landesregierung Schleswig-Holstein; http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Archivordner/MLUR/Pressemitteilung/2006/MLUR__061010__Landesforst.html

Pressemitteilung MLUR,

Kiel, 14.11.2006, Christian Seyfert, Christiane Conrad: „Zukunft des Landeswaldes ...“, Landesregierung Schleswig-Holstein; http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Archivordner/MLUR/Pressemitteilung/2006/MLUR__061114__Landeswaldverkauf.html

Pressemitteilung MLUR,

Kiel, 18.04.2007, Christian Seyfert, Christiane Conrad: „Forstreform ...“, Landesregierung Schleswig-Holstein; http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Archivordner/MLUR/Pressemitteilung/2007/MLUR__070418__Forstreform.html

Pressemitteilung MLUR,

Kiel, 18.04.2007, Christian Seyfert, Christiane Conrad: „Forstreform – Landesforsten in Schleswig-Holstein werden neu aufgestellt“, Landesregierung Schleswig-Holstein; http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Archivordner/MLUR/Pressemitteilung/2007/MLUR__070418__Forst.html

Pressemitteilung SSW,

Kiel, 10.10.2006, Lars Erik Bethge: „Privatisierungsstopp beim Landeswald: Einzelflächen müssen auch in Landeshand bleiben“, Landesregierung Schleswig-Holstein; <http://www.ltsh.de/pressticker/2006-10/10/16-01-43-245a/>

Pressemitteilung Staatskanzlei,

Kiel, 24.01.2006, Dr. Christian Hauck: „Ministerpräsident Peter Harry Carstensen: Modernisierung der ...“, Landesregierung Schleswig-Holstein; http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Archivordner/StK/Pressemitteilungen/2006/060124__stk__b_C3_BCrokratie__1.html

Pro-Kaki

(09/2006): „Wald und Aufforstung“, Thema auf der Internetseite; <http://www.prokaki.de/themen/wald/index.html>

Regierungsprogramm der CDU,

(2004); <http://www.rainerwiegard.de/cdu-regierungsprogramm.php>

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald,

Landesverband Schleswig-Holstein, 19.08.2006: „Verkauf des Landeswaldes ist ein Irrweg, der Haushalt kann so nicht saniert werden, doch der politische Schaden ist groß“, Pressemitteilung; http://www.fdp-grosshansdorf.de/im_dialog/attachment.php?id=27&s=dc8cc754747da2782105b91283f89eb

Sozialdemokratischer Informationsbrief,

Kiel, 18.01.2006, Nr. 013/2006, Sandra Redmann und Konrad Nabel: „Landeswald eignet sich nicht für ...“; www.ltsh.de/pressticker/2006-01/18/15-47-35-29b2/

Sozialdemokratischer Informationsbrief,

Kiel, 17.08.2006, Nr.147/2006, Lothar Hay: „Landeswald nicht an Private verscherbeln. Zum vom Umweltministerium geplanten ...“; <http://www.ltsh.de/pressticker/2006-08/17/14-24-34-793c/>

Sozialdemokratischer Informationsbrief,

Kiel, 10.10.2006, Nr. 190/2006 Sandra Redmann und Konrad Nabel: „SPD steht klar zum Stopp des Landeswaldverkaufs“; www.ltsh.de/pressticker/2006-10/10/16-47-07-27d5/

Sozialdemokratischer Informationsbrief,

Kiel, 08.11.2006, Nr. 209/2006, Sandra Redmann, Olaf Schulze und Konrad Nabel: „Landeswald nicht in einer GmbH privaten Interessen opfern“; www.ltsh.de/pressticker/2006-11/08/17-02-34-4b74/

SPD,

21.02.2007, Experteninterview zur Privatisierung des Landeswaldes, unveröffentlicht

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein:

Schulden der öffentlichen Haushalte in Schleswig-Holstein 2005; http://www.statistik-nord.de/index.php?id=531&tx_ttnews%5Btt_news%5D=731&tx_ttnews%5BbackPid%5D=481&cHash=82d040eaac

Umwelt- und Agrarausschuss,

16. Wahlperiode, 17. Sitzung, 17.05.2006: „Erhalt des Landeswaldes“, Schleswig-Holsteinischer Landtag; http://www.sh-landtag.de/infothek/wahl16/aussch/uaa/niederschrift/2006/16-017_05-06.pdf

Umwelt- und Agrarausschuss,

16. Wahlperiode, 19. Sitzung, 30.08.2006: „Erhalt des Landeswaldes“, Schleswig-Holsteinischer Landtag; http://www.sh-landtag.de/infothek/wahl16/aussch/uaa/niederschrift/2006/16-019_08-06.pdf

Verfassung des Landes Schleswig-Holstein,

http://sh.juris.de/sh/Verf_SH_rahmen.htm

Waldbesitzerverband Schleswig-Holstein,

19.02.2007, Experteninterview zur Privatisierung des Landeswaldes, unveröffentlicht

Zwischenbericht der Landesregierung für den Umwelt- und Agrarausschuss zur Reform der Landesforstverwaltung,

18.09.2006, Umdruck 16/1213, Schleswig-Holsteinischer Landtag, 16.Wahlperiode; <http://www.sh-landtag.de/infothek/wahl16/umdrucke/1200/umdruck-16-1213.pdf>

Artikelverzeichnis regionale Tageszeitungen

Datum	Überschrift des Artikels	Zeitung	Rubrik	Seite	Autor
09.01. 2006	„Verwaltungsstruktur-reform: Kritik an ‚gigantischem Verschiebebahnhof‘“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten	Schleswig-Holstein/Hamburg	3	Margret Kiosz
20.01. 2006	„Holz zu Geld – Streit um drohenden Landeswald-Verkauf“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten	Schleswig-Holstein/Hamburg	3	
20.01. 2006	„SPD verärgert auf Pläne zur Privatisierung der Landesforsten“	Kieler Nachrichten			Thomas Christiansen
24.01. 2006	„Verwaltungs-Reform: Das hat Carstensen vor“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten	Schleswig-Holstein/Hamburg	5	Carsten Maltzan
25.01. 2006	„Zukunftsmarkt Brennholz – Chance für den defizitären Staatsforst?“	Lübecker Nachrichten	Lokales www.ln-online.de/artikel/1789928		
10.03. 2006	„Privatisierung des Waldes: Sponsor springt ab“	HL-live	www.hl-live.de/aktuell/drucken2.php?id=19568		
10.03. 2006	„Wald-Verkauf: Land auf dem Holzweg?“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten	Schleswig-Holstein/Hamburg	4	kim
22.03. 2006	„Kommt die Maut für den Wald?“	Hamburger Abendblatt	Nachrichten		Ulf B. Christen
24.03. 2006	„Keine Mehrheit für Verkauf des Waldes in Schleswig-Holstein“	Hamburger Abendblatt	Nachrichten		ubi
24.03. 2006	„Verkaufspläne treiben Sponsor aus dem Wald“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten	Meinung	2	kim
18.04. 2006	„Waldschützer: Forsten nicht für maroden Etat opfern“	Hamburger Abendblatt	Umland		M.T.
25.04. 2006	„Forstflächen dürfen nicht geopfert werden“	SH:Z, Stormarner Tageblatt	Stormarner Tageblatt	14	Fred Grochowski
11.05. 2006	„Bündnis gegen den geplanten Waldverkauf“	Hamburger Abendblatt	Nachrichten		ubi

Datum	Überschrift des Artikels	Zeitung	Rubrik	Seite	Autor
30.05.2006	„Grüne warnen vor Verkauf des Landeswaldes“	Lübecker Nachrichten	Lokales www.ln-online.de/artikel/1871173		mst
14.06.2006	„Landeswald auf keinen Fall verkaufen“	SH:Z, Ostholsteiner Anzeiger	Titel	1	bu
16.06.2006	„Umweltbeirat: „Hände weg vom Landeswald!“	Lübecker Nachrichten	Lokales www.ln-online.de/artikel/1883261		
19.06.2006	„Krisengipfel der großen Koalition“	Hamburger Abendblatt	Nachrichten		Ulf B. Christen
25.06.2006	„Bad Schwartaus Bürger kämpfen für ihren Wald“	Lübecker Nachrichten	Lokales www.ln-online.de/artikel/1891092		
26.06.2006	„Unser Wald ist mehr als eine Holzfabrik“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten	Meinung	2	Ino
01.07.2006	„Landeswald: Nordfriesland gegen Verkauf“	SH:Z, Husumer Nachrichten	Kreis Nordfriesland	11	sis
05.07.2006	„Nabu besorgt um ‚Lernort Wald‘“	SH:Z, Ostholsteiner Anzeiger	Aus der Region	4	
21.07.2006	„Dann müssen sie auf ihren Auslandsurlaub verzichten“	Hamburger Abendblatt	Nachrichten		Ulf B. Christen
04.08.2006	„SPD will den Wald beim Staate lassen“	Hamburger Abendblatt	Umland		bf
16.08.2006	„Ausverkauf der Nordwälder beginnt“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten	Meinung	2	kim
16.08.2006	„Verkauf des Staatsforstes: Land such nach Interessenten“	Lübecker Nachrichten			Julia Paulat
17.08.2006	„Protest gegen Waldverkauf“	Hamburger Abendblatt	Nachrichten		dpa
17.08.2006	„Widerstand gegen das ‚Verscherbeln‘ des Waldes“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten	Meinung	2	ca
17.08.2006	„Schlechte Stimmung“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten			Udo Carstens

Datum	Überschrift des Artikels	Zeitung	Rubrik	Seite	Autor
18.08. 2006	„SPD – Nein gegen Privatisierung“	Hamburger Abendblatt	Nachrichten		dpa
18.08. 2006	Zitat des Tages „Die Landesregierung sollte endlich auf dem Privatisierungsholzweg umkehren“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten	Schleswig-Holstein/Hamburg	4	
18.08. 2006	„SPD, Grüne und FDP gegen Verkauf des Landeswaldes“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten	Meinung	2	Höv/ ca
19.08. 2006	Leserbriefe zu „Widerstand gegen das ‚Verscherbeln‘ des Waldes“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten	Meinung	2	
21.08. 2006	„Konzerne aus Österreich und Schweden wollen Landeswald kaufen“	Segeberger Zeitung	Lokales www.in-online.de/artikel/1925345		
25.08. 2006	„Wald gehört den Bürgern“, Leserbrief	Hamburger Abendblatt	Nachrichten		Reinhard Niegengerd
25.08. 2006	Leserbrief zur Debatte über den Verkauf des Landeswaldes“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten	Meinung	2	
26.08. 2006	„Forstleute gegen Landeswald-Verkauf“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten	Schleswig-Holstein/Hamburg, Nachrichten	6	epd
28.08. 2006	„Finger weg vom Landeswald“	SH:Z, Stormarner Tageblatt	Stormarner Tageblatt	10	Heinz Hartmann (SPD)
30.08. 2006	Leserbrief zur Privatisierung des Landeswaldes	SH:Z, Norddeutsche Rundschau	Itzehoer Nachrichten	18	Sabine Schütt
30.08. 2006	„Pöhls: Bewirtschaftung und Naturschutz kein Gegensatz“	SH:Z, Stormarner Tageblatt	Stormarner Tageblatt	16	Susanne Pöhls
30.08. 2006	„Wir sind der Wald“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten	Meinung	2	Peter Axmann (Natur-Umwelt-Mensch e.V.)

Datum	Überschrift des Artikels	Zeitung	Rubrik	Seite	Autor
31.08. 2006	„Wald wird nur komplett verkauft“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten	Aus der Region, Nachrichten	6	Ino
08.09. 2006	„Unterschriftenaktion gegen Verkauf von Landeswald“	SH:Z, Flensburger Tageblatt	Schleswig-Flensburg	21	
11.09. 2006	„Grüne starten Aktion gegen Waldverkauf“	Kieler Nachrichten	Lokales www.In-online.de/artikel/1941534		Uta Wilke
11.09. 2006	„Grüne wollen Waldverkauf per Volksentscheid stoppen“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten	Meinung	2	höv
13.09. 2006	„Schwartz-Rot im Clinch: Streit über Schulen und Landeswald“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten	Meinung	2	Peter Höver
14.09. 2006	„Der Wald wird verschleudert“	Hamburger Abendblatt	Umland		M.T.
15.09. 2006	„Landeswald wird wohl doch nicht verkauft“	Hamburger Abendblatt	Nachrichten		ubi
15.09. 2006	„Union steht jetzt allein im Wald“	Lübecker Nachrichten			Julia Paulat
15.09. 2006	„Die großkoalitionäre Eiche“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten	Meinung	2	Stephan Richter
15.09. 2006	„Waldverkauf: Regierung auf dem Rückzug“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten	Meinung	2	höv
15.09. 2006	„Kieler Koalition rückt ab vom Verkauf des Waldes“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten	Politik	1	
15.09. 2006	Zitat des Tages „Ministerpräsident Carstensen will unseren Wald den Heuschrecken zum Fraß vorwerfen.“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten	Schleswig-Holstein/Hamburg	3	
15.09. 2006	„Der Wald soll weg“	die tageszeitung (taz Nord)	taz Nord Nr.8075	22	Esther Geisslinger
18.09. 2006	„Der Wald gehört uns allen“	Hamburger Abendblatt			Alice Friedrich

Datum	Überschrift des Artikels	Zeitung	Rubrik	Seite	Autor
19.09.2006	„Gegen Waldverkauf: SPD will Kreistagsresolution“	Hamburger Abendblatt	Umland		afr
19.09.2006	„Volksinitiative gegen Waldverkauf – Die Grünen wollen bis Ende Oktober 20.000 Unterschriften sammeln“	Dithmarscher Landeszeitung	www.In-online.de/artikel/1949143		beh
21.09.2006	„Plan gegen Waldverkauf“	SH:Z, Norddeutsche Rundschau	Aus der Region	6	beh
23.09.2006	„Plump und falsch“, Leserbrief	Hamburger Abendblatt	Umland		Heiko Scharffenberg
25.09.2006	„Rettungsaktion für Steinburgs Bäume“	SH:Z, Norddeutsche Rundschau	Steinburg	11	
28.09.2006	„Kreisstadt gegen Waldverkauf“	SH:Z, Ostholsteiner Anzeiger	Titel	1	bu
29.09.2006	„Eutiner Stadtvertretung geschlossen gegen Waldverkauf“	Lübecker Nachrichten	Lokales www.In-online.de/artikel/1957151		
04.10.2006	„Krach um Resolution gegen Waldverkauf“	Hamburger Abendblatt	Umland		sul
05.10.2006	„Waldverkauf: Grüne sammeln Unterschriften“	Hamburger Abendblatt	Umland		M.T.
10.10.2006	„200 Unterschriften gegen Waldverkauf“	SH:Z, Norddeutsche Rundschau	Steinburg	15	
11.10.2006	„Wald wird doch nicht verkauft“	die tageszeitung (taz Nord)	taz Nord Nr.8096	22	Esther Geisslinger
11.10.2006	„Kein Verkauf des Landeswaldes“	Hamburger Abendblatt	Nachrichten		ubi
11.10.2006	„Geprüft und verworfen: Landeswald wird nicht verkauft“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten	Meinung	2	höv
11.10.2006	„Minister auf dem Rückzug“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten	Meinung	2	Udo Carstens
12.10.2006	„Landeswald: Freude über Verzicht auf Verkaufspläne“	Hamburger Abendblatt	Umland		afr

Datum	Überschrift des Artikels	Zeitung	Rubrik	Seite	Autor
12.10.2006	„Landeswald: Erleichterung bei allen Fraktionen“	Lübecker Nachrichten	Lokales www.In-online.de/artikel/1966959		bas
12.10.2006	„Der Wald ist nicht aus dem Schneider“	die tageszeitung (taz Nord)	taz Nord Nr.8096	22	Esther Geisslinger
16.10.2006	„Landeswald ist noch nicht gesichert“	SH:Z, Stormarner Tageblatt	Stormarner Tageblatt	10	Stephan Kehl
18.10.2006	„Grüne gegen Waldverkauf“	SH:Z, Norddeutsche Rundschau	Steinburg	20	
24.10.2006	„Verkauf der Landeswälder – Maulkorb für Ostholsteins Förster“	Lübecker Nachrichten	Lokales www.In-online.de/artikel/1976382		
13.11.2006	„Landeswald: Der Kampf geht weiter“	Lübecker Nachrichten	Aus dem Landeshaus		Bodo Stade
15.11.2006	„Kiel verkauft Landeswald nicht“	Hamburger Abendblatt	Nachrichten		ubi
15.11.2006	„Landeswald wird nicht verkauft“	SH:Z, Schleswiger Nachrichten	Meinung	2	Ino
16.12.2006	„Landeswald: SPD und Grüne scheitern mit Resolution gegen den Verkauf“	Lübecker Nachrichten	Lokales www.In-online.de/artikel/2021183		mc
21.12.2006	„Polit-Debatte um Resolution zum Waldverkauf“	SH:Z, Stormarner Tageblatt	Stormarner Tageblatt	16	rob
08.02.2007	„Regierung plant Verkauf kleinerer Parzellen des Landeswaldes“	Lübecker Nachrichten	Dpa/regioline www.In-online.de/artikel/2063085		
18.04.2007	„Eine Anstalt für den Landeswald in Schleswig-Holstein“	Hamburger Abendblatt	Nachrichten		ubi

Artikelverzeichnis überregionale Berichterstattung

Datum	Überschrift	Veröffentlichung	Rubrik	Autor
24.01. 2006	„Heftige Kritik an Regierungsplänen “	Welt Online	Nachrichten www.welt.de/print-welt/article193097/ Heftige_Kritik_an_Regierungspl änen.htm	LNO
25.01. 2006	„Landesregierung einig über Verwaltungsumba u“	Welt Online	Nachrichten www.welt.de/print-welt/article193323/Landes regierung_einig_ueber_Verwalту ngsumbau.html	LNO
12.04. 2006	„Schleswig- Holstein erwägt die Privatisierung der Landeswälder“	Deutschlandradio	Umwelt und Verbraucher www.dradio.de/dlf/sendungen/u mwelt/489639/	Jasper Barenberg
26.06. 2006	„Naturschützer lehnen Verkauf des Landeswaldes ab“	Welt Online	Nachrichten www.welt.de/print-welt/article225286/ Naturschuetzer_lehnen_Verkauf _des_Landeswaldes_ab.html	DPA
18.08. 2006	„Ausverkauf – Schleswig- Holstein will seinen Wald loswerden“	Deutschlandradio	Umwelt und Verbraucher www.dradio.de/dlf/sendungen/u mwelt/533162/	Annette Eversberg
21.09. 2006	„Privatisierung – Auf dem Holzweg“	Stern	Wirtschaft, Heft 39/2006	Arne Daniels, Axel Hildebrand
11.10. 2006	„Pläne für Verkauf des Landeswaldes sind vom Tisch“	Welt Online	Nachrichten www.welt.de/print-welt/article158713/Plaene_fuer_ Verkauf_des_Landeswaldes_sin d_vom_Tisch.html	DPA

Artikelverzeichnis regionale Tageszeitungen

Datum	Überschrift	Veröffentlichung	Rubrik	Autor
24.01. 2006	„Heftige Kritik an Regierungsplänen“	Welt Online	Nachrichten www.welt.de/print-welt/article193097/ Heftige_Kritik_an_Regierungsplänen.htm	LNO
25.01. 2006	„Landesregierung einig über Verwaltungsumbau“	Welt Online	Nachrichten www.welt.de/print-welt/article193323/Landesregierung_einig_ueber_Verwaltungsumbau.html	LNO
12.04. 2006	„Schleswig-Holstein erwägt die Privatisierung der Landeswälder“	Deutschlandradio	Umwelt und Verbraucher www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/489639/	Jasper Barenberg
26.06. 2006	„Naturschützer lehnen Verkauf des Landeswaldes ab“	Welt Online	Nachrichten www.welt.de/print-welt/article225286/ Naturschuetzer_lehnen_Verkauf_des_Landeswaldes_ab.html	DPA
18.08. 2006	„Ausverkauf – Schleswig-Holstein will seinen Wald loswerden“	Deutschlandradio	Umwelt und Verbraucher www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/533162/	Annette Eversberg
21.09. 2006	„Privatisierung – Auf dem Holzweg“	Stern	Wirtschaft, Heft 39/2006	Arne Daniels, Axel Hildebrand
11.10. 2006	„Pläne für Verkauf des Landeswaldes sind vom Tisch“	Welt Online	Nachrichten www.welt.de/print-welt/article158713/Plaene_fuer_Verkauf_des_Landeswaldes_sind_vom_Tisch.html	DPA

Artikelverzeichnis Fachartikel

Datum	Überschrift	Zeitung/ Zeitschrift	Ausgabe	Seite	Autor
27.01. 2006	„Carstensen: ‚Dem Wald ist es egal‘“	Holz-Zentralblatt	Nr.4, 132. Jahrgang		Ißleib, M
10.02. 2006	„Landeswald-Privatisierung gerät in öffentliche Kritik“	Holz-Zentralblatt	Nr.6, 132. Jahrgang	159	Ißleib, M
01.03. 2006	„Welche Zukunft hat der Wald?“	Forstliche Mitteilungen	3/2006, 56. Jahrgang	21	Manfred Pries
01.04. 2006	„Aus für die Forstverwaltung in Schleswig-Holstein?“	AFZ/ Der Wald	4/2006,	190	BGE
01.04. 006	„Die schwarz-rote Landesregierung: Auf dem Holzweg?“	Forstliche Mitteilungen	4/2006, 56. Jahrgang	26-28	Manfred Pries
01.06. 2006	„Bündnis Wald gegründet“	Forstliche Mitteilungen	6/2006, 56. Jahrgang	19	Manfred Pries
01.06. 2006	„SDW, IG BAU, BDF u. Waldbesitzerverband: Meinungs austausch“	Forstliche Mitteilungen	6/2006, 56. Jahrgang	21	Manfred Pries
30.06. 2006	„Entscheidung über Verkauf des Landeswaldes vertagt“	Holz-Zentralblatt	Nr.26, 132. Jahrgang	754	Helmut Roloff
25.08. 2006	„Landeswald wird öffentlich angeboten. Landesregierung Schleswig-Holstein hält Kurs“	Holz-Zentralblatt	132. Jahrgang, Nr.34	969	
22.09. 2006	„Verkauf des Landeswaldes zunehmend fraglich“	Holz-Zentralblatt	Nr.38, 132. Jahrgang	1091	
01.10. 2006	„Wird Landeswald verkauft?“	Forstliche Mitteilungen	10/2006, 56. Jahrgang	20	Manfred Pries
01.11. 2006	„Der Landeswald – Kaufinteressenten haben sich gemeldet“	Forstliche Mitteilungen	11/2006, 56. Jahrgang	22	Manfred Pries
24.11. 2006	„Landeswald darf keine Aktiengesellschaft werden“	Holz-Zentralblatt	Nr.47, 132. Jahrgang	1378	
01.12. 2006	„Verkauf gestoppt“	Forstliche Mitteilungen	12/2006-01/2007, 56. Jahrgang	22	Manfred Pries

10 Literaturverzeichnis

- Adamaschek, B.; Adams, K.-H. (1989):** Regiebetriebe. In: **Chmielewicz, K; Eichhorn, P. (Hrsg.):** Handbuch der öffentlichen Betriebswirtschaft. Enzyklopädie der Betriebswirtschaftslehre, Band 11, Poeschel Verlag, Stuttgart, 1390-1395.
- Barlösius, Eva; Bruse, Maike (2005):** Der BSE-Diskurs als Beispiel politischer Ernährungskommunikation. Diskussionspapier Nr. 9 des Projektes Ernährungswende; www.ernaehrungswende.de.
- Berger, P.; Luckmann, T. (2000):** Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit: Eine Theorie der Wissenssoziologie. 17. Auflage, Fischer-Taschenbuchverlag, Frankfurt.
- Borchers, J. (1996):** Privatisierung staatlicher Forstbetriebe – eine ökonomische Analyse zur Deregulierung im Bereich der Forstwirtschaft. Sauerländer, Frankfurt am Main.
- Callon, M; Latour, B (1981) :** Unscrewing the big levithian : how actors macrostructure reality and how sociologists help them to do so. In: Knorr, K ; Cicourel, A. V. (Hrsg.): Advances in social theory and methodology: toward an integration of micro and macro sociologies. Routledge and Kegan Paul, Boston. 277-303.
- Danaher, G.; Schirato, T.; Webb, Jenn (2000):** Understanding Foucault, SAGE Publications Ltd.
- Denzin, N. K. (1970):** Stragies of Multiple Triangulation. In: **Denzin, N. K. (Hrsg.):** The Research Act in Sociology: A theoretical Introduction to Sociological Method, New York, 297-313.
- Detten, R. von (2001):** Waldbau im Bilderwald – zur Bedeutung des metaphorischen Sprachgebrauchs für das forstliche Handeln. Schriften des Instituts für Forstökonomie Freiburg, Band 15.
- Flick, U. (2004a):** Qualitative Sozialforschung – Eine Einführung. 2. überarbeitete Auflage, Rowolt Taschenbuchverlag, Reinbeck.
- Flick, U. (2004b):** Triangulation – Eine Einführung., VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Gerhards, J. (2004):** Diskursanalyse als systematische Inhaltsanalyse. Die öffentliche Debatte über Abtreibungen in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. In: **Keller, R.; Hirsland, A.; Schneider, W.; Viehöver, W. (Hrsg.):** Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 2, 2. Auflage, Opladen, 299-324.
- Gläser, J.; Laudel, Grit (2004):** Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruktiver Untersuchungen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Hajer, M. (1995):** The Politics of Environmental Discourse: Ecological Modernization and the Policy Process. Oxford University Press.
- Hajer, M. (2004):** Argumentative Diskursanalyse. Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutung. In: **Keller, Reiner; Hirsland, Andreas; Schneider, Werner; Viehöver, Willi (Hrsg.):** Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 2, 2. Auflage, Opladen, 271-300.
- Hamer, Eberhard (1981):** Privatisierung als Rationalisierungschance. Hannover: Verlag Philler, Minden.
- Howarth, D. (2000):** Discourse theory and political analysis: identities, hegemonies and social change. Manchester University Press.
- Kaschuba, W. (1999):** Einführung in die europäische Ethnologie. München.

- Keller, R. (1997):** Diskursanalyse. In: **Hitzler, Ronald; Honer, Anne (Hrsg.)**, Sozialwissenschaftliche Hermeneutik: Eine Einführung. Opladen: Leske und Buderich, 309-330.
- Keller, R. (1999):** Diskursbegriff und interpretatives Paradigma. Workshopreferat 1999. Internetressource www.philso.uni-augsburg.de/soziologie/sozkunde/diskurs/content/keller.html Zugriff am 05.04.2007.
- Keller, R. (2004a):** Diskursforschung – Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Opladen: Leske und Buderich.
- Keller, R. (2004b):** Der Müll der Gesellschaft. Eine wissenssoziologische Diskursanalyse. In: **Keller, Reiner; Hirsland, Andreas; Schneider, Werner; Viehöver, Willi (Hrsg.)**: Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 2, 2. Auflage, Opladen, 197-232.
- Keller, R.; Hirsland, A.; Schneider, W.; Viehöver, W. (2001):** Zur Aktualität sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse – Eine Einführung. In: **Keller, R.; Hirsland, A.; Schneider, W.; Viehöver, W. (Hrsg.)**: Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1, 2. Auflage, Opladen.
- Keller, R.; Hirsland, A.; Schneider, W.; Viehöver, W. (2004):** Die vielgestaltige Praxis der Diskursforschung – Eine Einführung. In: **Keller, R.; Hirsland, A.; Schneider, W.; Viehöver, W. (Hrsg.)**: Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 2, 2. Auflage, Opladen, 7-18.
- Lamnek, S. (1995):** Qualitative Sozialforschung. Band 2: Methoden und Techniken, 3. Auflage, Beltz, Weinheim.
- Lippmann, W. (1990):** Die öffentliche Meinung. Bochumer Studien zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft Band 63, Universitätsverlag Brockmeyer, Bochum.
- Memmler, M.; Ruppert, Chantal (Hrsg.) (2006):** Dem Gemeinwohl verpflichtet? Perspektiven zu einem unbestimmten Leitbegriff für die Waldwirtschaft.: oekom verlag, München.
- Meskauskas, E. (2004):** Reformprozesse in staatlichen Forstverwaltungen – Reformelemente und Reformstrategien. Reihe Universitätsdrucke, Universitätsverlag Göttingen.
- Meuser, M.; Nagel, U. (2005):** ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. In: **Bogner, A.; Littig, Beate; Menz, W. (Hrsg.)**: Das Experteninterview – Theorie, Methode, Anwendung. 2. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Neidhardt, Friedhelm (1994):** Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Nüßlein, S. (2005):** Forstreformen in den Bundesländern. AFZ/ Der Wald 13/2005, 679-683.
- Oesten, G.; Roeder, A. (2002):** Management von Forstbetrieben. Band 1: Grundlagen, Betriebspolitik. Verlag Dr. Kessel, Oberwinter, www.forstbuch.de.
- Pauli, B. (2000):** Wald und Forstwirtschaft im Meinungsbild der Gesellschaft. Mitteilungen aus der Bayerischen Staatsforstverwaltung, Heft 50.
- Rehaag, Regine; Waskow, Frank (2005):** Der BSE-Diskurs als Beispiel öffentlicher Ernährungskommunikation, Diskussionspapier Nr. 10 des Projektes Ernährungswende; www.ernaehrungswende.de.
- Rudzio, W. (2003):** Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. 6.Auflage, Leske und Buderich, Opladen.
- Ruppert, Chantal (2002):** Rechtsformenwahl im kommunalen Forstbetrieb. Theoretische Grundlagen unter besonderer Berücksichtigung des Eigenbetriebs und Fallstudien. Arbeitsbericht 33-2002, Institut für Forstökonomie Freiburg.
- Ruppert, Chantal (2006):** Der kommunale Forstbetrieb im Spannungsfeld von Gemeinwohlorientierung und Erwerbswirtschaft. Eine institutionenökonomische Analyse,

empirische Studien und Handlungsempfehlungen. Schriftenreihe des Instituts für Forstökonomie, Freiburg, Band 28, Freiburg im Breisgau.

- Schwab-Trapp, M. (2001)** im Text ist Jahr anders: Diskurs als soziologisches Konzept. Bausteine für eine soziologisch orientierte Diskursanalyse. In: **Keller, R.; Hirsland, A.; Schneider, W.; Viehöver, W. (Hrsg.):** Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1, 1. Auflage, Opladen, 261-284.
- Schwab-Trapp, Michael (2004)** : Methodische Aspekte der Diskursanalyse. Probleme der Analyse diskursiver Auseinandersetzungen am Beispiel der deutschen Diskussion über den Kosovokrieg. In: **Keller, Reiner; Hirsland, Andreas; Schneider, Werner; Viehöver, Willi (Hrsg.):** Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 2, 2. Auflage, Opladen, 169-196.
- Ulbert, Cornelia (2005):** Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik. In: **Ulbert, Cornelia; Weller, C. (Hrsg.):** Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 9-33Dokumentenverzeichnis.
- Volz, K.-R. (2000):** Der Weg ist nicht das Ziel – Ein Beitrag zur Privatisierungsdiskussion in der deutschen Forstwirtschaft. Vortrag am 24.02.2000 in Bonn, BDF Aktuell 4-5/2000, 7-13.
- Weber, N. (2000):** Zwischen Gemeinwohlorientierung und erwerbswirtschaftlicher Zielsetzung - Überlegungen zu den Forstreformen in Deutschland. Vortrag zur Jahresversammlung des BDF, Landesverband Sachsen, 18.11.2000 in Mohorn, BDF Aktuell 02/2001, 3-11.
- Weber, N. (2001a):** Rechtsformvarianten für öffentliche Forstbetriebe im Vergleich – Was geht – was nicht? In: Zukunftsfähige Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein. Dokumentation zum Workshop am 03.09.2001 im Kieler Schloss, 37-57.
- Weber, N. (2001b):** Die Rolle des öffentlichen Waldes in der modernen Gesellschaft. Auszüge aus einem Vortrag bei der Jahrestagung des Hessischen Forstvereins am 29.05.2001 in Neu-Anspach, Forst und Holz, 56. Jahrgang/ Nr. 18, 597-583.
- Winkel, G. (2007):** Waldnaturschutzpolitik in Deutschland. Bestandsaufnahme, Analysen und Entwurf einer Story-Line, Dissertation Fakultät für Forst- und Umweltwissenschaften der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

11 Anhang

11.1 Mitgliedsverbände des Bündnis Wald

- Agenda 21 für Rellingen
- Agenda 21 für Tangstedt
- Allgemeiner Deutscher Fahrradclub ADFC
- Arbeitsgemeinschaft Fledermausschutz und Fledermausforschung AGF
- Arbeitsgemeinschaft Geobotanik
- Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft ANW, Landesgruppe Schleswig-Holstein und Hamburg
- Arbeitsgemeinschaft Naturnahe Jagd AGNJ
- Bürgerinitiative Baum sucht Pate
- Bürgerinitiative Pro Kaltenkirchen Pro-Kaki
- Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder BdP
- Bund Deutscher Forstleute BDF
- BUND Landesverband Schleswig-Holstein
- Deutsche Waldjugend, Landesverband Nord
- Faunistisch-Ökologische Arbeitsgemeinschaft FÖAG
- Forstwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein e.V.
- Handelshaus Gollnest & Kiesel KG
- IG BAU - Landesvertretung der Beamten und Angestellten von Forst und Naturschutz
- Interessengemeinschaft Reiter und Fahrer Kreis Herzogtum Lauenburg e.V.
- knik e.V., Raisdorf
- Komitee gegen den Vogelmord
- Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein LNV e.V.
- Landesverband der Wald- und Naturkindergärten in Schleswig-Holstein e.V.
- Landesverband Eulen-Schutz in Schleswig-Holstein e.V.
- NABU Schleswig-Holstein
- NaturFreunde Schleswig-Holsteins
- Natur-Umwelt-Mensch Glücksburg und Umgebung e.V.
- Natur und Heimat e.V., Lübeck
- Naturschutzverein Südtondern e.V.
- Projektgruppe Seeadlerschutz
- Schutzgemeinschaft Deutscher Wald SDW
- Ornithologische Arbeitsgemeinschaft für Schleswig-Holstein und Hamburg OAG
- Umweltbeirat der Stadt Bad Schwartau
- Unabhängiges Kuratorium Landschaft Schleswig-Holstein UKLSH
- Vereinigung der Freizeitreiter und -fahrer in Deutschland VFD
- WWF Deutschland

11.2 Interviewleitfaden

Kategorien des Interviewleitfadens:

- Position und Ziele der Akteure
- Staatswald
- Rechtsformen
- Interaktionen zwischen den Akteuren
- Öffentlichkeit
- Ausblick

Position und Ziele der Akteure

1. Vorab habe ich noch ein paar Fragen zu ihrer Person:
 - Seit wann befassen sie sich schon mit dem Thema?
 - Welche Funktion haben sie in diesem Kontext?
 - Wie informieren sie sich über aktuelle Themen?
 - Wer sind ihre Ansprechpartner?
2. Welche Position vertritt ihre Organisation zum Thema Privatisierung des Landeswaldes?

Staatswald

3. Was ist die Legitimation von Staatswald?
4. Welche Veränderungen sind bei einer Privatisierung zu erwarten?
5. Die Diskussion über die Privatisierung hat 2001 ja schon einmal stattgefunden. Damals wurde von der Landesregierung beschlossen, den Landeswald nicht zu verkaufen. Warum wurde jetzt die Debatte wieder aufgewärmt?
 - Welche Voraussetzungen haben sich geändert?
 - Wie gestaltete sich die Debatte damals?

Rechtsformen

6. Im Zusammenhang mit den Reformbemühungen in der Landesforstverwaltung wurde die Überführung in verschiedene Rechtsformen, wie Anstalt des öffentlichen Rechts, GmbH, Landesbetrieb, Stiftung des öffentlichen Rechts u.a. diskutiert.
 - Welche Rechtsformen sind ihrer Ansicht nach mit den Zielen des Landeswaldes am besten vereinbar

- Wie schätzen sie in diesem Zusammenhang die Entlastung des Haushaltes ein?
7. Es wurde auch vermehrt die Gründung einer Stiftung Landeswald angesprochen. Welche Vor- und Nachteile sehen sie in dieser Rechtsform?

Interaktionen zwischen den Akteuren

8. Wie schätzen sie das Verhältnis der Akteure untereinander ein?
- Gibt es eine Dominanz einzelner Gruppen oder Positionen?
 - Welche Interessen werden mit der Diskussion ihrer Meinung nach verfolgt?
9. Das von der Landesregierung durchgeführte Interessenbekundungsverfahren stieß in der politischen Diskussion auf starke Kritik. Können sie mir vielleicht die Hintergründe dazu ein wenig erläutern?
- Sollte der Wald ihrer Einschätzung nach wirklich verkauft werden oder war es nur ein „Versuchsballon“ um Reaktionen/ Belastungsgrenzen zu testen.

Öffentlichkeit

10. Wie schätzen sie das Interesse und Engagement der Bevölkerung ein?
- Welchen Einfluss haben die Bürger auf die Entscheidungsfindung?
 - Wie werden ihre Interessen vertreten?
 - Wie schätzen sie die Informationspolitik der verschiedenen Akteure ein?
11. Die Befürchtung einiger Parteien ist, dass es nach dem Verkauf vom Forstbetrieb Christianslust zukünftig zur weiteren Veräußerung von Teilwaldflächen kommen könnte.
- Ist ein stückweiser Verkauf von Landeswald zu erwarten?
 - Wie wäre es bei anderen Rechtsformen?

Ausblick

12. Wie sehen sie die Zukunft für den Landeswald Schleswig-Holsteins?
13. Gibt es aus ihrer Sicht noch wichtige Aspekte des Themas, die im Laufe des Interviews nicht angesprochen wurden?

11.3 Darstellung ausgewählter Plenardebatten (Politische Kommunikation)

11.3.1 „Erhalt des Landeswaldes“ (Plenarprotokoll 16/ 26 vom 23.03.2006)

In dieser Debatte wird der Antrag der FDP-Fraktion zum Erhalt des Landeswaldes vom 28.02.2006 verhandelt.⁹² In ihrem Antrag weist die FDP auf die besondere Bedeutung des Landeswaldes als Wirtschaftsfaktor, für den Naturschutz, für die Erholung sowie die Umweltbildung und Waldpädagogik hin. Sie fordert den Landtag auf, den Landeswald mit seiner besonderen Vorbildfunktion in öffentlicher Hand zu behalten.

Der Antrag wurde vor dem Hintergrund des Ende Januar veröffentlichten Schlie-Berichts und der damit eingeleiteten Verwaltungsstrukturreform gestellt. Das Regierungskabinett hatte beschlossen, den im Schlie-Bericht vorgeschlagenen Verkauf des Landeswaldes zu prüfen. Der Entschluss des Kabinetts stieß jedoch nicht nur bei der Öffentlichkeit auf Entrüstung. Auch innerhalb des Landtages, besonders bei der Opposition, wurde starke Kritik an dem Vorhaben geäußert.

Die **FDP** sieht den Landeswald als „öffentliche Aufgabe“ und „Faktor für hohe Lebensqualität“, der besondere gesellschaftliche Leistungen erfüllt und Vorbildfunktion für die Bewirtschaftung der anderen Waldbesitzarten habe.

Das von der Regierung angeführte Argument der notwendigen Haushaltskonsolidierung betrachtet die FDP nicht als Rechtfertigung für das Vorhaben, den Landeswald zu verkaufen. Sie wertet den Landeswald als Eigentum der Bürger Schleswig-Holsteins und hält es für unmoralisch, fremdes Eigentum zu veräußern.

„Gleichwohl rechtfertigt es der letztgenannte Aspekt keinesfalls, dass sich die Landesregierung geradezu in Holzfäller-Manier über den Landeswald hermachen und ihn auf einen Schlag verkaufen will.“

(Günther Hildebrand, FDP)

„Wald verkauft man nicht. Das macht man einfach nicht.“

(Günther Hildebrand, FDP)

Auch das Argument des Spielzeugherstellers Gollnest & Kiesel, der seine Baumspendeaktion bei Verlautbarung der Verkaufsabsichten zurückgezogen hatte, unterstreicht den moralischen Appell.

„Einer der größten privaten Sponsoren unseres Landeswaldes stellt Prompt seine Förderung ein. ... Ich kann das gut nachvollziehen. Warum sollte er Bäume für einen Wald spenden, den die Landesregierung nun versilbern will?“

(Günther Hildebrand, FDP)

Mit dem gleichen Beispiel greift sie nun das Sparargument der Regierung auf und wirft ihr vor, fahrlässig das private Engagement privater Unternehmen zu verspielen.

⁹² Antrag der Fraktion FDP „Erhalt des Landeswaldes“; Drucksache 16/649, 28.02.2006.

„Können wir uns das leisten? – Schleswig-Holstein ist das waldärmste Flächenland in Deutschland. Wir alle wollen den Waldanteil seit Jahren erhöhen. Das Geld ist knapp, aber private Sponsoren werden ausgebremst.“

(Günther Hildebrand, FDP)

Die privaten Waldbesitzer würden zwar auch Gemeinwohlleistungen erfüllen, jedoch würde der Staat ihnen Entschädigungen zahlen müssen. Die Vorgaben des Landeswaldgesetzes sähen zwar die Erfüllung von Gemeinwohlleistungen für alle Waldbesitzarten vor, wären aber nicht ausreichend, *„um den Eigentümer zu einer Aufgabenerfüllung verpflichtet zu können.“*

(Günther Hildebrand, FDP)

Die FDP befürchtet zudem einen Verkauf unter Wert, da die zusätzlichen Anforderungen an den Landeswald den Kaufpreis deutlich herabsetzen würden.

Einen Verkauf hält sie außerdem angesichts der bisher erfolgreichen Reformen der Landesforstverwaltung nicht für sinnvoll.

Auch die **CDU** betont die besonderen Leistungen des Landeswaldes, sieht aber im Gegensatz zur FDP die Bereitstellung dieser Leistungen in ausreichendem Maße durch das Landeswaldgesetz gesichert.

Die Argumente der FDP sieht sie als rein populistisch an und ruft die Anwesenden dazu auf, die Diskussion sachorientiert zu führen.

„Dieses Thema eignet sich nicht zur Dramatisierung und Dämonisierung.“

(Hartmut Hamerich, CDU)

Gleichzeitig fordert sie, keine voreiligen Schlüsse zu ziehen und die Ergebnisse der Experten abzuwarten. Es sei erforderlich die Diskussion offen und ohne Vorbehalte zu führen und alle Optionen zu prüfen.

Das mit 9,5 Millionen bezifferte Defizit der Landesforstverwaltung sieht die CDU als nicht mehr tragbar an und fordert eine wirtschaftlichere Ausrichtung der staatlichen Forstbetriebe sowie die genaue Trennung der Bereiche Gemeinwohlleistungen, Neuwaldbildung und Kosten/ Nutzenrechnung der einzelnen Forstämter.

Die unnötig hohen Naturschutzauflagen, besonders der Anteil der Stilllegungsflächen, müssten gesenkt werden, nicht zuletzt auch zugunsten der Mitarbeiter.

„Ich habe Vertrauen in die und Hochachtung vor der Arbeit unserer Förster und Forstbediensteten; sie arbeiten mit Engagement und Herzblut in unserem Wald. Wir müssen dafür sorgen, dass sie endlich wieder betriebswirtschaftlich orientiert in unserem Landeswald arbeiten können. Wenn das der Fall ist, mache ich mir um die Zukunft unseres Landeswaldes keine Sorgen.“

(Hartmut Hamerich, CDU)

Der Verkauf von Splitterwaldflächen solle weiter vorangetrieben werden.

Die **SPD** spricht sich grundsätzlich gegen einen Verkauf des Landeswaldes aus, mit Ausnahme der Splitterwaldflächen.

„Ein massiver Verkauf von Flächen des Landeswaldes ist mit uns nicht zu machen.“

(Sandra Redmann, SPD)

Sie befindet jedoch die Prüfung aller Optionen vor dem Hintergrund der hohen Haushaltsverschuldung als legitim. Die Gemeinwohlleistungen dürften dabei aber nicht reduziert werden.

Die SPD spricht sich insbesondere für die Umwandlung der Landesforstverwaltung in eine Anstalt öffentlichen Rechts aus, bei der die Forstbetriebe stärker wirtschaftlich ausgerichtet würden und die Gemeinwohlleistungen über ein festes Budget gesteuert werden könnten. Auch sie verweist auf die Ergebnisse der Expertengruppe.

Die Forderungen der FDP weist die SPD als populistisch zurück und verweist auf deren privatwirtschaftlich ausgerichtetes Profil.

„Es ist schon erstaunlich, dass ausgerechnet die Partei der Privatisierung plötzlich ihr Herz für den Erhalt staatlicher Aufgaben entdeckt.“

(Sandra Redmann, SPD)

Auch Bündnis 90/ die Grünen versuchten sich, nach Meinung der SPD, mit unnötigen Anschuldigungen in der Öffentlichkeit zu profilieren.

Das **Bündnis 90/ die Grünen** hebt die besonderen Gemeinwohlleistungen des Landeswaldes hervor und betont sein bisheriges Engagement für die Neuwaldbildung in der letzten Legislaturperiode. Nach seiner Auffassung werden diese Leistungen von privaten Wäldern aufgrund der erwerbswirtschaftlichen Ausrichtung nur in geringerem Maße erbracht. Gleichzeitig würden auch diese mit Landesmitteln gefördert.

Die gewünschten Einsparungen könnten bei einem Verkauf nur durch eine geringere Privatwaldförderung und damit einem geringeren Niveau an Gemeinwohlleistungen realisiert werden.

„Wenn das Land das Geld einsparen will – das wäre die eine Alternative -, dann bedeutet das, dass die 5,8 Millionen Förderung in Zukunft für den gesamten Wald eingesetzt werden. Dann würden die großen Waldbesitzer in Schleswig-Holstein (...) 3 Millionen Euro weniger bekommen, weil das Geld auf alle verteilt würde. Die andere Alternative wäre, sie stapeln das ganze Geld oben drauf, aber dann wird es auch nicht billiger.“

(Karl-Martin Hentschel, Bündnis 90/ die Grünen)

Auch das Bündnis 90/ die Grünen führt, ähnlich wie die FDP, das Engagement der Firma Gollnest & Kiesel für den Landeswald als Beispiel für das rücksichtslose und unmoralische Verhalten des Finanzministeriums an.

„Noch im November letzten Jahres hat sich Finanzminister Wiegard bei der Firma für die Baumspenden und das soziale Engagement bedankt. Er betonte die Bedeutung des sozialen Engagements von Unternehmen und wünschte, es würden noch mehr Unternehmen soziale und ökologische Verpflichtungen wahrnehmen. Es muss doch fast wie eine Verhöhnung der Spender klingen, dass die Regierung ein halbes Jahr später den gerade gespendeten Wald verkaufen will, um den Haushalt zu sanieren.“

(Karl-Martin Hentschel, Bündnis 90/ die Grünen)

Die einzige Möglichkeit, den willkürlichen Zugriff auf den Landeswald in Zukunft zu verhindern, so schließen die Grünen aus den bisherigen Erfahrungen, wäre die Überführung des Landeswaldes in eine Landesstiftung.

Das Bündnis 90/ die Grünen zeigt sich, wie auch die CDU und die SPD, über die Position der FDP überrascht, die sich normalerweise nicht für Umwelt- und Gemeinwohlbelange und gegen eine Privatisierung einsetzen würde. Anders als die Regierungsparteien begrüßen die Grünen jedoch die Position der FDP als „Mitreiter“.

„Dass nun die FDP für den Erhalt des Landeswaldes eintritt, mutet wie die Bekehrung des Saulus zum Paulus an. Herzlich Willkommen im Grünen, Herr Hildebrandt!“

(Karl-Martin Hentschel, Bündnis 90/ die Grünen)

Das Verhalten der SPD-Fraktion wertet die Partei jedoch als scheinheilig, da sie sich zwar im Parlament ausdrücklich gegen einen Verkauf ausspräche, ihre Minister im Kabinett aber für den Verkauf gestimmt hätten.

„Sie tun mal wieder so, als hätten sie mit der Regierung nichts zu tun und das finde ich schon erstaunlich.“

(Karl-Martin Hentschel, Bündnis 90/ die Grünen)

Das Bündnis sieht sich in seinen Interessen durch die Meinung der Bevölkerung voll bestätigt und kündigt den Widerstand gegen den Verkauf des Landes zusammen mit den schleswig-holsteiner Bürgern an.

Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) betont die besondere Verantwortung des Landes vor dem Hintergrund des geringen Waldanteils in Schleswig-Holstein. Er erinnert an die von allen Fraktionen 1995 einstimmig beschlossene Resolution, mit der sich das Parlament für die gemeinschaftliche Verantwortung für den Landeswald ausgesprochen hatte.

Der SSW kritisiert die Darstellung des Waldes als „Klotz am Bein“, den man „abstoßen“ wolle, ohne die möglichen Folgen eines Verkaufes zu bedenken. Er sieht zudem keinen erheblichen Beitrag eines Verkaufes zur Haushaltskonsolidierung.

„Wir wissen, dass der Landesforst jährlich einen Überschuss von rund 9 Millionen Euro produziert; das sind rund 0,1 % des Landeshaushaltes.“

(Lars Harms, SSW)

Das Kaufobjekt Landeswald hält der SSW für den potenziellen Käufer mit den geforderten Auflagen für unrentabel und befürchtet eine Verringerung der Gemeinwohlleistungen. Um diese auf gewünschtem Niveau weiterhin zur Verfügung stellen zu können, würde es einer zusätzlichen Förderung aus dem Landeshaushalt bedürfen.

„Wenn der Wald also nicht zu einem reinen Holzlieferanten degradiert werden soll und er sich auch nicht aus Eintrittsgeldern finanzieren soll, wie soll der Überschuss dann gedeckt werden? – Das werden sich zumindest die privaten Investoren fragen.“

(Lars Harms, SSW)

Er wirft der Schlie-Kommission kurzsichtiges Handeln vor und warnt vor möglichen Folgen einer Privatisierung. Die im Landeswaldgesetz für alle Waldbesitzarten geltende Sozial-

pflichtigkeit hält er für kein adäquates Mittel, Qualitätseinbußen im Bereich Gemeinwohl zu verhindern. Der SSW befürchtet außerdem eine Absenkung der Gemeinwohlvorgaben im Gesetzestext.

„Es ist doch naiv, zu glauben, dass das Landeswaldgesetz mit seinen Zielen für den Landeswald weiter bestehen bleibt, wenn der Staatsforst erst einmal privatisiert wurde.“

(Lars Harms, SSW)

In der Diskussion um die Privatisierung werde der Wert der Gemeinwohlleistungen zu wenig hervorgehoben. Die reine Ausrichtung auf finanzielle Aspekte greift nach Ansicht des SSW zu kurz.

Auch die Belange der Mitarbeiter der Landesforstverwaltung würden in der Diskussion nicht ausreichend zur Geltung kommen, dabei habe besonders die Landesregierung ihre Verantwortung als Arbeitgeber wahrzunehmen.

Der SSW spricht sich gegen einen Verkauf des Landeswaldes aus und unterstützt somit die Position der FDP.

„Der Landeswald ist die größte Naturschutzmaßnahme des Landes Schleswig-Holsteins und soll das auch bleiben.“

(Lars Harms, SSW)

Die **FDP** reagiert im zweiten Redebeitrag auf die Aussage der CDU, die der FDP vorwarf, aus populistischen Motiven das Thema zu dramatisieren und den Verkauf als beschlossene Sache darzustellen. Sie bezieht sich erneut auf den Schlie-Bericht und unterstreicht die darin festgehaltenen Verkaufsabsichten. Sie verschließe sich weder einer sachlichen Diskussion, noch der Reorganisation der Landesforstverwaltung. Einen optimierten Regiebetrieb halte sie genauso für möglich, wie eine Überführung in eine Anstalt öffentlichen Rechts. Die FDP betont ihre geschlossene Position gegen den Verkauf und weist die Vorwürfe der anderen Parteien zurück, indem sie der CDU und der SPD ebenfalls mangelnde Kontinuität der Positionen vorwirft.

„Ich kann hier nur noch einmal feststellen, dass wir uns in der Beschlusslage eindeutig und geradlinig seit 1996 bewegen und dass es andere Fraktionen sind, die ihre Meinung geändert haben.“

(Günther Hildebrand, FDP)

Der **Landwirtschaftsminister** fordert die Parteien auf, angesichts der hohen Verschuldung des Landeshaushalts alle Optionen zu prüfen und eine sachliche Diskussion zu führen.

Die schwere Finanzkrise erlaube es gegenüber zukünftigen Generationen nicht, sich von vornherein möglichen Lösungen zu verschließen.

„Denkverbote sind wirklich nun das Allerletzte, was wir uns in dieser schweren Zeit noch leisten sollten.“

(Dr. Christian Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume)

Die Landesregierung prüfe zudem nicht nur den Verkauf des Landeswaldes, sondern auch die Umwandlung in eine Anstalt öffentlichen Rechts, falls die Privatisierung nicht erfolgen könne.

Der Landwirtschaftsminister lobt die besonderen Leistungen des Waldes, stellt aber gleichzeitig heraus, dass es zwischen den Waldbesitzarten keine Qualitätsunterschiede im Hinblick auf Gemeinwohlleistungen gäbe.

„Sie haben zu Recht die richtigen Dinge in diesem Land gelobt: Waldpädagogik, Naturschutz, Naherholung. Das sind Dinge, die unseren Wald kennzeichnen. Ich sage Ihnen aber ganz bewusst auch, wenn Sie zu den Privatwaldbesitzern hingehen, dann werden Sie feststellen, dass es nicht nur Bäume im Privatwald gibt, sondern dass sie die beste, die ökologischste Waldform in schleswig-holsteinischem Privatbesitz haben.“

(Dr. Christian Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume)

Er kritisiert in diesem Zusammenhang die Argumentation der Verkaufsgegner, dass nur der Staatswald die von der Gesellschaft erforderten Gemeinwohlleistungen erbringen könne und warnt vor dem gegenseitigen Auspielen von Staatswald und Privatwald.

Weiterhin müsse die Bewirtschaftung des Landeswaldes wirtschaftlicher ausgerichtet und die Kosten für Gemeinwohlleistungen reduziert werden. Dabei unterstreicht der Landwirtschaftsminister die Verantwortung der Politik zur Reduktion des Haushaltsdefizits.

Er fordert eine „*offene und ehrliche* Debatte“ zum Wert und zu den Kosten der Gemeinwohlleistungen und die Benennung von Einsparmöglichkeiten.

„Dann muss das Parlament entscheiden, in welchem Maße wir das noch wollen, was uns das wert ist, wie viel wir bereit sind, in dieser schwierigen Zeit unter den finanziellen Rahmenbedingungen für die Allgemeinwohlleistungen bereitzustellen.“

(Dr. Christian Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume)

Abschließend bestätigt der Landwirtschaftsminister den Konsolidierungskurs der Landesregierung und verspricht, alle Möglichkeiten zu prüfen, um am Ende zu einer „*vernünftigen Lösung*“ zu kommen.

11.3.2 „Verkauf des Landeswaldes“ (Plenarprotokoll 16/ 38 vom 14.09.2006)

Anlass dieser Debatte war der Antrag der Oppositionsparteien, der Fraktionen Bündnis 90/ die Grünen, FDP und SSW. In ihrem Schreiben vom 24.08.2006 fordern sie die Landesregierung auf, das am 18.08.2006 gestartete Interessenbekundungsverfahren zu stoppen und zurückzuziehen.

Die Sitzung eröffnet der Abgeordnete des **Bündnis 90/ die Grünen** mit einem Plädoyer für den Landeswald. Der Wald sei seit Generationen im öffentlicher Besitz und somit traditionell im Eigentum der Bürger Schleswig-Holsteins verankert.

„Der Landeswald als öffentlicher Besitz ist ein Generationenprojekt. Er hat als Besitz des Volkes das Kaiserreich überdauert, die Weimarer Republik, den ersten und den zweiten Weltkrieg überstanden, er hat unter dem Reparationshieb der britischen Besatzung nach dem Krieg gelitten. Der Wald hat den Wandel von preußischer Provinz zum Bundesland Schleswig-Holstein erlebt. Er hat gute Zeiten und schlimmere Zeiten als die Heutige gesehen.“

(Detlef Matthiessen, Bündnis 90/ die Grünen)

Der Wald sei nicht nur als Wirtschaftsobjekt zu sehen, sondern als wichtiger Teil der Gesellschaft. Um den Landeswald in dieser Funktion zu erhalten, habe sich das Bündnis 90/ die Grünen für die Einrichtung eines Sondervermögens Wald eingesetzt, welches zu einem späteren Zeitpunkt in eine Stiftung öffentlichen Rechts überführt werden sollte. Die Partei hält den Verkauf des Landeswaldes für einen unwiderruflichen politischen Fehler und wirft den Regierungsparteien Wahlbetrug vor, da sie sich vor Regierungsantritt gegen den Verkauf des Landeswaldes positioniert hätten. Das Argument der schweren Finanzkrise des Landeswaldes halte sie für vorgeschoben.

„Keine Partei hat vor der Wahl – weder in Parteiprogrammen noch anderswo – den Verkauf des Landeswaldes angekündigt. Die angespannte Haushaltslage war auch da schon bekannt und Gegenstand intensiver politischer Auseinandersetzungen.“

(Detlef Matthiessen, Bündnis 90/die Grünen)

Das Bündnis 90/die Grünen verspricht jedoch, zusammen mit der Öffentlichkeit und dem Bündnis Wald den Verkauf des Waldes zu verhindern und sich für den Erhalt der Gemeinwohlleistungen zu engagieren.

„Ich bin überzeugt, dass wir gute Chancen haben, den Verkauf mit der von uns unterstützten Volksinitiative zu verhindern, unsere ökologische Waldpolitik zu vermitteln und einen weiteren Raubbau am Vermögen kommender Generationen zu verhindern.“

(Detlef Matthiessen, Bündnis 90/die Grünen)

Die CDU schlägt vor, das Ende des Interessenbekundungsverfahrens und die Ergebnisse der Expertengruppe abzuwarten, anstatt die Verkaufsdiskussion unnötig aufzuheizen. Schließlich gehe es hier nicht nur um den Verkauf, sondern um die Prüfung aller möglichen Optionen. Auch das Interessenbekundungsverfahren sei Bestandteil einer solch umfassenden Prüfung der Organisation des Landeswaldes.

„Wir stehen zum Kabinettsbeschluss und wir diskutieren ergebnisoffen. Wir diskutieren nicht darüber, dass der Landeswald verkauft wird.“

(Hartmut Hamerich, CDU)

Die Positionierung der SPD-Fraktion gegen einen Verkauf hält sie für nicht glaubwürdig, hätten die SPD-Minister im Kabinett doch ebenfalls für die Prüfung eines Verkaufes gestimmt. Die CDU betont, dass es sich hier um einen einstimmigen Beschluss der Regierung handele und somit beide Regierungsparteien eingewilligt hätten.

„Die SPD möge sich hier nicht als Anwalt des Landeswaldes aufspielen. Herr Kollege Hay, wenn ihre Minister es gewollt hätten, dann wäre es zu dieser

Diskussion gar nicht erst gekommen.“

(Hartmut Hamerich, CDU)

Die Umwandlung in eine Anstalt öffentlichen Rechts hält der CDU-Abgeordnete für wahrscheinlich.

Das jährliche Defizit der Landesforstverwaltung setze sich zu großen Teilen aus Kosten für hoheitliche Aufgaben, Neuwaldbildung, Waldpädagogik und Umweltbildung zusammen. Das Defizit des forstwirtschaftlichen Bereichs liege bei weniger als 2 Millionen. Für eine positive Entwicklung des Landeswaldes sei es erforderlich, Gemeinwohlleistungen neu zu definieren und einen größeren Handlungsspielraum für „forstwirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten“ zu schaffen. Besonders der Anteil der Stilllegungsflächen auf hochwirtschaftlichen Standorten müsse dringend gesenkt werden, um ein wirtschaftliches Arbeiten zu ermöglichen.

„Wir stehen zur Waldpädagogik. Wir stehen auch zur Umweltbildung. Wir müssen uns aber im Klaren sein, dass das nicht zum Nulltarif zu haben ist. Wir stehen aber auch zu forstwirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten, die es uns erlauben, in diesem Bereich Geld zu verdienen.“

(Hartmut Hamerich, CDU)

Die **SPD**-Fraktion kritisiert die Verkaufsabsichten der Landesregierung. Der öffentliche Widerstand signalisiere deutlich, dass die Privatisierung von der Bevölkerung nicht erwünscht sei. Besonders durch die Bildung des Bündnis Wald und Resolutionen einzelner Kreistage, aber auch den Widerstand der SPD als Regierungsfraktion werde deutlich, dass ein Verkauf politisch nicht umsetzbar sei. Das Interessenbekundungsverfahren sei somit überflüssig.

Auch die vom Bündnis 90/ die Grünen unterstützte Volksinitiative käme verspätet und trage nicht wesentlich zur Entscheidungsfindung bei.

„Die von den Grünen angekündigte Volksinitiative lässt mich angesichts der geschilderten laufenden Diskussion an das Märchen von Hase und Igel denken: Wi sünd all dor!“

(Konrad Nabel, SPD)

Die von den Oppositionsparteien initiierte Diskussion über das Interessenbekundungsverfahren sei populistischer Natur und lenke von dem gemeinsamen Ziel, eine optimierte Bewirtschaftungsform für den Landeswald zu finden, ab.

Dennoch fordert die Fraktion die Regierung auf, auch im Hinblick auf die Verunsicherung der Mitarbeiter der Landesforstverwaltung, die Verkaufssondierungen schnellstmöglich zu beenden, um in der Diskussion um die Rechtsformwahl weiter fortzufahren.

„Auch für die tüchtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Forstverwaltung müssen endlich wieder Ruhe und Klarheit über ihre Zukunft einziehen.“

(Konrad Nabel, SPD)

Die Verringerung des Defizits könne nur im Bereich der Forstbewirtschaftung erfolgen. Bei den Personal- und Gemeinwohlkosten sieht die SPD kein Einsparpotential.

Als Rechtsform schlägt sie, in Bezugnahme auf das kurz vorher erschienene Memorandum des BDF, die Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts vor.

Auch die **FDP** spricht sich für eine rasche Beendigung der Verkaufssondierungen aus und fordert die Landesregierung auf, eine klare Position gegen den Verkauf zu beziehen.

Durch ihr zwiespältiges Verhalten habe die SPD in dieser Debatte an Glaubwürdigkeit verloren und die Verkaufsdiskussionen unnötig verlängert.

Das eingeleitete Interessenbekundungsverfahren hält die FDP für überflüssig und fordert die sofortige Einstellung der Verkaufssondierungen.

„Warum wollen sie überflüssige Arbeit für das Parlament? Warum wollen sie überflüssige Kosten für den Landeshaushalt und warum wollen sie mögliche Interessenten für ein überflüssiges Interessenbekundungsverfahren? Stimmen sie deshalb, um all dies zu untermauern und um den Betroffenen zu sagen, was jetzt Sache ist, unserem gemeinsamen Antrag zu.“

(Günther Hildebrand, FDP)

Das im Memorandum des Bundes Deutscher Forstleute (BDF) bezifferte Defizit des reinen Forstbetriebes von 2 Mio. Euro nimmt der **SSW** in seiner Argumentation auf und stellt sie dem von der Landesregierung genannten Defizit von 10 Mio. Euro gegenüber. Er bemängelt in diesem Zusammenhang die wenig transparente Diskussion um mögliche Kosteneinsparungen und befürchtet die Kürzung von Gemeinwohlleistungen.

„Die Diskussion über einen Verkauf ist eigentlich unredlich, weil die Rahmenbedingungen bis heute nicht bekannt sind. Man hört immer nur die stereotypen Äußerungen der Regierung, dass der Wald zu teuer sei und dass er deshalb verkauft werden müsse. Es wird aber nicht gesagt, ob die Gemeinwohlleistungen in den einzelnen Wäldern aufrechterhalten werden sollen. Vor allem wird nicht gesagt wie sie bezahlt werden sollen.“

(Lars Harms, SSW)

Auch nach einem Verkauf müsse die Landesregierung dem neuen Besitzer für Gemeinwohlleistungen Ausgleichszahlungen leisten. Laut BDF sei nicht zuletzt dank der positiven Entwicklung auf dem Holzmarkt, mittelfristig der Ausgleich des Defizits zu erwarten, was den Sinn eines Verkaufs zu diesem Zeitpunkt generell in Frage stelle.

Der SSW lobt die bisherigen Reformbemühungen der Landesforstverwaltung und das Engagement der Mitarbeiter in diesem Rationalisierungsprozess.

„Sehen wir uns das letzte Jahrzehnt an, so können wir feststellen, dass die Ausbildung im Forstbereich zentralisiert wurde. 30% des Personals in diesem Bereich wurden schon abgebaut. Fünf Forstämter wurden aufgelöst und 15 Revierförstereien wurden geschlossen. All das haben die Beschäftigten immer wieder mitgetragen. Man hat versucht, diesen schwierigen Prozess positiv mitzugestalten; damit unsere Landesforsten eine Zukunft haben.“

(Lars Harms, SSW)

Ein Verkauf des Landeswaldes würde demnach nicht nur den Bürgern Schleswig-Holsteins gegenüber ungerechtfertigt sein, er wäre auch für die Beschäftigten der Landesforstverwaltung „ein Schlag ins Gesicht“.

Besonders im Bereich der Naturschutzleistungen warnt der SSW vor starken Kürzungen wie z.B. der Aufhebung von Naturwaldflächen.

„Dieser Teil der Gemeinwohlleistung – also des Naturschutzes – wird nicht weiter verfolgt. Die Landesregierung will dies den Menschen im Land nur nicht sagen.“

(Lars Harms, SSW)

Abschließend fordert der SSW die SPD-Fraktion auf, sich dem Antrag der Opposition auf Einstellung des Interessenbekundungsverfahrens anzuschließen und somit eine klare Position gegen den Verkauf zu beziehen.

„Die Kollegen von der SPD sollten Mut zeigen und eine Entscheidung treffen, bevor sie die Landesregierung trifft. Sie sollten sich als Parlamentarier vielleicht einmal selbst ernst nehmen.“

(Lars Harms, SSW)

Der **Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume** bemängelt die unsachliche und emotionale Diskussion über das Thema und klärt die Abgeordneten über den bisherigen Ablauf der Privatisierungsdiskussion auf.

„Man kommt sich ein bisschen wie Dschungelboy vor. Man kämpft sich durch ein Dickicht von falschen Behauptungen, Verdrehungen und Unterstellungen. Ich will heute ein Stück damit aufräumen, damit deutlich wird, was wirklich passiert ist.“

(Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume)

Bei Regierungsübernahme wäre zunächst die Überführung der Landesforstverwaltung in eine Anstalt des öffentlichen Rechts diskutiert worden, doch aufgrund der angespannten Haushaltslage habe es einen Kabinettsbeschluss gegeben, die Privatisierung des Landeswaldes zu prüfen. Das im Anschluss durchgeführte Interessenbekundungsverfahren ziele jedoch nicht ausschließlich auf den Verkauf des Landeswaldes ab; der Verkauf sei nur eine von mehreren Optionen, so der Landwirtschaftsminister.

Er betont erneut die Notwendigkeit, alle möglichen Optionen zu prüfen, um zu einer vernünftigen Lösung zu kommen und verwahrt sich gegen die Anschuldigungen, den Landeswald in eigener Sache verkaufen zu wollen.

„Bei all dem finde ich es unredlich, wenn so getan wird, als würde der Minister wie ein Schreckgespenst durch den Wald geistern und heimlich den großen Deal planen und den Wald unter der Hand verschachern.“

(Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume)

Die Aufgabe des Landwirtschaftsministeriums sei es allein, die verschiedenen Möglichkeiten zu prüfen und sie der Regierung als Entscheidungsgrundlage vorzulegen.

Auch der Minister trennt nun die Kosten für hoheitliche Aufgaben und Gemeinwohlaufgaben von den Kosten für den wirtschaftlichen Bereich.

„Natürlich beträgt das Defizit im betriebswirtschaftlichen Bereich nicht 10 Millionen Euro. Natürlich liegt das Defizit des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses des Landeswaldes bei ungefähr 2,5 Millionen Euro. Aber warum haben wir dieses Defizit?“

(Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume)

Die Gründe für das Defizit im betriebswirtschaftlichen Bereich sieht der Minister nicht bei uneffektiven Forstreformen, sondern bei zu hoch festgeschriebenen Leistungen für den Naturschutz, die ein wirtschaftliches Handeln im Forstbetrieb verhindern. Dabei kritisiert er, wie schon der Abgeordnete der CDU, die Umweltpolitik der Vorgängerregierung, die unter anderem den Anteil von Stilllegungsflächen für den Naturschutz erhöht hatte und macht sie für das Defizit verantwortlich.

„Es [das Defizit; R.J.] ist da, weil Sie Leistungen festgeschrieben haben, die weit über den Bundesdurchschnitt hinausgehen, die weit über alle europäischen Herausforderungen hinausgehen. Deshalb ist es eine Unverfrorenheit von Ihnen, sich hier hinzustellen und uns gute Ratschläge zu erteilen. Ihretwegen sitzen wir hier wie ein Insolvenzverwalter, der eine Abwicklung betreibt. Wir versuchen, das zu retten, was Sie verbockt haben, meine Damen und Herren von den Grünen.“

(Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume)

Das **Bündnis 90/ die Grünen** widerlegt die Aussage des Ministers, im Interessenbekundungsverfahren werde nicht nur der Verkauf des Landeswaldes geprüft, mit dem Hinweis, dass es sich bei beiden angegebenen Privatisierungsvorschlägen in der Ausschreibung nur um zwei verschiedene Varianten des Verkaufs des Landeswaldes handele.

„Das Interessenbekundungsverfahren besagt, Private sollten sich melden, die Interesse haben, den gesamten Wald, einschließlich der Landesforstverwaltung zu kaufen und entsprechend die hoheitlichen Aufgaben in Auftragsverwaltung zu übernehmen. Die Alternative ist, die staatlichen Ausgaben vom eigentlichen Landesforst zu trennen. Nur der Landesforst soll verkauft werde. Dafür sollen sich Interessenten melden.“

(Karl-Martin Hentschel, Bündnis 90/ die Grünen)

Auch für den Privatwald müsse die Regierung Zuschüsse für Gemeinwohlkosten zahlen, deshalb könne man Kosten für Gemeinwohlaufgaben auch beim Landeswald nicht mit in das Defizit einberechnen. Das so errechnete jährliche Defizit von 2 Millionen Euro würde bei der aktuellen Holzkonjunktur innerhalb weniger Jahre ausgeglichen sein. Auch die Besonderheit des Landeswaldes, seine junge Alterstruktur in Folge der Reparationshiebe nach dem zweiten Weltkrieg, sei im Vergleich mit dem Privatwald zu berücksichtigen. Ein solcher Aufbaubetrieb werfe zwar in der Gegenwart noch keine großen Gewinne ab, würde aber in der Zukunft deutlich an Wert gewinnen. Einen Verkauf hält das Bündnis 90/ die Grünen aus diesen Gründen auch wirtschaftlich für wenig sinnvoll.

Die von ihnen initiierte Volksinitiative sehen die Grünen, im Gegensatz zur SPD, als einen guten Beitrag, um Druck auf die Landesregierung auszuüben und den Bürgern Schleswig-Holsteins die Möglichkeit zu geben, sich auf direktem Wege gegen den Verkauf des Landeswaldes zu wehren.

Die **SPD** sieht die Gemeinwohlfunktionen des Waldes als „Grunddaseinsfunktion für alle Menschen im Lande“ an, die mit staatlichen Geldern finanziert und sichergestellt werden

muss. Die Kritik des Landwirtschaftsministers an den hohen Gemeinwohlstandards teilt die SPD nicht, sondern bezeichnet sie als „vorbildlich“ und politisch gewollt.

„Herr Minister von Boetticher, ich vermag nicht zu erkennen, dass wir uns dort besondere Dinge leisten. Wir stehen zu den Bereichen der Umweltpädagogik. Wir stehen dazu, dass bestimmte Naturschutzverpflichtungen von uns im Wald vorbildlich erfüllt werden müssen.“

(Lothar Hay, SPD)

Die bisher erfolgreichen Forstreformen, die bessere Konjunktur auf dem Holzmarkt und eine verbesserte Organisation der Landesforstverwaltung als Anstalt öffentlichen Rechts werden ein positives Betriebsergebnis sicherstellen, auch ohne Kürzungen der Gemeinwohlleistungen. Einen Verkauf werde es mit der SPD nicht geben, versichert der Parteivorsitzende abschließend.

In dem letzten Redebeitrag geht der **Landwirtschaftsminister** erneut auf die Argumentation von Bündnis 90/ die Grünen zum Interessenbekundungsverfahren ein und stellt klar, dass bei dem Modell der Betriebs-GmbH sowohl das Sondervermögen Landeswald Schleswig-Holstein als auch der Landesbetrieb Erlebniswald Truppenkamp in ihrer bisherigen Rechtsform und ihrem Bestand erhalten blieben.

11.4 Analyse der medialen Berichterstattung (Öffentliche Kommunikation)

11.4.1 Analyse regionaler Tageszeitungen

Zu Beginn des Jahres 2006 wird mit der Veröffentlichung des sogenannten **Schlie-Berichts** über die Verwaltungsreform der Landesregierung sowie den damit zusammenhängenden Vorschlag, den Verkauf des Landeswaldes zu prüfen, berichtet. Die Reaktion auf diesen Vorschlag bleibt jedoch in der öffentlichen Berichterstattung bis Anfang März verhalten.

Im März wird der Antrag der FDP-Fraktion zum Erhalt des Landeswaldes Anlass zur Berichterstattung.

„Verkehrte Welt: Ausgerechnet die Liberalen, die für gewöhnlich Weltmeister mit ihren Privatisierungsforderungen sind, machen jetzt Front gegen den Verkauf der Landesforsten. Per Antrag im Landtag will die FDP erreichen, dass die Regierung ihre Verkaufsabsichten ad acta legt.“

(Schleswiger Nachrichten, 10.03.2006)

Auch die **Stellungnahme des Holzspielzeugherstellers Gollnest & Kiesel**, der im Hinblick auf die Privatisierungsabsichten der Regierung die Einstellung der Spendenaktion für den Landeswaldes ankündigte, erregt öffentliche Aufmerksamkeit. Damit erhält die Debatte eine stärker auf die Gemeinwohlleistungen des Waldes orientierte Ausrichtung und es ergibt sich ein engerer Bezug zur Bevölkerung.

„Es sollte eine gute Tradition werden: Gollnest & Kiesel, Spielzeughersteller aus dem Schleswig-Holsteinischen Güter, spendet für jedes neugeborene Kind im nördlichsten Bundesland jedes Jahr einen Baum für einen neuen Wald. Das Geschenk an das Gemeinwohl wird in diesem Jahr eingestellt.“

(HL-Live, 10.03.2006)

Auch in den Schleswiger Nachrichten vom 10.03.2006 wird der FDP Abgeordnete Günther Hildebrandt mit einem Kommentar zur Reaktion des Spielzeugherstellers zitiert:

„Wie müssen sich diejenigen fühlen, die durch Engagement zum Wertgewinn des Staatswaldes beigetragen haben, wenn das Land ihre Spende nun versilbert.“

(Günther Hildebrandt)

Am Vortag der Parlamentssitzung zum Erhalt des Landeswaldes diskutiert das Hamburger Abendblatt **mögliche Einschränkungen des Betretungsrechts** bei einer Privatisierung des Landeswaldes.

Unter der Überschrift *„Kommt die Maut für den Wald?“* (Hamburger Abendblatt, 22.03.2006) berichtet die Zeitung über mögliche Eintrittsgelder für einen Waldbesuch. Dabei wird unterstrichen, dass laut Landesgesetz bereits jetzt Gebühren für Veranstaltungen im Wald erhoben werden können. Besonders im Privatwald sei es üblich, auch Gemeinwohlleistungen in Rechnung zu stellen.

„Eine verbindliche Preisliste gibt es nicht. Das Forstamt Trittau berechnete einer Volkshochschule für einen Nordic-Walking-Tag im Landeswald 50 Euro. Eine TV

Firma musste für einen Wald-Dreh mal 150, mal 250 Euro überweisen. Bei einem Waldgottesdienst und einem Schul-Waldlauf drückten Landesförster ein Auge zu. Private Waldbesitzer wie Hans Caspar Graf zu Rantzau kassieren ebenfalls nach Aufwand. Einziger Unterschied: Im gräflichen Forst bei Pronstorf muss auch der Waldkindergarten zahlen: 500 Euro im Jahr.“

(Hamburger Abendblatt, 22.03.2006)

Ob es tatsächlich zu einem Waldverkauf komme oder die Verwaltung nur „billiger“ organisiert werde, mache für die Bürger keinen großen Unterschied, denn in beiden Fällen müssten sie „für Waldspaziergänge häufiger als bisher zahlen und für Veranstaltungen in den Forsten höhere Gebühren berappen.“ (Hamburger Abendblatt, 22.03.2006)

Bezugnehmend auf die **Landtagsdebatte am 23.03.2006** berichten die Tageszeitungen über die Positionierung der Landtagsfraktionen und die politische Diskussion.

In den folgenden Monaten finden verschiedene **Protestaktionen und Kreistagsresolutionen** statt, die besonders in den lokalen Tageszeitungen große Aufmerksamkeit erfahren.

In den Tageszeitungen wird von der gemeinsam von der IG BAU, dem BDF und der SDW⁹³ verfassten Protestnote an den Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins berichtet. Zeitungsberichte finden sich auch zu einer Waldbegehung, zu der die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald die Wahlkreisabgeordneten des Kreises Stormarn eingeladen hatte.

„Der Verkauf von Waldflächen, die sich im Besitz des Landes befinden, soll den Haushalt entlasten. Das Vorhaben ruft Naturschützer auf den Plan. Bei der Waldbegehung in der Hahnheide wurden die drohenden Probleme aufgezeigt.“

(Stormarner Tageblatt, 25.04.2006)

Auch über Resolutionen der Kreistage Lauenburg und Ostholstein gegen den Verkauf des Landeswaldes wird in mehreren Artikeln berichtet.

Schließlich treten verstärkt **Umweltverbände** in den Mittelpunkt der Berichterstattung.

„Bündnis gegen den geplanten Waldverkauf – Der schleswig-holsteinischen Regierung stehen neue Proteste ins Haus. In den nächsten Wochen will ein Bündnis aus Waldfreunden mit Aktionen gegen einen Verkauf des Landeswaldes protestieren.“

(Hamburger Abendblatt, 11.05.2006)

Im Juni 2006 wird über die Arbeit des Umweltbeirates Bad Schwartau und seine Protestkundgebung im Riesebusch berichtet, die dieser in Zusammenarbeit mit mehreren Umweltorganisationen ausgerichtet hatte.

„Auf dem schmalen Streifen vor dem Waldhotel Riesebusch ist kein Durchkommen mehr. Jugendliche der „Umweltfüchse“ flitzen herum, Greenpeace-Mitglieder rollen ein Transparent aus, andere Erwachsene pinseln eifrig Parolen auf selbst gebastelte Pappschilder. (...) Der Vorsitzende des Bad Schwartauer Umweltbeirates und seine Mitstreiter haben zum Protest aufgerufen. Um zu verhindern, dass der Landeswald verkauft wird. Mit einer solchen

⁹³ Schutzgemeinschaft Deutscher Wald.

Resonanz aber haben sie nicht gerechnet.“

(Lübecker Nachrichten, 25.06.2006)

Mit der Überschrift *„Unser Wald ist mehr als eine reine Holzfabrik“*, dem Slogan des Bündnis Wald, veröffentlichen die Schleswiger Nachrichten am 26.06.2006 ein Interview mit dem Sprecher des Bündnisses Fritz Heydemann.

Zu **Beginn des Interessenbekundungsverfahrens** häufen sich Mitte August die Meldungen über den Landeswald. Obwohl es die Berichterstattung praktisch nicht auf die Titelblätter schafft, wird fast täglich über den Verkauf des Waldes berichtet.

Verkaufsszenarien werden dargestellt, Landtagsabgeordnete zu ihren Positionen befragt, und mit reißerischen Überschriften wird auf das Thema aufmerksam gemacht.

„Der Ausverkauf der Nordwälder beginnt – die Landesregierung macht ernst: Schleswig-Holsteins Landeswald wird europaweit zum Kauf angeboten“

(Schleswiger Nachrichten, 16.08.2006)

„Widerstand gegen das ‚Verscherbeln‘ des Waldes“

(Ostholsteiner Anzeiger, 17.08.2006)

„Konzerne aus Österreich und Schweden wollen Landeswald kaufen“

(Segeberger Zeitung, 21.08.2006)

Während Umweltverbände und das Bündnis Wald zunehmend stärkere Medienpräsenz erhalten und die Möglichkeit nutzen, ihre Argumente ausführlich in der Presse darzulegen, werden die **Belange der Angestellten und Beamten der Landesforstverwaltung** in der Öffentlichkeit wenig diskutiert.

„Betroffen von einem Verkauf wären 280 Förster und Waldarbeiter.“

(Schleswiger Nachrichten, 16.08.2006)

„Offen ist, wie Personal abgebaut werden soll.“

(Hamburger Abendblatt, 11.05.2006)

Zentrale Themen bleiben weiterhin die von der Landesregierung angestrebte Haushaltskonsolidierung und das **Defizit des Landeswaldes** auf der einen Seite, die Gemeinwohlleistungen des Waldes und das Unverständnis einem Verkauf gegenüber auf der anderen Seite. Als Argument der Verkaufsgegner werden immer häufiger auch **die steigenden Holzpreise** genannt, die die Einnahmen in der Zukunft deutlich verbessern würden und somit den Verkauf des Waldes wirtschaftlich unsinnig machten.

„Warum sollte ein Wirtschaftsgut heute zu einem Schleuderpreis veräußert werden, das bereits morgen gewinnbringend genutzt werden könnte? Die Weltmarktpreise für Nutzholz steigen.“

(HL-Live, 10.03.2006)

Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) kritisiert die Argumentation der Regierung, bei einer Privatisierung könne das Defizit des Landeswaldes von 10 Millionen Euro eingespart werden. Die SDW unterstreicht, dass ungefähr zwei Drittel des Zuschusses Leistungen abdecken würden, die auch nach einer Privatisierung durch die Landesregierung

getragen werden müssten. Sie spricht in diesem Zusammenhang von einer bewussten Irreführung der Bürger.

„Mit 6,5 Millionen Euro wird der Wald das Land auch weiterhin belasten, ob der Wald nun uns gehört oder nicht (...). Wer Einsparungen von zehn Millionen ankündigt, führe die Menschen in die Irre.“

(Hamburger Abendblatt, 14.09.2006)

Auf diese Aussage des Kreisvorsitzenden der SDW, Friedrich Westerworth, reagiert der Pressesprecher des schleswig-holsteinischen Finanzministeriums prompt mit einem Leserbrief:

„Nicht der Finanzminister, sondern Herr Westerworth führt die Bürger in die Irre, indem er mit plumpen Unterstellungen und falschen Vereinfachungen argumentiert. Die Fakten: Der Landeswald hat einen Zuschussbedarf von jährlich 10 Millionen Euro. Die Landesregierung möchte dieses Defizit abbauen und sucht dafür die geeignete Organisationsform.“

(Hamburger Abendblatt, 23.09.2006)

Weiterhin wird heftig über **potenzielle Käufer des Landeswaldes** spekuliert. Es wird allgemein angenommen, dass es sich um einen internationalen Großkonzern handeln müsse, der wenig Bezug zum Wald hätte und ausschließlich profitorientiert wirtschaften würde.

„Derweil brodelt die Gerüchteküche. So soll ein großer skandinavischer Papierkonzern sich für den Landeswald interessieren.“

(Hamburger Nachrichten, 11.05.2006)

„Dem Vernehmen nach sollen neben amerikanischen Rentenfonds auch zwei Energiekonzerne interessiert sein.“

(Lübecker Nachrichten, 16.08.2006)

„Der Grünen-Landtagsabgeordnete Detlef Matthiessen befürchtet, dass der Wald mit seinem wertvollen Rohstoff Holz den Heuschrecken vorgeworfen wird.“

(Schleswiger Nachrichten, 18.08.2006)

„Gewinne erzielt der Investor nur mit dem Abholzen. Walderholung, Waldpädagogik und Naturschutz dürften für ihn eher Fremdwörter sein! Den Angestellten und Forstwirten droht nach einer Schamfrist die Entlassung, stattdessen wälzen sich Großmaschinen durch den Wald.“

(Natur-Umwelt-Mensch e.V., Schleswiger Nachrichten, 30.08.2006)

Mit wachsendem medialen Interesse äußern sich zunehmend auch die **Leser der Tageszeitungen** zum Thema. Dabei wird hauptsächlich Kritik an dem Vorhaben der Landesregierung laut. Aber auch die Verantwortung der SPD als Regierungspartei wird hinterfragt. Der Glücksburger Umweltverein warnt zudem vor Eintrittsgebühren für den Waldspaziergang.

„Welche Interessen vertreten Politiker wie Herr Boetticher eigentlich? Sicherlich nicht die des Volkes! Das dürfte wohl kaum davon profitieren, dass sein Eigentum ohne Sinn und Verstand verscherbelt wird.“

(Leserbrief, Schleswiger Nachrichten, 17.08.2006)

„Wieso spricht der Landwirtschaftsminister von einem Interessenbekundungsverfahren? Soll damit dem Bürger schon wieder Sand in die Augen gestreut werden? Der Verkauf des Landeswaldes hat längst begonnen!“
(Leserbrief, Schleswiger Nachrichten, 17.08.2006)

„So löblich die Aussage der SPD gegen einen vollständigen Verkauf des schleswig-holsteinischen Landeswaldes auch zu sein scheint, so sehr missfällt die Einschränkung mit dem Begriff vollständig; kennt man doch die politischen Wortakrobaten, Hintertürchen und das Gekungel in den Koalitionsrunden.“
(Leserbrief, Hamburger Abendblatt, 25.08.2006)

„Ja so könnte es werden: ‚Betreten verboten‘ steht auf dem Schild. Wenn wir Glück haben, können wir eine Eintrittskarte kaufen – für den Wald.“
(Natur-Umwelt-Mensch e.V., Schleswiger Nachrichten, 30.08.2006)

Als Erklärung für das weiterhin starke Interesse der Öffentlichkeit im September sind neben dem laufenden Interessenbekundungsverfahren die zweite Plenarsitzung zum Thema Verkauf des Landeswaldes zu sehen sowie die von dem Bündnis 90/ die Grünen unterstützte **Volksinitiative**, über die intensiv berichtet wird.

„Grüne starten Aktion gegen Waldverkauf“
(Kieler Nachrichten, 11.09.2006)

„Volksinitiative gegen Waldverkauf – die Grünen wollen bis Ende Oktober 20.000 Unterschriften sammeln“
(Dithmarscher Landeszeitung, 19.09.2006)

„Rettungsaktion für Steinburgs Bäume – die Steinburger Grünen werden in den nächsten Tagen Unterschriften gegen den von der Rot-Schwarzen Landesregierung geplanten Waldverkauf sammeln.“
(Norddeutsche Rundschau, 25.09.2006)

Nach der **Landtagsdebatte am 14.09.2006** zum Verkauf des Landeswaldes hält die Presse den Verkauf des Landeswaldes für unwahrscheinlich. Die Schleswiger Nachrichten berichten nunmehr sogar auf der Titelseite über den Landeswald.

„Kieler Koalition rückt ab vom Verkauf des Waldes“
(Schleswiger Nachrichten, 15.09.2006)

Obwohl es in der Sitzung zu keinem Entschluss gegen eine Privatisierung kam, werten die Tageszeitungen die klare Positionierung der SPD gegen einen Verkauf und den Vorschlag des CDU Abgeordneten Hartmut Hamerich für eine Anstalt öffentlichen Rechts als eindeutiges Zeichen gegen den Verkauf.

„Union steht jetzt allein im Wald – Ein Verkauf des Landeswaldes wird immer unwahrscheinlicher. Im Landtag formierte sich gestern eine breite Front gegen die Privatisierungspläne.“
(Lübecker Nachrichten, 15.09.2006)

„Die umstrittenen Regierungspläne sind offenbar vom Tisch. Die CDU-Fraktion im Landtag brachte gestern eine Überführung des Landeswaldes in eine Anstalt öffentlichen Rechts ins Gespräch. (...) Ähnliche Äußerungen kamen von der SPD-

Fraktion, die zuvor ihr kategorisches Nein zu möglichen Verkaufsplänen bekräftigt hatte.“

(Schleswiger Nachrichten, 15.09.2006)

Die Lokalausgabe Hamburg der taz hält hingegen den Verkauf des Landeswaldes weiterhin für möglich.

„Der Wald soll weg – Schleswig-Holstein will 52.000 Hektar Bäume loswerden und seinen Landesforst privatisieren – die Regierungspartei SPD ist dagegen, will aber mit der Opposition keine gemeinsamen Sachen machen.“

(taz Nord, 15.09.2006)

Mit Beendigung des Interessenbekundungsverfahrens nimmt das mediale Interesse zum Thema Landeswald deutlich ab.

Am 10.10.2006 schließlich wird seitens der Landesregierung angekündigt, den Verkauf des Landeswaldes nicht länger zu verfolgen. In der Presse wird diese **Kursänderung der Regierung** auf den hohen öffentlichen Druck zurückgeführt.

„Der massive Bürgerprotest scheint seine Wirkung nicht verfehlt zu haben. Schleswig-Holsteins Landeswald wird nicht verkauft.“

(Hamburger Abendblatt, 12.10.2006)

„Meist herrschte im Wald ein angenehmes, laues Lüftchen. Dem schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsminister Christian von Boetticher schlug jedoch ein rauer Wind entgegen, kaum hatte er sein Papier zum Verkauf des Landeswaldes an die erstbeste Buche genagelt.“

(Schleswiger Nachrichten, 11.10.2006)

„Da sich außer den Umweltverbänden auch Forstleute, Freizeitreiter, Pfadfinder und viele mehr zu einem Bündnis Wald zusammengeschlossen haben und Gemeindevertretungen und Kreistage sich gegen einen Verkauf und für den weiteren Erhalt des Landeswaldes für Erholung, Naturschutz, Umweltbildung und naturnahen Waldbau ausgesprochen haben, rudert von Boetticher jetzt zurück und will von einem Verkauf zurzeit nichts mehr wissen.“

(Stormarner Tageblatt, 16.10.2006)

Doch obwohl sich die Öffentlichkeit dieser Entscheidung gegenüber sehr positiv äußert und die Verkaufsgegner den Rückzug als eigenen Erfolg werten, wird gleichzeitig vor zu großer Euphorie gewarnt. Besonders im Bereich Gemeinwohllösungen weisen Kritiker auf **geringere Standards** und einen möglichen **Verkauf von Einzelflächen** hin und betonen, dass die Umwandlung in eine GmbH weiterhin zur Debatte stünde.

„Der Wald ist nicht aus dem Schneider – nach wie vor sollen einzelne schleswig-holsteinische Forsten verkauft werden. Geringere Standards für den Rest.“

(taz Nord, 12.10.2006)

„Doch auch bei einer Neuorganisation des Landeswaldes in einen reinen Wirtschaftsbetrieb ist ein massiver Abbau der Gemeinwohlaufgaben zu befürchten.“

(Stormarner Tageblatt, 16.10.2006)

„Alles im Grünen Bereich also? Keineswegs. Das Bündnis Wald argwöhnt nun, dass der Rückzug beim Verkauf nur eine Mogelpackung sei und die Landesregierung nur mit gezinkten Karten spielt.“

(Lübecker Nachrichten, 13.11.2006)

Die Lübecker Nachrichten berichten Ende Oktober schließlich auch ausführlich über die **Mitarbeiter der Landesforstverwaltung**, die in der öffentlichen Debatte, wie oben bereits angedeutet, wenig Aufmerksamkeit erfuhren. Mit der Überschrift *„Verkauf der Landeswälder - Maulkorb für Ostholsteins Förster“* (Lübecker Nachrichten, 24.10.2006), wird auf die inoffizielle Anweisung des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume an die Forstleute eingegangen, sich zum Thema Privatisierung des Landeswaldes in der Öffentlichkeit nicht zu positionieren.

„Kein Verkauf der Landeswälder – sagt Kiel. Doch für die Forstleute ist das Thema noch längst nicht vom Tisch. Aber sie dürfen dazu nichts sagen.“

(Lübecker Nachrichten, 24.10.2006)

„Für Christian Seyfert, Pressesprecher des Landwirtschaftsministerium, ist dieser Maulkorberlass nichts ungewöhnliches, schließlich könnten die Forstwirte nicht ihre eigene Pressearbeit.“

(Lübecker Nachrichten, 24.10.2006)

Der Naturschutzbund Schleswig-Holstein (NABU) deutet diese Anweisung an die Forstleute als Schwäche der Landesregierung.

„Dies ist ein Zeichen, dass die Landesregierung keine Argumente hat (...) Gute Waldpolitik kann durchaus in der Öffentlichkeit diskutiert werden.“

(Lübecker Nachrichten, 24.10.2006)

Mit dem offiziellen Kabinettsbeschluss der Landesregierung am 14.11.2006 den Landeswald nicht zu verkaufen endet die öffentliche Berichterstattung vorerst.

Mitte Dezember wird noch einmal über die Diskussion über eine Resolution des Bad Oldesloer Kreistages gegen die Privatisierung des Landeswaldes und damit verbundene kreispolitische Differenzen informiert. Danach tritt die Debatte um die Zukunft des Landeswaldes vollständig aus dem Fokus der Tagespresse.

11.4.2 Analyse überregionaler Medien

Die Zeitung „die WELT“ berichtet anlässlich der Veröffentlichung des Schlie-Berichts über eine mögliche Privatisierung des Landeswaldes Schleswig-Holstein.

„Das Land prüft Möglichkeiten, landeseigene Wälder zu verkaufen.“

(Die Welt, 25.01.2006)

Ende Juni erscheint ein kurzer Artikel über die Positionierung des Bündnis' Wald und am 11.10.2006 wird über den Rückzug der Verkaufsabsichten der Regierung informiert.

„Naturschützer lehnen Verkauf des Landeswaldes ab“

(Die Welt, 26.06.2006)

„Pläne für den Verkauf des Landeswaldes sind vom Tisch“

(Die Welt, 11.10.2006)

Bei allen Artikeln wird knapp über den Vorgang berichtet. Die Positionen der Parteien, der Regierung und des Bündnis Wald werden skizziert. Die Berichterstattung hat deshalb vorwiegend informativen Charakter.

Ganz anders ein Artikel der Zeitschrift „**Stern**“, der Ende September erscheint: in ihm wird eindeutig Position gegen den Verkauf ergriffen und versucht, mit einer sehr bildreichen Sprache das Thema der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen und die Leser gegen den Verkauf einzuschwören.

„Schleswig-Holstein will den Landeswald an einen Privatinvestor verkaufen. Ein Lehrstück darüber, wo Privatisierung ihre Grenzen hat.“

(Stern, Heft 39/2006)

„Der Wald als Rohstofflager, der Wald als Lebensraum – so ist es immer gewesen. Nun aber ist in Schleswig-Holstein diese Balance bedroht, der Kapitalismus ist kurz davor, eine der letzten Bastionen deutscher Staatswirtschaft zu schleifen.“

(Stern, Heft 39/2006)

Im Beitrag werden die verschiedenen Positionen der Verkaufsgegner und –befürworter ausführlich beleuchtet. Gemeinwohlargumente werden zusammen mit dem Bild des idyllischen Waldes dargestellt und den Finanzargumenten und der Motorisierung der Forstwirtschaft gegenübergestellt.

„Licht scheint durch die Blätter der Buchen und lässt auf dem Waldweg die Schatten tanzen. Die Kinder setzen sich auf abgesägte Fichtenstümpfe, singen ein Lied und packen ihr Frühstück aus. (...) Ein paar Meter tiefer in den Wald hinein hat ihnen der Förster aus Baumstümpfen eine Kletterraupe gebaut.“

(Stern, Heft 39/2006)

„Ein Forstspezialschlepper greift schnaufend mit seiner Zange nach Stämmen und schleift sie über den Weg zu einem Sammelplatz. Die Waldarbeiter haben dem Monstrum einen Namen in den grünen Lack geritzt: ‚Big John II‘.“

(Stern, Heft 39/2006)

„Am Anfang des Ärgers waren wie so oft die Schulden. Schleswig-Holstein steht mit fast 22 Milliarden Euro in der Kreide. Die neue Landesregierung des Peter Harry Carstensen machte sich deshalb vergangenes Jahr daran, den Haushalt zu durchforsten.“

(Stern, Heft 39/2006)

In der Berichterstattung der **Radiosender des NDR** wird ausschließlich über politische Aspekte berichtet. Anlässe der Nachrichten über die Privatisierung des Landeswaldes waren die Plenardebatten, das Interessenbekundungsverfahren, sowie die Ankündigung der Regierung, den Verkauf des Landeswaldes nicht weiter zu verfolgen.

Mitte Oktober, im Zusammenhang mit dem Rücktritt der Regierung von den Privatisierungsabsichten, berichtet der NDR zusätzlich in einem kurzen Fernsehbeitrag über die Situation.

Das **Deutschlandradio** informiert in der Sendung „Umwelt und Verbraucher“ über die Verkaufsdiskussion in Schleswig-Holstein. In den 2 Beiträgen vom 12.04.2006 und 18.08.2006 wird über die Parlamentsdebatten zum Erhalt des Landeswaldes, die Finanzlage

des Landeshaushaltes, die Stellungnahme des Spielzeugherstellers Gollnest & Kiesel und die Reaktion der Öffentlichkeit sowie die Argumente der Verkaufsgegner berichtet. Die Beiträge haben eine Länge von ca. 5 Minuten.

11.4.3 Berichterstattung der forstlichen Fachpresse

Die Allgemeine Forstzeitschrift (**AFZ/ Der Wald**) erscheint zweimal im Monat und informiert verbandsunabhängig über Themen der Forstwirtschaft und -technik, Waldökologie und Umweltvorsorge. Die Zeitschrift hat eine Auflage von ca. 5.000 Exemplaren, ist jedoch in Schleswig-Holstein weniger vertreten, als in anderen Bundesländern. Zum Thema Privatisierung des Landeswaldes Schleswig-Holstein wurde in der AFZ/ Der Wald nur einmalig, unmittelbar nach Veröffentlichung des Schlie-Papieres berichtet. In dem Artikel „*Aus für die Forstverwaltung Schleswig-Holstein?*“ (AFZ/ Der Wald 4/2006) werden die Argumente der Landesregierung für die Prüfung eines Verkaufs des Landeswaldes dargestellt. Als Kritiker der Privatisierungsüberlegungen werden die SPD-Fraktion, der Bund Deutscher Forstleute und der Holzspielzeughersteller Gollnest & Kiesel zitiert. Außerdem informiert der Artikel über die Hintergründe des Schlie-Berichtes.

Das **Holz-Zentralblatt** ist eine unabhängige Fachzeitschrift für die Forst- und Holzwirtschaft und erscheint wöchentlich. Sie wendet sich an ein Fachpublikum vorwiegend aus den Bereichen Holzwirtschaft, berichtet aber auch über Neuigkeiten rund um die Forstwirtschaft. Das Blatt hat eine Auflage von ca. 14.000 Exemplaren. Über die Privatisierung des Landeswaldes wurde regelmäßig und ausführlich berichtet

In der zweiten Januarausgabe berichtet die Zeitung über die Privatisierungspläne der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung. Neben den Forderungen der Regierung zur Haushaltskonsolidierung und der politischen Diskussion wird auch die Positionierung des Holzspielzeugunternehmens Gollnest & Kiesel gegen den Verkauf dargestellt und die Frage nach der Zukunft der Forstbediensteten im Landeswald gestellt.

„Bisher unklar ist, was im Falle des Waldverkaufs mit den Beschäftigten geschehen soll. So sei z.B. eine Möglichkeit, an den Flächenverkauf auch die Verpflichtung zu binden, Personal zu übernehmen, (...)“
(Holz-Zentralblatt, 132. Jahrgang, Nr.4, 27.01.2006)

Im zweiten Artikel, der im Februar erscheint, werden die Hintergründe der Privatisierungsdiskussion beleuchtet und ein Vergleich mit der schon einmal geführten Debatte von 2001 angestrengt. Die vom Landeswald erwarteten Leistungen werden ebenso analysiert wie die Kosten, die dadurch entstehen. In diesem Zusammenhang wird auch die Förderung des Privatwaldes diskutiert.

Der Artikel nimmt auch Bezug auf die derzeit öffentlich geführte Diskussion zur „Waldmaut“ und zitiert damit das Hamburger Abendblatt vom 22.03.2006: „*Kostet der Wald bald Eintrittsgeld?*“. Anhand der gesetzlichen Regelungen zum Betreten des Waldes und des Vergleiches mit anderen Bundesländern wird jedoch geschlussfolgert, dass das Betretungsrecht allgemein bestehen bleiben würde. Für kommerzielle Veranstaltungen hingegen sei die Beteiligung an den Einnahmen bzw. eine Aufwandsentschädigung durchaus berechtigt.

Neben den politischen Akteuren kommen auch der Vertreter der privaten Waldbesitzer und des Bundes Deutscher Forstleute (BDF) zu Wort. Laut Stellungnahme des Vorsitzenden des Waldbesitzerverbandes Schleswig-Holstein, Hans-Caspar Graf zu Rantzau, entstünden keine Nachteile durch die Umstrukturierung der Landesforstverwaltung für die Bürger.

„Der Privatwald müsse die gleichen Leistungen hinsichtlich Erholungswert und Umweltschutz bringen wie der Staatswald“

(Holz-Zentralblatt, 132. Jahrgang, Nr.6, 10.02.2206)

Auch für den Privatwald seien keine negativen Auswirkungen zu erwarten.

„Eine Änderung der Verwaltungsstruktur habe in Schleswig-Holstein, wo es kein Einheitsforstamt gibt, auch keine Konsequenzen für den Privatwald zur Folge.“

(Holz-Zentralblatt, 132. Jahrgang, Nr.6, 10.02.2206)

Der Vorsitzende des BDF Hans Jacobs macht hingegen auf die besonderen Gemeinwohlaufgaben des Staatswaldes aufmerksam und fordert die angemessene Wertschätzung dieser Leistungen.

„Die Landesregierung muss sich weiterhin zu den Allgemeinwohlfunktionen des Staatswaldes bekennen. Die Leistungen der Forstleute im Staatsforst sind gesellschaftspolitisch gewollt und müssen deshalb auch von der Gesellschaft honoriert werden.“

(Hans Jacobs, Holz-Zentralblatt, 132. Jahrgang, Nr.6, 10.02.2206)

Im Juni berichtet das Holz-Zentralblatt in der Rubrik „Nachrichten“ über die vom Bündnis Wald initiierte Podiumsdiskussion über die Zukunft des Landeswaldes und die Inhalte der Veranstaltung. Für das Bündnis Wald bot diese Veranstaltung die Möglichkeit, ihre Anliegen, vor der fachlichen Öffentlichkeit und Vertreter der Politik und der Regierung vorzutragen und um weitere Unterstützung zu werben.

„Der Landwirtschaftsminister Dr. Christian von Boetticher, zeigte sich beeindruckt von der breiten gesellschaftlichen Basis des Bündnis Wald.“

(Holz-Zentralblatt, 132. Jahrgang, Nr.26, 30.06.2206)

„Das Bündnis Wald forderte demgegenüber den Landtag auf, dem Beispiel Niedersachsens folgend langfristig ausreichend Finanzmittel für die dauerhafte Sicherung der Allgemeinwohlbelange im Landeswald bereitzustellen.“

(Holz-Zentralblatt, 132. Jahrgang, Nr.26, 30.06.2206)

Anlässlich des Interessenbekundungsverfahrens informiert das Holz-Zentralblatt über die Stellungnahme der Landesregierung und die Rahmenbedingungen für die Ausschreibung des Landeswaldes. Zusätzlich werden die Positionen der Parteien dargestellt, die dem Verfahren kritisch gegenüberstehen. Zum Ende des Interessenbekundungsverfahrens hält die Zeitschrift einen Verkauf des Landeswaldes für unwahrscheinlich.

„Verkauf des Landeswaldes zunehmend fraglich“

(Holz-Zentralblatt, 132. Jahrgang, Nr.38, 22.09.2206)

Die erneute kategorische Ablehnung der SPD-Fraktion gegen einen Verkauf sowie die zögerliche Positionierung der CDU-Fraktion ließen Vermutungen zu, dass die Umsetzung eines Verkaufs an einer parlamentarischen Mehrheit scheitern würde.

„Neben den Grünen, der FPD und dem SSW hatte auch die Landtagsfraktion der SPD bereits vor dem Kabinettsbeschluss zur Prüfung des Verkaufs der etwa 50.000 Hektar Landeswald klar gestellt, dass man auf der Einhaltung des mit der CDU geschlossenen Koalitionsvertrages beharren wird. Dieser schließt den Verkauf des Landeswaldes aus.“

(Holz-Zentralblatt, 132. Jahrgang, Nr.38, 22.09.2206)

„Ein möglicher Verkauf des Landeswaldes ist für die CDU noch nicht vom Tisch, der CDU-Abgeordnete Hartmut Hamerich äußerte jedoch, nach seiner persönlichen Meinung werde es bei der heutigen Holzmarktsituation wohl eher in Richtung einer Anstalt öffentlichen Rechts gehen.“

(Holz-Zentralblatt, 132. Jahrgang, Nr.38, 22.09.2206)

Nach dem Beschluss, den Landeswald nicht zu verkaufen, kündigt die Landesregierung an, die Überführung der Landesforstverwaltung in eine Anstalt öffentlichen Rechts oder in eine GmbH im alleinigen oder im mehrheitlichen Besitz des Landes zu prüfen. Diese Ankündigung veranlasst das Holz-Zentralblatt, vor der möglichen Umwandlung in eine Aktiengesellschaft zu warnen.

„Landeswald darf keine Aktiengesellschaft werden“

(Holz-Zentralblatt, 132. Jahrgang, Nr.47, 24.11.2006)

Dabei bezieht sich die Zeitschrift auf eine Aussage des Holzspielzeugherstellers Gollnest & Kiesel, der einen Vergleich zur Privatisierung der öffentlichen Krankenhäuser herstellt, die auf diese Art eingeleitet wurde.

„Wir wissen wie schnell aus einer privaten Minderheitenbeteiligung eine Mehrheitsbeteiligung und damit ein vollständiger Verkauf werden kann‘ (...). Der Landeswald müsse öffentliches Eigentum bleiben, eine GmbH sei neben einer AG die denkbar schlechteste Betriebsform für unsere Wälder, weil die Unsicherheit, was aus den Forsten werde, noch in die Zukunft transportiert würde.“

(Gollnest & Kiesel, Holz-Zentralblatt, 132. Jahrgang, Nr.47, 24.11.2006)

Die **Forstlichen Mitteilungen** sind, anders als die oben genannten Fachzeitschriften, kein unabhängiges Presseorgan, sondern werden von der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) herausgegeben. Die Zeitschrift soll dementsprechend die Interessen der Beamtinnen, Beamten und Angestellten in Forst- und Naturschutz vertreten. Gleichzeitig stehen die Forstlichen Mitteilungen aber der fachlichen Öffentlichkeit zur Verfügung und sollten deshalb in der Analyse der Fachpresse berücksichtigt werden.

Neben dem politischen Geschehen wird ausführlich über die Positionen der Verkaufskritiker informiert. Die IG BAU als Gründungsmitglied des Bündnis Wald unterstreicht die Vorbildfunktion des Staatswaldes und die besonderen Aufgaben, die der Landeswald für die Öffentlichkeit leistet.

In einem Artikel vom April 2006 wird über einen gemeinsamen Protestbrief der IG BAU, der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und des BDF an den Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins berichtet.

In der Juni-Ausgabe der Forstlichen Mitteilungen wird über die Gründung des Bündnis Wald informiert und es werden dessen Ziele, sowie geplante Aktionen vorgestellt.

„Zur Verhinderung des Verkaufs des Landeswaldes von Schleswig-Holstein oder einer Privatisierung zum Zwecke einer übermäßigen Ökonomisierung ist auf der Konstituierenden Sitzung am 26. April 2006 das ‚Bündnis Wald‘ gegründet worden.“

(Forstliche Mitteilungen, 6/2000, S. 19)

„Wir als Landesvertretung der Beamtinnen/ Beamte und Angestellte in Forst und Naturschutz und die IG BAU, Region Nord, unterstützen das Bündnis Wald mit allen Möglichkeiten. Je mehr Bürger des Landes über den politischen Unsinn und die Leistungen unserer Vorahnen im Wald informiert werden, desto besser ist die Hoffnung, dass die Politik in diesem Bereich wieder auf vernünftige Bahnen gelangt.“

(Forstliche Mitteilungen, 6/2000, S. 19)

Besondere Beachtung finden bei der Berichterstattung die Interaktionen zwischen verschiedenen Akteuren. So wird in dem Beitrag „Meinungsaustausch“ vom Juni 2006 über eine Diskussion mit dem Waldbesitzerverband informiert, der sich kritisch zu dem oben genannten Protestbrief geäußert hatte. Der Waldbesitzerverband hatte sich durch die Darstellung des Privatwaldes in der Privatisierungsdiskussion benachteiligt gefühlt.

„Bei diesem Gespräch über den beabsichtigten flächenhaften Verkauf des Landeswaldes wurde insgesamt eine sehr ausführliche und fachliche Diskussion geführt. Dabei wurden auch die eventuellen negativen Beeinflussungen bei einem solchen Vorhaben für den Privatwald angesprochen. Weiterhin wurden auch die Leistungen aufgeführt, die der Privatwald unter wirtschaftlichen Aspekten nicht erbringen kann.“

(Forstliche Mitteilungen, 6/2006, S. 21)

Der Rückzug der Regierung von den Verkaufsabsichten wird auf die Aktivitäten der Verkaufsgegner zurückgeführt, die durch Protestveranstaltungen und Überzeugungsarbeit bei politischen Entscheidungsträgern und bei der Bevölkerung einen sehr großen öffentlichen Druck aufbauen konnten. Angesprochen wird zum einem das Engagement der betroffenen Forstleute, die durch Kundgebungen auf ihre Situation aufmerksam gemacht haben, zum andern das Engagement des Bündnis Wald.

„Die IG BAU hat durch die Landesvertretung der Forstbeamtinnen und –beamten und Angestellte gemeinsam mit der Fachgruppe der Forstwirte Protestveranstaltungen, auch direkt vor dem Landeshaus, durchgeführt. (...) Weiterhin wurde ein ‚Bündnis Wald‘ von vielen Vereinen, Verbänden und auch der Industrie gegründet und gemeinsam (...) gegen die unsinnige und in Deutschland einmalige Idee zum Verkauf des Landeswaldes (...) protestiert. All diesem Druck konnte sich das Kabinett nicht entziehen und musste von seinem Vorhaben abrücken.“

(Forstliche Mitteilungen, 12/2006, S. 22)



Danksagung

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei Dr. Chantal Ruppert für die Betreuung dieser Arbeit bedanken. Neben den vielen hilfreichen Tipps für die praktische Umsetzung konnte sie mir durch ihre Kenntnisse und ihre Forschungserfahrung wichtige Impulse geben und trägt somit maßgeblich zum Gelingen dieser Arbeit bei.

Meinen Interviewpartnern bin ich sehr dankbar, dass sie sich so bereitwillig die Zeit genommen und mir so viele interessante Informationen zu diesem Thema zur Verfügung gestellt haben, ohne die diese Arbeit so nicht zustande gekommen wäre.

Mein Dank gilt zudem Stephanie von Detten, die das formale Lektorat für diese Arbeit übernommen hat, Barbara Gerull für das erste Korrekturlesen und dem Institut für Forstökonomie für die konstruktive und angenehme Arbeitsumgebung.

Schließlich danke ich meinen Eltern, die mich in meinem Studium so liebevoll unterstützt haben, und meiner kleinen Familie, Kirnan und Yolanda John für ihre Unterstützung und ihre Geduld.

Freiburg im Breisgau, Sommer 2007

